

Stenografischer Bericht

13. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 10. Mai 2016

Beginn: 10.02 Uhr

A. Einl.Zahl 859/1

Aktuelle Stunde zum Thema: *Hilfe für unsere Steirischen Bäuerinnen und Bauern*

Wortmeldungen: LTAvg. Gangl (2105), Landesrat Seitinger (2108), LTAvg. Bauer (2112), LTAvg. Hafner (2114), LTAvg. Schönleitner (2116), LTAvg. Hubert Lang (2117), LTAvg. Cramer (2119), LTAvg. Schweiner (2121), Landesrat Seitinger (2122)

D1. Einl.Zahl 857/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Dr. Buchmann betreffend

„*TTIP verhindern – steirische Unternehmen entlasten!*“

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAvg. Dipl.-Ing. Deutschmann (2221)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dr. Buchmann (2226)

Wortmeldungen: (Siehe D2)

Beschlussfassung: (2277)

D2. Einl.Zahl 871/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrat Seitinger betreffend

„*Schutz der steirischen Landwirtschaft vor dem Hintergrund der aktuellen TTIP-Enthüllungen*“

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAvg. Schönleitner (2241)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Seitinger (2246)

Wortmeldungen: LTAvg. Amesbauer, BA (2254), LTAvg. Ing. Jungwirth (2257), LTAvg. Cramer (2263), LTAvg. Royer (2264), LTAvg. Gangl (2266), LTAvg. Klimt-Weithaler (2269), LTAvg. Mag. Kerschler (2273), LTAvg. Ing. Jungwirth (2274), LTAvg. MMag. Eibinger-Miedl (2275)

Beschlussfassung: (2278)

M. Mitteilungen (§ 39 GeoLT) (2124)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

N3. Einl.Zahl 808/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gemeinden

Betreff: *Wohnbauförderungsgesetz*

Wortmeldungen: LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (2126), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (2128), LTAbg. Petinger (2130), LTAbg. Ing. Jungwirth (2132), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (2134), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (2136), LTAbg. Petinger (2137), LTAbg. Schönleitner (2138), Landesrat Seitinger (2140)

Beschlussfassung: (2142)

1. Einl.Zahl 535/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gemeinden

Betreff: *Bedarfszuweisungen transparenter gestalten*

Wortmeldungen: LTAbg. Dirnberger (2142), LTAbg. Schönleitner (2145), LTAbg. Kunasek (2148), LTAbg. Petinger (2149), LTAbg. Dirnberger (2151)

Beschlussfassung: (2152)

2. Einl.Zahl 780/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Europa

Betreff: *Gegen die Laufzeitverlängerung des AKW Krško eintreten!*

Wortmeldungen: LTAbg. Fartek (2153), LTAbg. Ing. Jungwirth (2154), LTAbg. Dipl.-Ing. Staller (2156), LTAbg. Royer (2157), LTAbg. Kolar (2158), LTAbg. Mag. Leichtfried (2160)

Beschlussfassung: (2163)

3. Einl.Zahl 589/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gesundheit

Betreff: *Standortgarantie für das Unfallkrankenhaus Kalwang*

Wortmeldungen: LTAbg. Triller, BA (2164), LTAbg. Karl Lackner (2166)

Beschlussfassung: (2167)

4. Einl.Zahl 439/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales

Betreff: *Unterstützung für Gemeinden durch das Flüchtlingsreferat*

Wortmeldungen: LTAbs. Tschernko, MSc (2168), LTAbs. Klimt-Weithaler (2170), LTAbs. Amesbauer, BA (2173), LTAbs. Schweiner (2175)

Beschlussfassung: (2177)

5. Einl.Zahl 503/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales

Betreff: *Vorlage des Maßnahmenpakets zur Bekämpfung der ständig steigenden Armut in der Steiermark*

Wortmeldungen: LTAbs. Tschernko, MSc (2177), LTAbs. Amesbauer, BA (2181), LTAbs. Krautwaschl (2184), LTAbs. Zenz (2187), LTAbs. Dr. Murgg (2188), LTAbs. Riener (2190), LTAbs. Ing. Jungwirth (2193), Landesrätin Mag. Kampus (2196)

Beschlussfassung: (2198)

6. Einl.Zahl 790/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales

Betreff: *Einführung einer steirischen Sozialcard*

Wortmeldungen: LTAbs. Klimt-Weithaler (2199), LTAbs. Zenz (2206), LTAbs. Kolar (2208)

Beschlussfassung: (2209)

7. Einl.Zahl 502/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales

Betreff: *Gemeinden stützen – Ausgaben für Sozialhilfeverbände eindämmen!*

Wortmeldungen: LTAbs. Tschernko, MSc (2209), LTAbs. Mag. (FH) Hofer (2211), LTAbs. Kogler (2213)

Beschlussfassung: (2214)

N1. Einl.Zahl 696/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Bildung

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz 2000 geändert wird (StPOG-Novelle 2016)*

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt N2)

Beschlussfassung: (2218)

N2. Einl.Zahl 697/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Bildung

Betreff: *Selbstständiger Ausschussantrag gemäß § 22 GeoLT betreffend Novellierung des Steiermärkischen Pflichtschulerhaltungsgesetzes*

Wortmeldungen: LTAvg. Mag. Dr. Dolesch (2215), LTAvg. Riener (2216)

Beschlussfassung: (2218)

8. Einl.Zahl 541/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Bildung

Betreff: *Massive Überfinanzierung und politische Projekte der Offenen Jugendarbeit (OJA) einschränken, Verbandliche Jugendarbeit stärken und Ehrenamtliche versichern!*

Beschlussfassung: (2218)

9. Einl.Zahl 590/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Umwelt

Betreff: *Gesetz über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen, die Errichtung, den Betrieb und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken (Steiermärkisches Feuerungsanlagenengesetz 2016 - StFanlG 2016)*

Wortmeldung: LTAvg. Dr. Murgg (2219)

Beschlussfassung: (2221)

10. Einl.Zahl 501/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Umwelt

Betreff: *Generelles Verbot des Schächtens im Sinne eines ernstgemeinten Tierschutzes*

Wortmeldung: LTAvg. Kügerl (2278)

Beschlussfassung: (2280)

11. Einl.Zahl 768/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2016/2) betreffend der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich; Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen in den Ländern Niederösterreich und Steiermark; Stiftung Österreichisches Freilichtmuseum; EFRE-Einzelentscheidungen; Leistungserbringung ausgewählter Krankenanstalten im Land Steiermark; Abfallwirtschaftsverband Weiz*

Wortmeldungen: LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (2280), LTAbg. Dirnberger (2282)

Beschlussfassung: (2285)

Präsidentin Dr. Vollath: Hohes Haus!

Ich darf herzlich begrüßen zur 13. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode. Ich begrüße alle Erschienenen, alle Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze und ich begrüße, aber ich sehe jetzt momentan gar keine anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Ich darf im Zuschauerraum drei Besuchergruppen ganz besonders begrüßen und zwar begrüße ich die Studierenden des Unilehrganges „Steirische Landespolitik hautnah“ unter der Leitung von Herrn Dr. Jürgen Dumpelnik und Herrn Dr. Klaus Poier (*Allgemeiner Beifall*) Dann darf ich begrüßen die SPÖ-Frauen aus Bruck an der Mur, unter der Leitung der Obfrau, Frau Stadträtin Andrea Winkelmaier, herzlich willkommen. (*Allgemeiner Beifall*) Und ich begrüße die Gruppe des Steirischen Bauernbundes mit Vertretern aus allen Bezirken unter der Leitung von Herrn Direktor Dipl.-Ing. Franz Tonner und Direktor-Stellvertreter Ing. Markus Habisch. Herzlich willkommen im Landtag. (*Allgemeiner Beifall*)

Sie erleben heute eine Sitzung, bei der alle Vertreterinnen und Vertreter, alle, hier sind, es liegt mir nämlich keine Entschuldigung vor.

Geschätzte Abgeordnete, die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zu dieser Sitzung zugegangen.

Besteht hier ein Einwand? Das sehe ich nicht.

Wir beginnen mit der Aktuellen Stunde. Vom Landtagsklub der ÖVP wurde am Freitag, dem 29. April 2016 ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde betreffend „Hilfe für unsere Steirischen Bäuerinnen und Bauern“ eingebracht.

Gemäß § 71 unserer GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich dem LTAvg. Anton Gangl das Wort.

Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

LTAvg. Gangl - ÖVP (10.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, herzlich willkommen im Landtag Steiermark. Es freut mich, dass gerade zu diesem Tagesordnungspunkt sozusagen auch Vertreter der bäuerlichen Welt, des Bauernbundes, zu Gast im Landtag sind!

Wir haben diese Aktuelle Stunde eingebracht, weil die Ereignisse der letzten Apriltage Ereignisse waren im Sinne von Frost, im Sinne von extremen Klimadaten, wie wir sie in der Steiermark, zumindest lebende Menschen können sich nicht daran erinnern, erlebt haben und es sind in zwei Nächten, in drei Nächten, irrsinnig hohe Schadenssummen entstanden und viele Existenzen sind bedroht bzw. stehen an der Kippe, inwieweit sie ihre Betriebe weiterführen können. Und in so einer Phase braucht es Unterstützung und braucht es nicht nur in finanzieller Hinsicht Unterstützung, sondern auch in moralischer Hinsicht Unterstützung, weil diese Katastrophe nicht nur ein Jahr wirkt, nicht nur heute wirkt, sondern auch Auswirkungen hat in das nächste Jahr oder in die nächsten Jahre hinein und in dieser Zeitspanne fallen vielerorts Entscheidungen, ob Betriebe weitergeführt werden, ob Hofübernehmer zu Hause bleiben oder ob sie in die Arbeitswelt abgehen. Und daher darf ich vorab Danke sagen, ein großes Danke sagen, dass diese Katastrophe so rasch angenommen wurde, im positiven Sinn und die politischen Akteure und die Landesregierung im Besonderen, mit dem Landeshauptmann an der Spitze, mit Landeshauptmannstellvertreter und mit dem Agrarlandesrat reagiert haben und vor Ort den Betroffenen Mut und Möglichkeiten der Unterstützungen für diesen Extremfall zugesprochen wurden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Bevor ich aber tiefer in die Schadensgeschichte einsteige, möchte ich festhalten: Wetterextreme häufen sich, sie sind keine Seltenheit, sie treten eigentlich in einem 10-Jahres-Rhythmus, in einem 5-Jahres-Rhythmus gehäuft auf. Ich möchte erinnern, auch

2012 war ein Frostjahr, wenn auch nicht in dieser Dimension. 2013 war ein extremes Trockenjahr und 2016 war jetzt dieser Supergau bei Frost. Was bedeutet das? Das bedeutet, wenn wir Landwirtschaft in Zukunft in der Südoststeiermark, in der Steiermark, betreiben wollen, brauchen wir sozusagen auch eine Strategie gegen diesen schleichend stattfindenden Klimawandel, neben der Selbsthilfe. Und daher gibt es ganz einfach für die Südoststeiermark wichtige Punkte, die wir längerfristig lösen müssen, aber rasch beginnen sollten. Wir brauchen ein Wassermanagement, wir müssen sicherstellen, dass auch in anderen Agrarregionen Europas Wasser ein wesentliches Element ist und dass wir gute Lebensmittel dauerhaft für die Steirerinnen und Steirer produzieren und erzeugen können. Das ist eine wesentliche Zukunftsperspektive. Wir brauchen aber vielleicht auch Rahmenbedingungen. Bäuerinnen und Bauern sind nachhaltig denkende Menschen. Die würden auch gerne manchmal vielleicht ein bisschen ein Kapital anlegen. Vielleicht brauchen wir hier steuerliche Anreize, abgestimmt auf Betriebsgrößen, dass Kapital gebildet werden kann und nicht sofort versteuert wird, um ganz einfach in Notsituationen auch selber etwas in der Hand haben zu können und nicht nur auf die öffentliche Hand angewiesen zu sein. Die Versicherungen sind eine wichtige Maßnahme, aber sie versichern eben nur die Ernte und die Ernte ist das Grundprodukt. Die Ware ist das Grundprodukt für die Veredelung in den landwirtschaftlichen Betrieben. Dieser Schaden ist durch eine Versicherung nicht gedeckt, d.h. es braucht ein Doppelspiel zwischen einer guten Ernteversicherung, aber auch für eine Absicherung der bäuerlichen Betriebe nach eigenen Möglichkeiten und nach Möglichkeiten der Rahmenbedingungen, wie z.B. die Wasserversorgung für Trockenheit und gegen Frost. Ich möchte ein Beispiel nennen: Wir in der Steiermark, in der Obstwirtschaft, haben gezeigt, wie wichtig es ist, Produktion abzusichern. Wir sind ein Hagelland. Und hätten wir nicht zu 100 % fast Hagelnetze, würde es den Obstbau in dieser Form in der Steiermark nicht mehr geben. Südtirol zeigt das in der Wasserfrage vor. Ohne die Wasserfrage hätte Südtirol nicht diesen Stellenwert am Markt und die Steiermark war vor Jahren sicher die Nummer zwei der obstproduzierenden Regionen. Und aufgrund der Wasserfrage, der Möglichkeiten gegen Trockenheit und gegen Frost nicht vorgehen zu können, sind wir mittlerweile im Ranking weit abgerutscht. Und es geht nicht nur um die Produktion, sondern es geht auch um Arbeitsplätze. Wir wissen, dass Leute unterwegs sind, dass wir in den Verpackhäusern Möglichkeiten schaffen müssen, dass viele Leute in eine Stiftung gehen können für ein Jahr, weil dort einfach keine Arbeit ist. Weil die Packhäuser nicht ausgelastet sind. Vielleicht nur zu 20, 30 %. Wir wissen es noch nicht. Also auch hier sieht man, es sind nicht nur die

Bäuerinnen und Bauern betroffen, sondern der gesamte nachgelagerte Bereich und man kann hier von zwischen 300, 400 bis 600 und 700 Leuten sprechen. Wir wissen noch nicht genau, wie der Frost sich auswirken wird. Es gibt grundsätzliche Schätzungen, aber es ist sozusagen das Ereignis noch abzuwarten. Aber ein ganz wesentliches Argument sind die Märkte. Wir sind exportorientiert. Die Weinbauern, die Obstbauern, haben weltweit Märkte erobert. Jetzt können wir nicht liefern. Wer wird den Markt besetzen, wann kann man wieder in den Markt vorstoßen. Jahrzehntelange Arbeit, Marktaufbereitung, ist mit einer Nacht zerstört worden. Und Märkte sind das wesentliche, um überhaupt landwirtschaftliche Produkte verkaufen zu können. Ich möchte das als Vorspann gesagt haben, bevor wir sozusagen noch kurz einsteigen auf die vorhandenen Daten, die aufliegen. Ich sage noch einmal herzlichen Dank der Landesregierung, die Soforthilfe hat gegriffen, das Bundesheer wurde kurzfristig aktiviert. Auch ein danke an diese Richtung, um jenen Menschen, die vom Schneedruck betroffen waren, wo die Hagelnetze mit den Bäumen zu Boden gegangen sind, um jenen zu helfen, dass die Anlagen wieder einigermaßen fahrtauglich und bewirtschaftbar geworden sind. Danke auch an die Gemeinden und dass es sehr rasch mit dem Privatschadenausweis möglich ist, diese Schäden zu melden und auch relativ rasch eine finanzielle Entschädigung, Entschädigung im Sinne eines Anreizes, dass sozusagen weitergearbeitet wird, gegeben ist. Auch ein Danke, dass sofort eingeleitet worden ist von dir, Herr Landesrat, den Schaden abzuschätzen, gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer und mit der Bezirkskammer, damit wir überhaupt wissen, über welche Volumen wir zu reden haben, welche Schäden zu erwarten sind und wie groß die Schadenssumme ist. Wir wissen, es sind ca. 6.000 Betriebe betroffen und derzeit können wir den Schaden irgendwo bei 215, 220, 230 Millionen Euro einschätzen. Die genauen Daten stehen bis 10. Mai zur Verfügung. Das sind die direkten Schäden. Der Schaden ist insgesamt natürlich größer. Auch ein herzliches Danke, dass die Gespräche geführt werden, der Minister war in der Steiermark, der Finanzminister ist kontaktiert, dass es darum geht, den Katastrophenfonds zu öffnen, dass es darum geht, Budgetmittel zur Verfügung zu stellen, damit ganz einfach diese bäuerlichen Betriebe über die Runde kommen, dass sie dieses eine Jahr, und man muss es so sagen, der Einkommenslosigkeit, denn viele Betriebe sind davon betroffen, dass sie dieses eine Jahre durchtauchen können, damit sie Produktionsmittel einkaufen können und damit das nächste Jahr gestartet werden kann. Da bin ich dankbar, dass diese Gespräche alle eingeleitet sind und dass diese Gespräche geführt werden und ich möchte hier schon den Wunsch äußern, dass die budgetären Mittel wirklich in einer Größe, in einer Höhe ausfallen, wo es nicht darum geht, dass jemand etwas verdient, das

möchte ich ganz deutlich sagen, das findet sowieso nicht statt, aber dass es darum geht, dass den Betrieben wirklich effizient geholfen werden kann und dass vor allem die positive Stimmung, Bäuerin und Bauer sein zu wollen, aufrecht bleibt. Denn wenn diese Stimmung wegkippt, dann kippen auch die Betriebsübernehmer weg, die Bäuerinnen und Bauern weg, sie drängen auf den Arbeitsmarkt und wir verlieren ein gutes Stück steirische und österreichische Landwirtschaft. In diesem Sinne danke ich dir, Herr Landesrat, und du wirst ja noch in die Tiefe gehen und konkreter darauf eingehen, welche Maßnahmen jetzt schon gesetzt worden sind. Ich danke dir für dein Handeln in den letzten Tagen, gemeinsam mit der gesamten Landesregierung und wünsche uns zwei Perspektiven, die der Soforthilfe, aber auch die der Zukunft mit den Rahmenbedingungen des Wassermanagements, mit den Rahmenbedingungen vielleicht der einen oder anderen Unterstützung, dass es möglich ist, sich auf solche Katastrophen auch finanziell besser vorzubereiten. In diesem Sinne Danke.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.16 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Ich ersuche dich, Herr Landesrat Seitinger, um deine Stellungnahme. Auch deine Redezeit beträgt 10 Minuten.

Landesrat Seitinger – ÖVP (10.16 Uhr): Danke, geschätzte Frau Präsidentin, lieber Herr Abgeordneter Toni Gangl, meine sehr geschätzten Regierungsmitglieder und Abgeordnete und auch Besucher heute, die hier sind aus der Landwirtschaft, aus den Seniorenbünden und aus den Hochschulen!

Ich danke für die Anfrage. Toni Gangl hat das schon sehr scharf analysiert. Es ist eine Dramatik, die wir im Land in dieser Dimension bisher noch nicht hatten und es ist eigentlich gar nicht mehr viel hinzuzufügen. Aber ich will versuchen, trotzdem das eine oder das andere sozusagen im Laufen dieses Katastrophenmanagements noch hier anzumerken. Zum Ersten danke ich deshalb, weil es mir auch die Gelegenheit gibt, gerade für interessierte und betroffene Persönlichkeiten auch via Livestream zu informieren, was die Landesregierung, was die Bundesregierung und verschiedene Institutionen, Interessensvertretungen und Organisationen, um den Betroffenen eben zu helfen, hier unternommen hat. Eine grundsätzliche Vorbemerkung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, schon aus dem Gefühl heraus, glaube ich, und das geht jedem von uns gleich, verspüren wir, dass die zeitliche Dichte und auch die Dramatik und die Intensität, um nicht zu sagen die Brutalität von Naturkatastrophen, welche durch Klimaveränderungen ausgelöst sind, nicht nur die Natur

und die Tierwelt beeinflussen und dramatisch treffen, sondern auch die Menschen und letztlich ihre Volkswirtschaft. Und das bildet sich nicht nur im Gefühl ab, sondern das bildet sich auch sehr klar in Statistiken ab, wenn man zumindest die letzten 15, 20 Jahre sich anschaut auf nationaler, europäischer und auf globaler Ebene. Und die Zahlen sind erschreckend. Sie sind sehr, sehr ernüchternd. Und es gibt letztlich, glaube ich, überhaupt nur eine präventive nachhaltige Maßnahme, das ist der Klimaschutz, um Naturkatastrophen entgegen zu wirken und menschlichen Schaden, wirtschaftlichen Schaden letztlich von uns allen abzuwenden. Und davon wird auch sehr wesentlich abhängen, ob wir im Laufe des 21. Jahrhunderts diesen Anstieg auf 12, 13, die großen Prognosen gehen sogar noch weiter hinauf, ansteigende Weltbevölkerung ernähren werden können, wenn es, sozusagen, hier keine Verbesserung im Bereich dieser Naturkatastrophen, dieser klimabedingten Naturkatastrophen gibt. Und daher ist Klimaschutz mit Sicherheit einer der zentralen Anliegen auch von uns allen, oder sollte ein zentrales Anliegen auch von uns allen sein, hier jeden Tag zu arbeiten, um diesen Klimaschutz weiter voran zu treiben. Übrigens, der volkswirtschaftliche Schaden, hervorgerufen durch Naturkatastrophen allein in der Steiermark, liegt in den letzten 15 Jahren bei 2,1 Milliarden Euro und da sind viele Teile, die in den wirtschaftlichen, in den arbeitnehmerrechtlichen Teil hineingelangen, noch gar nicht mitgerechnet. Das sind Direktschäden, die aufgetreten sind in den Betrieben und den Privatbesitzen, die im Lande über die Privatschadensausweise entschädigt wurden. Nun zum angesprochenen Katastrophenfall. Es war eine äußerst seltene Mischung innerhalb von einer Woche, Schneedruck, Frost und Hochwasser zu haben. Das hat es also bisher in dieser Form eigentlich noch nicht gegeben. Der Hauptteil war natürlich, und das ist auch der Hauptschaden schlechthin, durch den Frost ausgelöst. Nicht nur die Steiermark, obwohl wir hier natürlich das Epizentrum waren, war betroffen, sondern auch Burgenland, Niederösterreich, Tirol, Teile Oberösterreichs und auch Teile Kärntens, wie wir aus den Medienberichten ja letztlich erfahren haben. Und eigentlich hat es den gesamten Kulturquerschnitt der Steiermark erreicht. Wir haben also insgesamt über 60 Kulturen, die jetzt davon auch betroffen sind. Und von den Ausmaßen dieser Kulturen, die ja auch über Medien kommuniziert wurden, muss man sich schon einmal hermachen. 6.000 Hektar Apfelkulturen, wir sind das größte apfelproduzierende Land in Österreich, 80 % des Apfelanbaus geht hier, also in der Steiermark, über die Bühne. Wir haben über 1.000 Hektar Holunder, viele Spezialkulturen auch über 1.000 Hektar, 4.500 Hektar Wein, Kürbis von 17.000 Hektar, wovon 3.000 betroffen sind, Hopfen, bis hin zu Gemüsekulturen,

Ackerkulturen, Baumschulen und vieles mehr. Und ich muss Ihnen auch sagen, aber das ist im Verhältnis sozusagen im Kontext des Gesamtschaden natürlich überschaubar, aber auch unsere gesamte steirische Forschungs- und Versuchsanlage wurde zerstört, sowohl für den Obstbau, wie für den Weinbau, wie auch für alle Spezialkulturen, d.h., wir haben auch hier aus diesen Betrieben, die an und für sich sehr, sehr gut arbeiten, bis hin zum Schulbetrieb in Silberberg, keine Erträge im Jahr 2016 zu erwarten. Mit einem Satz könnte man es dramatisch sozusagen formulieren, die kulinarische Schatzkammer der Steiermark ist für 2016 mit einer Nacht oder mit zwei Nächten ausgeräumt worden und der Gesamtschaden, der sich derzeit etwa bei 220 Millionen Euro beläuft, wird jetzt im Detail noch gerechnet und die Daten liegen mir bis zum heutigen Tag bereits vor. Es sind also etwa 6.500 Betriebe, die betroffen sind, aber nicht nur landwirtschaftliche Betriebe und Toni Gangl hat das schon gesagt, es sind auch sehr viele Arbeitnehmer, die hier in der Logistik, auch in der Tourismuswirtschaft, in der Verpackungswirtschaft, bis hin zum Fruchtsafthersteller und viele mehr an Unternehmungen beschäftigt sind und nicht nur Arbeitnehmer trifft es, sondern es trifft auch sehr viele Unternehmer. Und das muss man auch einmal hier sehr, sehr deutlich sagen. Das heißt, der Schaden bildet sich in allen Breiten unserer Gesellschaft ab und wir müssen auch davon ausgehen, dass es hier tatsächlich einige existenzielle Probleme geben wird innerhalb dieser Betriebsreihen. Und es sind auch sehr viele ohne Hoffnung zur Stunde, das muss man auch sehr deutlich sagen, das haben wir immer wieder auch bei unseren Vorort-Besuchen gemerkt, weil es einfach verständlich ist, wenn innerhalb einer Nacht ein gesamtes Jahreseinkommen entzogen wird und nicht nur das Einkommen nicht da ist, sondern auch hohe Kosten noch entstehen, um wieder weiterarbeiten zu können, dann muss man schon irgendwo auch Verständnis dafür haben, dass hier keine Perspektive in vielen Köpfen dieser Menschen mehr da ist. Und damit man das ein bisschen in Zahlen gießt, allein einen Hektar wieder aufzubauen im Bereich der Apfelkulturen mit entsprechenden Hagelnetzicherungen kostet in etwa 40.000 bis 50.000 Euro und dann muss man noch dazu sagen, dass diese Betriebe, die also total zerstört wurden, wo die Hagelnetze durch den Schneedruck sozusagen die gesamte Kultur beschädigt haben, dass die zwei bis drei Jahre überhaupt keine Einkommen oder nur sehr, sehr geringe Einkommen haben. Also das ist eine Kumulation natürlich einer ganz, ganz schlimmen Art der Existenzbedrohung. Ich möchte das deshalb sehr bedeutend hier auch voranstellen, weil es sehr, sehr viele kleine Vollerwerbsbetriebe waren, die hier betroffen sind, deren Familieneinkommen, wie gesagt, von einem Tag auf den anderen nicht mehr gegeben ist und die sich natürlich auch hier in den letzten Jahren und Toni Gangl hat auch

diese Chronologie kurz gesagt, kaum ein Geld verdienen konnten. Im Jahr 2012 der Frostschaden, im Jahr 2013 die Dürre, im Jahr 2014 kam dieses Russland-Embargo, wo wir erstmals große Mengen nicht mehr nach Russland liefern durften, im Jahr 2015 dann lieferten die Polen ihre gesamte Apfelproduktion nach Österreich, nach Europa, weil sie ebenfalls also nicht nach Russland liefern dürfen als Europaland durch das Embargo und haben also die Applepreise auf ein Niedrigstniveau hinunter gedrückt. Für einen edlen Golden Delicious 17 Cent zu bekommen, meine Damen und Herren, weiß man ungefähr, wohin der Weg hier bei den Apfelbauern gegangen ist. Und 2016 eben diese Frostkatastrophe, über die wir jetzt hier berichten dürfen. Nun, welche Maßnahmen haben wir gesetzt und welche Maßnahmen werden wir noch setzen, um auf den Punkt zu kommen. Ich danke dem Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und auch Herrn Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer. Sie haben sehr, sehr schnell reagiert, mit dem Finanzminister gesprochen, mit dem Verteidigungsminister gesprochen, wir haben hier sehr, sehr schnell klare Hilfen auch bekommen, um eben den ersten, sozusagen Betroffenen, zu helfen. Es ist auch seitens des Landwirtschaftsministers sehr, sehr schnell das entsprechende Gesetz eingeleitet worden, um im Katastrophensondsbereich auch entsprechend wirken zu können. Wir haben auch, und das möchte ich sehr deutlich voranstellen, über die Hagelversicherung versucht, alle möglichen Schadensteile zu erheben und unkompliziert und rasch auszuzahlen und so wurde auch die Landwirtschaftskammer beauftragt, die exakten Schadenserhebungen vorzunehmen, damit wir in den Verhandlungen mit dem Finanzminister auch klare Zahlen haben. Es gab eine sehr umfangreiche Konferenz der Agrarlandesräte, um eine gemeinsame Abstimmung der Entschädigungsformalitäten hier voranzunehmen, die im Übrigen auch den Beschluss gefasst hat, im Bereich der Sozialversicherungen zu helfen. Die Entscheidung wird dort zu treffen sind. Wir haben eine Task Force eingerichtet, auch hier im Lande, die verantwortlich dafür ist, das Krisenmanagement abzuhandeln und auch die Entschädigungsansprüche entsprechend zu dotieren. Das ist ja eine der schwierigsten Geschichten überhaupt, die uns noch bevorsteht und so könnte man ein Danke auch an die Gemeinden hier sagen, die sehr aktiv arbeiten und mitarbeiten, mit den Privatschadensausweisen schon sehr weit sind, um auch hier die Auszahlungen voranzutreiben. Und ich möchte auch eines vorweg dankend hier sagen, *(Präsidentin Dr. Vollath: „Herr Landesrat, ich bitte dich, abzuschließen, die Redezeit ist erschöpft!“)* ja, ich schließe ab, danke, Frau Präsidentin, ich möchte auch ein Danke an die Medien sagen, die in der äußerst sensiblen Berichterstattung uns sehr geholfen haben, hier wichtige Informationen hinauszutragen. Nun, abschließend wirklich nur, was passiert

morgen? Morgen im Sinne von in den nächsten Wochen und in den nächsten Monaten? Wir haben den Katastrophenfonds geöffnet, die Auszahlungen werden in der Reihenfolge kommen, wie die Früchte sozusagen zu ernten gewesen wären. Teile der Früchte werden ja zu ernten sein, beim Wein werden wir die Erntemeldungen für die Schadensauszahlungen hernehmen, wir werden AIK-Stundungen vornehmen, Betriebsmittelkreditaktionen einleiten, die zu 50 % den Bauern eben den Betriebsmittelkredit unterstützen, es wird ein Sonderinvestitionsprogramm geben für den Wiederaufbau und wir werden auch das Buschenschankgesetz ändern. Ich möchte das ganz bewusst auch hier ganz deutlich schon sagen, damit die Weinbauern auch aus den anderen Bundesländern Trauben oder Wein zukaufen können, um diesen wichtigen Tourismusteil in unserem Land aufrechterhalten zu können. Und so werden also noch viele Teile in der Katastrophenabwicklung, im Katastrophenmanagement in den nächsten Wochen zu erledigen sein, bis hin natürlich zur großen Frage, welchen Betrag stellen wir hier als Land Steiermark, als Bund, ein, und die Verhandlung werde ich morgen mit dem Bundesminister Schelling persönlich führen und ich hoffe, dass er auch eine entsprechende Rücksicht nimmt auf unsere wirklich katastrophale Lage in unserem Lande. Ich möchte mich einmal vorweg herzlich bedanken und es wird vielleicht die eine oder andere Frage noch kommen, die ich dann im Detail noch beantworten kann. Vielen herzlichen Dank für das bisherige Bemühen, aber jedenfalls hier dem Landeshauptmann und dem Landeshauptmannstellvertreter auch und den Ministern in unserem Lande für diese rasche Begleitung dieses gigantischen Schadensfalles. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.29 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die Redezeit aller weiteren Rednerinnen und Redner in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten und die Redezeit von weiteren Mitgliedern der Landesregierung ist auf die Redezeit jenes Klubs anzurechnen, dem sie angehören.

Zu Wort gemeldet hat sich im ersten Durchgang seitens der SPÖ die Abgeordnete Renate Bauer.

LTAbg. Bauer – SPÖ (10.29 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Herr Landesrat ist schon sehr genau auf die Daten und Fakten eingegangen, aber es ist mir auch ein großes Anliegen als Agrarsprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion zu dieser Katastrophe kurz Stellung zu beziehen. Für einen Großteil der Obst-, Wein- und Gemüsebauern waren die Wetterkapriolen der letzten Wochen, der Kälteeinbruch und die Frostschäden einfach eine Katastrophe. Aber auch ohne diese Wetterextreme sind bei uns die Bäuerinnen und Bauern oft beim Überlegen, rechnet sich der Betrieb noch, mache ich weiter oder gebe ich auf. Leider waren, wir haben schon gehört, auch die letzten Jahre witterungsbedingt nicht die besten. Nun aber stehen viele Landwirte wirklich am Rande ihrer Existenz. Und da gibt es nur eines: Rasche und unbürokratische Hilfe, und dafür haben in unserem Bundesland die zuständigen Regierungsmitglieder, die Landesregierung, gesorgt und dafür vorweg einmal ein ganz ein großes Dankeschön. Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer in seiner Funktion als Finanz- und Katastrophenschutzreferent, gemeinsam mit Landeshauptmann Schützenhöfer an der Spitze und Agrarlandesrat Seitinger haben unverzüglich gehandelt, sind an den Bund herangetreten. Die Landwirtinnen und Landwirte werden im Rahmen ihrer gesetzlichen und finanziellen Möglichkeiten unterstützt, gemeinsam mit dem Landwirtschaftsressort trägt das Land Steiermark dafür Sorge, die Entschädigungsanträge der Steirerinnen und Steirer so schnell und unbürokratisch wie möglich zu bearbeiten. Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer hat mit Bundesminister Doskozil die Unterstützung des Bundesheeres vereinbart, so sind nun seit 29. April rund 100 Soldatinnen und Soldaten in der Steiermark vor Ort bei den Landwirten um im Aufbau der zerstörten Hagelnetze zu helfen, wir haben es gehört, durch den Nassschnee und was es bedeutet, wenn die Hagelnetze nicht standhalten, wäre die nächste Katastrophe. Natürlich werden auch diese Einsätze vom Land Steiermark finanziert. Bei all dieser Tragik dieser Situation haben die Verantwortlichen in unserem Land bewiesen, dass es gerade in schwierigen Zeiten gilt, zusammen zu halten. Dafür ein ganz ein großes und herzliches Dankeschön. Ein großes Dankeschön möchte ich aber an dieser Stelle auch an alle Einsatzkräfte, die als Soforthilfe vor Ort wieder Großartiges geleistet haben, sagen. Last but not least gebührt aber das größte Danke in dieser Situation unseren Landwirtinnen und Landwirten. Danke dafür, dass sie trotz aller Widrigkeiten und Launen der Natur nicht aufgeben und ich möchte auch allen Mut machen, nicht aufzugeben und dafür zu sorgen, damit wir auch in Zukunft mit gesunden und heimischen Lebensmitteln versorgt werden. Abschließend vielleicht noch eine Bemerkung zu den sogenannten Launen der Natur. Der Herr Landesrat hat es auf den Punkt gebracht, allein die Wetterkapriolen in den letzten

Wochen, es war Frost, es war Schnee, in der Südsteiermark Überschwemmungen, am Samstag Hagel in Graz-Umgebung. Wetterextreme gibt es immer, hat es immer gegeben, aber ich bin auch überzeugt, sie werden häufiger und sie werden extremer. Und ja, der Kollege Gangl hat es schon angesprochen, wir brauchen eine Strategie für die Zukunft, damit wir für den Klimaschutz noch mehr tun, viel mehr tun, aber gerade deshalb sollten wir diese Ereignisse auch zum Anlass nehmen, um uns wieder zu hinterfragen und um über verstärkte Maßnahmen nachzudenken, was können wir selbst alle zum Klimaschutz tun und sei es nur, beim täglichen Einkauf darüber nachzudenken, wo kommen die Produkte her, wie werden sie hergestellt. Und so darf ich mit einem afrikanischen Sprichwort enden, das lautet: „Wenn viele Leute, in vielen kleinen Orten, viele kleine Dinge tun, auch dann wird sich das Gesicht der Welt ändern.“ Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.35 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Danke für die Disziplin bei der Redezeit. Seitens der FPÖ zu Wort gemeldet ist jetzt der Abgeordnete Erich Hafner.

LTAbg. Hafner – FPÖ (10.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, liebe Kollegen des Steiermärkischen Landtages, liebe Zuhörer im Zuschauerraum und Zuseher via Livestream!

Diese Aktuelle Stunde mit dem Betreff „Hilfe für unsere steirischen Bäuerinnen und Bauern“ wurde von der ÖVP eingebracht, also jener Fraktion, die seit Jahrzehnten unsere Landwirte politisch vertreten hat bzw. nach außen hin auch vertreten wird. Jedoch haben diese, unsere Bauern, bereits das Vertrauen in ihre Vertretung verloren. Die Vorredner, Kollege Lang, Kollegin Bauer und Herr Landesrat Seitinger haben bereits vieles erwähnt bzw. auch angeführt. Aber was sich in der 17. Kalenderwoche dieses Jahres an Wetterkapriolen abgespielt hat, geht wahrscheinlich in die Geschichte ein. Frost, Schnee und jetzt vor zwei, drei Tagen auch noch der Hagel in vielen Teilen unserer Steiermark. Also unsere Obst-, Wein- und Gemüsebauern haben sie da kalt und warm erwischt. Aber nicht nur jetzt, sondern schon viele Jahre vorher gab es diese Unwetter, Dürreschäden, Russland-Sanktionen, Steuerreform, Teilpauschalierung. Was müssen unsere Landwirte noch alles ertragen und vor allem verkraften. Was hilft, ist eine sofortige finanzielle Unterstützung für die frostgeschädigten Flächen. Eine vernünftige Direktzahlung der verschiedensten Kulturen aus dem Katastrophenfonds, und nicht irgendwann, sondern wirklich sofort. Sie müssen die Zahlungen für das Aufräumen, alle anderen lebenserhaltenden Maßnahmen und vieles mehr

jetzt und sofort berappen, um nicht die Existenz der Familien und Landwirtschaften zu gefährden. *(Beifall bei der FPÖ)* Zur Erinnerung, am 15. September 2015 wurde im Ausschuss Finanzen eine Bedeckung der Mittelverwendungsüberschreitung von über 23 Millionen notwendig, für Soziales und Arbeit, sprich für unsere Asylwerber. Das ging so schnell und ohne Probleme über die Bühne, da kann man nur staunen. Jetzt geht es um unsere Bauern, um unsere Landwirtschaft, um unsere Bevölkerung, da wird „herumgeschwafelt“, welche Möglichkeiten es gibt und wie können diese Förderungen aussehen und wann, und, und, und. Es gibt ein Sprichwort: „Wer sofort hilft, hilft doppelt.“ *(Beifall bei der FPÖ)* Wir, die FPÖ-Fraktion, haben einen entsprechenden Selbständigen Antrag eingebracht gleich am Tag nach der Katastrophe und wir waren auch, wie Herr Landesrat Seitinger, die Landeshauptleute Schützenhöfer und Schickhofer, auch mit unserem Klubobmann Mario Kunasek vor Ort im Bezirk Weiz, wo wir Teile der wirklich katastrophalen Landwirtschaften besucht haben und uns über die massiven Schäden an den Obstkulturen ein Bild gemacht haben und von den Betroffenen alles eingehend erläutert bekamen. Gut schaut es da wirklich nicht aus, denn die Hagelnetze wurden aufgrund der Kälte zugemacht und dann kam der Schnee und somit auch noch der Bruch der ganzen Hagelnetzgestänge. Wenigstens eine kleine moralische Unterstützung konnten wir ihnen geben, dass für sie und für diese katastrophale Situation etwas getan werden muss. Da sind viele andere Dinge angesprochen worden, wie z.B. Bundesheereinsatzhilfe vor Ort. Recht herzlichen Dank für die sofortigen Einsatzorganisationen der Freiwilligen Feuerwehr und des Bundesheers und vor allem für die geleisteten Stunden. *(Beifall bei der FPÖ)* Jedoch eines scheint bei der Abrechnung dieser angefallenen Kosten schon ein bisschen auf, und zwar wird das über den Katastrophenfonds abgerechnet, eine Truppe von ca. 5 bis 7 Helfern laut inoffiziellen Mitteilungen gegenüber dem Ministerium werden so ca. um 5.000 Euro kolportiert. Wenn das auch bei den anderen Abrechnungen so gehandhabt wird, na Gute Nacht, dann bleibt für unsere Bauern fast nichts mehr übrig. Abschließend sei noch erwähnt, dass zu der finanziellen Soforthilfe auch noch die Rahmenbedingungen für unsere Landwirte gegenüber der ausländischen Konkurrenz neu überdacht werden muss. Einheimische bäuerliche Qualität muss einen entsprechenden Preis haben, ob im Fleisch-, Obst- oder Getreidesektor. Es muss sich die Arbeit für unsere Bauern wieder lohnen. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 10.41 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Seitens der Grünen zu Wort gemeldet Klubobmann Lambert Schönleitner.

LTabg. Schönleitner – Grüne (10.41 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, vor allem liebe Bäuerinnen und Bauern, die diese Sitzung heute verfolgen!

Kollege Hafner, vielleicht zu dir, du hast jetzt, glaube ich, den falschen Moment in manchen Phasen deiner Rede erwischt, um Kritik zu üben. Ich glaube, dass die Ereignisse, die wir erlebt haben mit dieser Katastrophe (*Beifall bei der ÖVP*), die hier beschrieben wurde, und ich glaube, sehr gut vom Toni Gangl, der ja selbst Obstbauer ist und auch vom Landesrat Seitinger beschrieben wurde, nicht dazu geeignet ist, um politisches Kleingeld zu wechseln und herzuzugehen und schon wieder hin zu hauen. Ich glaube, diese Spaltung tut nicht gut und in dieser Situation ist es wichtig, dass der Landtag zusammensteht und Entscheidungen trifft, (*Beifall bei der ÖVP, SPÖ und KPÖ*) die eines tun müssen, nämlich den Bäuerinnen und Bauern wieder Perspektiven zu geben. Und da gibt es meine volle Unterstützung. Toni Gangl hat die Sachlage sehr gut beschrieben. Ich glaube, es ist in den letzten Jahren so gewesen, dass niemand mehr von uns sagt, und ich nehme das auch sehr positiv zur Kenntnis, auch von dir, Herr Landesrat, ist es gekommen, dass der Klimawandel egal wäre, das war ja nicht immer so. Wir haben auch sehr lange hier herinnen Debatten geführt, wo wir da gesagt haben oder noch immer eine Stimmung gehabt haben, vielleicht ist es da ganz normal. Ich glaube, es ist Einigkeit, du hast es auch gesagt, du hast von einem schleichenden Klimawandel gesprochen. Ich glaube, der schleicht gar nicht mehr so, der ist schon ein bisschen schneller in den letzten Jahren, dass wir natürlich unsere Strategien hier anpassen müssen und anpassen heißt natürlich, dass, wenn wir die Steiermark als Land, wo die Landwirtschaft wirklich große Bedeutung hat, nämlich nicht nur primär die Landwirtschaft, sondern in der Folge natürlich auch für die weiteren wirtschaftlichen Bereiche wie den Tourismus, dann ist es wichtig, hier Strategien aufzustellen und Mechanismen zu implementieren, die Sicherheit geben für jene, die den Grund und Boden in der Steiermark bestellen und das sind die Bäuerinnen und Bauern und ohne die Landwirtinnen und Landwirte wird es nicht gehen, diese hohe Qualität in der Steiermark, die wir im Tourismus haben, die wir in der Landwirtschaft haben, aufrecht zu erhalten. Und ich glaube, darum muss uns dieses Ereignis jetzt auch wieder lehren und wir müssen lernen, dass wir budgetär in Zukunft stärker für derartige Ereignisse vorsorgen müssen. Ich glaube, es ist wichtig, hier einen Mechanismus zu finden, sei es über Versicherungsleistungen teilweise, aber sei es auch über Fonds, Geldtöpfe, die letztendlich die Situation der letzten Jahre, wo wir ja viele Katastrophen und Naturschutzereignisse gehabt haben, Wetterkapriolen, die massiv auf die Landwirtschaft gewirkt haben, nicht nur auf die

Landwirtschaft, aber auch, dass wir hier Vorsorge treffen und wenn wir etwas lernen, und diese Debatte, glaube ich, geht in diese Richtung, dann wird es notwendig sein, Katastrophen, klimabedingte Katastrophen, Naturereignisse, budgetär einfach mitzudenken auf lange Sicht. Das wird nicht gehen, denn, wenn ein Landwirt, so, wie es jetzt viele Jahre war, immer wieder vor seinem Grund und Boden steht, vor seinen bewirtschafteten Flächen und sagt ja, warum soll ich es mir wieder antun, noch einmal zu investieren, jetzt sind drei Jahre eigentlich schlecht gewesen, wie kann ich der nächsten Generation auf meinem Hof überhaupt noch eine Perspektive geben und ihr guten Gewissens raten, hier zu investieren, dann wird es nicht funktionieren. Ich glaube, es ist eine Zukunftsinvestition, eine wichtige Zukunftsinvestition, diese Absicherungsmechanismen für die Landwirtschaft zu schaffen. Ich glaube, dass die Landesregierung im konkreten Fall jetzt sehr gut reagiert hat, auch die Bundesebene, ich gehe davon aus, dass die Bäuerinnen und Bauern diesen Schaden, der entstanden ist, ersetzt bekommen und der Wunsch für die Zukunft ist der grüne Wunsch, hier Mechanismen zu schaffen, Klimamodelle zu schaffen im Sinne auch einer Klimawandelanpassungsstrategie, d.h. für uns nicht, den Klimawandel zu akzeptieren, so wie er ist, sondern dagegen zu steuern. Auch etwas, was man, glaube ich, an dieser Stelle sagen muss, es reicht nicht, wenn es ein Land tut, wenn es die Steiermark tut, wenn es Österreich tut, hier muss international gedacht werden, da ist genauso die Frage, global zu denken ganz etwas Wichtiges, dann werden wir in Zukunft die Landwirtschaft in der Steiermark absichern können. Ich möchte mich auch bei allen abschließend bedanken, die in dieser Situation mitgeholfen haben, diese schwierige Situation zu meistern und ich bin überzeugt, dass die Zusagen, die heute hier getätigt wurden, dass den Bauern und Bäuerinnen eine Perspektive gegeben wird, auch eingehalten werden. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. . *(Beifall bei den Grünen, der ÖVP und SPÖ – 10.46 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Damit kommen zur zweiten Runde und seitens der ÖVP zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hubert Lang.

LTAbg. Hubert Lang – ÖVP (10.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Es sind schon sehr viele, sehr richtige Worte gesprochen worden, was das Ausmaß der Katastrophe für die Landwirtschaft, für die Bäuerinnen und Bauern, betrifft. Ich habe zur Erläuterung einen Ast mitgebracht eines Marillenbaumes, wo noch die eingedorrtten Früchte

drauf sind, die direkten Auswirkungen dieses Frostes, keine einzige der hier noch eingedorrten Früchte ist noch am Leben und das zeigt das Ausmaß, das wir hier von einem total Ernteausfall zu Recht sprechen. Wir haben es in sehr klaren Worten unseres Landesrates gehört, es geht hier um über 6.000 Betriebe, die hier betroffen sind und das sind Einzelschicksale. Einzelschicksale, die sich natürlich unterschiedlich darstellen, aber vieles gemeinsam haben: Wenn es keine Ernte gibt, gibt es kein Einkommen und wenn es kein Einkommen gibt, dann ergibt sich eine Herausforderung für Familien, die wir uns vielleicht gar nicht so vorstellen können, weil wir monatlich aus beruflichen Gründen Geld überwiesen bekommen. Ein Landwirt, eine Bäuerin oder ein Bauer, ist von Wetterkapriolen abhängig, aber auch von wirtschaftlichen Entwicklungen abhängig. Ein Landwirt ist der freien Natur ausgesetzt. Ein Landwirt investiert, weil jeder Landwirt natürlich schaut dass er an vorderster Front innovativ-modern unterwegs ist. Innovativ bedeutet aber auch Investitionen, die mit Fremdkapital getätigt werden und wenn es keine Einkünfte gibt, gibt es neue Herausforderungen. Investitionen und Kredite müssen zurückgezahlt werden und der Herr Landesrat hat das schon angesprochen, dass man hier auch darüber nachdenkt, was der AIK-Zuschuss, die Darlehen betrifft, hier den Bäuerinnen und Bauern entgegen zu kommen. Fixausgaben sind angesprochen worden vom Kollegen Toni Gangl. Ein Betrieb muss natürlich auch die Betriebsmittel einkaufen und den Betrieb weiterführen. Er muss auch weiterhin Maschinen und Geräte betreiben, was Diesel, Benzin für die Maschinen und Geräte betrifft, die Treibstoffe betrifft, der Betrieb muss weiter gehen und die Fixausgaben sind auch in einem Ausmaß und jeder Betroffene weiß es, alle drei Monate die Vorschreibung der Versicherung, Sozialversicherungsbeiträge, sind zu leisten. Wenn es kein Einkommen gibt, weil es keine Ernte gibt, eine besondere Herausforderung. Auch hier hat unser Landesrat schon die Sozialversicherung angesprochen, die hier auch überlegt, wie man den Bäuerinnen und Bauern entgegenkommen kann. Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh über die breite Zustimmung in diesem Hause. Und heute muss ich es erstmals sagen, lieber Lambert Schönleitner, erstmals gebe ich dir wirklich Recht, dass die Kollegen, die Aussagen des Kollegen Erich Hafner für mich heute absolut unpassend gewesen sind. (*LTA*bg. Amesbauer, BA – FPÖ: „Mah!“) In dieser Stunde glaube ich (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ - Präsidentin Dr. Vollath*: „Ich darf kurz einen Hinweis machen auf unsere Geschäftsordnung: Zustimmung- oder Ablehnungsakklamierungen aus dem Publikumsraum sind bitte untersagt. Dankeschön!“) In dieser Stunde ist es nicht angebracht, Politik auf Kosten der Bäuerinnen und Bauern zu machen, sondern in dieser Stunde heißt es, zusammen zu stehen, in dieser

Stunde heißt es, ein klares Bekenntnis für die Landwirtschaft, für die Bäuerinnen und Bauern in diesem Land zu zeigen. In dieser Stunde heißt es aber auch, und nicht nur in dieser Stunde, ein klares Ja zur landwirtschaftlichen Produktion, ein klares Ja zu unseren Bäuerinnen und Bauern, auch wenn es Debatten in Zukunft gibt, ob das Baugesetz ist, ob das Tierschutz ist, ob das Pflanzenschutz ist, nicht nur heute, sondern auch in Zukunft, wir brauchen die Bäuerinnen und Bauern für die Herstellung unserer Lebensmittel, die wir regional beziehen wollen und wir brauchen unsere Bauern auch in der touristischen Ausrichtung Pflege unserer Landwirtschaft. Ein klares Bekenntnis hier und heute und ich fordere und ich bitte und appelliere auch in Zukunft, ein klares Bekenntnis für unsere Bäuerinnen und Bauern. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.52 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Seitens der FPÖ zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Christian Cramer.

LTabg. Cramer – FPÖ (10.52 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, liebe Kollegen, liebe Zuhörer hier im Saal und liebe Zuhörer zu Hause via Livestream!

Der 25. April dieses Jahres, das war ein Tag, wo sich einige Bauern, die eben das Alter schon gehabt haben, erinnern konnten an eine landwirtschaftliche Katastrophe, die nicht die Natur verursacht hat, sondern der Supergau eines Kraftwerkes in Tschernobyl. Damals waren einige landwirtschaftliche Güter über Nacht plötzlich zu Sondermüll geworden und nichts wert. Keiner hätte sich heuer an diesem Jahrestag gedacht, dass er am nächsten Morgen bereits wieder etwas zu trauern hat, weil nämlich aufgrund eines polaren Kaltluftstroms, also in der Nacht von Montag auf Dienstag, ein Großteil der steirischen Apfelernte abgefroren ist. Dieser Kaltluftstrom hat eine Eigenart gehabt, die sonst Frostkatastrophen nicht haben. Nun zur näheren Erläuterung: Frost ist an und für sich etwas, das in Luftschichten passiert, sowie eben ein Heißluftballon aufgrund dessen, dass warme Luft leichter ist, nach oben geht, senkt sich in Talmulden die kalte Luft ab. So ist es ganz natürlich, dass Tallagen frostgefährdeter sind. In diesem speziellen Fall des Frostes des Aprils 2016 ist vielleicht ein geschichtliches Novum, weil einen Frost, der vom Hartberger Rinnkogel bis zur tiefen Lage in Radkersburg und von Großwalz bis Ligist und alle Apfelanlagen, die dazwischen sind und alle Weinanlagen und alle Steinobstanlagen und ich will nicht sagen, was noch alles für Früchte, betroffen hat, das hat es nicht gegeben. 1911 soll angeblich im Weinbau ein Frost gewesen sein, der auch sehr

katastrophale Wirkung hatte, aber bei Weitem nicht diese. Verwundert bin ich nur, wenn du bei der Aufzählung der Katastrophen so hineinpackst die Mogelpackung Russland-Sanktionen. Lieber Landesrat, das ist keine Naturkatastrophe, das ist die Katastrophe unserer Politik. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich möchte mich auch bei jenen Zuhörern jetzt entschuldigen, die von mir eigentlich eher immer humorvolle Wortmeldungen gewohnt sind, aber es tut mir wirklich leid, mir ist heute der Humor vergangen und ich denke, auch einige Abgeordnete der SPÖ können es gut verstehen, dass einem der Humor vergeht, wenn man plötzlich von einer Stunde auf die andere etwas verlustig wird. Nur in dem Fall war es bei mir meine Ernte und noch ein Unterschied, der steirische Wein hat jedes Jahr Siege heimgetragen und keine Niederlagen. Also unser Verlust ist doppelt hart. Es kommt auch eines hinzu, dass wir im besten Fall eine Traubenernte ersetzt bekommen, aber eine Traubenernte ist nicht der Erlös, den ein Weinbauer in der Steiermark erzielt, sondern der Weinbauer in der Steiermark verkauft ja keine Tafeltrauben, er verkauft keine Rosinen, er verkauft Wein. Und Wein wird es 2016 von diesem Jahrgang sehr wenig geben und das ist das große Problem. Wir haben ein irrsinniges Image zu verteidigen, deswegen finde ich es auch sehr gefährlich, öffentlich zu verkünden, wir öffnen die Tore für Zukauf überall. Ich würde das Ganze mir sehr gut anschauen, was liegt noch in den Kellern, was ist wirklich an Ernte zu erwarten und vor allem möchte ich auch Eines wissen, es wird zwar immer vom Katastrophenhilfsfonds gesprochen, aber das Wort, diese Klausel, dass versicherbare Schäden also praktisch trotzdem gedeckt sind, wie du es mir am Dienstag zu Mittag gesagt hast, das habe ich von dir heute nicht gehört. Wird das jetzt definitiv aufgehoben, oder gilt das eh und das Ganze ist jetzt nur ein nettes Gerede, um Leute ruhig zu stellen. Und um auf das Russland-Embargo zurück zu kommen, wir haben hier im Haus, nämlich ich persönlich, einen Entschließungsantrag eingebracht zur Lockerung der Russland-Sanktionen, dass das Land an den Bund einwirken möge, abgelehnt! Jetzt kommt es zu den Naturkatastrophen dazu. Kollege Gangl, du hast selber noch gelacht, da habe ich dich gefragt, ob du nicht Angst hast, wenn die Kollegen zu Hause etwas erzählen. Jetzt kommst du und erzählst, es ist alles so schlimm. Hättet ihr damals mitgestimmt, dann wäre die Sache auch anders. *(Präsidentin Dr. Vollath: „Herr Abgeordneter, ich bitte um Einhaltung der Redezeit, sie ist schon abgelaufen!“)* Einen Satz noch, bitte Frau Präsident. Eines noch, jetzt das Weltklima in einem Griff ändern zu wollen, das ist schon schwierig. Es würde mir schon reichen, wenn man hier im Haus beginnen würde, den einzelnen Abgeordneten Gläser hinstellen und nicht aus Plastikbechern trinken zu müssen. *(Beifall bei der FPÖ)* Das wäre einmal ein Anfang, wo auch wirklich etwas

geschieht. Naja, (*Präsidentin Dr. Vollath: „Herr Abgeordneter, die Redezeit ist schon weit überschritten!“*) ich hoffe, dass alle auch beim täglichen Gebet „Unser tägliches Brot gib uns heute“, die Bauern, die das Korn anbauen, nicht vergessen. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der FPÖ – 10.58 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Kurz noch eine eigene Wortmeldung. Da haben wir einmal, da hat uns das Gleiche gestört, Herr Abgeordneter, die Pappbecher sind bereits beauftragt.

Die nächste Wortmeldung ist von der Abgeordneten Cornelia Schweiner von der SPÖ.

LTAbg. Schweiner – SPÖ (10.59 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag Steiermark, werte Besucherinnen und Besucher!

Auch ich möchte mich zu dieser Aktuellen Stunde zu Wort melden und eingangs von diesen persönlichen Begegnungen mit den Bauern und Bäuerinnen aus der Südoststeiermark berichten, denn es war nicht einfach in den letzten Tagen in Betriebe zu kommen, wo auf einmal die Existenzgrundlage weg ist. Was sagt man da an ermutigenden Worten, welche Form von Beistand kann man in diesen Stunden und Tagen überhaupt als politisch Verantwortliche in dieser Region geben. Diese großen Bilder der Zerstörung, aber auch des persönlichen Zerstörens der eigenen Vision, des Engagements im Betrieb, 80 % der Erdbeeren darnieder. 80 Prozent der Äpfel darnieder, was kann es da, außer natürlich der nun anlaufenden Hilfe der finanziellen Entschädigung noch geben. Und ich denke, es muss mehr geben, als die finanzielle Entschädigung. Es muss dieses klare Bekenntnis, von dem wir auch heute hier sprechen, geben, dass wir als politisch Verantwortliche in diesem Bundesland zu unseren Bauern und Bäuerinnen auch in diesen schweren Stunden emotional stehen und da finde ich es, wie meine Vorredner ebenso unangebracht, Menschen hier gegeneinander ins Treffen zu bringen. Aber es zeigt einmal mehr, wie die FPÖ ihre Politik auch in dieser Stunde anlegt. Das Engagement und die Schaffenskraft, die Visionen, die Bauern und Bäuerinnen in der Steiermark entwickelt haben und über Generationen hinweg bereit sind, diese auch zu leben, diese gilt es, aufrecht zu erhalten, wenngleich dieses Jahr und auch die nächsten Jahre keine einfachen werden. Der Klimawandel ist schon angesprochen worden. Nur völlig klar ist, dass der Klimawandel nicht aufhört, wenn ich regionale Produkte einkaufe, sondern es in tiefe, strukturelle Maßnahmen geht und die Frage ist, sind wir als Politik bereit, diese tiefen strukturellen Maßnahmen auch zu setzen, auch wenn sie mit unserem eigenen Leben, ob das

den Individualverkehr betrifft, ob das den Umgang mit landwirtschaftlichen Maschinen betrifft, wenn es um den Schutz des Bodens geht, das werden Fragen sein, die wir uns nach der akuten Behebung dieser Katastrophe ernsthaft stellen müssen und wo wir dann auch bereit sein müssen, gemeinsam einen Weg zu gehen, der auf der einen Seite eine Klimawandelanpassung für Bauern und Bäuerinnen genauso ermöglicht, wie für den Tourismus, und auf der anderen Seite strukturelle Maßnahmen beinhaltet, die diesen Klimawandel, soweit es uns als Menschen möglich ist, eindämmen können. Umso mehr hoffe ich, dass diese breite Zustimmung in dieser Aktuellen Stunde auch darüber hinaus weiter wirkt, wenn es darum geht, konkrete Maßnahmen für die Bauern und Bäuerinnen, aber auch mittel- und langfristig für den Schutz der Umwelt und Natur einzutreten. Herzlichen Dank.
(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.02 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist vom zuständigen Landesrat Hans Seitinger. Bitte.

Landesrat Seitinger – ÖVP (11.02 Uhr): Danke, geschätzte Frau Präsidentin, dass ich die Rednerrunde jetzt abschließen darf!

Ein paar Replik zu dem Gesagten: Punkt eins, ich habe vergessen, und das ist mir wirklich ein Anliegen, mich auch bei allen meinen Mitarbeitern in den Abteilungen, auch in den Abteilungen des Landeshauptmannes, des Landeshauptmannstellvertreters, zu bedanken. Das gehört sich einfach, weil die auch Tag und Nacht gearbeitet haben, um diese Schnellinitiativen zu starten und die Renate Bauer hat es angesprochen, das Bundesheer muss hier als wirklich beispielhaft noch einmal angesprochen werden. Innerhalb weniger Stunden ist es gelungen und Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer hat sich dafür sehr verwendet, eine Großkompanie dann noch einmal um eine ganze aufzustocken, um den Bauern vor Ort raschest zu helfen. Der Dank der Bauern wurde sehr, sehr deutlich hier auch ausgesprochen und ich möchte das hier auch wiedergeben. Zum Kollegen Hafner, nicht böse sein lieber Herr Abgeordneter, aber es wird hier nicht „herumgeschwafelt“ um die Causa Prima, sondern es wird hier jedes Detail sauber aufgearbeitet, um objektive Entschädigungslösungen zu finden, um den Bauern rasch zu helfen, aber solche Katastrophen, die über 6.000 Bauern mit nahezu 30.000 Hektar zu schätzenden Grundwerten verbunden sind, brauchen Zeit, brauchen auch eine gewisse Abstimmung, das muss man schon einmal klar sehen und ich glaube, irgendjemand hat es gesagt, dass es, ein Beispiel, Lambert Schönleitner, glaube ich, war es,

ein Beispiel war, wie Bund und Land in einer Katastrophenhilfe optimalst, ich sage das ganz deutlich, optimalst zusammenarbeiten können und dafür sei allen herzlichst gedankt. Sowa sieht man sehr, sehr selten in einer so großartigen Qualität. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Lambert Schönleitner hat auch das Thema Risikoversicherungen angesprochen. Ich möchte das sehr klar auch noch einmal in den Mund nehmen. Selbstverständlich ist es uns wichtig, dieses Leben unter dem freien Himmel möglichst risikofrei zu gestalten, auch für die Bauern in Zukunft. Davon hängt sehr, sehr viel Existenzielles ab, aber auch sehr, sehr viel an Geld ab. Wir müssen das Risiko verteilen, das ist ganz wichtig, und daher bemühen wir uns auch, jetzt auch im Zuge dieser Erfahrungen dieser Katastrophe, das Eine oder das Andere im Bereich der Hagelversicherung zu erweitern, um für den Bauern ein Angebot zu schaffen, das er sich leisten kann und das letztlich abgedeckt über viele Rückversicherungen hier an. Und das ist auch ein entscheidender Punkt unserer Arbeit für die nächsten Wochen und Monate. Wie gesagt, auch aus den Erfahrungen heraus. Hubert Lang hat einen ganz wichtigen Punkt auch angesprochen, ein Ja für die Zukunft der Landwirtschaft und das hat auch die Kollegin Schweiner angesprochen. Das ist so wichtig, dass wir jetzt in dieser Stunde den Bauern ein Signal geben, dass sie weitermachen sollen. In dieser Hoffnungslosigkeit weitermachen sollen, den Betrieb wieder aufbauen sollen, mit unserer gemeinsamen Unterstützung, denn letztlich brauchen wir nicht nur im Sinne der Versorgungssicherheit, sondern auch im Sinne der Bedürfnisse unserer Konsumenten in unserem Lande diese Betriebe, die uns gewährleisten eine Versorgung mit frischen, regionalen Produkten, die wir in diesem Lande haben und das können nur unsere Bauern sicherstellen und daher brauchen sie auch jetzt in dieser schweren Stunde unsere gemeinsame Kraftanstrengung. Kollege Cramer, zur Causa Russland-Embargo, ja, wenn die ÖVP und SPÖ in diesem Hause zugestimmt hätten, wäre das Russland-Embargo schon aufgehoben, ich meine, wir können uns besonders wichtig fühlen, aber so wichtig, glaube ich, dürfen wir uns trotzdem nicht fühlen, dass wir hier in diesem Lande das Russland-Embargo von heute auf morgen aufheben können, da wissen wir, da sind andere politische Verantwortliche dafür verantwortlich, hier diesen Teil einer gewissen Öffnung herbeizuführen und das wünschen wir uns ja allesamt, dass es hier wieder zu entsprechenden Geschäftskontakten kommen kann, aber hier der ÖVP und der SPÖ einen Vorwurf zu machen, dass sie das Russland-Embargo hätten aufheben können, das geht schon ein bisschen zu weit. Und was die Schäden anbelangt für den Weinbau, das habe ich vielleicht vorhin vergessen zu sagen, selbstverständlich werden wir in diesen krisengeschüttelten Situationen auch den Weinbau nicht vergessen, das ist ja völlig klar, und es gibt ja auch

dahingehend einen Beschluss der österreichischen Agrarlandesräte, auch diese, in Existenzbedrohung befindlichen Betriebe, sehr, sehr genau zu analysieren und diesen auch zu helfen. Da wollen wir also keine Unterschiede machen, obwohl hier versicherungstechnisch selbstverständlich Unterschiede zu machen sind zwischen versicherbaren, nicht versicherbaren, unterstützt versicherbaren Schäden, das muss man in dieser Verantwortung in der Gesamtsicht sehr wohl auch so sehen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.08 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Aktuelle Stunde ist daher beendet.

Hohes Haus, heute hat um 08.20 Uhr der Ausschuss für Bildung getagt, über die Regierungsvorlage mit der Einl.Zahl 696/1, betreffend das Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz 2000 geändert wird (StPOG-Novelle 2016) sowie über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 697/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschulerhaltungsgesetz 2004 geändert wird (StPEG-Novelle 2016). Zu dieser Regierungsvorlage wurde die im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 696/4 (N1) der heutigen Tagesordnung sowie im Selbstständigen Ausschussantrag mit der Einl.Zahl 697/5 (N2) der heutigen Tagesordnung enthaltenen Ausschussanträge gefasst.

Außerdem hat heute um 08.30 Uhr der Ausschuss für Gemeinden über den Antrag mit der Einl.Zahl 808/1, der Abgeordneten Mag. Alexandra Pichler-Jessenko, Karl Petinger, Erwin Dirnberger, Mag. Dr. Wolfgang Dolesch und Manuela Khom betreffend das Wohnbauförderungsgesetz beraten und zu diesem Antrag den im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 808/3 (N3) der heutigen Tagesordnung enthaltenen Ausschussantrag gefasst.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz heute vor der Sitzung schlage ich vor, die genannten Tagesordnungspunkte an folgenden Stellen zu behandeln, und zwar:

Tagesordnungspunkt N1 (Einl.Zahl 696/4) nach TOP 7

Tagesordnungspunkt N2 (Einl.Zahl 697/5) gleich im Anschluss nach TOP N1 und den

Tagesordnungspunkt N3 (Einl.Zahl 808/3) vor dem TOP 1,

also am Beginn der Tagesordnung.

Gemäß § 39 Abs. 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse jetzt in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung an den genannten Stellen abstimmen und ersuche im Falle der Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand.

Ich sehe die einstimmige Annahme. Dankeschön.

Ich informiere das Hohe Haus darüber, dass Dringliche Anfragen eingebracht wurden. Am Donnerstag, dem 28. April 2016 wurde um 09 Uhr 49 von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Landesrat Dr. Christian Buchmann, betreffend „TTIP verhindern – steirische Unternehmen entlasten!“ eingebracht.

Weiters wurde am Montag, dem 02. Mai 2016 um 22 Uhr 02 von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Johann Seitingner, betreffend „Schutz der steirischen Landwirtschaft vor dem Hintergrund der aktuellen TTIP-Enthüllungen“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, spätestens aber um 16.00 Uhr damit beginnen.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet – in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz - gemäß § 68 Abs. 1 GeoLT eine gemeinsame Wechselrede statt.

Ich gebe Anfragen und Anfragebeantwortungen bekannt.

Es wurden 8 Anfragen mit den Einl.Zahl 830/1 bis 832/1, Einl.Zahl 860/1 bis 862/1 sowie Einl.Zahl 867/1 und 868/1 gem. § 66 Abs. 1 GeoLT eingebracht.

Außerdem wurden 7 Anfragebeantwortungen mit den Einl.Zahl 643/2, Einl.Zahl 651/2 und 652/2, Einl.Zahl 654/2 bis 656/2 sowie Einl.Zahl 680/2 gem. § 66 Abs. 3 GeoLT eingebracht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung über und ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Wir eröffnen, wie angekündigt,

N3. Bericht des Ausschusses für Gemeinden über den Antrag, Einl.Zahl 808/1, der Abgeordneten Mag. Alexandra Pichler-Jessenko, Karl Petinger, Erwin Dirnberger, Mag. Dr. Wolfgang Dolesch und Manuela Khom betreffend Wohnbauförderungsgesetz.

Mir liegen hier keine Wortmeldungen vor, ich komme daher, okay, eine Abgeordnete, ein Abgeordneter, waren Sie zuerst, Herr Abgeordneter? Bitte, der Abgeordnete Deutschmann.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (11.13 Uhr) Danke, Frau Präsidentin zur Möglichkeit dieser spontanen Wortmeldung, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, Hoher Landtag, werte Damen und Herren im Auditorium!

(LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Unverständlicher Zwischenruf!“) Ich weiß nicht, was du meinst, wie es bei uns üblich ist, aber ich versuche jetzt, das Thema so zu erklären, wie ich das, (LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Unverständlicher Zwischenruf!“) stimmt nicht ganz, liebe Alexandra, da muss ich dir widersprechen, grundsätzlich sehen wir in diesem Änderungsgesetz „Wohnbauförderung“ eine Anlassgesetzgebung und deswegen haben wir im Unterausschuss darüber diskutiert, dass es besser wäre, wie hier schon auf der Baukulturenquete gemeint wurde, die Materien Raumordnungsgesetz, Baugesetz und Wohnbauförderungsgesetz zusammen zu führen und die ergänzenden Dinge, die sich aus diesen Gesetzesmaterien ergeben, schlussendlich auch zu einem zu machen. Und bei der Gelegenheit gleich diese Materien vielleicht zu entrümpeln und das einfacher und vollziehbarer in den einzelnen Abteilungen, sei es jetzt Raumordnung, sei es Baugesetz, sei es Wohnbauförderungsgesetz, zu machen. Wir wollen nicht verhindern, dass gebaut wird in den Regionen, wo wir jetzt das Problem dieser Luftschadstoffgeschichte haben. Im Gegenteil, wird mir hier jeder glauben, denn ich habe ein hohes Interesse, dass auch in jenen Gebieten gebaut wird, die grundstücksmäßig schwierig sind, denn wir haben immer mehr Probleme in diese Richtung. Bin ich da. Aber wir sind gegen diese Anlassgesetzgebung auch deshalb, weil es ja nach Recherche und Rücksprache auch die Möglichkeit gegeben hätte, mit einer Durchführungsverordnung und einer Begründung diese Dinge in den Griff zu bekommen, dann hätten wir jetzt diese Gesetzesänderung nicht gebraucht, weil schlussendlich, geschätzte Damen und Herren, und das ist der springende Punkt, ja nicht nur beim Streichen dieses Passus die Luftreinhalteproblematik fällt, sondern auch der Lärmschutz fällt, weil das in diesem § 2 Gesetzestext so eben drinnen steht. Da darf ich darauf verweisen, dass es schon

seit langem eine in der EU begründete Lärmschutzrichtlinie aus dem Jahre 2002 gibt, nämlich vom 25.06.2002, die ja Grundlage für unsere Lärmemissionsbetrachtung im Wohnbau ist. Geschätzte Damen und Herren, die nächste Frage muss sein, dass es gilt, geförderten Wohnbau und nicht geförderter Wohnbau hier nicht auseinander zu dividieren, denn, wie dort, wie da, wohnen Menschen und Menschen sind Menschen, ob das ein geförderter Wohnbau ist oder nicht, das ist völlig unerheblich. Auch hier müsste man im Gesetz etwas nachdenken und darum meine ich eben, wäre es gescheiter gewesen, den einen Passus für diese Anlässe, die wir jetzt haben, in der Durchführungsverordnung zu ändern und nicht jetzt im Gesetz generell hier diese Streichung vorzunehmen. Weil es ist nichts anderes als eine Streichung, auch wenn - da hat die Frau Kollegin Alexandra Pichler-Jessenko schon Recht, es gibt ja andere Gesetzesmaterien, wo das drinnen steht. Da sind wir ja einer Meinung. Das Problem ist nur so, in der Raumordnung werden jetzt Baulandkategorien festgelegt, wo man jetzt Wohnbau durchführen kann. Problem ist nur, in der Raumordnung habe ich längere Fristen. Wenn diese WA's, WR's, oder Dorfgebiete, wie auch immer, hier Wohnbau zulassen, habe ich Fristen, die ich in zwei, drei Jahren wahrscheinlich in einer Anpassung in eine andere Richtung anlassbezogen im geförderten Wohnbau und in der Raschheit nicht ändern kann. Daher zieht für mich der § 28 Raumordnung nicht, sondern das ist eben leider in dem Fall bei anlassbezogenen Projekten, die ja am Wohnbautisch ja passieren müssen, nach dem Wohnbauförderungsgesetz abzuhandeln. Daher, glaube ich, können wir den Punkt, ich meine, ihr streicht ihn eh, keine Angst, dass hier nicht gebaut werden darf, aber das ist jetzt unsere Position. Ich habe ja im Unterausschuss sehr kritische Anmerkung gemacht und ich habe auch dort gesagt, das umfassende wäre gescheiter, dass man endlich einmal, bitteschön, Raumordnung, Baugesetz und Wohnbauförderungsgesetz anpasst und zusammenführt, dort, wo es zusammenpasst, die Schnittstellen zu lösen und dort, wo ich sagen kann, das ist für den geförderten oder für den Wohnbau gut, mache, und dort, wo ich es nicht brauche, kann ich gewisse Dinge entrümpeln. Ich würde sagen, geschätzte Damen und Herren, gescheit wäre, und das ist auch ein Zugang von uns in der Raumordnung, dass Gemeinden und Städte selbstredend auch Vorbehaltsflächen schon in der Raumordnung für den sozialen Geschoßwohnbau ausweisen müssen. Wäre dafür einfach in der Beurteilung und dort könnten wir sagen, dort, wo Infrastruktur vorhanden ist, im Zentrum, aus dem Zentrum heraus, den Ort entwickeln, das kann ich eben leider nur durch die Raumordnung lösen. Es gibt keine andere Möglichkeit in der Raumordnung, und dafür ist sie auch da, kann ich diese, in der Baukulturenquete so besprochene, Zentren stärken und aus dem Zentrum heraus bauen, lösen,

nicht im Wohnbauförderungsgesetz und ich bitte um Verständnis, dass wir dieser Streichung oder Anpassung nicht, aus dem von mir angeführten Grund, zustimmen können. Danke.
(Beifall bei der FPÖ – 11.18 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Mag. Alexandra Pichler-Jessenko.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP (11.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, lieber Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher!

Wir hatten einen sehr, sage ich einmal, fachlich-fundierten und diskussionsreichen Unterausschuss zu diesem Thema. Wir sind fast eine Stunde zu diesem einen Punkt zusammengesessen. Unter anderem der Gerald Deutschmann aus seiner Fachexpertise, sehr intensiv mitgearbeitet, der Karl Petinger, also es waren hier einige, die Sabine Jungwirth war dabei, die KPÖ war dabei, also, wir haben, glaube ich, mit wirklich sehr vielen Pro und Kontra diese Änderungen abgewogen. Ich hatte auch das Gefühl, Gerald, ich habe dir das heute eh schon gesagt, dass ihr mitgehen werdet aufgrund der Gründe, die ich jetzt dann auch noch nennen möchte. Ich möchte aber zuerst auf deine Wortmeldung kurz eingehen. Entrümpelung, ich glaube, wir sind die ersten, die für Entrümpelung sind, wir arbeiten bei vielen Gesetzen an der Entrümpelung und je umfassender desto besser und das wird es ja auch bis Herbst, diese Neuüberarbeitung des Raumordnungsgesetzes, geben, da wird man sich viele Dinge anschauen müssen, auch, was Verdichtungen anbelangt, was ist in der Raumordnung an neuen Zentren festzulegen, und, und, und. Du sprichst jetzt von einer Anlassgesetzgebung, warum haben wir diesen Punkt heute überhaupt auf der Tagesordnung? Was war der Anlass dazu? Mir wurde von zahlreichen Experten, unter anderem in der Stadt Graz von Gerhard Uhlmann, der für geförderten Wohnbau in Graz zuständig ist, sprich auch für sozialen Wohnbau, mehrmals in den letzten Wochen berichtet, dass es in Graz immerhin um elf Projekte geht, wo Grundstücke für den geförderten Wohnbau angekauft wurden, diese Grundstücke laut Baugesetz, das eben auf diesen § 28 des Raumordnungsgesetzes verweist, für die Bebauung sozusagen zu nutzen sind, für den geförderten Geschoßbau, weil um den geht es hier, und da steht dieser Passus drinnen, da kommt auch der Lärm vor, du hast gesagt, Lärm ist da nicht drinnen, also quasi dieses zumutbare Ausmaß, und da steht in Klammer Lärm, Luftschadstoffe, und, und und. So, jetzt haben wir elf Projekte, wo ich weiß, wir haben diese Eignung, diese Projekte sind sozusagen von der Stadt Graz zur Bebauung da, eines ist

unter anderem in Waltendorf, eines ist in der Peter-Tunner-Straße, das ist da Richtung Wiener Straße, es ist ein Projekt bei der Triester Straße Richtung Süden, also es sind unterschiedliche Lagen und unterschiedliche Projekte, die jetzt vorliegen und zu bebauen sind bzw., wo die Zeit drängt. Sie werden alle wissen, ich habe auch den Herrn Stadtrat Eustacchio im Zuschauerraum gesehen, dass wir Zuzug haben in der Stadt Graz und dass wir diesen Wohnbau dringend brauchen. Weiters gibt es Projekte in Leoben, wo wir die gleiche Problematik haben. Das eine ist, - und da kann mir eigentlich niemand widersprechen - dass wir hier sehr wohl eine Doppelprüfung haben. Wir haben ein Baugesetz, das auf diesen Passus in der Raumordnung verweist, wo ein Grundstück auf diese Eignung hin geprüft wird. Und darauf werde ich mich verlassen müssen können, das ist einmal für mich das Eine. Das Zweite ist, dass wir dieses Wohnbauförderungsgesetz, diesen zweiten oder gleichen Passus zu den Emissionen im frei finanzierten Wohnbau nicht prüfen. Das heißt, frei finanziert könnte ich jetzt alle Grundstücke der Stadt Graz abkaufen, die eigentlich für sozialen Wohnbau gedacht sind und könnte hier frei finanziert wahrscheinlich kein leistbares Wohnen sicherstellen. Also das ist einmal für mich ein wesentlicher Grund, warum wir diesen Passus streichen sollen/müssen. Das ist eine Überbürokratisierung und, wie gesagt, das ist eine Doppelprüfung und ich messe hier nicht mit gleichem Maß im geförderten und im frei finanzierten Geschoßbau. Dann bitte, wenn man jetzt an das Umweltthema denkt, die Sabine hat das auch mit uns diskutiert, natürlich ist es wesentlich, dass ich Feinstaub bekämpfe, da bin ich ganz bei dir. Ich glaube nur, dass es dazu anderer Maßnahmen bedarf, wie eben: Wir müssen uns überlegen, was kann ich in der Erneuerbaren Energie noch mehr tun. Wir haben diese Abwärmenutzung bei Sappi Gratkorn. Es gibt das große Solarprojekt in der Puchstraße, und, und, und. Alles Maßnahmen, die hier greifen sollen. Wenn ich aber so weit gehe und sage, ich verhindere geförderten Wohnbau in einem Feinstaubsanierungsgebiet, dann kann ich bitte von, ich glaube, von Frohnleiten bis Leibnitz nicht mehr gefördert bauen. Und jetzt nehme ich das Stadtentwicklungsprojekt Reininghaus noch heraus. Ich meine, nicht umsonst passiert dort etwas Einmaliges. Ich habe hier eine Durchmischung von frei finanziertem, sozialem und gefördertem Wohnbau. Ich habe dort besonders strenge Auflagen, was die Parkplätze betrifft. Ich habe eine starke Reduzierung der PKW-Parkplätze, hin zu mehr Öffi's, zu Radfahrkonzepten, und, und, und. Also auch das ist für mich ein Vorzeigeprojekt, wie ich Stadtentwicklung in einer Stadt mit einer Durchmischung im Wohnbau leben kann. So, auch dieses Projekt bitte, ich glaube, das habe ich vorher vergessen zu erwähnen, wäre auch nicht möglich. Und jetzt kommen von den Fachleuten, den Experten, teilweise Wohnbauträger,

teilweise der Herr Uhlmann von der Stadt Graz, der mit diesem Thema beschäftigt ist, der dringende Ruf, wir müssen hier – lieber Gerhard Deutschmann von der FPÖ, du nennst das Anlassgesetzgebung, etwas verändern. Jetzt habe ich mehrere Gründe aufgezählt, die das sinnvoll machen. Jetzt frage ich mich schon, Gerald, und ich muss das jetzt auch sagen, du bist ein Fachmann, du bist ein Experte, du hast das wirklich auch im Unterausschuss wunderbar erklärt, die Zusammenhänge, und ich gebe dir Recht, die Raumordnung, ich sehe, du kommst jetzt gleich wieder heraus, weil du weißt, was kommt, dann frage ich mich schon, wieso gerade du Bauen in Graz verhindern willst? Was ich mich erinnere, bist du von deiner Profession her Architekt, ich sage jetzt einmal, es werden sich die Bauherren/Bauträger schon ein bisschen wundern, dass jemand, der vom Fach ist, hier raus kommt und ich weiß nicht, sich versucht, mit irgendwelchen fachlichen Argumenten, die für mich nicht haltbar sind, hier durchzuwurschteln. Für mich steckt hier ein reines politisches Kalkül dahinter, Stadtrat Eustacchio Mario, du stehst hinten, vielleicht willst du kurz zuhören, ich meine, wir wissen alle, dass Reininghaus für die Stadt Graz ein Projekt ist, das wir brauchen werden. Unabhängig davon, wer derzeit Bürgermeister in Graz ist. Zumal ja dort auch die Frau Kahr maßgeblich an dieser Entwicklung mitbeteiligt ist und auch dadurch diese Durchmischung garantiert ist. Wenn ich jetzt aber hergehe und einen Paragraphen dazu verwende, ein Stadtentwicklungsprojekt zu verhindern, was einzelne Stadtregierer als Sigi-Nagl-Projekt eben nicht so gerne in Graz sehen möchten, dann frage ich mich schon, liebe FPÖ, ihr, die ihr immer für die Menschen seid, die ihr für leistbares Wohnen seid, die ihr Fachthemen vor alles andere stellt, dann frage ich mich, Gerald, wirklich, was ist der eigentliche Grund, warum ihr heute hier nicht mit geht. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.26 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ja, dann darf ich jetzt auch ganz offiziell Stadtrat Mario Eustacchio hier bei uns im Landtag begrüßen. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und ÖVP)*

Die nächste Wortmeldung ist von Karl Petinger von der SPÖ.

LTAbg. Petinger – SPÖ (11.26 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen, werte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Gerald Deutschmann!

Man hat gemerkt, wie schwer du dir in der Argumentation tust und eigentlich grundsätzlich eine Zustimmung signalisiert hast, aber die Anlassgesetzgebung als Argument verwendet hast, dass ihr nicht zustimmen könnt. Ja, es ist eine Anlassgesetzgebung. Ja, dazu stehen wir und wir glauben, dass die auch völlig richtig ist. Die Kollegin von der ÖVP hat ganz klar und

deutlich aufgezeigt, welche Projekte eigentlich im sozialen und ich spreche nur vom sozialen Wohnbau, weil der private Wohnbau ja diese Bedingungen nicht hat, welche großen und wichtigen Projekte im sozialen Wohnbau nicht durchgeführt werden können, nicht nur in Graz, nicht nur in Leoben, wenn man sich das IGL-Sanierungsgebiet anschaut in der Steiermark, sind alle Kernräume in der Steiermark, ob das der Bezirk Voitsberg mit dem Kernraum ist, die Obersteiermark, Graz und Graz-Umgebung, davon betroffen. Ja, ich gebe dir Recht, und darüber haben wir auch schon des Öfteren gesprochen, dass wir dringend eine Reformierung des Raumordnungsgesetzes, eine Reformierung des Baugesetzes und der Wohnbauförderungsgesetze brauchen. Ich gehe sogar einen Schritt weiter, ich glaube nämlich nicht mehr, dass diese Gesetze evaluierbar sind, reparierbar sind, sondern wir müssen darüber nachdenken, hier komplett neue Gesetze zu machen. Raumordnung neu zu denken, Baugesetz neu zu denken und in einer abgestimmten Form dementsprechend uns Gedanken machen, wie können wir hier Verwaltungsvereinfachungen machen, wie können wir den Wohnbau wieder attraktiv machen, welche Bestimmungen brauchen wir überhaupt noch, brauchen wir all diese Bestimmungen im Raumordnungsgesetz, die du im Besonderen kennst. Oder brauchen wir sie nicht mehr, denken wir neu nach. Wenn Lärm für dich ein Problem ist, das aus diesem Passus auch herausgestrichen wird, weißt du genau, dass in der Durchführungsverordnung noch immer geregelt ist im Wohnbau, welche Pegelgrenzen einzuhalten sind. Also die haben wir ja nicht herausgestrichen, Gott sei Dank, weil ich auch dafür bin, dass man Lärm dementsprechend begrenzen muss und du weißt, dass man gerade lärmtechnisch das durchaus gut in den Griff bekommen kann. Aber vielleicht zu dem Widerspruch in diesem Passus, den wir heute streichen werden. Zu allen unseren Bestrebungen, die wir gemeinsam durchaus mit verschiedenen Ansätzen tragen und hier vom leistbaren Wohnen, bis zu unserem Raumordnungsgesetz wieder hin, wo ganz definitiv, und da sind wir auch einer Meinung, dass wir Stadt- und Ortszentren verbauen müssen, dass wir konzentriert wieder unsere Stadtkerne besiedeln sollten und dann haben wir im Wohnbauförderungsgesetz einen Widerspruch drinnen, dass das nicht funktioniert und nicht geht. Also hier sollten wir einmal Querschnittsdenken auch anlegen und sagen, wenn wir schon diese Ziele im Raumordnungsgesetz haben, wenn wir diese Ziele verfolgen wollen, dann sollten wir auch die Möglichkeiten dafür schaffen. Und es ist ganz klar, wenn wir Stadtkerne und Ortszentren verbauen und da haben wir auch eine spannende Diskussion im Unterausschuss gehabt, dann haben wir mehr öffentlichen Verkehr, also die Leute können eher den öffentlichen Verkehr in Anspruch nehmen. Wir haben eine verdichtete Infrastruktur, wir haben eine soziale

Durchmischung des Wohnbaus und das alles trägt eigentlich dazu bei, dass wir den Feinstaub senken können, dass wir den Lärm senken können, weil der individuelle Verkehr zurückgeht. Also hier haben wir einen völligen Widerspruch in Gesetzesmaterien drinnen, den wir heute hier beseitigen wollen. Und ich glaube, das ist auch ganz wichtig und gut und noch einmal, ich komme noch dazu, wenn wir solch wichtige Anlassgesetzgebungen haben, dann bin ich dafür, dass wir es machen. Grundsätzlich halte ich von Anlassgesetzgebungen auch nichts, sondern sollten wir größer denken. Aber in diesem Fall glaube ich, dass die Wichtigkeit und die Ziele, die wir uns da vornehmen, entsprechend dafür sind, dass wir eine solche Anlassgesetzgebung auch wirklich durchführen. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.31 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Nun kommt von den Grünen Ing. Sabine Jungwirth ans Pult. Bitteschön.

LTabg. Ing. Jungwirth – Grüne (11.31 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Das ist eben ein typischer Fall, wo der Satz gilt, es ist halt alles ein bisschen kompliziert. *(LTabg. Petinger – SPÖ: „Das ist überhaupt nicht kompliziert!“)* Naja, es ist so. Hier treffen viele verschiedene Dinge aufeinander, unterschiedliche Interessen selbstverständlich und ich komme jetzt in die für mich irgendwo sehr ungewohnte Situation, den Kollegen Deutschmann verteidigen zu müssen, dem du, Alexandra Pichler-Jessenko, vorgeworfen hast, dass man als Fachmann doch nicht gegen diese Novelle sein kann und die Bauträger werden sich bedanken. Ich denke, er weiß schon, warum er als Fachmann genau gegen diese Novelle stimmt, auch wenn er ein bisschen einen anderen Zugang hat, als ich zur Thematik. Grundsätzlich, aber es ist nun mal so, wenn man aus planerischer Perspektive drauf schaut, dann ist vollkommen klar, dass Wohnbau nur dort stattfinden soll, wo auch langfristig sichergestellt ist, dass ein gesundes Leben möglich ist und, auch wenn jetzt in dieser Wohnbauförderungsgesetznovelle die Passage herausgenommen wird, dass ein Grundstück nur dann für Wohnbau vorgesehen werden darf, oder bebaut werden darf, wenn die Bebauung dieses Grundstückes kein unzumutbares Ausmaß und keine *(LTabg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP: „Graz absiedeln!“)* überschreitende Belastung durch Lärm sowie Schadstoffe und Beeinträchtigungen aufweist. Es hat schon einen Grund, dass man so etwas reinschreibt, weil im Prinzip die Kurzfristperspektive zwar ist. Wir machen hier leistbares Wohnen, weil wir

haben „billige“ Grundstücke, weil wirklich billig sind sie in der Stadt ja sowieso nirgendwo mehr, aber dennoch günstigere Grundstück. Und die Langfristperspektive ist eben dann wieder die volkswirtschaftliche auch, wo wir Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Lungenerkrankungen haben, mit denen wir rechnen müssen, die die Menschen beeinträchtigen werden und die Kosten hat wieder die öffentliche Hand am Ende. Das ist eben das Problem, das wir dabei haben. Und ich meine, das Pferd von hinten aufzäumen, indem ich das jetzt aus der Wohnbauförderungsgesetzgebung herausnehme, ist eben auch nicht ganz der Weisheit letzter Schluss. Denn genau genommen findet ja genau dieselbe Überprüfung schon bei der Bauplatzzeichnung statt. Das ist ja auch eure Begründung, warum ihr es hier rausnehmt. Jetzt ist aber die Bauplatzzeichnung nur dann gegeben, wenn genau diese Anforderungen erfüllt werden. Das heißt, genau genommen dürften all diese Grundstücke gar nicht so ausgewiesen werden im Flächenwidmungsplan, dass eine Wohnbebauung dort überhaupt möglich ist. Wir haben das im Ausschuss diskutiert. Sie, Herr Kollege Deutschmann, haben das wirklich wunderbar erklärt, wie das ist im Zusammenspiel der unterschiedlichen Gesetzesmaterien, die hier zum Tragen kommen und genau deswegen ist es eigentlich ja nur eine Umgehung der Raumordnungsgesetzgebung genau genommen, denn dort müssten solche Grundstücke eben abgeändert werden. Man müsste hergehen, und jetzt liegt ja gerade die Revision von Graz auf, (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP: „Dann dürfte man in Waltendorf nie mehr bauen!“*), dürfte, streng genommen, Graz diese Grundstücke weder als WA noch als WR ausweisen, sondern als Gewerbeflächen. Ja, da wäre es möglich, das ist richtig (*LTAbg. Petinger – SPÖ: „Die ganze Stadt Graz ist da drinnen!“*), ja, aber entlang der Hauptverkehrsadern ist es nun mal so, dass sowohl die Lärmbeeinträchtigung gegeben ist, als auch die Luftgütebeeinträchtigung. Feinstaub, NOX, etc., etc. Es ist eine Tatsache. Und wir gehen eben her und kübeln die umweltpolitischen Ziele und opfern die am Altar dieser wohnbaupolitischen Ziele, die schon wichtig sind, aber wir haben, in dem Fall haben wir eben das Ungleichgewicht Kurzfrist- versus Langfristperspektive. Und das kann es ja wohl nicht sein, dass man mit öffentlichen Mitteln fördert, was letztlich der öffentlichen Hand wieder Kosten verursachen wird. Also ich kann nicht nachvollziehen, wie so etwas ein politisches Ziel sein kann. (*LTAbg. Petinger – SPÖ: „Dann müssen wir in der Stadt bauen!“*) Ja, die ganze Stadt Graz hat ein Problem. Ich weiß das, Herr Kollege Petinger, dass das so ist, aber dennoch, dann müssen wir ja das Problem angehen und können nicht einfach alles, was es an Auflagen gibt, kübeln. Das kann nicht das Ziel einer verantwortungsbewussten Politik sein. Und ich meine, erneuerbare Energien und Ausbau, ja, das wurde genannt, und da passiert ja

auch etwas. Das ist gut so. Big Solar, ein Superprojekt, das im Übrigen aus dem Umweltressort in der Stadt Graz gekommen ist, Lisa Rücker zeichnet dafür verantwortlich, das möchte ich an der Stelle auch einmal betonen, aber ein wesentlicher Faktor ist halt hier auch wieder einmal ausgeblendet worden, und das ist der Verkehr. Und auch wenn wir verdichten und damit natürlich eine Verbesserung herbeiführen können, so ist es dennoch so, dass wir gerade im Verkehrssegment nach wie vor die Notwendigkeit haben, etwas zu tun. Wir kaprizieren uns nicht auf eine, was auch immer, Umweltzone oder sonst was, ich bin durchaus offen für einfachere Dinge und planbarere Dinge, wie eben, ja, wir machen entlang der Verkehrszeichen irgendwelche Verordnungen oder sonst etwas. Oder einen Tag in der Woche autofrei. So unkompliziert wie möglich, jederzeit gerne. Aber Faktum ist, es wird nach wie vor zu viel gefahren, das ist leider eine Tatsache. Und der Stau, der entsteht, der entsteht auch genau dadurch, dass zu viele Autos auf der Straße sind. Ja, wir müssen den öffentlichen Verkehr ausbauen. Aber ich würde mir trotzdem wünschen, dass wir das zuerst tun und danach erst die anderen Dinge ändern und der Punkt ist, man könnte auch in der Raumordnungsgesetzgebung über Sanierungszonen beispielsweise arbeiten. Dann gehe ich eben her und sage, entlang dieser Strecken, die hier betroffen sind, mache ich ein Sanierungsgebiet, mache eine Auflage, bis wann das zu sanieren ist und im Anschluss darf es dann bebaut werden, wenn natürlich die Sanierung stattgefunden hat. Aber wir gehen leider halt in dem Fall her und nehmen jeglichen Druck heraus, etwas zu tun. Und das kann es eben, wie gesagt, nicht sein und deswegen aus unserer Perspektive keine Zustimmung zu dieser Novelle. (11.37 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Ein zweites Mal zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Deutschmann von der FPÖ. Bitteschön.

LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (11.37 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Auf diese Vorredner muss man replizieren. Vor allem Frau Kollegin Jungwirth, es ist nett, dass Sie mich da verteidigen müssen, brauchen Sie aber nicht, das tue ich gerne selber. Aber ich danke Ihnen dafür. Es geht ja um die Sache und nicht um die Personen. Karl Petinger, es tut mir leid, ich muss dich berichtigen, ich tue mir nicht schwer in meinen Materien, wo ich eigentlich seit mehreren Jahrzehnten daheim bin. Vielleicht woanders, in anderen Materien, da sicher nicht. Dann hast du mich entweder nicht verstanden, oder du willst mich nicht

verstehen. Zu dir Alexandra, das ist schon mehr als untergriffig, wie du argumentierst. Erstens „wurschtle“ ich nicht und wir „wurschteln“ schon überhaupt nicht in der FPÖ, ihr „wurschtelt“, weil ihr lasst das Raumordnungsgesetz liegen. Ihr seid die „Wurschtler“. So schaut es aus. *(Beifall bei der FPÖ)* Zum zweiten finde ich es fast schon mehr als sekkant, es ist ja fast schon abwürdigend, wenn du mir unterstellst als Planer, der ja meinen Hauptberuf darstellt, dass ich meine Bauherrenschaft, die Genossenschaften und die Bauträger konterkariere. Ich glaube, irgendetwas hast du nicht begriffen. *(LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Sei nicht so angerührt!“)* Entweder hast du mich nicht verstanden in meiner Wortmeldung, dann müssen wir von vorne wieder anfangen, oder du willst mir Böses tun. Das zweite möchte ich gar nicht andenken, geschätzte Frau Kollegin. *(Beifall bei der FPÖ)* Wenn man eine lapidare Geschichte, horch mir zu, sonst verstehst du mich wieder nicht, eine lapidare Geschichte im Wohnbau mit einer Durchführungsverordnung ändern könnte und ihr müsst eine Gesetzesmaterie überfahren, dann ist es klar, so wie die Frau Kollegin Jungwirth auch sagt, es geht nicht, da müssen wir anders arbeiten. Aber das ist ja nicht so. Und ich sehe das Ganze, da hat der Karl Petinger schon Recht, da haben wir uns eh schon unterhalten, aber ich brauche nicht nur in kleinen Scheiben mich herantasten, weil es ist einfach eine wichtige Geschichte. Vielleicht kommen wir heuer noch einmal zusammen und können das in einer größeren Gesetzesänderung machen. Es ist natürlich so, Anlassgesetzgebung und deine Meldung, dass wir deshalb dagegen sind, weil es als Nagl-Projekt in Graz gilt, da kann man als Freiheitlicher nur dagegen sein, der Schelm denkt so, wie er ist, liebe Alexandra. So sind wir nicht und ich schon gar nicht. Sondern mir geht es in Wirklichkeit um die Sache, dass wir endlich einmal Raumordnung, Bau- und Wohnbau zusammenführen und die Raumordnung kommt einmal zuerst. Und mir zu unterstellen, dass ich dem Wohnbau und dem sozialen Wohnbau in seinem Fortkommen ein Verhinderer bin, ist ja ganz furchtbar. *(LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Sei nicht so angerührt!“)* Frag den Herrn Landesrat, ich habe mich mit ihm in der letzten Periode sehr intensiv mit dem Thema Wohnbau beschäftigt, auseinandergesetzt. *(LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Deswegen wundert es mich ja!“)* Ja, mich wundert deine Haltung zu dem Thema und vor allem deine Wortmeldungen durchwegs. Ich sage einmal, der Sache Kundigen zu diskreditieren, das ist nicht gut, das kommt nicht gut. *(LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Sei nicht so angerührt!“)* Naja, nicht, da sitzen die wehleidigen Brüder da drüben und die Schwestern, aber eines kann ich euch gleich sagen, *(Beifall bei der FPÖ)* es gefällt mir, wenn ihr das sagt von wehleidig, eure Wehleidigkeit in der Raumordnung die werden wir sehen, wenn wir die Novelle anpacken. Und da wird man

eure Wehleidigkeit erkennen. Ich werde euch daran erinnern. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 11.41 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Wie schon angekündigt auch zum zweiten Mal gemeldet hat sich die Abgeordnete Pichler-Jessenko.

LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP (11.41 Uhr): So, die wehleidige Schwester meldet sich noch einmal zu Wort. Ein paar Dinge muss ich jetzt trotzdem noch entgegenen. Es sind diese Bauherren, Gerald, die ja an uns herangetreten sind, das ist Gerhard Uhlmann, der sozialen Wohnbau für Graz sicherstellen muss, unter anderem, der gesagt hat, es ist nichts mehr möglich, was können wir tun? Und das weißt du. Mehr habe ich nicht gesagt, wie ich da herausen gestanden bin. Und das Pferd von hinten aufzäumen, Sabine, sehe ich nicht so, weil wir haben ein Gesetz. Wir haben ein Baugesetz, das sich auf den Passus in der Raumordnung bezieht und erst dann kommt dieses Grundstück mit einem Bebauungsplan an den Wohnbautisch. Und dann wird noch einmal (*LTAbg. Ing. Jungwirth: „Das ist ja die Notbremse!“*), nein, dann wird noch einmal eines draufgesetzt und dort wird dann eigentlich nicht genehmigt oder verhindert, was auch immer. Fazit ist, dass ich ein Grundstück kaufe, sozialer Wohnbau, mit einer Einschränkung, was Lärm, Luft, Emissionen, Infrastruktur und, und, und betrifft. Aber das Pferd von hinten aufzäumen, das ist es in dem Fall nicht. Ich setze etwas, was noch einmal draufsetzt, außer Kraft. Ich bin bei dir, Sabine, einmal (*LTAbg. Ing. Jungwirth: „Nein, baut die Notbremse aus!“*), ja, aber Sabine, was ist die Notbremse? Ich baue in Waltendorf nicht, ich baue in Reininghaus nicht, ich baue in der Peter-Tunner-Straße nicht, ich baue in der Triester Straße nicht mehr, dann habe ich 13 Projekte, oder 11 in Graz, die ich nicht mehr bebaue. Dann mache ich dort, was ist gefallen, Gewerbegebiet. Was sagen die Experten? Was bringt etwas in Ballungszentren? Da geht es ja nicht nur um Graz. Wenn ich verdichte - ich bin auch dafür, dass wir höher bauen in städtischen Gebieten - zum Beispiel, weil verdichten bedeutet letztendlich eine Einschränkung des Flächenverbaues, ein Weniger an Verkehr, ein Weniger an Aufschließung. Wenn ich auf die grüne Wiese gehe, wo ich noch eine gute Luft habe und bauen darf, brauche ich eine Straße, ich muss alles aufschließen, ich habe die Infrastruktur nicht und, und, und, und. Also diesen Zugang verstehe ich nicht. Ich bin nicht der Fachmann, ich spreche, ich habe das auch dem Gerald deutlich gesagt, er ist für mich der Fachmann, und auch du in der Umweltpolitik, aber dass Verdichten Sinn macht, Entschuldigung, da wird mir, glaube ich, hier herinnen niemand widersprechen.

(Beifall bei der ÖVP und SPÖ) Und damit wir nicht immer Graz als Beispiel hernehmen, Leoben, habe ich mit dem Dr. Murgg einmal kurz darüber gesprochen. Da gibt es dieses Projekt, ich glaube, es ist das ehemalige Hallenbad in der Josef-Theißl-Straße. Das ist eine Wohngegend, dahinter beginnt das Villenviertel. Also, wenn ich auch dort nicht mehr bauen darf, dann müsste ich in Leoben, keine Ahnung, wohin gehen. Auf den Berg und müsste diese ganze Region dann mit Straßen und, und, und erschließen. Bitteschön, rein jetzt von der Sinnhaftigkeit, das kann es nicht sein. Wo ich dir Recht gebe, aber das haben wir auch im Unterausschuss geredet, sind Umweltmaßnahmen. Wir werden uns für, weiß ich nicht, für städtische Zentren, egal, ob das jetzt, keine Ahnung, Großstädte sind in Deutschland, ob das Bologna in Italien ist, wir werden uns irgendein Verkehrskonzept überlegen müssen. Auch für Graz. Auch wenn es nicht für alle Gruppen dann wieder passend ist, aber hier werden wir was tun müssen. Oder Kopenhagen mit den Fahrradspuren. Aber das Umweltproblem darüber zu lösen, dass ich in Graz an 13 Orten nicht bauen darf, inklusive Reininghaus - ein wunderbares Projekt - war der Gerald auch sehr wehleidig, ich war dort, von euch war keiner dort. Die Grünen waren dort, die KPÖ war dort. Die Bauherren haben eingeladen, der Mario, er ist nicht mehr da, hat zugesagt. Wer ist nicht gekommen? Der Herr Stadtrat. Das ist ein ganz wesentliches Projekt für Graz. Wenn wir die Zuwanderung schaffen wollen, wenn wir Zusammenführen von sozialem, frei finanzierten Wohnbau schaffen wollen, und wenn wir Graz weiterhin attraktiv halten wollen, dann werden wir dieses Projekt dort bauen müssen. Egal jetzt, wie, aber jedenfalls das jetzt über Umwege zu verhindern, Gerald, und das musst du dir gefallen lassen, das halte ich dann schon auch wirklich für wehleidig und ich habe ja gemerkt, dass ich dich getroffen habe. Sonst wärest du kein zweites Mal heraus gekommen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.45 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Noch eine zweite Wortmeldung liegt mir vor von Karl Petinger von der SPÖ.

LTAbg. Petinger – SPÖ (11.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zwei kurze Bemerkungen: Jetzt so zu tun, dass alle Bedingungen im öffentlichen Wohnbau zusammenbrechen, wenn wir den Passus herausnehmen, das stimmt ganz einfach nicht. Das wisst ihr genauso. Kollegin Jungwirth, ich rate dir, dich mit deinem Kollegen Lambert Schönleitner, zusammen zu setzen und einmal auszudiskutieren, in welche Richtung wollt ihr

wirklich gehen. Lambert verteufelt uns immer, wenn wir über Aufschließungsgebiete reden, über Verbauen in der Peripherie, was ja richtig ist, bin ich ja auch deiner Meinung, dass man darüber nachdenken muss, du willst jetzt nicht die Ortskerne bebauen lassen. Ich kenne mich nicht mehr aus. Ich kann euch für den Bezirk Voitsberg jetzt, weil das ist einfach mein Heimatbezirk, sagen, wir bauen nicht mehr in Köflach, in Voitsberg, in Bärnbach. Das geht nicht mehr. Unser sozialer Wohnbau und die Dörfer sind schön, die ich jetzt aufzähle, die gefallen mir sehr gut. Wir bauen auf der Pack oben, wir bauen in Hirschegg in Zukunft und in Modriach. Dort werden wir unseren sozialen Wohnbau zukünftig dann positionieren, weil dort, wo wir eigentlich sollen und wollen, können wir nicht mehr. Gerald, ich habe nicht deine fachliche Kompetenz gemeint, du weißt eh, weil ich bin ja der Überzeugung, dass du dem liebend gern zustimmen würdest, aber ich habe nur deine Argumentation, warum du nicht zustimmst, jetzt ein bisschen gemeint damit und zum Raumordnungsgesetz, zur großen Novelle, wir zwei haben eh schon ein paar Mal gesprochen, die letzten sechs Jahre, du weißt, wer zuständig war für fünf Jahre, habe ich keinen großen Ansatz gesehen, jetzt ein Raumordnungsgesetz zu verändern. (*LTAvg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Du weißt, dass man Mehrheiten braucht!“*) Außer die Novelle (*LTAvg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Über ein Jahr reden wir schon!“*), die jetzt in der Diskussion steht, außer dieser Novelle, aber wenn du mir erklärst, dass diese Novelle der ganz große Wurf ist, dann haben wir falsch miteinander kommuniziert. Der ganz große Wurf ist es nicht, es ist jetzt eine notwendige Novelle, weil in vielen Bestandteilen dieser Novelle durchaus Verbesserungen drinnen sind, aber in Wirklichkeit sollten wir uns da über etwas Größeres drübermachen, damit wir vielleicht einmal in einem langen Prozess, weil Raumordnungsprozesse sind lang, zu einer vernünftigen Lösung kommen. Danke sehr. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.48 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Klubobmann Lambert Schönleitner von den Grünen hat sich zu Wort gemeldet.

LTAvg. Schönleitner – Grüne (11.48 Uhr): (*LTAvg. Petinger: „Das ist ja nicht notwendig!“*) Doch, lieber Karl Petinger, es ist notwendig.

Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Du hast mich einfach noch einmal herausgefordert. Du hast versucht, und es ist dir gelungen, aber du hast ja die Dinge völlig verdreht. Kein Mensch von den Grünen, ich nicht, die Kollegin Jungwirth nicht, keiner von uns, wird sagen, dass Verdichtung in städtischen

Räumen, im urbanen Bereich, nicht wichtig wäre. Du hast Recht, ich fordere das auch immer wieder ein, alles okay, alles klug. Aber was jetzt passiert, und das müssen wir uns ja noch einmal vor Augen halten und darum ist wahrscheinlich auch der Kollege Deutschmann kritisch, und die Grünen kritisch, und Expertinnen kritisch, das ist ganz etwas, eigentlich Grundlegendes. Nämlich, wenn ich mir jahrelang sage, Bauplatzzeichnung ist wichtig dort, wo Wohngebäude errichtet werden, muss gesunde Umwelt, speziell für Kinder, speziell für jene Menschen, die sich dauernd dort aufhalten, vorhanden sein, und ich gehe her und lege grundsätzliche Kriterien mit Fördermechanismen fest, um einen Anreiz zu schaffen und auch einen Druck zu schaffen, um die Luftqualität zu verbessern, um das Wohnumfeld zu verbessern und die Gesundheit der Menschen sicher zu stellen und eben sicher zu stellen, was ja schon im Raumordnungsgesetz bei den Grundsätzen ja an vielen Stellen drinnen steht, nämlich Bauplatzzeichnung zu definieren, dann ist es doch völlig absurd, wenn wir uns vorher sagen, die Fördermechanismen binden wir an dieses Instrument, dass wir sagen, nur, wenn hier ein gesunder Bauplatz vorhanden ist, dann gibt es öffentliche Mittel, dann ist das an und für sich mit dieser Regelung, die ihr jetzt macht, mit diesem Herausnehmen, natürlich aufgehoben. Und der ganze Druck ist weg. Und wenn wir das nicht nur in diesem Bereich, sondern bei allen landesgesetzlichen Grundlagen, bei Gesetzen, bei Verordnungen, machen würden, dann nehmen wir uns ja selbst nicht mehr ernst. Weil vorher sagen wir, da ist die Luftqualität nicht vorhanden, drum haben wir aus guten Gründen die Fördermechanismen genauso angesetzt, und dann kommt ihr her und sagt, das funktioniert aber nicht, drehen wir das Ganze um, sagen wir, es ist egal, wie die Luftqualität ist, bauen wir sowieso hin, egal, ob dort gute oder schlechte Luft ist für die Bevölkerung, das ist ja absurd. Es muss doch der Anreiz für uns sein, und das verstehe ich ja überhaupt nicht, dass man das überhaupt andenken kann, herzugehen, und zu sagen, wir alle müssen daran Interesse haben und das Bestreben haben, die Luftqualität so zu verbessern. Wir wissen seit Jahren, was in Graz im europäischen Vergleich los ist, und es geschieht nichts, damit wir dann den zweiten Schritt setzen können, (*LTabg. Petinger: „Verbessern wir die Luft, wenn wir verdichten, oder nicht?“*) und natürlich auch verdichten können. (*LTabg. Petinger: „Verbessern wir die Luft, wenn wir verdichten, oder nicht?“*) Aber Kollege Petinger, schau, ein einfaches Beispiel, Politik ist manchmal so theoretisch. Aber sie soll auch praktisch sein. Ein einfaches Beispiel, nehmen wir das günstige Jahresticket Graz her. Wir kennen es. Wir haben ein Problem, dieses Ticket gilt nur für die Grazer Bevölkerung derzeit, nur, wer hauptwohnsitzmäßig in Graz gemeldet ist, kann dieses Ticket nutzen, nicht die Menschen im Umfeld. Ja, wäre es nicht

vernünftig, wenn wir zur Luftverbesserung endlich sagen würden, ja auch die, die von draußen reinkommen und in der Stadt arbeiten, werden in ein gesamtsteirisches Ticket eingebunden, damit die Schadstoffe sinken, damit sie mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Ja, das müssen wir tun. Was wir aber jetzt tun, jetzt signalisieren wir, ganz klar, ist eh egal, wie die Luftqualität ist, wir fördern trotzdem und somit wird es ein geringer Anreiz sein. Und das ist eigentlich eine grundlegende Frage. (*LTabg. Petinger: „Beides müssen wir tun!“*) Das ist eine grundlegende Frage, denn, wenn wir das bei allen Umweltnormen so machen würden, dann senken wir die Standards, anstatt das eigentlich umzusetzen, was wir uns vorgenommen haben. Und das ist unverständlich und darum ist das aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 11.52 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Nun hat sich Landesrat Seitinger zu Wort gemeldet. Bitte, Hans.

Landesrat Seitinger – ÖVP (11.52 Uhr): Danke, geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten!

Ich möchte mich jetzt sozusagen als kostenloser Mediator kurz einbringen. Kollege Deutschmann, deine Kompetenz unbestritten, das sage auch ich hier. Weil du von Anlassgesetzgebungen sprichst, ich meine, es ist grundsätzlich ein Anlass immer gegeben, wenn man ein Gesetz ändert, weil man die Dinge ja verbessern will, weil man sie verändern will im Sinne sozusagen einer Verbesserung und daher soll man jetzt nicht grundsätzlich sagen, Anlassgesetzgebung, wohlwissend, wie wir sie verstehen könnten, ist etwas Schlechtes. In diesem Fall, und das möchte ich auch in Richtung Lambert Schönleitner und Sabine Jungwirth sagen, ist es nun eben mal so, dass es eine Interessensabwägung gibt. Wohnbau ist viel. Wohnbau ist soziale Förderung, die Wohnbauförderung meine ich jetzt, Wohnbau hat auch sehr stark mit Wirtschaftsförderung zu tun, mit Umweltförderung zu tun, ist Infrastrukturplanung, ist Raumordnung und vieles, vieles mehr. Aber in dieser Zentralfrage standen wir vor einem Problem, oder stehen wir vor einem Problem, das sich nicht nur in Graz hier abspielt, sondern, wie du ja selbst weißt, auch in anderen Bezirken. Und unser Kernziel war es, unter diesen vielen Gesichtspunkten der Wohnbauförderung, das Thema Leistbarkeit einmal in den Vordergrund zu stellen. Dieser Leistbarkeit einmal die erste Priorität im Wohnbau einzuräumen. Und du weißt ja selbst und du arbeitest ja dankenswerter Weise mit, dass wir hier noch lange nicht am Ende sind, die Wohnbaugesetzgebung, die Förderungsgesetzgebung, die Baugesetzgebung, die Raumordnungsgesetzgebung, die OEB-

Bestimmungen, die 15a-Bestimmungen, all dieses Konvolut rund um den Wohnbau und des Bauens insgesamt willens zu verändern, zu verbessern und abzuspecken. Vieles hier wegzubringen, was nicht unbedingt notwendig ist. Ich will nicht sagen, was weg gehört, sondern was nicht unbedingt notwendig ist. Und wir müssen in dieser Stunde, wo sich viele tausende Menschen das Wohnen kaum mehr leisten können, die Frage der ersten Priorität wirklich intensiv behandeln. Das ist ein ganz ein entscheidender Punkt einmal für mich. Und da bitte ich eben auch einfach, dass man in ein paar Schritten, die uns auch da und dort ein bisschen weh tun, ich glaube ja, da ist ja in deiner Wortmeldung eher das Problem gegeben, dass man etwas Größeres hätte machen können, aber ich sage ganz offen und ehrlich, bei dem Größeren bin ich jetzt auch bei den Grünen. Wenn ich also warte, mit Verlaub gesagt in Richtung Grüne, bis die Feinstaubwerte auf das Niveau kommen, wo wir von euch einen Applaus bekommen, dann werden wir lange warten müssen, weil da wird wahrscheinlich, wenn es eine reine Fußgängergemeinde wäre, die Stadt Graz, auch noch der Fußgänger aufgerufen, etwas langsamer zu gehen, weil der Feinstaub beim Schnellgehen auch noch entstehen könnte. Also, jetzt haben wir das Problem des leistbaren Wohnens und jetzt haben wir hier ein Problem zu lösen, dass wir dort, wo wir soziale Wohnungen errichten könnten, endlich diese auch errichten können, und ich glaube, da geht es um eine klare Verbesserung der gesetzlichen Lage, damit nicht hier sozusagen ein wichtiger Teil des berühmten Bedürfniszyklus des Lebens geschädigt ist. In dem Sinne danke ich auch der Kollegin Pichler-Jessenko. Sie hat das schon sehr klar auf den Punkt gebracht. Wir haben in Graz ein paar große, wirklich große infrastrukturelle und wohnbautechnische anfordernde Maßnahmen zu setzen und wenn man dann eben Reininghaus und solche Großprojekte mit hinein interpretiert, dann weiß man, hier haben wir Einiges in Bezug auf Raumordnung, in Bezug auf die Baugesetzgebung zu ändern, damit solche Baumaßnahmen letztendlich auch leistbar umgesetzt werden. Auch in der Mischform, in der sie notwendig und gegeben sind. Ich kann Ihnen abschließend nur Eines sagen und das ist mir wichtig und wir sind hier auch mit der Sozialdemokratie auf einem sehr, sehr guten Weg, wir werden den Sektor „Leistbares Wohnen“ im Gesamtkontext sozusagen mit allen diesen Begleitbausteinen in den nächsten Wochen und Monaten intensiv bearbeiten, weil wir unseren Menschen in diesem Lande verpflichtet sind. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.57 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Daher schreite ich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 808/3 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KPÖ angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Gemeinden über den Antrag mit der Einl.Zahl 535/1 von Abgeordneten der FPÖ betreffend „Bedarfszuweisungen transparenter gestalten“.

Ich ersuche um Wortmeldungen.

Ich kann das Plenum nicht sehen, ob es Wortmeldungen gibt. Bitte, die Herren. (*Allgemeine Belustigung*)

Eine Wortmeldung, ich habe es jetzt nicht gesehen, wer war als Erstes? Beide zurückgezogen? (*Allgemeine Belustigung*) Ich frage ja nur. Gut, Abgeordneter Dirnberger, bitte.

LTAbg. Dirnberger – ÖVP (11.58 Uhr): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wertere Landesräte, geschätzte Damen und Herren!

Ich darf mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melden. Lambert Schönleitner wird kommen und wird wieder dann erzählen, wie fürchterlich und dramatisch es ist, dass alles verheimlicht wird und dergleichen. Grundsätzlich, glaube ich, ist es hinlänglich bekannt, dass die Bedarfszuweisungsmittel ein Teil der Ertragsanteile sind, die den Gemeinden zustehen, 12,7 % aller Ertragsanteile, die in die Steiermark fließen, werden bei der Landesregierung quasi zwischengeparkt als Bedarfszuweisungsmittel und werden über Verteilungskriterien, Richtlinien, dann an die Gemeinden weiter verteilt. Und da wird immer Transparenz eingefordert und auch behauptet, dass das alles verheimlicht wird. Das kann ich in keinsten Weise jetzt schon nicht nachvollziehen, weil erstens die Gemeindebudgets, die Rechnungsabschlüsse der Gemeinde nicht verheimlicht werden können, sondern sehr offen und transparent sind, auch in weiterer Folge der Statistik Austria weitergeleitet werden und dort, zugegebenermaßen, doch relativ schwierig auffindbar sind, aber jetzt schon öffentlich sind. In weiterer Folge wissen wir auch, dass es einen Rechnungshofbericht gibt und dort auch die Empfehlung ausgesprochen wurde, quasi diese Bedarfszuweisungsmittel in einem Gemeindeförderbericht dem Landtag Steiermark zur Verfügung zu stellen und damit auch

öffentlich zu machen. Ähnliches gibt es in den Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich bisher, wir sind das dritte Bundesland und es wird Ende des Jahres, also mit Ende 2016, den ersten, diesen sogenannten Förderbericht, geben. Der Forderung, die immer wieder auftaucht von Seiten der FPÖ und auch der Grünen, nach jeder Landtagssitzung quasi das zu veröffentlichen, dem kann ich nichts abgewinnen und muss auch ganz klar feststellen, dass der Landtag hier kein Kontrollrecht hat. Es sind Gemeindemittel, sehr wohl wird das geprüft vom Bundesrechnungshof, auch vom Landesrechnungshof, aber zur Information, zu dieser Informationsmöglichkeit über diesen Gemeindeförderbericht, zu dem stehe ich auch. Es wäre ja dann die nächste Folge, dass die Gemeinden vorher ihre Projekte hier im Landtag anmelden müssen und der Landtag dann darüber entscheidet, ob eine Gemeinde jetzt ein Projekt umsetzen kann oder nicht. Also hier meine ich schon, dass es in der Gemeindeautonomie liegt und dort die Entscheidungen getroffen werden. Wir wissen alle, dass es Richtlinien gibt und sehr strenge Kriterien und die wurden vom Rechnungshof auch ausdrücklich für positiv bewertet und wenn jemand sich damit beschäftigt und alle Gemeinden und Bürgermeister wissen das, aber auch jeder andere kann sich diese Formulare herunterladen und da sieht man, wie so ein Ansuchen um Bedarfszuweisungsmittel eigentlich aussieht. Es gibt die Möglichkeit bezüglich eines Haushaltsabganges BZ zu beantragen, hier ist aber gleichzeitig auch ein Maßnahmenkatalog zur Haushaltssanierung mitzuliefern. Es gibt die Möglichkeit, ein Ansuchen um Gewährung von Bedarfszuweisungen zum Ausgleich von Härten zu beantragen und natürlich die klassische Methode, wenn es außerordentliche Projekte gibt, die einmalig sind und nicht wiederkehrend, auch hier gibt es die Möglichkeit. In weiterer Folge ist aber auch hier eine Aufwands- und Finanzierungsplanung unbedingt notwendig. Das heißt, die Aufwandsdarstellung sehr ausführlich, die Darstellung der mittelfristigen Aufwendungen, da kommen hinein Personal-, Sachkosten, Finanzierungskosten und dgl., und auch die Projektfinanzierung selbst, was gibt es an Eigenmitteln, wie schaut es aus mit Fremdmitteln und was ist wirklich an Bedarfszuweisungsmitteln dann notwendig. Wie gesagt, auch ein detaillierter Finanzierungsplan und es wird natürlich auch der Gebührenhaushalt angeschaut und die Gebührensätze. Also, sehr strenge Kriterien, die dann auch von der zuständigen Abteilung und von anderen Abteilungen geprüft werden und dann kommt es erst zu der politischen Entscheidung, die, wie wir ja wissen, auf zwei politisch Verantwortliche aufgeteilt ist. Auf den Landeshauptmann und den Landeshauptmannstellvertreter und hier auch in wechselseitiger Kontrolle, d.h., für die SPÖ-Gemeinden ist in der Kontrolle der

Landeshauptmann zuständig und für die ÖVP-Gemeinden der Landeshauptmannstellvertreter. Die Gemeinden selbst sehen diese Kriterien durchaus sehr kritisch, weil sie ihnen zu streng vorkommen, weil vor allem auch diese Eigenmittelaufbringung auch manches Mal sehr, sehr schwierig ist und hier ist richtiger Weise sicherlich angebracht und auch angekündigt, dass man über diese Spielregeln auch mit den Interessensvertretungen, also Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter, mit den Interessensvertretungen Städtebund und Gemeindebund darüber diskutiert. Für mich persönlich ist es auch angebracht, dass man noch stärker die jeweilige Finanzkraft der einzelnen Gemeinde hineinbringt und dass die Zu- und Abschläge ausgeweitet werden. Wie gesagt, Kollegen, Bürgermeisterkollegen haben natürlich unterschiedliche Zugänge, schauen auch über die Bundesländergrenzen und suchen sich natürlich immer das ideale System, was gerade für ihre jeweilige Gemeinde passt. Man kann durchaus darüber diskutieren, aber in Summe muss man sagen, haben wir sehr vernünftige Spielregeln, die ausdrücklich vom Rechnungshof als positiv beurteilt wurden und was viel mehr ist, dass der Rechnungshof eigentlich in seinem Bericht auch festgestellt hat, und das ist natürlich eine wesentliche Basis für die Gemeindefinanzierung, dass der jetzige Finanzausgleich, vor allem die Aufteilung der Fixschlüssel, in keinsten Weise mehr zeitgerecht ist und ganz eindeutig die Steiermark benachteiligt, das heißt, die steirischen Gemeinden. Und hier geht es nicht um die Gemeinde, nicht um den Bürgermeister, nicht um den Gemeinderat, es geht um die jeweilige Bevölkerung in den Gemeinden und zu guter Letzt um die Finanzkraft der Gemeinden und die Gemeinden sind dann in der Lage oder nicht in der Lage, die Wirtschaft vor Ort, die regionale Wirtschaft auch dementsprechend zu bedienen, d.h., damit verbunden sind arbeitsplatzsichernde Maßnahmen, arbeitsplatzschaffende Maßnahmen und hier gilt es anzusetzen, und hier gilt unsere ganze Kraftanstrengung wirklich auf diesen Fokus zu legen. Natürlich, wenn mehr Ertragsanteile in die Steiermark kommen, ist der Topf der Bedarfszuweisungsmittel auch größer und wenn wir uns vergleichen mit anderen Bundesländern, dann tun sich natürlich manche Bundesländer, vor allem die westlichen, wesentlich leichter, noch gezielter in finanzschwächere, in strukturschwächere Gemeinden die Bedarfszuweisungsmittel zu lenken, weil die Finanzkraft vieler Gemeinden dort in diesen Bundesländern von Haus aus sehr gut und sehr groß und es nicht notwendig ist, mit BZ die Finanzierung ihrer Maßnahmen oder ihrer Aufgaben zu unterstützen. Aber dazu gibt es ja noch einen Tagesordnungspunkt elf, wo, glaube ich, der Rechnungshofbericht dann ausführlich behandelt wird und ich darf mich dazu dann auch noch einmal kurz zu Wort melden. In Summe, wie gesagt, der Rechnungshof hat es für positiv befunden, wir haben sehr

strenge, klare Kriterien, die gilt es, einzuhalten, auch zu evaluieren, wenn man es so bezeichnen darf, und in Zukunft wird es einen Gemeindeförderbericht geben, wo einmal pro Jahr die Verteilung und die Zuteilung der Bedarfszuweisungsmittel auf die jeweiligen Gemeinden verankert sind und transparent gemacht werden. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.06 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Lambert Schönleitner. Bitteschön, Herr Kollege.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (12.07 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werde Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Du hast gesprochen, ich werde wieder ein fürchterliches Bild malen von Verheimlichung usw., lieber Erwin Dirnberger, das tue ich nicht, Fürchterliches tue ich sowieso nicht am Rednerpult, aber du weißt natürlich ganz genau, dass du manche Dinge, die du hier herausen gesagt hast, dass das deine Interpretation war des Rechnungshofberichtes, weil, wenn ich den Rechnungshofbericht lese, aber wir können ihn ja vielleicht einmal gemeinsam durchlesen, dann ist es an vielen Stellen so, dass die Steiermark auch im Vergleich sehr, sehr schlecht weg kommt, was die Verteilung der Bedarfszuweisungsmittel anlangt. Du liegst absolut falsch, das war einfach eine unrichtige Behauptung. Du hast gesagt, der Landtag hätte kein Kontrollrecht über die Bedarfszuweisungsmittel, über die Verteilung der Bedarfszuweisungsmittel. Es ist mittlerweile hinlänglich entschieden und klargestellt, entscheidet die Landesregierung, Geschäftsordnung Landesregierung macht einen Beschluss und aus diesem Grund heraus hat natürlich der Landtag, das ist unbestritten, ein Kontrollrecht über diese Mittelvergabe. Die Landesregierung entscheidet über die Höhe und das ist eine Entscheidung, die selbstverständlich vom Landesparlament, vom Landtag in seiner Kontrollverantwortung *(LTAbg. Dirnberger: „Ist das ein Wahnsinn, wo steht denn das im Rechnungshofbericht?“)* Aus dem Rechnungshofbericht kann man das klar herauslesen, wir haben euch in den vergangenen Jahren auch schon verschiedene Stellungnahmen, ich glaube, es war das Bundeskanzleramt, auf den Tisch gelegt, wo die Transparenz *(LTAbg. Dirnberger: „Zwischen Information und Kontrolle ist ein Unterschied!“)* ganz klar eingefordert wird und eben ihr eure alten Hausbräuche, es sind ja speziell steirische Hausbräuche, die es in anderen Bundesländern nicht mehr gibt, dass ihr sagt, die Schwarzen beteiлен die Schwarzen und die Roten die Roten. Das ist ja immer wieder was, was die Rechnungshöfe, sei es der

Landesrechnungshof, aber vor allem der Bundesrechnungshof, hier massiv kritisiert hat. Und nicht zu Unrecht, weil natürlich die sachliche Entscheidung durch diese parteipolitisch motivierte und auch in der Verantwortung klar zugeteilte Mittelverteilung keine gute Voraussetzung ist. Ich darf noch einmal kurz daran erinnern, wir haben in der Steiermark auch verschiedene wahlwerbende Gruppen in den Kommunen und das ist gut so, die weder der ÖVP noch der SPÖ zuzurechnen sind, von der Bürgermeisterpartei, sondern das sind Namenslisten, die ja dann auch von einem Regierungsmitglied beteiligt werden, entweder rot oder schwarz, wie es ihr euch gerade in der Geschäftseinteilung ausmacht. Und das haben die Rechnungshöfe zu Recht immer wieder kritisiert. Es ist ja geradezu absurd, dass man quasi schon im Budget bei den Grundlagen festhält, dass man sagt, das ist der rote Kuchen und das ist der ÖVP-Kuchen. Das ist nicht mehr zeitgemäß und sinngemäß. Selbstverständlich hat der Landtag ein Kontrollrecht, das ist festgestellt, auch der Landeshauptmann hat es unlängst hier herinnen im Haus einmal gesagt, dass es hier eine Transparenz geben soll. Was uns nur im Speziellen ärgert, weil du so viel von Transparenz redest, wenn wir dann eine Anfrage einbringen und ich glaube, wir haben zwei Mal eine Schriftliche Anfrage, zumindest einmal eingebracht, jetzt, glaube ich wieder, dass wir die Bedarfszuweisungsmittel der letzten zehn Jahre aufgeschlüsselt nach Gemeinden und Projekten hier sehen wollen, dass wir letztendlich diese Einsicht im Landtag haben wollen, dass wir dann keine Antwort bekommen. Und das ist aus unserer Sicht ganz klar gegen die rechtlichen Grundlagen, was die Geschäftsordnung anlangt, aber auch, was das Landesverfassungsgesetz anlangt, denn selbstverständlich haben wir ein Recht, diese Fragen zu stellen und haben auch ein Recht, Antworten zu bekommen. Wenn eh alles so paletti ist und alles so toll und alles so transparent und alles gut, dann passt das mit dem jedenfalls nicht zusammen, dass wir diese Antwort nicht bekommen. Denn der Rechnungshofbericht hat ja nicht aufgrund einer gesetzlichen Änderung festgestellt, oder die Expertinnen und Experten und die Juristen, dass wir diese Antworten zu bekommen haben, sondern er hat die gegebene Rechtssituation, die auch in den letzten Jahren nicht anders war, in dieser Form bewertet und darum müssen wir diese Antworten natürlich bekommen. Du hast auch den Finanzausgleich angesprochen, wieder leidend und kritisch aber leider nicht selbstkritisch, denn das ist schon auch ein Problem der Steiermark in den letzten Jahren gewesen, unseres Bundeslandes, dass eben immer wieder angekündigt wurde und da wende ich mich jetzt an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter, beim Finanzausgleich endlich einmal die steirischen Interessen stark zu vertreten. Diese Ungleichgewichtung, die du richtiger Weise angesprochen hast zwischen den westlichen Bundesländern und anderen, im

Speziellen auch der Steiermark, hier wirklich am Verhandlungstisch ausdiskutieren und, das wäre meine Auffassung, dann am Ende nicht zuzustimmen, wenn die steirischen Interessen bei diesem Finanzausgleich nicht gewahrt werden und da bin ich schon gespannt, wie das in Zukunft ausschauen wird. Wir haben ja von grüner Seite verlangt, und ich glaube, das war ein wichtiger Antrag, dass der Landtag auch informiert werden soll über die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen, wie das ausschaut, weil wir haben ja nichts, wenn ihr die nächsten zehn Jahre, so wie die zurückliegenden zehn Jahre wieder sagt, alles ist fürchterlich und die Steiermark ist benachteiligt, aber offenbar nicht so viel Rückgrat vorhanden ist bei den Chefverhandlern, und da wird ja die Steiermark eine Rolle spielen im nächsten halben Jahr wenn es um den Finanzausgleich geht, dass man das auf den Tisch legt und sagt, wir werden dem Finanzausgleich nicht mehr zustimmen, wenn es wieder diese Ungleichgewichtung gibt. Du beklagst dich immer, Erwin, dass das fürchterlich ist und schlecht ist, aber du vergisst immer dazu zu sagen, die beiden Parteien, die das verhandeln in der Steiermark, sind die Regierungsparteien, sind ÖVP und SPÖ. Also für uns ist klar und das ist ein letzter Appell, wir werden diese Anfrage natürlich weiterhin stellen, wir wollen Transparenz bei den Bedarfszuweisungsmitteln haben, das ist ganz, ganz wichtig. Wir wollen die Werte der letzten zehn Jahre der steirischen Kommunen wissen. Dieses Recht haben wir und ich glaube, es würde dem Haus gut anstehen und auch der Landesregierung gut anstehen, nicht nur anzukündigen, sondern diese Transparenz letztendlich auch zu geben. Was die Kriterien anlangt, vielleicht noch ein paar Sätze dazu, wie Bedarfszuweisungsmittel vergeben werden, da hat die Steiermark, glaube ich, auch Aufholbedarf. Das wurde nicht nur positiv bewertet, wir haben hier Bundesländer mit Salzburg und Kärnten, die wesentlich weiter sind, was die grundlegende Festlegung anlangt, in welchen Fällen überhaupt ein Bedarf gegeben ist und Bedarfszuweisungsmittel ausgeschaltet werden. Die Steiermark ist hier deswegen sehr desaströs unterwegs, muss man schon noch einmal erinnern, weil wir im Vergleich zu anderen Bundesländern massiv viele Pleitegemeinden haben, Trieben, Gratkorn, ich mag gar nicht alle aufzählen, Pöfing-Brunn und andere, die letztendlich immer aus diesem Topf auch Geld bekommen haben und die Gemeinden, die eigentlich ordentlich gewirtschaftet haben und eigentlich nachhaltig Budgetwirtschaft betrieben haben, die haben eigentlich durch die Finger geschaut, weil oft wichtige Projekte, wo der Bedarf gegeben gewesen wäre, nicht realisiert werden hätten können. Es waren bisher SPÖ-Gemeinden, man muss aber sehr kritisch auch auf Hartberg hinschauen, möchte ich schon auch erinnern bei diesem Tagesordnungspunkt, das könnte die erste Gemeinde der ÖVP sein, wo auch grob

Misswirtschaft betrieben wurde, wenn einmal der Finanzreferent der eigenen Partei nicht mehr bereit ist, das Budget mitzutragen, dann, glaube ich, ist man auch von Landesseite und von der Kontrollseite angehalten, hier ganz genau hinzuschauen. Ich würde mir wünschen, dass wir Transparenz haben in Zukunft und dass es gelingt, beim Finanzausgleich in Zukunft die steirischen Interessen besser zu wahren, besser festzulegen, wie das in der Vergangenheit der Fall war.

Ich darf noch unseren Entschließungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt nunmehr einbringen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Das Interpellationsrecht des Landtages zu achten und Schriftliche Anfragen an die Landesregierung und ihre Mitglieder, die sich auf die Gewährung von Bedarfszuweisungen beziehen, wie es das Landesverfassungsgesetz und die Geschäftsordnung des Landtages vorsehen, zu beantworten und
2. die Vergabe der Bedarfszuweisungen in den Jahren 2005 bis 2015 aufgelistet nach Gemeinden, Jahren, Summen und Projekten offen zu legen.

Ich ersuche um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 12.15 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitteschön.

LTAbg. Kunasek – FPÖ (12.15 Uhr): Herzlichen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich wollte mich eigentlich jetzt nicht mehr zu Wort melden, aber ich muss sagen, die Wortmeldung vom Kollegen Dirnberger hat mich schon jetzt dazu bewogen, einiges vielleicht richtig zu stellen und einfach auch aus unserer Sicht zu bewerten und vieles, was der Kollege Schönleitner gesagt hat, ist natürlich richtig. Es wird immer von Transparenz gesprochen, *(LTAbg. Dirnberger: „Haben wir eh!“)* wenn man es dann aber leben soll, dann geht es meistens nicht. Nein, haben wir nicht, Kollege Dirnberger. Wir haben erstens in unserem Antrag, einmal Richtigstellung, nicht gefordert, dass wir nach der Landtagssitzung am Folgetag irgendwelche Veröffentlichungen haben wollen, sondern da geht es um die Regierungssitzungen, weil ja die Bedarfszuweisungen auch in den Regierungssitzungen passieren. Das heißt, das war einmal eine Fehlinformation oder das ist nicht richtig

angekommen. Ich sage auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, die gegenseitige Kontrolle in der Landesregierung ist ja schön, wenn es sie gibt. Aber ich sage, mir ist es lieber, wir üben die Kontrolle hier im Landtag aus und wir sind das Organ, das kontrolliert und auch schaut, wo die Bedarfszuweisungen hinfließen, meine sehr geehrten Damen und Herren, (*Beifall bei der FPÖ*) und nicht die Landesregierung. (*LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl: „Kannst du eh!“*) Wenn jetzt festgestellt wird, ja das sind ja eigentlich keine Landesmittel, sondern Gemeindemittel, dann kann man das jetzt interpretieren wie man möchte, aber Faktum ist, es ist Steuergeld und es ist nicht wenig. Wir wissen, dass zwischen 2009 und 2013 650 Millionen Euro an die Gemeinden an Bedarfszuweisungen ausgeschüttet worden sind und da sage ich schon auch, da reicht es nicht aus, dann ein Jahr später in irgendeinem Förderbericht dann nachzulesen, wo diese Fördermittel oder diese Bedarfszuweisungen hingeflossen sind. Hier wäre es im Sinne der Transparenz, glaube ich, notwendig, dass man es wirklich auch lebt und dass wir hier im Landtag auch unsere Kontrolle entsprechend ausüben. Und Eines kann ich abschließend schon sagen, wir werden da nicht müde werden, diese Transparenz auch einzufordern und ich habe auch noch den Landeshauptmann ein bisschen im Kopf und im Ohr, der ja auch immer wieder von dieser Transparenz gesprochen hat. Der auch davon gesprochen hat nach der desaströsen Bundespräsidentenwahl für die ÖVP, man muss die Opposition mitnehmen, man muss Vorschläge aufnehmen, das ist alles immer nett, wenn man es ankündigt, gelebt wird das aber seitens der ÖVP, aber leider auch seitens der SPÖ eben nicht. Wir werden nicht müde werden, wir sind die Kontrollpartei und mit 27 % und 170.000 Wählern auch diesen Wählern im Wort, diese Kontrolle entsprechend auszuüben. (*Beifall bei der FPÖ – 12.17 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Karl Petinger. Bitteschön.

LTAbg. Petinger - SPÖ (12.18 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Grundsätzlich, Lambert, natürlich interpretierst du den Rechnungshofabschluss anders als vielleicht der Erwin oder ich. Ich sage nur ein Faktum: Es sind zwei Bundesländer verglichen worden, das weißt du, Niederösterreich und Steiermark und bei den Empfehlungen, wenn du hinten liest, hat Niederösterreich 18 Empfehlungen, die sie in ihrer Abwicklung der Bedarfszuweisungen verändern soll und die Steiermark acht, die man durchaus ernst nehmen

sollte. Bitte gar schön, nicht falsch verstehen. Ich werde jetzt nicht mehr darauf eingehen wie das verteilt wird, diese 12,7 % des Vorwegabzuges, und wie das später mit den Bedarfszuweisungs-Richtlinien dann auf die Gemeinden verteilt wird. Transparenz wird permanent gefordert. Transparenz natürlich immer in Verbindung mit Kontrollrechten, die man ausüben möchte. Dagegen steht ja grundsätzlich auch nichts dagegen. Dass diese Transparenz eigentlich immer gegeben war, vielleicht könnte man sie verbessern, da gebe ich dir schon recht, da könnten wir diskutieren, aber zu sagen, dass diese Bedarfszuweisungsmittel verheimlicht worden sind, das stimmt ja ganz einfach nicht, lieber Lambert. In den Rechnungsabschlüssen des Landes Steiermark sind sie drinnen. Zugegeben, nicht natürlich nach Gemeinden aufgeteilt. In jedem Gemeinde-Rechnungsabschluss Budget sind sie drinnen. Jetzt zukünftig und richtigerweise auch im Förderbericht. Also, was ist da verheimlicht worden? Die Frage ist nur, die muss man sich ehrlich stellen, wenn es sich so anfühlt, wie wenn etwas verheimlicht werden würde, dann muss man natürlich fragen: „Was können wir besser machen“, man muss sich dafür interessieren wie kann etwas wo erfahren, weil wenn man im Detail etwas erfahren wollte, dann hätte man es immer erfahren können. Bei jeder Gemeinde sitzen die Leute drinnen und überall ist es transparent und ganz klar da. Nur es ist mühsamer, zugegeben, zu erfahren wo Bedarfszuweisungsmitteln jetzt, für welches Projekt gab, aber dass das verheimlicht worden ist, das stimmt ganz einfach nicht. Deswegen können wir und das ist ja auch eine Empfehlung des Rechnungshofes, dass man das in diesen Förderbericht hineinnimmt. Dafür stehen wir auch, das ist ganz klar. Dementsprechend kann da aufgrund dieses Förderberichtes auch abgelesen werden, welcher Gemeinde zu welchen Bedingungen eben diese Förderrichtlinien gibt. Wenn man aber meint, dass der Landtag vielleicht zukünftig diese Vergabe beschließen sollte, um ein vorzeitiges Kontroll- und Prüfrecht einzuführen, da muss ich schon sagen, da geht man zu weit. Diese Mittel sind letztendlich Mitteln der Gemeinden, die eben nur vorher abgezogen werden aus den Ertragsanteilen und dann die Gemeinden eigentlich je nach Projekt, je nach Förderungsrichtlinie einen Anspruch auf dieses Geld hat. Also sehr differenziert, Transparenz und Kontrolle, Vergabe, das soll man sehr genau diskutieren und ehrlich diskutieren was man will. Gegen Transparenz hat nie wer etwas gehabt. Verheimlicht sind diese Mitteln in diesem Ausmaß, wie es dargestellt ist, nie geworden, weil es hat jeder immer genau gewusst wie viel Geld da ist. Das hat man sich nur aufgrund der Ertragsanteile ausrechnen können und wohin sie gegangen sind, war offensichtlich bei den Gemeinden immer vorhanden. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - 12.22 Uhr)*

Präsidentin Khom: Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Erwin Dirnberger. Bitte schön, Herr Kollege.

LTabg. Dirnberger - ÖVP (12.22 Uhr):

Ja, ich darf mich kurz noch einmal zu Wort melden. Herr Kollege Lambert Schönleitner, vielleicht ist doch gescheiter, wenn wir einmal gemeinsam den Rechnungshofbericht lesen, weil deine Interpretation ist schon sehr weitgehend. Korrekt ist, dass es eine Veröffentlichung durchaus geben kann. Das hast du ja angesprochen, das hat das Bundeskanzleramt durchaus so gesehen, aber kein Kontrollrecht des Landtages. Das steht nirgendwo drinnen. Das ist deine Interpretation, Eigenermessen, das ist so. Das ist Faktum und das muss ich ganz klar einmal feststellen. Der Wunsch nach Transparenz wird erfüllt mit diesem Gemeindeförderbericht, die Aufteilung auf zwei politische Referenten wurde nicht kritisiert, die Spielregeln grundsätzlich für richtig empfunden und auch für gut empfunden – sie müssen eingehalten werden. Da haben wir dort und da vielleicht Verbesserungsbedarf, auch verschiedene Verteilungskriterien kann man durchaus noch anpassen, man kann das alles überdenken. Dass es euch lieber ist, Herr Klubobmann, dass es am besten ist, wenn ihr es als Opposition verteilen dürft, das ist mir auch klar, aber so weit geht es halt nicht, weil die Verantwortung für die Verteilung hat die Landesregierung und nur die Landesregierung. Die Landesregierung hat die Verantwortung und die muss dann auch Rechenschaft gegenüber dem Bundesrechnungshof ablegen. Das sind die klaren Fakten. Dass man die eine oder andere Verfehlung hatten in der Vergangenheit, zu wenig genau hingeschaut hat, das ist korrekt. Das streite ich gar nicht ab. Das gilt es in Zukunft zu vermeiden. Solche Fehler müssen von vornherein verhindert werden, damit man das alles sehr gut im Griff hat. Dazu hat es Verschärfungen bei den Spielregeln gegeben, dazu ist auch die A7, als Aufsichtsbehörde, aber auch die Bezirksverwaltungsbehörde wurden jetzt aufgerufen und die haben das auch in der Vergangenheit schon bestens erledigt und sind jetzt noch strenger. Wie ich schon erwähnt habe, manchen Kollegen ist das eigentlich zu bevormundend, aber, wie gesagt, das ist halt ein Auswuchs, weil halt einige Kollegen wirklich über die Stränge geschlagen haben. Und der Gemeindeförderbericht ist gleich zu sehen wie der Förderbericht von anderen Regierungskollegen. Da wird ja auch im Förderbericht dargestellt, welche Förderung die eine oder andere Institution bekommt. Zum Finanzausgleich, das kannst du mir schon glauben, da hauen wir uns anständig ins Zeug. Aber da geht es nicht um Parteipolitik, ob das jetzt Rot, Schwarz, Grün, Blau oder was ist, da gibt es Bundesländerinteressen und keiner von den

Grünen in Vorarlberg wird hurra schreien und sagen: „Da habt ihr ein Packerl Geld“ und keiner von den Grünen in Wien wird sagen: „Da geben wir es in die Steiermark, nach Graz, weil die brauchen es dringend, weil sie ein gutes Wahlergebnis haben“. Freunde, da geht es um Bundesländerinteressen und einer der Hauptprofiteure des Finanzausgleichs ist die Stadt Wien. Das kommt bei dem Fixschlüssel ganz deutlich heraus. Weil bei der Fixschlüsselverteilung bekommt die Stadt Wien 30 %, obwohl sie nur 20 % Bevölkerungsanteil hat und wir haben 14 % Bevölkerungsanteil und wir bekommen 9 %. Hier gilt es anzusetzen, hier gilt es zu kämpfen für die Steiermark, egal welche parteipolitische Farbe, hier gehören auch die Interessensvertretungen usw. eingebaut, damit sie Lobbyismus betreiben. Aber da kannst du sicher sein, dass ich da sehr kämpfe und da habe ich auch harte Gefechte mit meinem Präsidenten auf österreichischer Ebene. Die sind nicht einfach. *(Beifall bei der ÖVP – 12.25 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 535/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP gegen die Stimmen von KPÖ, den Freiheitlichen und den Grünen angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 535/6, betreffend Verheimlichung der Bedarfszuweisungen beenden ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ, Freiheitlichen und Grünen keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Europa über den Antrag, Einl.Zahl 780/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend „Gegen die Laufzeitverlängerung des AKW Krsko eintreten!“.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Franz Fartek. Bitte schön, Herr Kollege.

LTabg. Fartek – ÖVP (12.26 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Vertreter der Landesregierung, geschätzte Kollegen Abgeordnete, werte Zuhörerinnen und Zuhörer im Zuschauerraum!

Gegen die Laufzeitverlängerung des AKW Krsko eine kurze Wortmeldung. Hier sind sich, glaube ich, alle hier im Hohen Haus einig und alle Parteien einig, dass Krsko stillgelegt werden soll. Initiativen dahingehend, so glaube ich, gibt es schon sehr viele. Der Landtag hat sich bereits 2009 einstimmig zur Forcierung des Ausstieges aus der Kernenergie auf europäischer Ebene bekannt. 2011 hat es dann mehrere Initiativen im Landtag gegen eine Laufzeitverlängerung bzw. für einen Ausstieg aus der Kernenergie gegeben. 2014 und vor allem 2015 hat es dann wieder im Landtag dazu Aktivitäten gegeben. Daraufhin hat es im August 2015 eine gemeinsame Petition von den Ländern Kärnten und Steiermark gegeben gegen die Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerkes und das an die Bundesregierung weitergegeben wurde. Das Land Steiermark hat sich stets gegen die Nutzung der Kernkraft ausgesprochen, vor allem auch durch die Nähe des Kernkraftwerkes Krsko und der zusätzlichen Gefährdung durch mögliche Erdbeben sind auch die Ängste gerechtfertigt. Selbstverständlich ist das Land Steiermark auch seit vielen Jahren bemüht, zusätzlich auch höchste Sicherheitsmaßnahmen für AKW's, die Österreich umgeben, zu verordnen und hat dementsprechend auch alle Aktivitäten, die seitens der Bundesregierung oder anderer Bundesländern in diese Richtung unternommen wurden, tatkräftig unterstützt. Nun könnte man alle Aktivitäten, die der Landtag, die Landesregierung gesetzt hat auch aufzählen. Es gibt dazu aber auch schriftliche Stellungnahmen von den Abteilungen 13 im Einvernehmen mit der Abteilung 15, Energie, Wohnbau, Technik, sowie der Abteilung 9 Kultur, Europa und Außenbeziehungen. Daraus geht hervor, dass es leider keine speziellen Rechtsmittel zur Verhinderung von Kernkraftwerken bzw. zur Verhinderung der Laufzeitverlängerung gibt, sofern die geltenden Rechtsvorschriften eingehalten werden. Inwieweit die Steiermärkische Landesregierung den Internationalen Gerichtshof wegen der Gefährdung durch das Kernkraftwerk Krsko befassen kann, das geht aus dieser Stellungnahme nicht hervor. Das sollte noch abgeklärt werden. Wir müssen aber die berechtigten Ängste und Sorgen der Menschen sehr ernst nehmen und mit allen gemeinsamen Kräften gegen den Betrieb der geplanten Laufzeitverlängerung von Krsko auftreten. Bei der vorangegangenen Wortmeldung „die Opposition wird da nicht gehört“, ich glaube, da kann man jetzt bei diesem Punkt das

Gegenteil behaupten. Wir werden den Antrag der FPÖ unterstützen und mitstimmen. Wir sollten nur in Zukunft sehr sachlich, aber auch sehr entschlossen mit diesem Thema umgehen und schauen, dass wir hier das Thema in die richtige Richtung bringen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP – 12.29 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Ing. Jungwirth, bitte schön.

LTAvg. Ing. Jungwirth – ÖVP (12.29 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Es freut mich zu hören, dass diesem Antrag nun zugestimmt wird, denn vorigen Sommer haben wir ja einen ähnlichen eingebracht und da wurde seinerzeit eben dann die Stellungnahme der Landesregierung eingeholt, auf die Sie auch eingegangen sind, und demzufolge dann ein Abänderungsantrag eingebracht wurde von SPÖ und ÖVP und unserem ursprünglichen Antrag eben nicht zugestimmt wurde. Da wurde darauf verwiesen, dass eben verschiedene Dinge noch zu klären sind und mittlerweile aber diese Klärungen gemacht wurden. Es stimmt, so wie Sie es beschrieben haben, es ist tatsächlich so, dass offensichtlich jetzt unmittelbar keine rechtlichen Möglichkeiten bestehen gegen die Verlängerung des AKW Krsko vorzugehen. Ja, bedauerlich ist das, denn jetzt stehen wir 30 Jahre nach Tschernobyl, wir stehen fünf Jahre nach Fukushima hier und noch immer ist es so, dass wir in Wahrheit hier in Österreich quasi umzingelt sind von Atomkraftwerken in den Nachbarländern. Ich habe beim Vorbereiten für die heutige Sitzung in meinen alten Unterlagen gekramt, weil wir ja 2011 anlässlich Fukushima hier auch viele Debatten geführt haben, insbesondere eben auch zu Krsko, und habe dabei eine Karte gefunden, die wir damals irgendwo ausgedruckt haben – Global 2000 hat sie produziert. Ich weiß nicht, ob man sie weiter hinten auch sieht – (Zeigt eine Landkarte). Hier ist Österreich zu sehen und rundherum die deutlich erkennbaren schwarz-gelben Flecken sind die Atomkraftwerke rund um unser Land. Ja, hier wird deutlich, dass wir doch sehr, sehr nah an unseren Grenzen eine ganze Anzahl von mittlerweile sehr alten Atomenergieanlagen haben. Wir wissen auch, dass nach wie vor Ausbauten geplant sind, in einigen dieser Anlagen bereits eingereicht sind. Hier laufen Verfahren, manche sind schon bewilligt. Also, man muss sagen, es ist kein Einsehen da in unseren Nachbarländern und das ist wirklich bedauerlich, denn die Gefahren sind klar, die Endlagerung des Mülls ist immer noch nicht wirklich geklärt. Wir wissen auch, dass die Kosten im Falle eines Supergaus die Allgemeinheit zu tragen hat, denn Sie sind nicht versicherbar, zumal eine

Versicherung im Endeffekt eh nichts nützt, wenn man dann gesundheitlich beeinträchtigt ist. Viele Menschen sind in Tschernobyl nachweislich erkrankt und gestorben, auch in Fukushima ist das so. Dort finde ich es überhaupt besonders erstaunlich, verwunderlich, eigentlich überhaupt nicht nachvollziehbar für mich, dass die Besiedelung dieser Gebiete schon wieder stattfindet und die Japaner offensichtlich – Sie kenne sicher die drei Affen (nicht hören, nicht sehen, nicht sprechen), die so, so und so machen. So wirkt das auf mich. Hier werden halt wirklich die Augen verschlossen gegenüber dem was passiert ist und das sollten wir vermeiden versuchen, aber wie gesagt, offensichtlich ist Slowenien auch in Bezug auf jegliche diplomatischen Bemühungen, die du tatsächlich auch versucht hast gemeinsam mit Rolf Holub, nicht zugänglich. Tja, was sollen wir dann tun? Das Einzige was man machen kann ist auf europäischer Ebene dann zu agieren. Jetzt ist es aber so, dass auf der europäischen Ebene die Energiepolitik hier keine eindeutige Linie verfolgt, denn es ist den Ländern letztlich überlassen welche Energieformen sie bewilligen. Da braucht man halt dann Veränderung, d. h., das wäre es was anzugehen ist, wo deutlicher von Österreich noch forciert werden muss, dass ein gemeinsamer Schulterschluss über ganz Europa stattfindet und alle Länder endlich das Einsehen haben, dass wir aussteigen müssen. In Deutschland ist das ja in der Vergangenheit beschlossen worden. Wir wissen, dass es Probleme verursacht hat und dass die Dinge nicht optimal gelaufen sind. Man könnte aber auch aus diesen Fehlern lernen und sagen: „Okay, jetzt wissen wir auf was wir schauen müssen“. Überhapps, es ist schwierig, geben auch wir zu, aber eine Laufzeitverlängerung das kann es halt wirklich nicht mehr geben. Hier muss ein wirklicher Stopp stattfinden und hier muss ein Riegel vorgeschoben werden. In Krsko, im Übrigen, das möchte ich auch noch an dieser Stelle in Erinnerung rufen, da war es so, dass ja 2011 nach Fukushima von uns auch in die Debatten eingebracht worden ist und darauf hingewiesen worden ist, dass es schon damals bekannt war, dass Krsko in einem Erdbeben gefährdeten Gebiet liegt, also das, was jetzt passiert ist, das war vorhersehbar. Das, was wir damals angekündigt haben, ist eingetreten. Wir hatten erst kürzlich die Beben und es gibt auch aus der Vergangenheit Dokumentationen zu Beben, die alles andere als klein waren. Es gibt Dokumentationen von Beben zu einer Intensität von neun bis zehn der MSK-Skala, also das ist schon eine ordentliche Gefährdungslage und Störfälle gab es auch immer wieder. Es ist, zumindest mir, nicht bekannt, dass es irgendwelche Bemühungen gegeben hätte, hier Verbesserungen herbeizuführen. Vielleicht passiert das jetzt im Zuge der Laufzeitverlängerung, kann aber nicht die Lösung sein. Die Lösung muss sein zu stoppen. 2023 hätte es sein sollen, jetzt sind wir bei 2043. Nun, wie gesagt, ich ersuche alle,

die die Möglichkeiten haben bei unseren Bundesregierungen zu intervenieren, aber auch eben auf der europäischen Ebene zu intervenieren, damit es endlich einen europaweiten Stopp der Atomenergie gibt. Das kann die einzige Lösung sein. Ich danke für die Aufmerksamkeit.
(Beifall bei den Grünen – 12.35 Uhr)

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet Frau Dipl.-Ing. Hedwig Staller. Bitte schön, Frau Kollegin.

LTAbg. Dipl.-Ing. Staller – FPÖ (12.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, werte Kollegen in den Reihen der Abgeordneten, meine Damen und Herren!

Gut Ding braucht Weile und manchmal einen Jahrestag oder zumindest eine geringfügige Adaptierung eines Antragtextes. Blicken wir ein paar Monate in die Vergangenheit: Bereits im September 2015 haben wir als Antrag der Grünen das Thema „Nein zur Laufzeitverlängerung des AKW Krsko“ im Umweltausschuss behandelt. Das Stück ging damals, Sie erinnern sich alle, zur Stellungnahme an den zuständigen Landesrat Mag. Leichtfried. In dessen Stellungnahme wurde auf die heute schon zitierte Petition der Länder Kärnten und Steiermark an die Bundesregierung verwiesen. Und Sie erinnern sich bestimmt an die Reaktion des Bundesministers. Er bringt sein großes Verständnis für die Sorgen der steirischen Bevölkerung zum Ausdruck. Damit war dann das Thema kurzzeitig erledigt. Der von der KPÖ eingebrachte zusätzliche Antrag auf Ausstieg Österreichs aus der EUROTOM fand leider keine Mehrheit. In den vergangenen Monaten gab es ein paar kleine Erdbeben in Krsko, es wurden vor Ort neue Erdbebenlinien entdeckt und es wurden mehrere bedeutungslose Zwischenfälle gemeldet. Schließlich der 26. April 2016. Fast jeder der hier Anwesenden hat persönliche Erinnerungen an den 26. April 1986 – Tschernobyl. Springen wir zurück in die Gegenwart, jetzt kommt Bewegung in die Sache. Just am 30. Jahrestag des Supergaus in Tschernobyl greifen wir das Thema wieder auf und beantragen im Ausschuss für Europa, dass sich die Bundesregierung auf Antrag der Landesregierung auf EU-Ebene gegen die Laufzeitverlängerung des AKW Krsko ansprechen soll. Und siehe da: Liegt es am Jahrestag der Katastrophe oder daran, dass wir im Antragstext den formalen Umweg über die EU gewählt haben? Landesrat Leichtfried hat direkt im Ausschuss kurz Stellung genommen und betont, dass der Antrag im Sinne aller sei. Er berichtet kurz über den Schulterchluss zwischen Kärnten und Steiermark und über die gemeinsamen Bemühungen die zuständigen

slowenischen und kroatischen Minister vom längerfristigen Nutzen einer Stilllegung Krskos zu überzeugen. Wir freuen uns, dass unser Antrag einstimmig angenommen wurde und dass der steirische Landtag Geschlossenheit in der Atomfrage gezeigt hat. Ich danke Ihnen. (*Beifall bei der FPÖ – 12.39 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Albert Royer. Bitte schön, Albert.

LTAbg. Royer – FPÖ (12.39 Uhr): Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte jetzt noch einmal die Gelegenheit nutzen um mich als Agrarsprecher der FPÖ zu dem Thema Atom zu Wort zu melden. Die Vorredner haben schon einiges gesagt. Es hätte auch unabsehbare Folgen für die Landwirtschaft, für den Tourismus in unserem Gebiet und was auch noch angesprochen worden ist, die Erinnerungen an Tschernobyl. Ich möchte von mir auch persönlich eine kurze Kindheitserinnerung zum Besten geben. Also ich war damals, wie Tschernobyl war, 13 Jahre alt und in der Landwirtschaft – zumindest zu meiner Zeit war es ja so -, dass man so ab 12 Jahren voll mitgearbeitet hat, grenzt natürlich an Kinderarbeit, aber wir haben es freiwillig und gerne gemacht. Man bekommt aber dann auch, wenn man mitarbeitet, mit, was am Hof so vor sich geht. Meine Erinnerung an Tschernobyl, und das möchte ich wirklich kein zweites Mal erleben, das war dann eben Folgendes: Wir haben damals einen Ochsen zur Schlachtung angemeldet gehabt. Und den hätte normalerweise der LKW schon - Schlachtbetriebe mit einem Fahrer und einen Treiber - zu zweit hätten sie den geholt, verladen und weggeführt. Ist dann nicht passiert, weil Tschernobyl war. Dann war tagelang das Wetter schön und es waren alle überfordert, keiner hat genau gewusst um was es da geht. Dann ist der Regen gekommen, also der atomare Regen leider und ist ja auch in unserer Gegend niedergegangen. Jedenfalls sind dann die Leute vom Schlachtbetrieb mit dem Auto gekommen und mit einem Geigerzähler am Hof herumgelaufen. Ich habe damals das erste und letzte Mal in meinem Leben einen Geigerzähler gesehen. Also, der Zeiger hat ausgeschlagen, das Gerät hat geknackst wie verrückt. Ich habe damals nicht genau gewusst wie gefährlich das ist und habe mir da weniger Sorgen gemacht, aber wie gesagt, noch einmal möchte ich das nicht erleben. Dann ist das noch aus heutiger Sicht Lustige passiert, nur das würde so auch nicht mehr funktionieren. Der Ochse, der da angemeldet war, mit dem haben wir dann in den hintersten Erdkeller hineingehen können und da drinnen ist dann gemessen

worden. Hat nicht funktioniert, weil der Geigerzähler viel zu viel ausgeschlagen hat. Dann sind sie nach einer Woche noch einmal gekommen und nach drei Wochen wieder. Beim dritten Mal messen hat es dann gepasst und das Viech ist in die Schlachtung gegangen. Jetzt muss ich aber dazusagen, 30 Jahre später gehe ich davon aus, dass die Messtechnik sehr viel besser ist und dass der Konsument sehr viel sensibler ist und auch damals glaube ich, der damalige Gesundheitsminister in Wien war mit der Situation auch überfordert. Also, sollte so etwas noch einmal passieren, dann gehe ich davon aus, dass die Landwirtschaft in weiten Teilen der Steiermark für längere Zeit erledigt wäre, weil wir aus heutiger Sicht, noch einmal bei so einem Vorfall, die Produkte sicher nicht mehr in Umlauf bringen dürfen und dann hätten wir eben die gleiche Situation was jetzt für ein oder zwei Jahre die Obstbauern haben. Dann hätten wir auch kein Einkommen mehr und die Landwirtschaft wäre ruiniert. Und daher nur mein Apell als Agrarsprecher: Nein zur Atompolitik! Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.42 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Gabi Kolar. Bitte schön, Gabi.

LTAbg. Kolar – SPÖ (12.42 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Natürlich beschäftigt im Speziellen den zuständigen Landesrat dieses Thema ganz besonders und er ist auch bereits im Ausschuss ganz intensiv auf dieses Thema eingegangen. Ich denke mir, wenn hier ergänzend noch etwas zu sagen sein wird, wird das der Herr Landesrat noch tun. Ich möchte ganz kurz über die Historie etwas erzählen zu Krsko, was ja auch schon die Frau Abgeordnete Jungwirth gemacht hat. Im Juli 2015 haben sich, wie gesagt, Slowenien und Kroatien auf eine Laufzeitverlängerung des gemeinsam betriebenen Atomkraftwerk Krsko geeinigt. Eigentlich sollte der Reaktor im Jahre 2023 stillgelegt werden, nun soll er aber bis 2043 weiterhin Strom liefern. „Das Atomkraftwerk sei sicher und wirtschaftlich“, sagt der slowenische Infrastrukturminister nach einem Treffen mit seinem kroatischen Kollegen. Dieses Atomkraftwerk, 1983 erbaut, war das einzige im ehemaligen Jugoslawien und es liegt rund 100 km östlich der slowenischen Hauptstadt Ljubljana und rund 50 km entfernt von der kroatischen Hauptstadt Zagreb am Flusse der Save. Seit der Inbetriebnahme gab es zahlreiche Zwischenfälle. 2008 hatte die EU-Kommission wegen eines Lecks im Kühlsystem eine europaweite, ich sage ganz bewusst noch einmal, eine europaweite Warnung

ausgegeben. Greenpeace hatte 2012 gefordert, dass AKW wegen seines hohen Alters und der Erdbebengefahr, die heute auch schon einige Male zur Sprache gekommen ist, den Standort zu schließen. Am 09.04.2016, also vor knapp einem Monat gab es wieder ein leichtes Erdbeben nahe Krsko. Und dieses Erdbeben vor knapp einem Monat nahe Krsko war sogar bis in die Steiermark zu spüren. Ich denke mir, das erinnert mich ein bisschen an die Flüchtlingskrise, so lange etwas weit weg ist, berührt es uns ja nicht so, aber wenn wir dann anfangen die Dinge selber zu spüren und sie kommen immer näher und sie sind dann hautnah da, dann ist wirklich Alarm angesagt. Und ich sage euch, diese Laufzeitverlängerung, die Entscheidung zum Weiterbetrieb, ist aus meiner und aus unserer Sicht der Sozialdemokratie im höchsten Maße fahrlässig. Das Kraftwerk, das eben 1970 im damaligen Jugoslawien erbaut wurde, gehört, wissen wir auch schon, zur Hälfte Kroatien und Slowenien. Zwischen 1981 und 1989 wurde der Reaktorbetrieb, man höre und staune, mehr als 70 Mal unterbrochen. Eine Betriebserlaubnis soll 1989 noch nicht vorgelegen haben und trotzdem ist es in Betrieb gegangen. Nach dem Zerfall Jugoslawiens 1992 kam es regelmäßig zu Streitigkeiten zwischen den nun beiden selbstständigen Republiken über das Kraftwerk. Dabei ging es um ausstehende Stromzahlungen und Teilübernahme der Betriebskosten von Kroatien. Im Jahr 2011 wurden rechtliche und betriebstechnische Fragen von der Regierung geklärt und ab 2013 beliefert das Kraftwerk schließlich wieder beide Eigentümer. Dieses Kraftwerk deckt ca. 40 % der slowenischen und ca. 15 % des kroatischen Strombedarfs ab. Der Reaktor, ursprünglich war er ja nur für 40 Jahre - was heißt nur - für 40 Jahre Betriebszeit ausgelegt, soll nun die Verlängerung gehen. Der Eigentümer des Kernkraftwerks möchte einen zweiten Reaktor, wie wir auch schon gehört haben, errichten. Es wird dabei von Investitionen von 2,5 Milliarden Euro ausgegangen. Dieser neue Block soll östlich des Bestehenden gebaut werden. Im August 2009 wurde dem Bau des Blocks eine italienische Partnerschaft ins Gespräch gebracht. Über das Projekt sollte frühestens 2013 oder 2014 entschieden werden. Für den bestehenden Block allerdings wurde vom Kraftwerksbetreiber eine Verlängerung der Betriebserlaubnis bis zum Jahr 2043 beantragt. Ich sage nochmals, dass dieses Kraftwerk besonders gefährlich ist, weil es in erster Linie in einem Erdbeben gefährdeten Gebiet steht. Nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima in Japan hat Greenpeace Slowenien eine Untersuchung in Auftrag gegeben, welche bestätigt, dass das AKW Krsko einem starken Erdbeben, welches in Slowenien ca. alle 200 Jahre auftritt, und wir haben das ja heute schon von Frau Jungwirth gehört, dass wir so ein starkes Erdbeben jetzt vor geraumer Zeit hatten, aber vor 100 Jahren in dem Fall, nicht standhalten würde. Am

26. April 2016 hatten wir 30 Jahre Tschernobyl gedacht und das war wirklich ein Supergau. Ich kann mich auch noch an diese Zeit erinnern, rund um den 1. Mai. Mein erstgeborener Sohn war damals ganz klein und es war schönes Wetter und wir wollten auf die Alm gehen und hinausgehen, aber es war natürlich, wie das dann eh erst nach ein paar Tagen herausgekommen ist, verboten. Alles sollte drinnen bleiben. Ich glaube, damals war uns gar nicht so bewusst welche Ausmaße das wirklich gehabt hat und welche große Gefahr wir damals ausgesetzt waren. Unser Landesrat Jörg Leichtfried ist ja nicht untätig geblieben. Er hat gemeinsam mit Landesrat Rolf Holub am 05.08.2015 eine gemeinsame Petition der Ländern Steiermark und Kärnten gegen die Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerk Krsko erarbeitet. Der Bundesminister Andrius Kupčinskas, zuständig für Umwelt, hat auch sehr rasch eine Antwort gegeben und da geht es natürlich darum, dass man hier bemüht ist, aber von Seiten des Bundes nicht wirklich einen Einfluss darauf hat. Und hier ist die EU gefragt. In dem Zusammenhang fällt mir doch ein: Unser Landesrat mittlerweile, Jörg Leichtfried, für Umwelt, Naturschutz, Verkehr, Sport, war ja einmal EU-Abgeordneter und ich kann mich gut erinnern, dass wir sehr oft über dieses Problem auch gesprochen haben und der Einsatz diesbezüglich auch im EU-Parlament sehr groß war. Dafür einen herzlichen Dank im Nachhinein. Wir haben in der Steiermark auch einen EU-Abgeordneten. Wir kennen ihn alle sehr gut. Er heißt Georg Mayer, ist von der FPÖ, und ich bitte die Kollegen und Kolleginnen der FPÖ massiv auf ihn einzuwirken, weil ihr seht ihn wahrscheinlich regelmäßig, dass er auch das Wort gegen Krsko im Europäischen Parlament erhebt. Ja, über die Petition wurde gesprochen, über Tschernobyl wurde gesprochen, über Krsko wurde gesprochen. Wir wissen alle um dieses Problem. Sie kennen alle den Schriftlichen Bericht, der ist Ihnen allen zugegangen. Und wie immer, wenn es um Umweltthemen geht, schließe ich meine Rede mit folgenden Worten: Wenn wir unsere Luft nicht mehr atmen können und unser Wasser nicht mehr trinken können, dann brauchen wir uns mit anderen Themen und Problemen in unserem Land nicht mehr auseinandersetzen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.52 Uhr)*

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet ist Landesrat Jörg Leichtfried. Bitte schön, Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Leichtfried – SPÖ (12.52 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Man solle mit Prognosen vorsichtig sein, insbesondere wenn sie die Zukunft betreffen, die sind immer sehr schwierig. In sehr vielen Bereichen sind sie schwierig, aber ich glaube, in einem Bereich wage ich eine Prognose, die wahrscheinlich zutreffen wird. Ich bin mir sehr sicher, dass, vielleicht 500 Jahre später als jetzt, die Historiker einen schweren Sündenpfahl in der Entwicklung der Menschheitsgeschichte im 20., 21. Jahrhundert aufgefunden haben werden. Nämlich den Einstieg in die Atomkraft. Ich glaube, es gibt kaum Fehlentwicklungen im Bereich der Menschheitsgeschichte die in unserer Zeit passieren und derartig schwerwiegende und drastische Konsequenzen haben können, nämlich, wenn es zu sogenannten, und das ist ein sehr interessanter Aspekt unserer deutschen Sprache, Störfällen in Kernkraftwerken kommt. Warum das Wort Störfall eigentlich? Es ist ja ein Unfall. Ein Unfall mit unglaublich drastischen Folgen, wenn sie wirklich geschehen. Man hat sich gedacht, man entwickelt das Wort Störfall, damit das Ganze nicht so schlimm aussieht. Das ist gleich wenn man ArbeitnehmerInnen entlässt und „frei setzt“ sagt. Es gibt so interessante Entwicklungen in der deutschen Sprache. Aber diese Unfälle in Kernkraftwerke und Tschernobyl haben gezeigt, bergen Gefahren mit sich, die nicht einschätzbar sind und die für sehr, sehr viele Menschen, die sich auch nicht schützen können davor, aber nicht nur Menschen, der Herr Abgeordnete hat es erwähnt, auch Tiere für die Landwirtschaft, unglaubliche Folgen haben können. Ich glaube, die Erkenntnis, die sich schon jetzt immer stärker durchsetzt, dass Kernkraft wirtschaftlich sinnlos ist und als Energieproduktion nicht nachhaltig ist, ist eigentlich uns schon bewusst. Aber wir erleben genauso, dass diese Erkenntnis nicht überall greift und wir sind halt besonders sensibel, wenn es um Kernkraft geht, die in unserer Nähe sind. Das ist logisch, je näher es ist, desto mehr empfindet man die Gefahr. Und gerade im Fall Krsko haben wir eigentlich zwei Gefahrensituationen. Die eine Gefahrensituation wurde schon öfters angesprochen, das ist die, dass Krsko in einem Erdbebengebiet liegt und Erdbeben natürlich extrem gefährlich für Atomkraftwerke sein können. Aber nicht nur für das Werk selbst, sondern auch in eingedenkter Tatsache, dass in Slowenien bei Krsko, in der Nähe im selben Erdbebengebiet auch die Abfälle gelagert werden. Also, es geht da nicht nur um das Atomkraftwerk, es geht auch um die Abfälle, die dort gelagert werden und wo sie nicht wissen, wo sie hinsollen damit und was sie sich gar nicht leisten können, dass sie anders untergebracht werden. Selbst wenn das Kernkraftwerk ein Erdbeben überstehen würde, ein stärkeres, gibt es immer noch das Problem mit den radioaktiven Abfällen, die in der Nähe gelagert werden, was auch entgegen allen Vorschriften ist, die es eigentlich für die Lagerung derartiger Produkte gibt. Und dann haben wir noch ein

zweites Problem: Das zweite Problem ist die Laufzeitfrage. Diese Reaktoren halten natürlich nicht ewig. Die sind ja enormen Belastungen ausgesetzt. Es kann keiner sagen, welche Werkdichte diese Reaktoren noch insgesamt haben, ob sie in sich noch stabil sind, ob es schon Risse innen gibt oder sonst irgendetwas ist. Und nach 40 Jahren ist die Wahrscheinlichkeit, dass da etwas passieren kann, relativ hoch. Und deshalb, geschätzte Damen und Herren, bin ich froh, dass heute über dieses Thema hier diskutiert wird, dass dieser Antrag so gestellt wurde. Die Steiermärkische Landesregierung hat ja schon sozusagen im vorausseilenden Gehorsam auf Ihren Antrag reagiert und die Dinge, die im Antrag gefordert werden, ja versucht umzusetzen. Und da bin ich auch besonders froh, dass das nicht nur wir allein tun. Es ist, wie überall, allein bist du schon in der Lage etwas zu tun, aber wenn es mehr sind, wird man stärker und wir haben da wirklich, und da möchte ich mich auf diesem Wege herzlich bei der Kärntner Landesregierung beim Landesrat Holub bedanken, einen ausgezeichneten Partner gefunden, wo wir gemeinsam versuchen die Dinge anzugehen. Es ist schon angesprochen worden, wir haben einen Brief an den Bundesminister Rupprechter geschrieben, der dafür zuständig ist. Wir haben aber auch, und wir verlassen uns da doch auch gerne auf uns selbst, einmal Kontakt mit NGO's aus Slowenien aufgenommen, weil wir brauchen nicht glauben, dass in Slowenien nicht jeder rückhaltlos für dieses Kraftwerk ist. Es gibt in Slowenien genauso Menschen, die Angst haben, Menschen die betroffen sind, Menschen, die das Kraftwerk nicht haben wollen und die sich organisiert haben. In Kontakt mit diesen NGO's ist es uns auch einmal gelungen, wie die Stimmung in Slowenien ist und das macht mich eigentlich nicht ganz hoffnungslos. Da geht es darum, sich mit diesen Menschen zusammenzuschließen und gemeinsam zu schauen, eine breite Initiative zu bilden gegen dieses Kraftwerk. Warum ist das notwendig? Es ist deshalb notwendig, weil die tatsächlichen Möglichkeiten, wenn man es in Richtung harte rechtliche Möglichkeiten oder auch politische Möglichkeiten sieht, dass diese Möglichkeiten doch etwas eingeschränkt sind. Es ist schon angesprochen worden, es gibt keine europäische Energiepolitik, die im Wesentlichen irgendjemand vorschreibt, was er für ein Kraftwerk bauen oder nicht bauen kann oder ein- oder ausschalten oder verlängern kann. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die europäische Energiepolitik da keine Favorisierungen irgendwelcher Art kennt. Es gibt in allen politischen Fraktionen, vielleicht mit Ausnahme der Grünen, aber ansonsten eine sehr unausgewogene Diskussion zum Thema Atomkraft. Diese Diskussion ist gar nicht so sehr ideologisch bestimmt, sondern geht anhand von Ländergrenzen. Wir haben beispielsweise Frankreich, Großbritannien und einige andere, die intensive Anhänger der Atomkraft sind und

die behaupten, dass das ja CO₂-freie Energiegewinnung ist, das ist ja eigentlich nachhaltig. Diese Argumente werden da gebracht, was das für ein Unfug ist, wenn man meint, Atomkraftwerke können nachhaltig betrieben werden. Aber diese Diskussion gibt es und die muss man auch zur Kenntnis nehmen. Und deshalb ist es umso wichtiger, und da bedanke ich mich, dass auch dieser Landtag heute beschließt, dass es so nicht gehen kann und der politische Druck, der dadurch entwickelt wird, glaube ich, wird es uns auch möglich machen, mit den Slowenen noch intensiver in Kontakt zu treten. Das haben wir vor. Wir haben auch beide, der Kollege Holub und ich, einen Brief an den zuständigen slowenischen, an den zuständigen kroatischen Minister geschrieben, wo wir auch eindringlich darauf hinweisen, wie gefährlich das unserer Ansicht nach ist, aber wo wir auch sagen, und das ist meines Erachtens genauso wichtig, dass es ja viel bessere Alternativen zu Atomenergie gibt. Dass es erneuerbare Energieformen gibt, die wirtschaftlich effizienter sind, die energiepolitisch effizienter sind und wo die Steiermark und wo Kärnten auch gerne als gutes Vorbild und als jene, die das schon versucht haben umzusetzen, auf Slowenien einwirken kann, um hier etwas zu erreichen. Geschätzte Damen und Herren, das ist einmal ein Antrag, da geht es um die Gesundheit, das Leben der Steirerinnen und Steirer aber auch der anderen Österreicherinnen und Österreichern und ich bin froh, dass es für diesen Antrag scheinbar eine so breite Mehrheit gibt. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.00 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 780/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich heute einmal herzlich Willkommen sagen jenen Menschen, die unser Angebot der Gebärdendolmetscherin immer annehmen. Aus diesem Grund herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über den Antrag, Einl.Zahl 589/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Standortgarantie für das Unfallkrankenhaus Kalwang.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Marco Triller.

LTabg. Triller, BA – FPÖ (13.01 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz darauf eingehen, eben wir haben eh schon ein bisschen darüber diskutiert, aber der Herr Landesrat Drexler – jetzt ist er nicht hier – hat ja medial auch angekündigt, dass die LKH Standorte von 15 auf sieben bis zehn reduziert werden. Ich habe jetzt nachgeschaut im Internet, wenn man von den wirklichen Standorten ausgeht, sind es eigentlich 23 Standorte. Es gibt da halt mehr Fusionierungen und wenn man von 23 Standorten dann vielleicht sagt, die Hälfte wird reduziert, dann ist das, meines Erachtens, nicht gerade besonders gut für die Lebensqualität und der Gesundheit der Menschen vor Ort. Aber anscheinend rumort es auch in der sogenannten Zukunftscoalition, Zukunftspartnerschaft, weil auch da laut Medienberichten ist der zuständige Landeshauptmannstellvertreter und Landesrat für Finanzen Schickhofer nicht wirklich mit diesem Gesundheitskonzept der ÖVP einverstanden. Er spricht davon, dass die Sparmöglichkeiten nicht in den Bezirken stattfinden sollen, sondern eher im Grazer Raum. Und man muss nämlich auch eines bedenken, und da darf ich dem Landesrat Schickhofer schon recht geben: Es geht da auch um regionale Arbeitgeber. Und Kalwang ist ebenfalls so ein regionaler Arbeitgeber. Wenn ich mir da ein Zitat heraussuche, warum es rumort zwischen SPÖ und ÖVP. Anscheinend, der Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer sagt: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich das Gesundheitskonzept bis zum Sommer ausgeht“. Der Landesrat Drexler hat ja gesagt, dass er ein Gesundheitskonzept, ein Gesamtkonzept präsentiert. Das ist noch nicht eingetroffen. Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer sagt: „Es wird sich sowieso nicht bis zum Sommer, wahrscheinlich bis zum Herbst ausgehen“. Der Landesrat Drexler sagt: „Ob ich die Vorschläge erst im September vorlege, ist mir wurscht, wichtig ist, ich muss den Regierungspartner ins Boot holen“. Da sage ich auch klipp und klar: „Der Bevölkerung ist es mit Sicherheit nicht wurscht“. (*Beifall bei der FPÖ*) Und wenn der Herr Landesrat Drexler sich nicht verantwortlich für das Krankenhaus Kalwang fühlt, kann ich irgendwie verstehen,

ja, es ist kein landeseigenes Krankenhaus, es gehört zur AUVA. Da sage ich aber schon eines: Wenn der Krankenhausstandort Kalwang, und das hat der AUVA-Obmann ja mitgeteilt, anscheinend nach Leoben oder nach Bruck verlegt werden soll, dann ist der Landesrat Drexler schon irgendwie mitverantwortlich, wenn es um die Verhandlungen diesbezüglich geht. Weil Leoben und Bruck gehört ja zum LKH Hochsteiermark und das gehört dem Land Steiermark und dahingehend hat auch der Landesrat Drexler eine gewisse Verantwortung zu tragen. Kalwang ist ein wichtiger Arbeitgeber für die Region. 240 Arbeitsplätze sind von diesem Standort abhängig. Kalwang ist eine 1.000 Einwohnergemeinde in der Obersteiermark und wenn man sich den Standort Kalwang anschaut und die Leistungen, die die dort bringen, ich möchte nur ein paar aufzählen: Vor allem in der unfallchirurgischen Versorgung, wenn es um chronische Sportverletzungen beispielsweise geht, aber auch um Erkrankungen im Bewegungsapparat bzw. in der Physiotherapie ist der Krankenhausstandort bzw. das UKH Kalwang wirklich ein Vorreiter auch in der Steiermark. Der Standort ist auch deshalb wieder ideal, weil er zentral in der Steiermark ist und auch notärztliche Versorgung notwendig wäre. Die hat es ja schon einmal gegeben vor Ort, das wurde leider abgeschafft, aber Kalwang ist ja auf der Pyhrnautobahn und es geschehen dort viele Unfälle und um rasch bei Unfällen reagieren zu können, ist es notwendig auch diesen Standort zu erhalten. Versprochen wurde eben, dass im April, jetzt haben wir Mai, diese Spitalsreform auf den Tisch gelegt wird. Leider ist es nicht der Fall. Man muss sich aber gerade auch deshalb eine Nachnutzung des Kalwanger Krankenhauses vorstellen und da auch Lösungen vorbringen. Wenn man einfach sagt, dass man das Krankenhaus schließt - gibt es nach Leoben oder nach Bruck - dann muss ich auch dafür sorgen, dass in Kalwang ebenfalls irgendwie das Krankenhaus weitergeführt wird. In welchem Bereich auch immer, sei es in der Pflege, hat der AUVA-Obmann vorgeschlagen. Wenn es nachgenutzt wird, ist es natürlich nicht schlecht. Schlecht ist auf jeden Fall, wenn es komplett zugesperrt wird, komplett verlegt wird. Aber ich sage, da können auch andere Parteien auch damit mitgehen, wenn man sagt: „Es wird sinnhaft nachgenutzt“. Wobei ich sage: „Vordergründig ist die Versorgung in Kalwang auf jeden Fall anzusehen“. Und was mache ich in der Nachnutzung mit den Mitarbeitern? Ich kann ja nicht 240 Mitarbeiter kündigen. Ich weiß auch, das liegt nicht in der Kompetenz jetzt vom Landesrat Drexler, aber auch da muss man in die Verhandlungen mit eingebunden werden bzw. Verhandlungen führen, damit die Mitarbeiter, sollte es wirklich zu einer Schließung kommen, wo die dann untergebracht werden. Es wird davon gesprochen, dass diese dann mehr oder weniger den Standort wechseln müssen. Was auch nicht gerade sehr sozial ist.

Aber wenn man das irgendwie gut nachnutzen kann, kann man die Mitarbeiter vielleicht auch vor Ort halten. Der AUVA-Obmann hat unter anderem auch eine für mich widersprüchliche Aussage getätigt in dem er gesagt hat: „Ja, die Standorte werden vielleicht geschlossen, verlegt“ und er möchte damit die Qualität verbessern. Ich glaube nicht, dass die Qualität verbessert wird in der Gesundheitsversorgung, wenn Krankenhäuser geschlossen werden. Warum soll da die Qualität verbessert werden? Die Qualität ist ja überall gleich gut und gleich hoch in Österreich. Das wird sicher ein Rückschritt in der Lebensqualität der Menschen. Und wir können uns nicht erlauben, dass die Menschen vor Ort dann nicht mehr gut versorgt werden. Herr Landesrat, ich fordere Sie noch einmal auf, bei Verhandlungen mit der AUVA, der KAGes für die Aufrechterhaltung des Leistungsangebotes in Kalwang sich einzusetzen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 13.09 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Karl Lackner. Bitte schön, Herr Kollege.

LTAbg. Karl Lackner – ÖVP (13.09 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Hoher Landtag!

Der Spitalslandesrat Christopher Drexler ist für vieles zuständig, aber nicht für das AUVA Spital in Kalwang. Zweifellos, Kollege Triller, jeder Standort bringt Arbeitsplätze. Die Sorgen der Gemeinden, wo die Standorte sind, wir kennen sie. Das ist völlig korrekt formuliert, aber du weißt ganz genau, die AUVA-Anstalten, ob jetzt Kalwang oder auch draußen in Tobelbad, werden von den Arbeitgeberbeiträgen finanziert und dass das Krankenhaus in Kalwang notleidend betreffend der Finanzierung wird, hat damit zu tun, dass man überall nach Außen fordert, dass der Standort Österreich gestärkt werden muss, Lohnnebenkosten gesenkt werden müssen. Dieser Arbeitgeberbeitrag für die Finanzierung der AUVA ist von 1,5 auf 1,3 % gesenkt worden. Und da fehlt natürlich bundesweit sehr viel Geld und es ist auch da in diesem Schreiben angeführt, und es führt auch zu dem Problem, das eben das AUVA-Krankenhaus in Kalwang hat. Es wird keinesfalls in irgendeiner Form die Qualität dieses Spitals bezweifelt oder in Kritik gestellt, aber mit einhergehend, wie auch bei allen KAGes- und Ordensspitälern, hat halt auch das AUVA-Spital in Kalwang das neue Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz einzuhalten. Und wenn du sagst, der Bevölkerung ist es nicht wurscht was da passiert, dann hast du völlig recht, weil die Bevölkerung fordert einen hohen Versorgungsstandort und eine Qualitätsverbesserung, so es überhaupt noch möglich ist.

Jedenfalls soll es ja so sein, und da ist natürlich auch darauf Bedacht zu nehmen, dass alle Spitäler, leider vor allem unsere kleineren Regionalspitäler, mit der Aufrechterhaltung eines einfachen Journaldienstes in der Personalausstattung zunehmend Probleme kriegen. Die müssen sechs bis acht Ärzte vorhalten und das in einer Form, in einem Umfang, wenn man das ausrechnet in der ganzen Steiermark, einer dementsprechenden Personalausstattung. Und wir wissen auch, dass in diesen Spitälern die Fächer zumeist geteilt werden oder sind und keine Vollaussstattungen da sind und dass dann auch die Problematik gegeben ist, dementsprechend auch Ärzte zu finden. Deshalb noch einmal: Der Landesrat Drexler ist sich seiner Verantwortung für die steirische Bevölkerung in der Versorgung, hochwertiger medizinischer Versorgung selbstverständlich bewusst, aber er hält es auch ganz klar fest, im Abänderungsantrag ist es auch festgehalten, dass eben für die AUVA keine Zuständigkeit des Landes und auch kein Verhandlungsmandat mit der KAGes besteht. Aber nichtsdestotrotz: Die AUVA wird natürlich womöglich auch auf das Land zukommen und dann werden wir schauen, was verhandelt wird. Aber es so darzustellen, dass es am Landesrat liegen würde, am Land Steiermark, an der KAGes liegen würde, das stimmt einfach nicht. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.13 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 589/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 439/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Unterstützung für Gemeinden durch das Flüchtlingsreferat.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter Tschernko. Bitte sehr, Herr Kollege.

LTabg. Tschernko, MSc. – ÖVP (13.14 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte ZuhörerInnen via Livestream, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag, eingebracht von der KPÖ im November des Vorjahres, also vor ca. einem halben Jahr, liegt ja schon einige Zeit zurück, und zwar mit der Aufforderung: „Gemeinden bei der Flüchtlingsunterbringung zu unterstützen“ hat natürlich zu diesem Zeitpunkt auch seine Berechtigung gehabt, weil vor allem die Flüchtlinge vor Ort über NGO's betreut wurden aber viele Privatquartiergeber keine Betreuung hatten und, wie gesagt, diese Bedenken waren berechtigt. In der Zwischenzeit hat man aber im Land Steiermark, in der Abteilung 11, im Sozialreferat, aber auch auf Bundesebene mehrere Leitfaden erstellt und somit ist zum Großteil diese geordnete Flüchtlingsbetreuung auch erledigt, aus meiner Sicht. Es gibt jetzt konkrete Unterstützung für die Gemeinden seit März d.J. und wie gesagt, hier gibt es die Broschüre des Landes „Integration vor Ort“. Da sind 50 Anregungen verankert aus der Praxis sowie einen Leitfaden auch für die gemeinnützige Beschäftigung in den Gemeinden. Das dritte war dann noch vom ÖIF, ein 50-Punkteplan, der uns jetzt auch im Unterausschuss Integration von den Experten vorgestellt wurde. Wichtig ist es natürlich vor Ort, wenn Asylwerberinnen und Asylwerber, und an der Zahl sind ja derzeit in der Steiermark rund 11.500 untergebracht, dass auch diese Asylwerberinnen und Asylwerber sich eingliedern können, dass auch die Menschen vor Ort, die Bewohnerinnen und Bewohner in den Gemeinden nicht überfordert werden und insbesondere die Gemeinden auch selbst nicht überfordert sind, weil eben damals Informationen gefehlt haben oder flächendeckende Sachinformationen gefehlt haben und die sprachlichen und kulturellen Barrieren natürlich zu einer Skepsis logischerweise geführt haben und auch immer wieder zu Ablehnungen geführt hat. Wie gesagt, Sie können das in diesem Leitfaden des Landes und dem Leitfaden des ÖIF auch nachlesen, wie man hier vor Ort flächendeckend Flüchtlinge auch betreuen kann. Hier gibt es jede Menge von Best-Practice-Beispielen. Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, das ist der Leitfaden des ÖIF, wie gesagt, vor kurzem uns im Unterausschuss Integration präsentiert. Ist auch nachzulesen, 50 Punkte zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten. Also, für jene Damen und Herren, oder Asylberechtigten oder subsidiär Schutzberechtigten, die schon hier ein Aufenthaltsrecht haben. Hier geht es darum, und das ist mir wichtig, das noch einmal zu erwähnen, man kann das jetzt in Zukunft nicht oft genug erwähnen und es wird auf Bundesebene, auf Landesebene ja intensiv daran gearbeitet. Hier gibt es sieben Handlungsfelder des nationalen Aktionsplanes Integration und hier sind auch pro Handlungsfeld Maßnahmen angeführt, die auch zur Integration von Flüchtlingen

jetzt adaptiert, spezialisiert und auch priorisiert worden sind. Das heißt, die Integration als Querschnittsmaterie war auch im nationalen Aktionsplan Integration oder ist hier in allen in diesen nationalen Aktionsplan Integration in allen Lebensbereichen auch mitzudenken. Wir haben das ja hier in der Steiermark mit der Charta des Zusammenlebens. Und diese sieben Handlungsfelder betreffen, auch nicht unbekannt mittlerweile, die Sprache und die Bildung, die Arbeit und den Beruf, den Rechtsstaat und die Werte, den interkulturellen Dialog, die Gesundheit und Soziales und auch Sport und Freizeit sowie Wohnen. Und Wohnen ist sicher einer der auch wichtigen Handlungsfelder zum Punkt der Integration für Asylberechtigte. Ja, hier mit dieser Struktur kann man auch klar arbeiten und auch Lösungsansätze mittlerweile implementieren. Ein Punkt passt auch noch zu diesem Tagesordnungspunkt vier zur Unterstützung der Asylwerberinnen und Asylwerber vor Ort, den wir heute mittels einen Entschließungsantrages einbringen werden, ist die Unterstützung vor Ort für die Gemeinden. Wir alle wissen, dass Asylwerberinnen und Asylwerber, die jetzt schon in der Grundversorgung sind, gemeinnützige Hilfstätigkeiten wie die Landschaftspflege, Landschaftsgestaltung, Betreuung von Park- und Sportanlagen und einiges mehr, durchführen können. Aber es muss der Gemeinnützigkeit dienen. Eine solche Beschäftigung ermöglicht natürlich auch den Asylwerbern auch schon vorweg und vorab, unabhängig ob sie jetzt den Asylstatus erreichen oder nicht, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und somit auch so diese Kultur vor Ort, die Bevölkerung auch kennenzulernen, sowohl unsere Wohnbevölkerung wie auch der Asylwerberinnen und Asylwerbern für ein mögliches konfliktfreieres Zusammenleben. Und das ist doch von Bedeutung. Ja und bisher ist die freiwillige Arbeit von Flüchtlingen aber oft an dieser fehlenden Unfallversicherung gescheitert, weil nämlich im Fall eines Unfalles die Gemeinde oder das Land die Haftung bzw. die Folgekosten übernehmen müsste. Das war, wie gesagt, für viele Gemeinden ein Hindernis. Deshalb auch dieser Antrag der ÖVP und SPÖ heute, dieser Entschließungsantrag, an den Bund heranzutreten, eine Rahmenunfallversicherung abzuschließen, damit die Kosten im Falle eines Unfalls auch im Zusammenhang, nur mit gemeinnützigen Hilfstätigkeiten, auch gedeckt und geklärt werden und damit das Haftungsrisiko für die Gemeinden ausgeschlossen ist. Oder eine Übernahme der Kosten durch den Bund, das zumindest einheitliche oder auch kostengünstige Rahmenunfallversicherung die Gemeinden dann auswählen können und bei Bedarf auch abschließen können. Und somit möchte ich auch zu diesem Tagesordnungspunkt den Unselbstständigen Entschließungsantrag von ÖVP und SPÖ einbringen:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung zu ersuchen,

1. eine flächendeckende Rahmenunfallversicherung für Asylwerberinnen und Asylwerber bei gemeinnütziger Hilfstätigkeit abzuschließen oder ansonsten
2. Verhandlungen über eine kostengünstige einheitliche Rahmenunfallversicherung aufzunehmen, auf die die Gemeinden dann bei Bedarf auf eigene Kosten selbst zugreifen können.

Ich ersuche Sie oder ich ersuche die Parteien unseren Unselbstständigen Entschließungsantrag zu unterstützen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.22 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

LTabg. Klimt-Weithaler – KPÖ (13.22 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Einen wunderschönen guten Tag allerseits an die Landesregierungsmitglieder, an die Kolleginnen und Kollegen und an die Zuhörenden hier im Auditorium und via Livestream!

Ich kann gleich vorweg nehmen, lieber Peter Tschernko, wir werden dem Entschließungsantrag unsere Zustimmung geben. Ursprünglich geht es jetzt um einen Antrag, der ein Abänderungsantrag ist, der auf einen Antrag der KPÖ zurückgeht. Du hast es erwähnt. Wir haben bereits im November 2015 gefordert, dass eben für Gemeinden, die schutzsuchenden Menschen ein Quartier geben, und sie in die Gemeinde integrieren wollen, in Zusammenarbeit mit NGO's und unter Einbeziehung von Best-Practice-Beispielen ein Leitfaden erstellt wird. Jetzt gibt es eben seit rund zwei Monaten so einen Leitfaden, der wurde ausgearbeitet von der Abteilung 11, das hast du, glaube ich, auch schon erwähnt, in Zusammenarbeit mit dem Verein Zebra. Und ich möchte die Gelegenheit wirklich einmal nützen, um all jenen danke zu sagen, also nicht nur jenen Menschen, die jetzt an der Erstellung dieses Leitfadens beteiligt waren, sondern generell allen Menschen, die mit ihrem Wissen und mit ihrer Kompetenz und vor allem mit der notwendigen Sachlichkeit dafür sorgen, dass solche auftretenden Schwierigkeiten, wie wir sie durchaus in den letzten Monaten erlebt haben, dann aber auch in den Griff zu bekommen sind und es wirklich Lösungen dafür gibt. Es ist unsere Aufgabe als Landtagsabgeordnete, Politiker und Politikerinnen, und davon bin ich zutiefst überzeugt, dass wir für die Steirer und Steirerinnen

da sind, und zwar für alle, die hier leben, denn schließlich haben sie uns dafür auch gewählt, dass wir die Rahmenbedingungen für ihr Leben verbessern. Und Sie kennen die KPÖ sicher alle als eine Partei, die sich vor allem immer für jene einsetzt, die sonst kaum gehört werden und die keine Stimme haben und die keine Lobby haben. Das sind Menschen, die sich das tägliche Leben mittlerweile fast nicht mehr leisten können, weil die Wohnung sehr teuer ist, weil sie vielleicht auch Angst haben ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder eben in weiterer Folge, wenn sie ihren Job verloren haben, womöglich auch noch ihre Wohnmöglichkeit. Ich verstehe diese Menschen, wenn sie sich in der momentanen Situation davor fürchten, dass für sie sozusagen nichts mehr übrig bleibt, wenn jetzt zusätzlich zu diesen schlechten Rahmenbedingungen, unter denen sie hier selbst leben müssen, und es werden leider immer mehr, das wissen wir, auch noch hunderttausende Menschen, die auf der Flucht sind, auf der Flucht vor Krieg, Hunger und allen Folgen, die dann nach Österreich kommen und ein Teil von ihnen auch dableiben will. Also diese Ängste kann ich sehr gut nachvollziehen. Und ich glaube, dass es gerade deshalb so wichtig ist, dass wir wirklich konstruktiv daran arbeiten, dass ein gutes Zusammenleben auch wirklich möglich ist, dass Integration möglich ist und dass vor allem auch für alle Menschen, die dann letztendlich hier wohnen und auch mit ihrem Tun zum Gemeinwohl beitragen, genug da ist. Ich habe das hier an dieser Stelle schon sehr oft gesagt. Ich bin überzeugt davon, dass diesen Neid zu schüren oder den Leuten auch noch Angst zu machen und zu sagen: „Wenn die alle kommen, dann bleibt nichts mehr übrig“, dass das sicher nicht zu einer Lösung führt. Und dieser Antrag, den wir eben im November 2015 eingebracht haben, den sehe ich als einen dieser konstruktiven Beiträge und ich freue mich wirklich, dass die Landesregierung dieser Idee auch wirklich nachgekommen ist, und dass es nun die gebündelten Informationen gibt und dass die zur Verfügung gestellt werden. In diesem Leitfaden sind drinnen, ich weiß nicht wer sich schon damit auseinandergesetzt hat, u. a. die rechtlichen Grundlangen, damit – der Peter hat sich damit auseinandergesetzt, danke – die Gemeinde auch weiß, damit der Gemeinderat, der Bürgermeister, die Bürgermeisterin auch wissen unter welchen gesetzlichen Rahmenbedingungen sie vorgehen müssen. Es gibt eben diese sogenannten Best-Practice-Beispiele, es werden verschiedene Kontaktstellen angeführt, es gibt eine Link-Sammlung, und es gibt auch einen Vordruck für eine Vereinbarung betreffend gemeinnütziger Beschäftigung. Auf das gehe ich jetzt nicht mehr näher ein, das hat der Peter schon vorweggenommen. Zusätzlich hingewiesen hat er auch auf die Broschüre des österreichischen Integrationsfonds, der ja auch einen Teil unseres ursprünglichen Antrages abdeckt. Das passt dann schon so, dann brauchen wir in der

Steiermark da keinen eigenen mehr machen. Ich würde Ihnen den wirklich ans Herz legen. Wir haben ihn ja beim letzten Mal beim Unterausschuss Integration auch in die Hand bekommen, und es ist uns auch mitgeteilt worden, dass an jeden Klub so ein Paket an Informationsmaterial auch ausgesendet wird. Ich würde es nicht nur Ihnen als Kolleginnen und Kollegen ans Herz legen, sondern Sie auch bitten, dass Sie diese Informationen auch an Ihre Bürgermeister und Bürgermeisterinnen weitergeben, falls diese nicht ohnehin davon schon Kenntnis haben. Der zweite Teil unseres Antrages, der wird leider nicht umgesetzt. Der zweite Teil war jener Teil, in dem wir gefordert haben, dass jene Gemeinden, die eben Schutzsuchende aufnehmen und ein Quartier geben, dass die auch finanziell unterstützt werden. Das heißt, wir haben gefordert: Es möge sich die Landesregierung ein Modell überlegen mit dem Ziel, dass man bei Ausbau und Erhaltung von Gemeindeinfrastruktur unterstützt. Ich halte das für sehr, sehr wichtig, und ich glaube, dass das zwingend notwendig ist, dass man den Gemeinden, die ohnehin nicht gesegnet sind mit großen Budgets, dass man die auch von Seiten des Landes finanziell unterstützt. Wir werden diesen Antrag wieder einbringen. Die Notwendigkeit besteht, und ich sehe auch das weiterhin als einen konstruktiven Beitrag, weil ich eingeleitet habe damit, dass ich es für sehr sinnvoll halte, dass man sich wirklich überlegt: Kann man die Probleme, die entstehen, angehen, wo kann man unterstützen und nicht: Wo kann man irgendwie versuchen die Gesellschaft auseinanderzutreiben und zu spalten? Und deshalb sei es mir in diesem Zusammenhang auch noch erlaubt, dass ich auf die derzeit stattfindende Ausstellung, die sich hier in den Arkadengängen des Landhauses befindet, hinweise. Ich bin da gestern mit einigen Kolleginnen und Kollegen bei der Eröffnung gewesen, und ich muss sagen, ich war sehr beeindruckt. Sehr beeindruckt einerseits von den – unter Anführungszeichen – „gesammelten Gedenkstätten“, die man hier jetzt bewundern kann in den Arkadengängen. Es gibt ja in der Steiermark zum Glück schon sehr viele Gedenkstätten, und ich war auch beeindruckt von den Rednern, die dort aufgetreten sind. Es war der Dr. Anzenberger, es war der Altbürgermeister Stingl, es war der Kulturstadtrat a.D. Helmut Strobl. Die haben da wirklich sehr weise Worte gesprochen und vieles davon ist bei mir wirklich so hängen geblieben, dass ich mir gedacht habe, dass ich das heute unbedingt hier noch einmal erwähne. Sie wissen bestimmt, dass die Ausstellung anlässlich des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus in Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus installiert wurde. Der Gedenktag ist an sich der 05. Mai und dieses Datum ist, ich nehme an, das wissen wahrscheinlich auch alle, zugleich der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen. Mit der Erinnerung an die Verbrechen

während der faschistischen Herrschaft ist ausdrücklich auch der Auftrag verbunden, gegenwärtigen Bedrohungen durch Rassismus und Gewalt entgegenzutreten. Das steht in der Einladung und ich denke, das sollten wir in Zeiten wie diesen sehr ernst nehmen. Und in diesem Sinne hoffe ich, dass wir auch alle weiterhin konstruktiv an den Problemen, die wir hier haben, arbeiten, und dass wir aus unserer Geschichte gelernt haben. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 13.30 Uhr)*

Präsidentin Khom: Der Landtag Steiermark freut sich immer ganz besonders, wenn wir Besuch aus dem Nationalrat bekommen. Ich begrüße ganz herzlich den Nationalratsabgeordneten Axel Kassegger. Herzlich Willkommen in der Steiermark. *(Allgemeiner Beifall)* Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hannes Amesbauer, bitte schön.

LTAbg. Amesbauer, BA – FPÖ (13.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Frau Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ja, der KPÖ-Antrag, der Gemeinden ermutigen soll, selbst als Quartiergeber für Asylwerberheime tätig zu werden, liebe Frau Kollegin Klimt-Weithaler, da kann ich nur sagen: „Geht es noch?“. Weil wir brauchen kein einziges zusätzliches Asylquartier in der Steiermark, ganz im Gegenteil. Das Boot ist voll, das wissen wir. Alle Bemühungen in diesem Thema müssen der Grenzsicherung und der Rückführung von Asylbetrügern gelten. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich glaube auch nicht, dass die Gemeinden mit Begeisterung auf Ihre Idee zurückgreifen werden selbst als Quartiergeber tätig zu werden, denn wir wissen aus Erfahrung, dass sich die Gemeinden eigentlich eher mit Händen und Füßen, soweit es in ihrer Möglichkeit ist, gegen Quartiere wehren, wobei das aufgrund des Durchgriffsrechts rechtlich leider ohnehin nicht mehr möglich ist. Und im Antrag der KPÖ, aber auch im SPÖ- und ÖPV-Antrag, den der Kollege Tschernko eingebracht hat, wird wieder einmal und wider besseres Wissen der Integration von Asylwerbern das Wort geredet. Abgesehen davon, dass Integration eine Bringschuld ist, sind für Asylwerber, und das ist die Meinung der FPÖ, die wir seit Jahren, seit jeher hier im Haus vertreten, wo nicht einmal klar ist, ob sie in diesem Land bleiben dürfen und einen Asylstatus bekommen, die vielleicht nach geraumer Zeit wieder abgewiesen werden, und die Mehrheit der Asylwerber wird ja abgewiesen und die Verfahren werden negativ entschieden, für solche Menschen sind keine Integrationsmaßnahmen notwendig. Das ist eine Steuergeldverschwendung. *(Beifall bei der*

FPÖ) Und jetzt zum Unselbstständigen Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP mit dem Titel „Gemeinnützige Arbeit von Asylwerberinnen und Asylwerber forcieren“. Alleine diese Überschrift ist ein Schlag ins Gesicht aller Arbeitslosen, meine Damen und Herren. Sie fordern hier den Abschluss einer Rahmenunfallversicherung durch die Bundesregierung und sollte dies nicht möglich sein, Sie glauben wahrscheinlich selber nicht, dass das geht, wäre der Abschluss einer kostengünstigen Rahmenunfallversicherung durch die Bundesregierung zielführend, auf die die Gemeinden bei Bedarf selbst auf eigene Kosten zugreifen könnten. Auf die Kosten der Gemeinden soll das wiederum gehen. Was wollen Sie den steirischen Gemeinden nicht noch alles zumuten? (*Beifall bei der FPÖ*) Und vor allem die Kollegen der ÖVP, aber auch der SPÖ, Sie spielen sich ja in den letzten Wochen immer auf als die großartigen Retter und Fürsprecher der Vereine und der Ehrenamtlichen. Wieso setzen sich SPÖ und ÖVP in der Steiermark nicht dafür ein, dass es auch bei uns ein landesweites Modell für alle in der Steiermark ehrenamtlichen tätigen Personen gibt. Ja, z. B. nach Vorbild Vorarlbergs, wo es ein Modell gibt eines Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutzes im Ehrenamt, so heißt das in Vorarlberg. Ist bei uns leider nicht möglich und nicht angedacht. Die Landesregierung verweist in ihrer Stellungnahme zum ursprünglichen KPÖ-Antrag auf einen Leitfaden des dubiosen Ausländervereins Zebra und eine Broschüre des österreichischen Integrationsfonds. Wir lehnen natürlich beide Pamphlete entschieden ab und ich muss auch sagen zu Ihrem ursprünglichen Antrag und zu der Idee der ÖVP mit den gemeinnützigen Arbeiten. Diese gemeinnützigen Hilfstätigkeiten passieren ja natürlich auch nicht gratis, weil da ist rechtlich auch ein Anerkennungsbeitrag vorgesehen. Also auch ein Verdienst. Der liegt zwischen fünf und acht Euro in der Stunde und die Herrschaften, die diesen Anerkennungsbeitrag bekommen und diese gemeinnützigen Hilfstätigkeiten verrichten, sind natürlich auch versichert. Nur zur Klarstellung: In der Steiermark sind tausende Menschen ehrenamtlich tätig, die gemeinnützige Arbeit ohne Verdienst und auch ohne Versicherung verrichten. Und das ist gerecht, dass Sie hier einseitig eine Ausländerpolitik betreiben und auf die einheimischen Ehrenamtlichen vergessen? Das ist nicht ehrlich, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Und wenn wir schon über die gemeinnützigen Hilfstätigkeiten auf kommunaler Ebene sprechen, wieso werden die Gemeinden nicht dazu ermutigt, anstatt Asylwerber dafür heranzuziehen, für solche Hilfstätigkeiten z. B. langzeitarbeitslose Österreicher verstärkt einzusetzen, die dadurch wieder einen Anschluss an das Arbeitsleben finden könnten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sind in der Asylpolitik, in der Integrationspolitik am falschen

Dampfer. Scheinbar sind Sie auch immun gegen jegliche Wahlniederlage und setzen unbeirrt Ihren Kurs fort, aber die Wähler werden sich das auf Dauer nicht gefallen lassen und ich forderte Sie auf, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Landesrat: Richten Sie Ihre Politik nicht immer nur nach den Bedürfnissen der Asylbegehler aus, sondern arbeiten Sie für die autochthone Bevölkerung. *(Beifall bei der FPÖ – 13.37 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Präsidentin bitte ich die Kollegin Cornelia Schweiner um ihre Wortmeldung, bitte schön.

LTAbg. Schweiner – SPÖ (13.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag Steiermark, werte Zuhörende!

In Ihrer Wortwahl werden Sie sich wohl nie ändern, Herr Amesbauer. Ich wundere mich einmal mehr, wie weit wir in diesem Haus schon sind, welche Worte Sie verwenden, ohne dass es einen Ordnungsruf gibt, ohne dass sich irgendjemand aufregt. Autochthone Bevölkerung, eine anerkannte NGO als Ausländerverein zu bezeichnen, dubioser Ausländerverein, all das zeigt einmal mehr, dass Sie nicht an einer sachlichen Debatte, wurscht in welcher Frage es um Asyl und Integration geht, interessiert sind, sondern eine polarisierte verachtende Debatte führen, die keiner einzigen Form von Lösung auch nur weiterhilft. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aber eigentlich habe ich mir da draußen beim Zuhören gedacht: „Heute einmal nicht“. Heute werde ich nicht auf Sie replizieren, sondern werde über das reden, was ich eigentlich vorhatte. Nämlich mich zu allererst bei der Kollegin Claudia Klimt-Weithaler für den Antrag bedanken, denn ich denke, das, was hier angesprochen wurde ist etwas, was gut und richtig ist und auch als wichtig von Seiten der Landesregierung und dem Landesflüchtlingsreferat erkannt wurde. Nämlich, die vorhandenen Fragen, die es gerade im Herbst und in den Kommunen gibt, auch zu beantworten und hier das neu formierte - lange ist es nicht mehr neu, aber ein bisschen ist es noch neu – Flüchtlings- und Integrationsreferat ganz klar als Koordinations- und Informationsstelle zu etablieren, das Service für die Gemeinden bietet. Ich habe da ein paar Dinge mitgenommen, von denen auch der Kollege Peter Tschernko schon gesprochen hat. Es gibt viele Informationen, ob es um das Thema Nachbarschaften geht, ob es um Integration vor Ort geht, und da wo es möglich ist, Best-Practice auch von anderen zu lernen. Man muss nicht immer alles neu erfinden. Der schon angesprochene Leitfaden, der, denke ich, sehr übersichtlich und klar darlegt, welche Möglichkeiten, welchen Handlungsspielraum können Gemeinden

einnehmen. Niemand, Herr Amesbauer, muss das tun, aber viele verantwortungsvolle Bürgermeister und Bürgermeisterinnen wollen Integration und wollen ein Zusammenleben vor Ort aller hier lebenden Menschen ermöglichen. Und so darf ich mich an dieser Stelle bei zwei meiner regionalen Bürgermeister bedanken. Auf der einen Seite beim Feldbacher Bürgermeister Ing. Josef Ober und beim Murecker Bürgermeister Toni Vukan, die für mich zwei Leuchttürme in der Südoststeiermark sind, wenn es um die Fragen von Integration und auch der Miteinbeziehung von Asylwerbern in die Tätigkeiten von gemeinnützigen Arbeiten geht. Denn in Feldbach spricht man am Hauptplatz darüber, dass jetzt die Müllkübeln viel öfter ausgeleert werden, dass wir viel schneller die Turnhalle neu streichen konnten, weil er als Bürgermeister, Ing. Ober, bereit war und bereit ist, diese Menschen in die Arbeit, in die gemeinnützige Arbeit vor Ort einzubinden und sie damit sichtbar zu machen. Nicht zu sagen: „Dort sitzen 80 Männer im Gasthof und tun den ganzen Tag nichts“. Nein, sie sind Teil einer Gesellschaft und bringen sich, so wie viele andere, da gebe ich Ihnen recht, in ehrenamtlicher oder in bezahlter Arbeit in das gesellschaftliche Leben mit ein. Ich wünsche mir mehr solche Gemeinden. Da vorne sitzt mein Bürgermeister aus Fehring, ich glaube, wir können noch mehr mutvolle Gemeinden brauchen, die Asylwerber auch in den öffentlichen Dienst in die Tätigkeiten im öffentlichen Raum miteinbeziehen, damit das als Zeichen auch an die Gesellschaft ist, dass es Menschen sind, die sich einbringen wollen und die sich einbringen können. Das, was du angesprochen hast, Claudia, mit der finanziellen Unterstützung der Gemeinden, da denke ich, dass ein erster und auch in dem vorhandenen Budget möglicher Schritt über den Projektfonds gegeben wurde und der ja auch bereits gut genutzt ist. Letzte Woche konnte ja so eine erste Sichtung von Projekten einmal vollzogen werden, Gemeinden dabei auch zu unterstützen, dass sie Ideen haben und diese auch umsetzen. Wir haben vor einigen Wochen mit der Frau Landesrätin Kampus ein, denke ich, tolles Treffen in der Oststeiermark gehabt, wo Verantwortliche aus den Gemeinden, politisch Verantwortliche, Ehrenamtliche und Quartiergeber und –geberinnen auf sehr unterschiedliche Art und Weise ihre Sichtweise in der Unterbringung von Asylwerbern eingebracht haben und da ist eines klar geworden: Wir brauchen vieles nicht neu erfinden. Vor Ort funktioniert ganz vieles sehr gut und hier geht es vor allem darum, voneinander auch zu wissen und zu lernen, was gut funktionieren kann und wo man noch etwas besser machen kann. So denke ich, dass wir auch in dem heutigen eingebrachten Entschließungsantrag einen wichtigen Schritt und auch ein Zeichen an die Gemeinden setzen, die hier etwas tun wollen, denn die rechtliche oder finanzielle Absicherung, was die offene Frage in der Beschäftigung betrifft, muss

österreichweit und muss von Seiten der Bundesregierung geklärt und bearbeitet werden. Und so hoffe ich, dass wir weiter Schritt für Schritt in der sachlichen Debatte um die Frage der Integration und Frage der Unterbringung von Asylwebern auch weiterkommen und so mehr Emotion aus dem Thema herauskommen und sachlich an einem guten Zusammenleben mitwirken können. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.43 Uhr)*

Präsidentin Khom: Freue mich, dass wir zu diesem Tagesordnungspunkt, der die Gemeinden betrifft, auch einen Bürgermeister begrüßen. Herzlich willkommen dem Bürgermeister aus Fehring, Hans Winkelmaier. *(Allgemeiner Beifall)*

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 439/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 439/6, betreffend „Gemeinnützige Arbeit von Asylwerberinnen und Asylwerbern forcieren!! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 503/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Vorlage des Maßnahmenpakets zur Bekämpfung der ständig steigenden Armut in der Steiermark.

Zu Wort gemeldet, Herr Kollege Peter Tschernko, bitte schön.

LTAbg. Tschernko, MSc – ÖVP (13.44 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Eigentlich wollte ich, dass die FPÖ sich zu Wort meldet, aber ich war offensichtlich zu früh mit der Wortmeldung. Ich möchte zu diesem Antrag der FPÖ „Vorlage des Maßnahmenpakets zur Bekämpfung der ständig steigenden Armut in der Steiermark“ kurz eingehen, aber bevor ich jetzt direkt darauf eingehe, möchte ich schon erwähnen, dass in dem Antrag der FPÖ, bei der Antragstellung und ebenso auch in unserer Stellungnahme durch die Landesregierung schon Großteils auf den Bericht „Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2014“, auf die EU SILK-Daten zurückgegriffen wurde oder als Datenquelle zurückgegriffen wurde. Ich möchte aber auch erwähnen, dass bei dieser Erhebung für diesen Bericht Haushalte befragt wurde. Damit wir uns da wirklich ein Bild davon machen können, wie viele da wirklich befragt wurden, weil sonst hat man den Eindruck es sind sechs oder acht Millionen Menschen befragt worden. Es sind in Österreich 5.900 Haushalte befragt worden. Davon 809 in der Steiermark. Das heißt, insgesamt wurden in Österreich rund 12.900 Personen erhoben und zumindest über 10.000 Personen waren über 16 Jahre alt. Das heißt, die Steiermark mit ihren 800 Haushalten und 1.826 Personen, die befragt wurden, das ist eine Stichprobe, die jetzt deutlich kleiner ist als in Gesamtösterreich, was natürlich auch bedeutet, dass wir eine höhere Zufallsschwankung haben. Ja, was bedeutet jetzt Armut in Österreich? Es gab schon andere Quellen und Berichte und jetzt Gott sei Dank diesen Armutsbericht aus der Steiermark, ein statistischer Bericht. Als armutsgefährdend gelten ja in Österreich jene Haushalte, deren Nettohaushaltseinkommen bei weniger als 60 % des Medianen aller Einkommen liegt. Das heißt, in Österreich ist somit ein Singlehaushalt mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 1.161 Euro pro Monat, in der Steiermark sind das nur 1.123 Euro pro Monat, jetzt auch abzüglich der Steuern und Transfers, armutsgefährdet. Das heißt wiederum, je mehr Studentenhaushalte wir haben, umso höher auch die statistische Armut. Obdachlosigkeit wurde ja wegen eines fehlenden Haushaltes nicht erhoben und sind hier von den Statistiken nicht erfasst. Wenn jetzt alle Einkommen steigen, steigt natürlich auch die Grenze für die Armutsgefährdung. In Europa haben nur Luxemburg, Norwegen und die Schweiz höhere Armuts Grenzen als Österreich. Und um den Österreichwert jetzt von 1.161 Euro EU-weit vergleichen zu können, muss man diesen Wert nach Kaufkraft bereinigen. Das ergibt dann für uns 1.045 Euro, in Deutschland liegt die Armuts Grenze bei 974 Euro – ich muss ein paar Zahlen nennen, um das vergleichen zu können – in Italien 761 Euro und nehmen wir jetzt Rumänien, dort sind es lediglich nur mehr 197 Euro. Also, in Österreich ist die Armuts Grenze seit 1999 um über 61,5 % gestiegen. Das Preisniveau allerdings nur um 36 %. Natürlich gibt es die Armut in Österreich und natürlich gibt es die Armut auch in der

Steiermark. Aber, es kommt auch oft die Aussage, dass die Armut so groß sei wie nie zuvor. Die ist, aufgrund dieser Statistiken, auch nicht haltbar. Viele Menschen, die heute als armutsgefährdet gelten, wären das z. B. vor zehn Jahren noch nicht gewesen. In diesem EU-Silk-Bericht wird jetzt aufgezeigt, dass auch 12,9 % der Bevölkerung in der Steiermark armutsgefährdet sind. Das bedeutet, wie schon eingangs erwähnt, dass die Menschen weniger als 60 % des Medianeinkommens zur Verfügung haben. Die Steiermark liegt aber jetzt unter dem Österreichschnitt von 14,1 % und auch unter dem EU-Schnitt von 17,2 %. Es ist auch noch interessant für mich, dass ich aus dem Bericht noch entnehmen konnte, dass die Armutsgefährdungsquote in der Steiermark, trotz weltweiter Wirtschaftskrisen und Finanzkrisen, die wir 2009 erlebt haben, sich jetzt diese Armutsgefährdungsquote nicht drastisch verändert oder erhöht hat. Sie ist sogar ein wenig gesunken. Was allerdings schon im Bericht gut dargestellt wird, sind jetzt die geleisteten Transferzahlungen, die ja letztendlich Armut bekämpfen und verhindern. Das ist eigentlich jetzt eine der Kern- und Grundaussagen in diesem Bericht. Das macht aber auch deutlich, dass es ohne das System des Sozialschutzes, sprich der sozialen Transferleistungen, rund 45 % der steirischen Bevölkerung armutsgefährdet wären. Wenn ich das jetzt hochrechne auf 1,2 Millionen Menschen in der Steiermark oder Steirerinnen und Steirer, dann wären rund 540.000 SteirerInnen armutsgefährdet. Auch in Österreich wären, also in unserem Bundesland wären natürlich ohne unsere sozialen Transferleistungen noch immer 44 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Das sind dann rund über 3,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Laut Studie sind nach den Pensionszahlen 24 % der Bevölkerung, also ein Viertel der Bevölkerung armutsgefährdet. Erst nach dem Erhalt oder nach dem Transfer der Sozialleistungen sinkt die Armutsgefährdungsgrenze in der Steiermark auf 13 bzw. 14 % in Österreich. Aber es gibt auch Maßnahmen, die hier auch in der Stellungnahme der Landesregierung zur Bekämpfung der ständig steigenden Armut hier Auskunft geben bzw. die diese Personengruppe betrifft. Über diese Maßnahmen möchte ich jetzt auch kurz sprechen. Ich nehme an, Sie haben das auch gelesen, aber ich möchte das noch einmal kurz wiederholen und erwähnen. Es geht jetzt, wenn man von Armut spricht, nicht immer nur um ein Einkommen. Es geht auch, und das ist auch in der Statistik beschrieben, um die Lebensbedingungen in einem Bundesland oder in der Steiermark, um die Lebenszufriedenheit. Und das kann man nicht immer nur an Fakten und Zahlen festmachen, da spielen auch andere Situationen mit eine Rolle. Und da war es auch interessant diese Lebenssituation hier nachzulesen und auch festzustellen, dass diese Lebensbereiche, die eben erhoben und analysiert worden sind, die uns auch darüber

Aufschluss geben, warum die Menschen hier glücklicher sind, zufriedener sind oder nicht so glücklich oder nicht so zufrieden sind. Und da wurde z. B. genau das Wohn- und Konsumverhalten analysiert und dargestellt, die Gesundheitssituation und überhaupt die Lebenszufriedenheit der Bevölkerung. Laut Bericht und Statistik steigen wir da in der Steiermark auch sehr gut aus. Und wie ich schon erwähnt habe, ist jetzt das Einkommen nicht der einzige Indikator für Armut, sondern es sind andere Merkmale des Lebensstandards die noch dazu zu zählen sind und dann vervollständigen sie eigentlich erst das Bild von den Lebensbedingungen, die auch dazu führen, hier zufrieden zu sein oder auch nicht zufrieden zu sein. Ja, wichtig und das war interessant, wir sprachen ja heute schon in der Diskussion darüber, dass Asylwerberinnen und Asylwerber oder auch der Vorwurf, dass sie alle ein Handy besitzen usw. wir sprechen hier über bestimmte Konsumgüter, die z. B. auch in den armutsgefährdeten Haushalten vorhanden sind wie PCs, Handys, PKWs – weniger, DVDs usw. Hier gibt es laut dem vorliegenden Bericht eine sehr gute statistische Zahl, d.h. 85 % der Gesamtbevölkerung besitzen dies. Aber bei genauerer Betrachtung ist festzustellen, dass es immer die gleiche Bevölkerungsschicht betrifft, die diesen Konsum oder die hier stärker benachteiligt sind. Das sind die über 65-jährigen, das sind die Nicht-Österreicher, ausgenommen sind hier Internet und PC, das sind die Haushalte, die nur Pensionseinkommen beziehen, das sind alleinstehende Personen, insbesondere weibliche Hauptverdienerinnen und auch Personen mit niedriger Bildung. Das sind Gruppen, die hier stark benachteiligt sind, aber auch die nicht Erwerbstätigen, die teils Hilfsarbeiten verrichten, die Haushaltsangehörigen, die geringfügig beschäftigten Personen, die nur Sozialleistungen oder Pension als Haupteinkommen beziehen. Wie gesagt, in der Statistik wurde ein großes Kapitel auch dem Wohnen noch gewidmet und ich denke, das ist so die Lebensexistenz, wenn man ein Dach über den Kopf hat. Das wurde auch hier in dem Kapitel festgestellt, dass es hier in der Steiermark im Gegensatz oder im Vergleich zu Österreich die meisten Hauseigentümer gibt, aber auch trotz Zufriedenheitsgrad mit der Wohnsituation gab es dann doch eine Wohnzufriedenheit oder –unzufriedenheit in Österreich, die wir noch vor den Wienern eingenommen haben. Ein Wort noch zum Einkommen: 17 % der Steirerinnen und Steirer müssen ein Viertel ihres Äquivalenz-Einkommen, d.h. ihres Haushaltseinkommens für das Wohnen und für die Wohnung aufwenden. Eben auch hier trifft es wieder dieselbe und schon erwähnte Bevölkerungsgruppe, die Haushalte ohne Erwerbstätigkeit, Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern oder 1-Elternhaushalt. Und damit wir jetzt Armut präventiv auch bekämpfen oder verringern können, gibt es hier z. B. als Maßnahmen vom Land Steiermark,

ich nehme auch an in den anderen Bundesländern, die Wohnbeihilfe. Mit der Wohnbeihilfe können wir natürlich Wohnungslosigkeit verhindern oder die Armut auch bekämpfen, denn es beziehen über 28.000 Haushalte Wohnbeihilfe in der Steiermark in der Höhe von fast 50 Millionen Euro. Also eine Maßnahme, die auch wirkt und die auch greift. Und es gibt noch verschiedene Maßnahmen, die hier angeführt sind, von der Arbeitsmarktförderung, hier gibt es auch noch eine Fülle von Maßnahmen für Frauen, Jugendliche, Kinder, ältere Menschen, 50 Plus, 45 Plus, für Überqualifizierungsmaßnahmen etc. bis hin zur Bildung und Ausbildung. Was auch hier zusammenfassend noch zu sagen ist, dass die Bildung und Ausbildung und der Bildungsstand für Armutsgefährdung sorgt oder Armutsgefährdung gar nicht zulässt. Mit all diesen Maßnahmen versucht die Steiermark, und dafür wird ja auch ein Geld ausgegeben und nicht wenig ausgegeben, Armut präventiv zu bekämpfen. Ich denke, dass unser oberstes Ziel sein sollte und sein müsste, die Hilfe zur Selbsthilfe, dass auch die Menschen selbst ihr Leben bestimmen können, dass die Menschen auch selbst das Leben in die Hand nehmen können und ich glaube, dass mit diesem Angebot und mit diesen Maßnahmen, die wir hier in der Steiermark haben, wir einen großen Beitrag zur Armutsbekämpfung auch leisten. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.58 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hannes Amesbauer, bitte schön.

LTAbg. Amesbauer, BA – FPÖ (13.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrat, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Wenn wir uns erinnern an die Landtagssitzung vom 24.11.2015, da hat die FPÖ mittels des parlamentarischen Instruments der Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung von der zuständigen Landesrätin Doris Kampus wissen wollen, ob sie der steigenden Armut in der Steiermark mit einem umfassenden Maßnahmenpaket entgetreten wird. Die Frage lautete genau, um sie noch einmal in Erinnerung zu rufen, ich zitiere: „Sind Sie bereit dem Landtag Steiermark ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der ständig steigenden Armut in der Steiermark vorzulegen“. Die Landesrätin Kampus antwortete nach inhaltlich abweichenden Wortmeldungen und Ausführungen mit einem lapidaren „Ja“. Also, sie wird ein Maßnahmenpaket vorlegen, um die Armut zu bekämpfen. Sie ist dazu bereit. Und dann gab es jetzt diese Stellungnahme der Landesregierung. In dieser ist u. a. zu lesen, ich zitiere: „Mit dem Angebot des Sozialressorts werde bereits jetzt ein wesentlicher Beitrag zur

Bekämpfung der Armut in der Steiermark geleistet und diese und deren Erhalt seien als wichtigster Beitrag zur Armutsbekämpfung anzusehen“. Und hiermit, meine sehr geehrten Damen und Herren, weigert sich Landesrätin Kampus entgegen ihrer Antwort im Landtag, wir erinnern uns – „ja“ hat sie gesagt – neuerlich ein eigenes Maßnahmenpaket zur Armutsbekämpfung auszuarbeiten und vorzulegen. Insofern ist diese Stellungnahme abzulehnen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eigentlich entgegen der Ankündigung „ja, sie werden ein Maßnahmenpaket vorlegen“, ist das eigentlich eine Nullaussage und meines Erachtens auch, im gewissen Maße, eine Verhöhnung dieses Parlaments hier. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Freiheitliche Partei, der Freiheitliche Landtagsklub hat auch einen Entschließungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt vorbereitet, den ich jetzt einbringen werde und auch kurz begründen werde.

Im April stieg die Arbeitslosigkeit in der Steiermark im Vergleich zum Vorjahr leider erneut an. Rund 43.000 waren ohne Beschäftigung. Insgesamt sind rund 50.000 Menschen beschäftigungslos, rechnet man jene Personen hinzu, die von der Regierung in diversen Schulungen „versteckt“ werden. Auch die Jugendarbeitslosigkeit hat zugenommen, und das ist besonders dramatisch, denn die fehlenden Lehrlinge, die fehlende Lehrlingsausbildung von heute, das sind auch die fehlenden Facharbeiter von morgen und natürlich auch die Arbeitslosen von morgen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Österreich derzeit bei 11 %. Das geht aus den aktuellen Arbeitsmarktdaten des Sozialministeriums hervor. Frau Landesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, da Arbeitslosigkeit und Armut untrennbar miteinander verbunden sind, müssen endlich und müssen dringend Maßnahmen gesetzt werden, um dieser Negativentwicklung entgegenzuwirken. Ein großes Problem ist die Ostzuwanderung, die Ostöffnung für den Arbeitsmarkt, wovor wir Freiheitlichen immer wieder auch in diesem Hause gewarnt haben. Seit 01. Jänner 2014 haben bekanntlich auch Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien uneingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Diese sogenannte Ostöffnung war eine zusätzliche Ausweitung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, denn für Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Esten, Letten und Litauer gilt diese bereits seit 2011. Die FPÖ warnte von Beginn an vor einer zügellosen Zuwanderung in den heimischen Arbeitsmarkt und die aktuellen Zahlen bestätigen leider diese Befürchtungen. Ich erinnere mich noch ganz genau an die Debatte in der vergangenen Legislaturperiode hier im Haus als beschwichtigt wurde, als von den zuständigen Regierungsmitgliedern gesagt wurde, Siegi Schrittwieser war damals auch federführend in der Debatte: „Das wird so nicht eintreffen. Das ist Panikmache der FPÖ“.

Leider geben uns die Zahlen Recht und ich sage wirklich leider, denn wir hätten uns gewünscht, dass sich unsere Befürchtungen nicht bewahrheiten. (*Beifall bei der FPÖ*) Wir wissen aus aktuellen Zahlen vom AMS, dass derzeit alleine in der Steiermark etwa 10.000 Slowenen und rund 7.500 Ungarn beschäftigt sind, womit sich die Zahl der Arbeitskräfte aus diesen Ländern seit der Ostöffnung mehr als verdoppelt hat. Eine interessante Meinung zu diesem Thema hat auch der Wiener Arbeiterkammerdirektor, Werner Muhm, sicherlich kein ausgewiesener Freiheitlicher, Alarm geschlagen. Er fordert, dass auf EU-Ebene über eine „Notfallklausel zum Schutz des Arbeitsmarktes“ debattiert werden soll, u. a. darüber, die Personenfreizügigkeit zu befristen oder einzuschränken, meine sehr geehrten Damen und Herren. Also, das ist eine Persönlichkeit, die weiß, wo die Probleme am Arbeitsmarkt liegen, die sicherlich nicht der Freiheitlichen Partei nahesteht. Aber solche Meinungen werden von Ihnen leider immer wieder ignoriert, auch wenn sie noch so richtig sind. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Meinung des Herrn Werner Muhm entspricht auch genau jener Forderung, die Norbert Hofer, hoffentlich unser künftiger Bundespräsident, bereits im April 2010 in Form eines Antrags im Nationalrat gefordert hat. Er wollte eben auch, dass die Bundesregierung beauftragt wird, auf europäischer Ebene in Verhandlungen einzutreten, um den Zugang von Arbeitskräften aus den neuen EU-Staaten einzuschränken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist höchste Zeit eine sektorale Arbeitsmarktschließung einzuführen. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass es nicht nur zu einem Sozial- und Lohndumping kommt, sondern auch zu einem regelrechten Verdrängungswettbewerb am heimischen Arbeitsmarkt, der die Arbeitslosigkeit, die auf einem historischen Höchststand in der Zweiten Republik ist, leider weiter befeuern wird. Dagegen brauchen wir Maßnahmen und deshalb stelle ich folgenden Entschließungsantrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, insbesondere an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, heranzutreten und Bestimmungen einzufordern, die entsprechend den Erfordernissen des österreichischen Arbeitsmarktes branchenspezifische Schließungen desselben für Drittstaatsangehörige vorsehen, um dem Verdrängungswettbewerb sowie Lohn- und Sozialdumping entgegenzuwirken.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie und ich fordere Sie auf, ein Zeichen zu setzen, einen Schritt zu machen, um den heimischen Arbeitsmarkt zu schützen, um den heimischen Arbeitsmarkt vor Sozial- und Lohndumping und die Verdrängung durch Osteuropa endlich wirksam zu sichern. (*Beifall bei der FPÖ – 14.06 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Krautwaschl, bitte schön.

LTAbg. Krautwaschl – Grünen (14.06 Uhr): Danke, Herr Präsident. Grüß Gott von meiner Seite an alle Anwesenden und Zuhörerinnen, ob live oder im Livestream!

Ich freue mich sehr, dass ich heute zu einem Thema reden kann, wegen dem ich u.a. in die Politik gegangen bin, das ist das Thema Gerechtigkeit. Ich sehe nämlich in dieser ganzen Armutsdebatte einen Begriff immer sehr unterrepräsentiert von allen, die da irgendetwas fordern, dass es nämlich, wenn man Armut effizient und dauerhaft und nachhaltig bekämpfen will, auch so etwas geben muss wie eine Umverteilung in unserer Gesellschaft. Es wurden ja schon sehr viele Zahlen von Peter Tschernko heute genannt, das erspare ich mir. Was ich auf der Seite der Armutskonferenz gerade nachrecherchiert habe, ist extrem beeindruckend in diesem Zusammenhang. Wir haben in Österreich 5 %, die die Hälfte aller Vermögen besitzen, 5 % der Bevölkerung. Und die unterste Hälfte der Besitzenden, haben 4 % des Vermögens. Ist das gerecht? Wollen wir das? Und glauben wir, dass wir Armut ernsthaft bekämpfen können, ohne dass wir auch in eine Debatte gehen wie Vermögen, wie alles was Menschen besitzen, umverteilt werden kann? Ich glaube nicht, dass das geht und ich glaube, dass das ganz, ganz schlimme Folgen hat, besonders für die Allerschwächsten in unserer Gesellschaft. Ich nenne da jetzt einmal vor allem Kinder und Jugendliche und möchte Ihnen gerne ein persönliches Beispiel bringen bezüglich Chancenungleichheit. In der Volksschule meines Sohnes, der beste Freund meines Sohnes, war eigentlich auch ein sehr guter Schüler, der hat die Volksschule, glaube ich, auch mit lauter Einsern abgeschlossen und seine Mama hat mir dann irgendwann einmal erzählt: „Nein Gymnasium kommt für sie nicht infrage, weil das können sie sich nicht leisten“. Und da war ich im ersten Moment etwas erstaunt. Dachte mir: „Na ja, kostet ja eigentlich nichts, die Schule selber.“ Das Gymnasium ist ein öffentliches. Aber sie hat mir dann gleich fünf, sechs Sachen aufgelistet wie Schikurse, Schulveranstaltungen, diverse Sprachreisen usw. usf., wo mir klargeworden ist, dass unser Begriff von Armut und Ausgrenzung, diese relative Armut einfach oft überhaupt nicht in den Herzen der Menschen noch angekommen ist. Es wird dann über einzelne Extremfälle gesprochen, wer sich welches Handy oder welchen Flatscreen leisten kann, und nicht darüber, dass Menschen an der Beteiligung, an unserer Gesellschaft gehindert werden, weil unsere Systeme nicht niederschwellig genug zugänglich sind. Und das ist auch etwas, wo ich heute an die Regierenden einfach appellieren möchte, hier noch genauer hinzuschauen und sich hier auch

wirklich ein Herz zu nehmen, in diese Debatte reinzugehen. Wenn wir unsere Systeme, die wir alle brauchen, sprich vor allem Bildungssystem und Gesundheitssystem, wenn wir die nicht niederschwellig genug aufsetzen, wenn hier die Zugänge erschwert werden und leider sehe ich oft in den Debatten hier in diesem Landtag in letzter Zeit, dass diese Zugänge erschwert werden könnten oder erschwert worden sind, dann schließen wir aus, dann grenzen wir weiter aus und dann erzeugen wir Armut. Die können wir dann gar nicht stopfen mit allen Maßnahmen, die Sie in Ihrer Begründung genannt haben. Natürlich brauchen wir das alles, um diese Löcher zu stopfen. Wir brauchen die Mindestsicherung und sie darf in keiner Weise verschlechtert werden. Aber da sehe ich dann auch wieder große Gefahr. Deswegen wundert mich das ja, dass das dann immer von der FPÖ so plakativ aufgegriffen, wird das Thema. Denn, wenn es dann darum geht, diese Maßnahmen, die Sozialtransfers, die schon erwähnt wurden, zu verteidigen, dass die wirklich benachteiligten Gruppen in unserer Gesellschaft, dass die wenigstens doch noch in diesem System eine gewisse Chance haben, dann schlägt sich die FPÖ gerne immer auf die Seite derer, die eine Deckelung fordern, die Sachleistungen als ein Allheilmittel sehen, wobei Sachleistungen per se, wenn sie pauschal verordnet werden, Ausgrenzung fördern. Und Armut ist nun einmal nicht nur die Armut und schon gar nicht in Österreich, dass sich irgendwer hier bei uns nichts zum Essen leisten kann, sondern das hat mit Ausgrenzung zu tun, mit Bevormundung und genau nicht mit Selbstermächtigung, die wir ja, für das gibt es z. B. die Mindestsicherung, aus meiner Sicht, um Menschen selbst wieder zu ermächtigen, dass sie ihren Beitrag leisten können, dass sie ihr Geld verdienen können, dass sie selber aktiv werden können und nicht in diesen Systemen gefangen bleiben. Insgesamt bin ich der Überzeugung, dass ungerechte Verteilung in unserer Gesellschaft alle schwächt. Nicht nur die, die dann am untersten Rand stehen, sondern für alles schlecht ist. Es schwächt die Wirtschaftskraft, es schwächt vor allem politischen Zusammenhalt, es schwächt den Zusammenhalt in Gesellschaften insgesamt und es fördert ein Klima, von dem manche dann profitieren, das sage ich auch dazu, nämlich ein Klima von Radikalität, Neid, Missgunst, gegeneinander ausspielen von Personengruppen, die alle schwach sind in der Gesellschaft, von Angst, von Rassismus, von Gewalt. Das will ich nicht. Deswegen appelliere ich ganz besonders jetzt einmal, heute auch an die SPÖ und an die ÖVP, hier wirklich alles ernst zu nehmen was dazu dient, diese Atmosphäre nicht zu schüren. Sprich, nicht den Menschen in der Steiermark, in Österreich, in Europa, auf der ganzen Welt, das Gefühl zu geben dass es immer nur darum geht dann zu jammern über Geld, wenn es um die Benachteiligten in unserer Gesellschaft geht. Wir haben ganz viel Geld für ganz viele Dinge. Ich möchte es nicht

noch einmal erwähnen, ich habe es in der letzten Landtagssitzung erwähnt, die Landesregierung hat gerade 1,2 Millionen für ein Spektakel beschlossen, das einmal im Jahr stattfindet – für die Airpower. Hier ist immer genug Geld da. Für solche Dinge ist immer genug Geld da. Wir müssen einfach einmal hinschauen, wo wir Geld brauchen, strukturell, um wirklich Armut auf Dauer zu verhindern und um Armut nicht nur mit Löcher stopfen, zu bekämpfen, sondern dadurch, wie wir unsere Systeme aufsetzen. Das ist aus meiner Sicht extrem zentral, um dieses Thema auf Dauer in den Griff zu bekommen. Eines noch, weil es gerade zu etwas passt, was wir heute auch besprochen haben – Wohnbauförderung: Auch hier wieder, es kann nicht sein, dass wir Gesetze so verändern, aus meiner Sicht, dass diejenigen, die auf so etwas angewiesen sind, wo es das Gott sei Dank gibt, dass die dann aber gleichzeitig unter schlechteren Lebensbedingungen leben müssen und dann wieder durch das schlechter Leben wieder mehr bedroht sind krank zu werden und schlechtere Lebensbedingungen erzeugen einfach auch mehr Armut. Da dreht sich was im Kreis für mich, das so nicht passt. Auch wenn das jetzt nur ein Detail am Rande ist. Wichtig für mich ist noch als Forderungen von unserer Seite noch einmal ganz klar zu sagen: Wir brauchen, so lange das System nicht ganz anders läuft, Transferleistungen. Wir bestehen darauf, dass diese nicht verschlechtert werden. Ich hoffe, hier auch wirklich, dass sich vor allem auch die Sozialdemokratie da ganz deutlich öffnet für einen Diskurs über Verteilung, über Verteilungsgerechtigkeit und dass wir gemeinsam diese gigantische Ungerechtigkeit, die wir in den Systemen haben, versuchen jetzt anzugehen. Ich glaube, es ist aller allerhöchste Zeit angesichts der Gesamtlage in der Steiermark, in Österreich, aber auch global gesehen. Da komme ich schon zum Abschluss. Weil global ja immer da recht gerne ausgeblendet wird. Uns werden die allerhöchsten Zäune und Mauern nicht gegen eine grenzenlos ungerechte Verteilung helfen, weder innerhalb von Österreich noch EU-weit oder global gesehen, und deswegen, glaube ich, ist es ein ganz wichtiges Thema, um Grenzen und Grenzen in den Köpfen abzubauen und zu zeigen, dass wir als Politikerinnen und Politiker die Verantwortung haben ein System so aufzustellen, dass es für alle möglichst gerecht ist. Das ist auch die beste Armutsbekämpfung aus meiner Sicht. Danke. *(Beifall bei der Grünen – 14.14 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zenz, bitte schön.

LTabg. Zenz – SPÖ (14.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, wo auch immer Sie uns zuhören!

Wenn man im fünfreichsten Staat Europas leben darf, im neuen Teich der Stadt der Welt, war letztens in einer Statistik, Statistiken wurden heute schon viele gebracht, dann ist eine Debatte über Armut in unserem Land, in der Steiermark, keine unwichtige Debatte und eine sehr wichtige Debatte. Wie wir wissen, laut Statistik, 12,9 % der Menschen in der Steiermark sind armutsgefährdet, und dann denke ich schon, dass, wenn es um so ein Thema geht, dass man eine gewisse Verantwortung hat und nicht hierher tritt und dann von Slowenen, Ungarn, Esten, Letten, Bulgaren, Rumänen spricht, die in diesem Land arbeiten und damit probiert, selbstverständlich, politisches Kleingeld zu sammeln, - ich schaue Sie nur zufällig an, Herr Amesbauer - weil ich glaube, dass man eine viel größere Verantwortung hat, wenn man den Arbeitsmarkt ... - und Sie haben damit vollkommen recht, der Arbeitsmarkt ist das beste Mittel, die Arbeit ist das beste Mittel gegen Armut vorzugehen, aber da bedarf es ein bisschen mehr Hirnschmalz und ein bisschen mehr Zugang, als das von Ihnen Präsentierte. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, natürlich sind gute Löhne, gute Kollektivverträge ein bestes Mittel um Armut in der Steiermark zu verhindern. Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, wir haben derzeit eine Situation, dass wir Gott sei Dank in Österreich eine breite Abdeckung durch Kollektivverträge haben, aber man kann auch nicht verhehlen, dass ein Großteil der Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen sind. Das ist ein Thema, dem wir uns widmen müssen, wenn wir wirklich in die Armutsbekämpfung gehen müssen und dann ist es natürlich eine Besonderheit, ein besonderes Schmankerl, wenn Sie jetzt anfangen und sagen: „Na ja, wir könnten ja die Mindestsicherung reduzieren“. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in der Zwischenzeit sind 70 % der Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher, die ein Arbeitsverhältnis haben und die Aufzahlungen bekommen. Was würde uns passieren, wenn wir in diesem Bereich Einschränkungen, wie von Ihnen meistens gefordert – wundert mich heute, dass es heute nicht auf der Tagesordnung ist mit dem Entschließer, das haben Sie aber eh letztens gehabt – auch fordern, dass wir in diesem Zusammenhang diesen Menschen, die arbeiten, auch noch den Mindeststandard entziehen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen ich glaube, hier gibt es klare Standpunkte und die muss man einhalten. Ich glaube auch, dass diese Debatte, wie Sie sie probieren, sozusagen Arbeitskräfte, Menschen, die Arbeit haben in der Steiermark, gegen Menschen auszuspielen, die vielleicht aus einem anderen Land kommen, die hier ganz reguläre Arbeitsvertrags- und Arbeitsverhältnisse haben, ich weiß,

dass das Ihr politisches Geschäft ist Ihr tägliches, aber ich kann Ihnen garantieren, das wird Ihnen nichts helfen in dieser Debatte. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das sagt Ihr Arbeiterkammerdirektor in Wien.“*) Der Arbeiterkammerdirektor in Wien hat ganz was anderes gesagt. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Ich habe das Zitat da!“*) Sie haben das Zitat da. Ich kann das Zitat lesen auch, da brauchen Sie sich keine Sorgen machen, um das geht es nicht. Es geht um diesen Zusammenhang, um hier klare Strukturen gegen Lohn- und Sozialdumping auch zu machen. Und dafür werden Sie uns immer als Partner finden. Ich möchte Sie nur daran erinnern, ein letztes Mal, ich habe es schon so oft gesagt in diesem Hause: Wer war die Partei, die gegen das Lohn- und Sozialdumpinggesetz im Nationalrat gestimmt hat? Wer hat gegen Lohn- und Sozialdumpinggesetz im Parlament gestimmt? Es war die FPÖ. Ganz gleich wie immer, weil sie dort wieder ihr politisches Kleingeld machen wollten, weil sie wollten, dass Sie genau diese Gruppen, die Sie ja angehen, wieder reinbringen. Das wird nichts helfen, das kann ich Ihnen garantieren. Eine starke steirische Arbeitsmarktpolitik wird das verhindern und hier muss auch eingesetzt werden, natürlich auch eine starke österreichische Arbeitsmarktpolitik und ganz sicher nicht Ihre polemischen Diskussion darüber. Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.20 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Murgg, bitte schön.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (14.20 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerin, lieber Zuhörer!

Ein paar Worte zum Entschließungsantrag der FPÖ. Sie haben schon recht, so wie Sie den AK-Präsidenten Werner Muhm zitiert haben, im Übrigen hat das auch der burgenländische Landeshauptmann Niessl in ähnlichen Tönen gefordert, aber wenn man sich Ihren Unselbstständigen Entschließungsantrag genauer anschaut, nämlich das, was Sie in der Begründung schreiben und was Sie dann im Antrag fordern, dann schlagen Sie hier eigentlich vollkommen daneben. Was mich eigentlich wundert, weil Sie haben einen sehr qualifizierten und großen Apparat von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und wenn Sie hier am Anfang in der Begründung das alles aufführen, was auch Muhm gesagt hat und was auch Niessl gesagt hat, dass natürlich in Zeiten wo wir 500.000 Arbeitslose haben es ein Problem ist, nicht nur die Einpendler, die tagtäglich in den Grenzregionen im Burgenland und in der Steiermark aus Ungarn, aus Slowenien, aus Tschechien, aus der Slowakei einpendeln, aber auch die, die auf

Dauer aus Rumänien oder Bulgarien nach Österreich übersiedeln, dass das hier für den heimischen Arbeitsmarkt Probleme bringt. Und da sind wir als KPÖ und als Gegner einer hemmungslosen Deregulierung der EU ohne Weiteres auf Ihrer Seite, weil wir wissen, dass eine hemmungslose Deregulierung letztlich immer nur den Reichen, den Superreichen und den Konzernen nutzt und den Armen und den Menschen, die mittlere Einkommen haben, schadet. Da braucht man gar kein großer Wirtschaftstheoretiker sein. In Zeiten des Kapitalismus wird eine Vereinheitlichung immer zu einem Niveau nach unten führen, wenn von unten, von der Arbeiterbewegung, von den Gewerkschaften nicht der Druck kommt, dass man da wirklich dagegenhält. Aber wenn Sie dann in Ihrem Antrag von den Drittstaatsangehörigen schreiben, ist das ja ganz etwas anderes. Denn was Sie fordern, dass wir branchenspezifische Schließungen für die Drittstaatsangehörigen fordern, ja das gibt es sowieso. Erstens einmal ist jemand, der aus der Türkei, aus Georgien oder meinetwegen – aus Mexiko wird keiner kommen, aber vielleicht aus dem Kosovo, der kann ja nicht sofort die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU konsumieren und außerdem, vielleicht liege ich da vollkommen daneben, aber der Klaus Zenz wird es wissen, meines Wissens ist es so, dass für gewisse Branchen sie praktisch als Drittstaatsangehöriger keine Chance haben überhaupt einen Arbeitsplatz in Österreich zu bekommen. Also das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, ist ja ohnehin d'accord. Tun Sie nicht den Kopf schütteln, natürlich ist es so. Da haben Sie danebengeschlagen, das kann jedem einmal passieren. Wir haben auch schon öfter einmal „daneben geprackt“, wie man auf gut steirisch sagt. Bei Ihnen, wie gesagt, wundert es mich, weil Sie einen sehr großen und gut qualifizierten Apparat eigentlich zur Verfügung haben. Aber ich denke ja noch weiter, vielleicht ist es so, dass Sie genau wissen, dass das, was Sie in Ihrer Begründung schreiben, ja nur geht, wenn Sie mit der EU und dem EU-Recht vollkommen in die Quere kommen. Ich habe mit Verwunderung oder sagen wir so, es ist mir mit einer gewissen Verwunderung zugetragen worden, ich schaue mir ja diese Diskussion ja gar nie an, weil da lese ich lieber ein gutes Buch oder hör eine gute Musik, aber es hat da jetzt eine Diskussion, glaube ich, gegeben im Puls 4 zwischen Van der Bellen und Hofer und mir ist irgendwie zugetragen worden, da ist dem Hofer irgendwie auf die Füße gestiegen worden und er hat da irgendwie gesagt – Sie nicken, Sie haben die Diskussion natürlich als Propagandist von Van der Bellen gesehen, Sie müssen genau wissen was hier gesprochen wird, aber Sie habe es gehört – irgendwie hat der Hofer gesagt: „Nein, ich bin ja ein Freund der EU oder ich finde die EU eigentlich in Ordnung“. Also offenbar kommen Sie da doch mit Ihrem Propagandisten irgendwie in die Quere, weil eines ist klar: Wenn Sie das wirklich

umsetzen wollen, was in der Begründung drinnen steht, dann geht das in der EU nicht und Sie können die Grundfreiheiten, die vier, der EU nicht ausheben. Weil das wissen Sie genauso gut wie ich, dass das nur geht, wenn alle in allen 28 EU-Staaten Parlamentsbeschlüsse gefasst werden, die einer dieser Freiheiten, und da geht es um die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit, aufgehoben werden. Und deswegen tritt die KPÖ Steiermark u.a. natürlich auch in Perspektive für einen Austritt Österreichs aus der Europäischen Union ein, weil wir wissen, dass wirklich sozialer Fortschritt in dieser EU nicht möglich ist. Ja, das ist eigentlich eh unwichtig, weil wir werden da eh nicht die EU hier im Landtag und morgen auch nicht, hier aus den Angeln heben, aber ich wollte Ihnen doch diese kleine Ungenauigkeit Ihres Antrages vielleicht einmal näher gebracht haben. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 14.26 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Riener, bitte.

LTAbg. Riener – ÖVP (14.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal bzw. Zuschauerrinnen und Zuschauer und auch via Livestream!

Ja, Kollege Tschernko hat schon den Bericht sehr ausführlich dargelegt, auch mit den Zahlenmaterialien. Es wurde einiges ergänzt von den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen und ich möchte meine Wortmeldung beginnen: Es ist nicht alles in Ordnung, aber es ist vieles gut. Das heißt, wenn man den Bericht sehr genau studiert, Zusammenhänge herstellt, dann kommt man eigentlich auf ein gutes Ergebnis für die Steiermark. Ein gutes für die Steiermark in dem Sinne, dass die Sozialleistungen, die wir in das System hineingeben, die Armutsgefährdungsschwelle hebt. Ich weiß jetzt nicht, wer aufgepasst hat, was das bedeutet. Die Armutsgefährdung wird erhoben im Sinne von Einkommen. 60 % Medianeinkommen, hat der Kollege Tschernko ausgeführt, das heißt, es wird Einkommen erhoben. In dieses Einkommen wird nicht das Erwerbseinkommen alleine eingerechnet. Es werden alle sozialen Transfers mit hineingerechnet. Und deswegen hat der Kollege Peter Tschernko auch ausgeführt, dass seit 1999 die Armutsgefährdungsschwelle gestiegen ist um 61,5 %, das Preisniveau um 36 %. Ich bitte Sie mitzudenken. Es geht nämlich darum, wie treffsicher ist unser System und genau auf das will ich jetzt hinaus. Das heißt, wir sind relativ treffsicher unterwegs. Wir sind im EU-Vergleich im ersten Drittel, was die Wirksamkeit

anbelangt. Das ist nämlich der Punkt. Wenn ich nur auf das eine hinschaue, was Kollegin Krautwaschl gesagt hat, nämlich wie viel die Einkommensverteilung ist, gebe ich ihr Recht, das hat eine gewisse Schiefelage. Aber wenn ich jetzt das kommunistische System hernehme, alle bekommen das gleiche egal was sie leisten, (*unverständlicher Zwischenruf von LTAvg. Klimt-Weithaler*) ... hat dem Kommunismus nicht geholfen. Danke, liebe Claudia, danke sehr, du hast es bestätigt, das hat dem Kommunismus nicht geholfen. Also insofern ist das auch nicht die Antwort. Um was es mir geht ist, dass wir es wertschätzen was geleistet wird von den Erwerbstätigen in diesem Lande. Die Erwerbstätigen in diesem Lande zahlen ein in ein staatliches System, ob es jetzt bei den Pensionen im Sinne von Umlage ist, ob es bei der Sozialversicherung für die Gesundheitsunterstützung ist, ob es jetzt mit den Steuergeldern in Ausgleich ist, dass jene, die das Geld nicht haben, bekommen um eben ein höheres Einkommen zu haben im Sinne der Erhebung der EU-Silk. Weil genau da sind alle Sozialleistungen drinnen. Bitte das wirklich einmal erst zu nehmen und nicht einfach wegzuwischen. Weil das bedeutet, dass sich das Bild ändert. Ich sage herzlichen Dank, Frau Landesrätin, dass Sie so einen detaillierten Bericht in Auftrag gegeben haben, der uns vorliegt. Man sieht jetzt diese ganzen Zusammenhänge, und ich muss ehrlich sagen, das muss man sich mehrmals einfach durchlesen, um diese Zusammenhänge herzustellen. Aber es gibt uns einiges an Antworten, wo sind wir schon gut unterwegs, wo müssen wir noch besser werden, aber wo passt es auch nicht. Und genau auf das müssen wir hinschauen, um eben eine soziale Gerechtigkeit zu haben. Wo haben wir denn das große Problem zurzeit? Weil die Bevölkerung das Gefühl hat, die soziale Gerechtigkeit ist nicht mehr gegeben. (*LTAvg. Klimt-Weithaler: „Nicht das Gefühl, bitte!“*) Jetzt wissen wir aber, dass irrsinnig viel Geld in den Sozialbereich hineingesteckt wird. Es ist gut so, aber es muss trotzdem auch spürbar für die Bevölkerung sein. Es wurde von der FPÖ die Ausbildung angesprochen. Wenn ich jetzt in der Unterlage sehe, dass bei den Armutsgefährdeten, wo dann die Ausbildung erhoben wurde, 10 % der Armutsgefährdeten in der Bevölkerung haben Matura und Universität. Ich denke mir, da müssen wir nachdenken, was ist da passiert? Ich habe schon ein bisschen eine Ahnung. Das sind die Studenten, die Studien haben und keinen Arbeitsplatz finden. Na gut, die brauchen auch eine Unterstützung damit sie überhaupt weiter leben können. Dann tun sie sich von einem Job zum anderen handeln, aber sind nicht in ihrem Beruf. Wir haben aber auch eine weitere spannende Geschichte und da sage ich auch recht herzlichen Dank, dass das in Österreich erhoben wurde. Nämlich, es wurde auch erhoben mit gewissen Kriterien, die ausgrenzungsgefährdeten Gruppen in der Steiermark. Und da wurde zusammengefasst,

bezogen auf die armutsgefährdete Gruppe, auch die Gruppe des Erwerbslosenhaushalts. Das heißt, eine Gruppe von Menschen, die eigentlich keine Erwerbseinkommen haben. Aber es fühlen sich von diesen – von der Grafik her muss ich das jetzt ein bisschen schätzen, bitte die Ungenauigkeit mir nachzusehen – zirka die Hälfte trotzdem nicht armutsgefährdet – spannend. Das heißt, wir sind in einem Spannungsfeld, was sind tatsächliche Kriterien, was empfinden die Menschen und dem müssen wir auch nachgehen. Dem müssen wir nachgehen, das ist unsere politische Aufgabe in Zukunft. Mir ist auch sehr, sehr wichtig zu sagen, dass wir in der Steiermark, nicht nur EU-weit sondern auch österreichweit, besser sind. Das heißt, wir sind auf einem guten Weg. Es ist noch einiges zu tun, aber ich bin sehr, sehr froh, dass wir, und Frau Landesrätin ich sage es noch einmal, danke, dass Sie den Weg gegangen sind, dieses differenzierte Hinschauen haben. Und was ich mir auch wünschen würde von der EU, weil die Erhebungen werden gemacht indem Befragungen gemacht werden. Es werden über 800 – ich kann jetzt die Zahl nicht genau sagen – befragt aus allen EU-Staaten, 28 EU-Staaten plus EFTA-Staaten, wir haben aber keine Parameter. Das heißt, ich habe schon einmal mit dem Caritasdirektor Küberl darüber diskutiert. Es wäre vielleicht einmal sinnvoll auf der EU-Ebene hinzuschauen, weil es sich ja ausgehen soll. Es soll sich das Wohnen ausgehen, es soll sich das Essen ausgehen, es soll sich gewisser Standard ausgehen und es soll sich auch ein gewisses kulturelles Leben ausgehen. Und da hätte ich schon ganz gern einmal auch – wie sagt man, Pensionisten haben einen Pensionisten-Warenkorb, ich weiß nicht ob das alle wissen, aber das haben wir und danach wird dann das erhoben und die Pension angehoben – da hätte ich gerne auch so einen Index. Das wäre dann ja auch einmal eine klasse Geschichte, dass man nicht immer herumfeilschen muss, sondern dass wir wissen, wenn das Leben teurer wird, dann müssen wir was dazugeben. Das wäre einmal wünschenswert. Dann brauchen wir nicht politisch hin und her diskutieren und einmal nehmen wir nur das Kriterium her, weil es halt gerade klasse ist für eine Partei und einmal nehmen wir halt nur das Kriterium her. Mir geht es wirklich um eine soziale Ausgewogenheit im Sinne von: Was empfinden die Menschen, bzw. objektiven Kriterien? So wie ich da gesagt habe, manche empfinden „ich bin nicht arm“. Aber nach der Statistik und nach der Erhebung sind sie arm, sind sie armutsgefährdet. Also, in diesem Sinne glaube ich, dass die Steiermark auf einen sehr guten Weg ist, dass wir noch einiges zu tun haben und ich danke, Frau Landesrätin, für diesen differenzierten Bericht. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.35 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau LTAbg. Jungwirth, bitte schön.

LTAbg. Ing. Jungwirth – Grüne (14.35 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ja, die Debatte um Armut dreht sich logischerweise auch um das Themenfeld Arbeitslosigkeit, denn es ist klar, dass Menschen, die keine Arbeit haben, natürlich deutlich stärker armutsgefährdet sind, zumal ja bei uns die Unterstützungsleistungen für Arbeitslose mittlerweile so tief angesetzt sind, dass man sich quasi fast automatisch in diesem Bereich befindet. Es sind ein paar Dinge gesagt worden, die meiner Meinung nach sehr wichtig sind und wo ich auch noch etwas ergänzen möchte. Klaus Zenz, du hast gesagt, dass mittlerweile sehr viele Menschen – du hast gesagt der Großteil, ich würde sagen sehr viele Menschen – in prekären Arbeitsverhältnissen sind. Das ist tatsächlich ein sehr großes Problem. Ich kritisiere das auch immer anlässlich des Wirtschaftsberichts, der uns alljährlich vorgelegt wird, weil in diesem die statistischen Daten nie entsprechend dargestellt werden. Dort wird immer nur die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse dargestellt und dann im anderen Berichtsteil die Anzahl der Arbeitslosen. Es wird aber gar nie klar gemacht, wie genau die Beschäftigungsverhältnisse ausschauen, also wie groß der Anteil derer ist, die z. B. existenzsichernde Einkommen haben. Das wird überhaupt nirgends erfasst, findet man auch nicht in der Statistik Austria, und finde ich, das wäre ein ganz, ganz wichtiger Parameter, um tatsächlich Aussagen machen zu können über die Situation der Bevölkerung hier im Land. Also nicht einmal wie viele Stunden oder was auch immer jemand arbeitet – ob das Teilzeit, geringfügig oder sonst etwas ist. Ich meine, bei Geringfügigkeit brauchen wir ohnehin nicht darüber zu reden, das ist ganz klar prekär, aber existenzsichernde Beschäftigung wäre eigentlich für mich die relevante Größenordnung, die für uns wichtig wäre auszuweisen. (LTAbg. Kunasek: Unverständlicher Zwischenruf) Aber es betrifft nicht nur DienstnehmerInnen, sondern es betrifft auch die Selbstständigen, auch hier gibt es relativ schlechtes Datenmaterial, aber noch besser als bei den DienstnehmerInnen. Was diesen Teil anbelangt, da stellt es sicher überhaupt ganz dramatisch dar. Gerade bei den KleinstunternehmerInnen ist es so, dass ein wirklich beträchtlicher Anteil mit sehr, sehr geringem Einkommen auskommen muss – mh: Einkommen und auskommen, auch hier merkt man schon an der Art und Weise, wie diese Wörter zusammengesetzt werden, was dahintersteckt. Also es ist schon ein Themenfeld, mit dem wir uns sehr intensiv beschäftigen sollten. Ja, ich bin auch der Meinung, dass sich Leistung bezahlt machen soll. Aber, Barbara,

mir ist es auch ein bisschen zu reduziert, wenn man der KPÖ vorwirft, ihre Strategie wäre: Alle bekommen das Gleiche, egal was sie leisten. Weil man muss sich ... (*LTabg. Riener: „Der Kommunismus‘, das habe ich gesagt; nicht ‚die KPÖ‘. Der Kommunismus!“*) okay, der Kommunismus. Ja, stimmt, wenn man genau ist, dann hast du es so gesagt, das ist richtig. Trotzdem: Ich sehe da ein Problem. Das Problem ist nämlich dies, dass es schon sehr viele gibt, die gerne etwas leisten würden, aber keine Möglichkeit haben, das zu tun. Das heißt, uns muss es ja darum gehen: Wie schaffen wir eine Situation, dass alle diejenigen, die etwas tun wollen, das auch können? So, gut. Jetzt könnten wir sagen: „Okay, wir müssen die Wirtschaft stärken, wir müssen Arbeitsplätze schaffen, wir müssen Investitionen tätigen.“ Das ist ein Teilbereich, wird aber wahrscheinlich nicht die Lösung auf Dauer sein. Denn, wenn wir uns anschauen, wir bewegen uns derzeit plus-minus ein bisschen, aber rund um die zehn Prozent Arbeitslosigkeit in unserem Land. Jetzt hören wir von allen Seiten: „Naja, die Entwicklungen gehen halt durch digitale Revolution“, zumindest beim Großteil der Studien, „in die Richtung, dass sehr viele Arbeitsplätze dadurch verloren gehen werden.“ Das kann man gut oder schlecht finden. Die, die davon profitieren, finden das natürlich super, die anderen, die Arbeitsplätze verlieren werden, die müssen sich fragen: „Ja, wie lösen wir das?“ Jetzt aus der Sicht einer Politikerin heraus muss mir der soziale Friede im Land wichtig sein. Das heißt, ich muss es schaffen, die Leute beteiligen zu können an diesem Prozess. Es ist immer ein Abwägen in beide Richtungen, deswegen wächst das halt so, wie die Waage auch ist, das stimmt. Aber wie stellen wir das her? Schaffen wir das nur durch Investitionen und durch noch mehr Betriebsamkeit erzeugen im Lande? Ich glaube nicht, dass wir es schaffen werden, weil unser Planet an seine Grenzen gerät, was Ressourcenverbrauch, Energieverbrauch u.dgl. anbelangt. Also wir müssen in irgendeiner Form Verteilung von Arbeit anders herstellen. Ich habe es hier im Haus schon öfter gesagt: Der eine Punkt ist natürlich das ganze Themenfeld der Überstunden. Es gibt Leute, das sind genau die, die sehr viel leisten, die enorm viele Überstunden machen hier im Land. Also Österreich ist ja in der Statistik, wenn man sich das anschaut, in der europäischen Statistik, wenn man sich das anschaut, (*LTabg. Riener: Unverständlicher Zwischenruf*) auch in der OECD-Statistik ist Österreich in Bezug auf Überstunden eines der Länder, die ganz, ganz oben sind. (*LTabg. Riener: „Die leisten auch viel.“*) Dazu kommt, dass – da leisten viele viel, aber das wird nicht mehr bezahlt – gerade diejenigen, die so viele Überstunden machen, sehr oft auch All-in-Verträge hier im Land haben, auch wenn auf gesetzlicher Ebene versucht wird, dem etwas vorzuschieben. Ich bin der Meinung „All-in“ kann nur auf der Ebene der Geschäftsführungen und im hohen

Management irgendwo überhaupt andenkbar sein. Denn diese Menschen arbeiten wie Selbstständige, aber für alle anderen ist es für mich ein No go, das geht nicht, und wir müssen hier eine andere Form finden, diese Stunden umzuverteilen. Mir ist klar, dass das in kleinen Betrieben nicht so eins zu eins funktioniert. Denn, wenn ich da ein paar Stunden zusammenkratze und dort ein paar Stunden, geht es nicht in Summe. Auf der anderen Seite könnte man sich schon auch sagen: „Na gut, dann kann der eine den Auftrag halt nicht annehmen und der andere hat ihn halt dann.“ Ja, es verteilt sich in Wahrheit schon, wenn man auf der gesetzlichen Ebene Maßnahmen setzt, dass Überstunden so teuer werden, dass man es sich gründlich überlegt, ob man die leisten lässt oder ob sich diese ein Unternehmen leisten möchte, die Menschen so zu beschäftigen. Wir hören zudem, dass auch in den Jugendstudien beispielsweise die jungen Menschen von heute nicht mehr so arbeiten wollen. Ich höre das von meinen eigenen Kindern. Die sagen auch: „So, wie du arbeitest, das können wir uns nicht vorstellen.“ Das sind aber keine Kinder, die auf der faulen Haut liegen. Also die sind schon auch dazu erzogen worden, mit einem gewissen Leistungsbewusstsein in die Welt hineinzugehen. Trotzdem sagen auch die das, dass sie sich das „Hamsterrad“, in dem wir hier alle irgendwie so drinnen sind, weil wir es gewohnt sind, nicht mehr vorstellen können. Gesund ist es obendrein nicht, das spüren die meisten auch auf die Dauer. Also so gesehen: Wir müssen da wirklich etwas bei den Überstunden tun. Das andere ist, dass ich mir halt schon eben denke: „Ja, zehn Prozent Arbeitslose jetzt.“ (*LTA*bg. Riener: „Das wird sich noch ändern.“) So, dann Digitalisierung: Die Prognosen sind ein bisschen unterschiedlich, aber erhöhen diesen Faktor, dann sind schon jetzt so viele nicht mehr in Vollzeit-Beschäftigungsverhältnissen. Das heißt, auch hier stimmt es ja nicht, dass man sagen kann: Die restlichen 90 Prozent der Beschäftigten, die sind zu hundert Prozent ausgelastet. Das ist ja nicht der Fall. Das heißt für mich, wir bewegen uns in Wahrheit irgendwo auf die Größenordnung von 30 bis 40 Prozent Arbeitslosigkeit hin, wenn wir alles so lassen, wie es jetzt ist. Da müssen wir uns doch fragen: Was müssen wir jetzt tun? Ich wage es noch nicht zu sagen, wir haben die Lösungen, aber ich finde, dass wir einen Nachdenkprozess in Gang setzen müssen und offener Diskussionen darüber führen müssen, dass man halt auch mit der Arbeitszeit heruntergehen muss. Der volle Lohnausgleich, das sehe ich derzeit kalkulatorisch nicht, sage ich auch, also das geht sich nicht aus. Dann muss man sich fragen: Wie bringen wir es wieder zusammen, dass die Menschen ausreichend viel Einkommen haben, in welchem Sinn auch immer, dass sie sich das Leben leisten können? Also da sind wir wieder bei der Waage, die die Barbara vorhin schon gezeigt hat: Wie schaffen wir das? Das heißt, für mich

steht schon ganz klar im Raum, dass wir auch darüber nachdenken müssen, ob es eine allgemeine Basisabsicherung gibt für die Menschen und das, was sie sonst noch arbeiten, wo man darauf schauen muss, dass das fair verteilt ist, dann mit einer reduzierten Normalarbeitszeit auch entsprechend entlohnt wird, sodass es eine Kombination ist aus einem Grundeinkommen – so will ich es nicht nennen, aber so etwas Ähnliches – und auch dem, das man auch über Leistung verdient, sodass alle teilhaben können, sich auf einer Seite auch wertvoll fühlen in dieser Gesellschaft, etwas beitragen können – weil, das ist mein Menschenbild, dass die Leute das wollen, davon bin ich auch überzeugt – und gleichzeitig aber eben auch so viel Einkommen in jeder Familie vorhanden ist, dass man in einem halbwegs einem Wohlstand in diesem Land auch leben kann in der breiten Masse der Bevölkerung. Dann muss ich natürlich fragen: Wie finanzieren wir das? Das ist mir auch klar. Das ist natürlich die Gretchenfrage in dem Ganzen, denn hier scheiden sich die Geister der ÖVP und der SPÖ massiv, aber ich bin überzeugt davon, dass es Lösungen gibt. Denn, wenn man sich ansieht, wie viel Vermögen in ganz wenigen Händen konzentriert ist und wie stark diese Vermögen ansteigen, dann ist allein da schon ein ziemlich großer Brocken zu holen, um das, wenn man es gerecht umverteilt, in die Finanzierung solcher Modelle einfließen zu lassen. Das allein wird es auch noch nicht lösen, aber wir brauchen auch Lenkungsmaßnahmen wie Ressourcensteuern in Zukunft. Eines ist auch klar: Die, die profitieren von der Digitalisierung, die werden etwas abgeben müssen davon, damit Gerechtigkeit hergestellt wird in diesem Land. Das ist genau das, was auch Sandra Krautwaschl mit der großen Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit angesprochen hat. Die steckt dahinter und das gilt es zu lösen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 14.46 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Abschließend zu Wort gemeldet ist das zuständige Regierungsmitglied. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (14.46 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Es ist zu diesem Tagesordnungspunkt sehr viel gesagt worden – sehr viel Wichtiges und Richtiges gesagt worden. Ich danke für all die konstruktiven Beiträge und danke auch Barbara Riener für die Rückmeldung, der ich mich nur anschließen kann. Ja, die Steiermark ist auf einem guten, einem richtigen Weg – auch, wenn nicht alles gut ist. Aber zu diesem Thema zu

behaupten, es sei alles gut, das kann die Steiermark nicht, das kann Österreich nicht, das kann die EU leider nicht, das kann die gesamte Welt nicht. Was wir in der Steiermark aber tun können, ist unsere Beiträge zu leisten und man kann auch in dieser Diskussion, so schwierig sie ist und so problembehaftet sie ist, kleine Lichtblicke ersehen, wenn man will. Wir haben z. B. Gott sei Dank eine sinkende Jugendarbeitslosigkeit. Sie ist noch immer viel zu hoch, ich möchte nicht falsch verstanden werden, aber sie sinkt. Das ist ein ganz wesentlicher Beitrag. Und wir haben Maßnahmen, die zu greifen beginnen. Das kann man kritisieren: „Das sind zu wenige, die sind zu langsam“, aber wir haben Maßnahmen, die zu greifen beginnen und ich weiß, wir alle – und das eint uns in diesem Raum – würden wünschen, dass kein Mensch in der Steiermark von Armut betroffen ist oder davon gefährdet ist. Wir alle würden uns wünschen, dass Menschen in Beschäftigung sind – selbstverständlich. Nur, solange das nicht, ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, der Politik, von uns allen – dafür sind wir gewählt – dafür zu sorgen, dass Maßnahmen ergriffen werden, um möglichst viele Menschen aus dieser Armutsfalle zu bekommen. Das heißt aus meiner Sicht zwei Themen, eines ist heute sehr oft genannt worden: „Menschen in Beschäftigung bringen“ und das zweite Thema ist „Ausbildung“. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen, vor allem die jungen Menschen in diesem Land, in gute und richtige Ausbildungssysteme kommen. Da ist es keine leichte Aufgabe – keine leichte Aufgabe – das Beschäftigungsthema aufzugreifen, und keine leichte Aufgabe nicht in eine polarisierende Diskussion zu verfallen und zu sagen: „Das sind die einen, die arbeiten, das sind die, die einzahlen. Auf der anderen Seite haben wir die, die sozusagen profitieren.“ Aber das, was Europa bisher ausgezeichnet hat, einer der Grundwerte, ist das Thema der Solidarität. Das heißt jenen, die aus irgendeiner Situation heraus es im Moment nicht so leicht haben, zu helfen – und sei es, weil sie Menschen mit Behinderung sind, sei es, weil sie Menschen sind, die gerade leider nicht gesund sind oder sei es, dass es Menschen sind, die arbeitsuchend sind. Deshalb dürfen wir nicht in diese Falle tappen und sagen: „Entweder das Thema Beschäftigung oder das Thema Sozialstaat“, das sind zwei Säulen, die einander bedingen. Das sind zwei kommunizierende Gefäße. Selbstverständlich würden wir uns alle wünschen, inklusive meiner Person als Zuständige, wir würden dieses Sozialsystem gar nicht brauchen, denn das hieße, dass der erste Arbeitsmarkt so anzieht, dass wir genug Beschäftigung für die Menschen in diesem Land haben; und zweites Thema, dass die Menschen von dem, das sie in ihrer Arbeit verdienen, auch leben können. Die Realität ist nur eine andere und ja, wir haben 70 % Aufstockung in der Mindestsicherung. Das sind Menschen, die arbeiten, die im Schnitt 300 Euro Mindestsicherung beziehen, damit sie

überlegen können. Das ist etwas, was wir nie vergessen dürfen. Darum möchte ich eine zweite Anzahl anführen, weil ich glaube, dass sich manches in das hoffentlich richtige Licht rückt. Der Sozialstaat kostet, ja. Er kostet 7 % des steirischen Landesbudgets. Ich denke mir, da ist jeder Euro gut - um nicht zu sagen bestens - investiert. Denn, was wäre der Preis, wenn wir diesen Sozialstaat nicht hätten in der Steiermark und in Österreich? Der Preis wäre, dass einzelne Menschen ..., dass wir noch vielmehr Armutsgefährdete haben und das ist eine Botschaft, die bei mir so hängen geblieben ist. Und ich erwähne es auch überall, weil es so ein gutes Bild ist - ein gutes ist gleich schlechtes Bild: Wir haben derzeit 13 % armutsgefährdete Menschen in der Steiermark. Wenn wir die Sozialsysteme nicht hätten, wären es 24 % und wenn wir die Pensionen nicht hätten, wären es 45 %. Das muss sich einmal jeder vorstellen. Das heißt Nachbarn von uns, Menschen, die wir kennen, Mitglieder aus unseren Familien wären von Armut betroffen, wenn wir den Sozialstaat Österreich nicht hätten. Ich hoffe, auch das eint uns, diesen Sozialstaat wollen wir gemeinsam nicht zur Diskussion stellen. Wir wollen ihn stärken und wir wollen ihn weiterentwickeln. Ich danke dafür (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) und eine abschließende Bemerkung: Dieser Sozialstaat, warum ist er so wichtig? Er ist für uns alle wichtig, auch das sage ich immer wieder. Keiner von uns weiß, ob er ihn nicht einmal braucht. Er ist für jeden Einzelnen wichtig und ist gesellschaftspolitisch wichtig. Er heißt nämlich „Sozialer Frieden in diesem Land“ und er heißt „Nicht-Obdachlosigkeit“, es heißt „Nicht-Unruhen“, es heißt „Nicht-Entwicklungen, die wir in der Steiermark und in Europa nicht brauchen“. Deshalb danke ich für die vielen positiven und konstruktiven Beiträge zum Thema Armutsbekämpfung. Ja, es ist eine große Aufgabe, sie wird uns gemeinsam in den nächsten Jahren begleiten. Es ist eine Aufgabe, wo möglichst viele konstruktive Kräfte in diesem Land mitwirken sollen für die Steirerinnen und Steirer, dass schlussendlich möglichst wenige von Armut betroffen sind. Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.50 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 503/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 503/6, betreffend „Schutzschirm für den steirischen Arbeitsmarkt“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ, gegen SPÖ, ÖVP, KPÖ und Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 790/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Einführung einer steirischen Sozialcard.

Als Erste zu Wort gemeldet hat sich Abgeordnete Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (14.53 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Ja, da ist jetzt sehr viel zum Thema Armut und Armutsbekämpfung gesprochen worden, jetzt geht es um die Einführung einer steiermarkweiten Sozialcard für Menschen mit geringem Einkommen, die, wenn ich davon ausgehe, dass das Abstimmungsverhältnis gleich ist wie im Sozialausschuss, abgelehnt werden wird – abgelehnt werden wird von der SPÖ, von der ÖVP und von der FPÖ. Nicht zum ersten Mal – leider, muss man sagen – aber das wird uns, also meine Fraktion, sicher nicht davon abhalten weiterhin darauf zu pochen, dass jenen, die sich das tägliche Leben beinahe nicht mehr leisten können, geholfen werden muss. Wer arm ist, ist nämlich gleichzeitig auch vom gesellschaftlichen Leben ziemlich ausgeschlossen. Denn, wer nur das Geld übrig hat dafür, dass er sich die notwendigsten Dinge leistet – das Wohnen, den Strom, die Heizung, die Lebensmittel – wer nur so wenig Geld zur Verfügung hat, dass er im Monat mit dem auskommen muss, und dann sind wir schon fertig, der denkt gar nicht darüber nach, ob er vielleicht einmal ins Freibad gehen könnte, ins Kino oder eventuell ins Theater. Je weniger Einkommen man nämlich hat, desto schneller gerät man auch in eine Isolation. Die Sozialcard, die die KPÖ schon seit sehr, sehr langer Zeit vorschlägt, da geht es genau darum, dass man einen vergünstigten Zugang zu Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen schafft und gleichzeitig ermäßigte Tarife für öffentliche Verkehrsmittel und - und das ist auch ein wesentlicher Punkt - dass man damit auch gleichzeitig Behördenwege reduziert. Denn wer eine solche Sozialcard besitzt, der sollte unserer Meinung nach sein oder ihr Einkommen

genau einmal vorweisen müssen, nämlich dann, wenn er diese Karte beantragt, und dann über diese Karte sämtliche Zuschüsse in Anspruch nehmen können. Das würde auch zu einer Verwaltungsvereinfachung führen, was auch dem Land zu Gute käme und es wäre eine angenehmere Situation für die Menschen. Im Moment ist es nämlich so, dass viele einkommensschwache Steirer und Steirerinnen jede Beihilfe und jeden Zuschuss extra beantragen müssen. Das steht ihnen zu, aber sie müssen wegen jedem Zuschuss extra sozusagen aufs Amt gehen. Jedes Mal wird das Einkommen überprüft, jedes Mal kommen sie dadurch auch in die Situation der Bittstellerin/des Bittstellers. Dass das nicht angenehm ist, das wissen wir. Barbara, du hast ein paar sehr interessante Dinge gesagt, vor allem deine Abhandlung über den Kommunismus hat mir sehr gut gefallen. Da lade ich dich ganz herzlich einmal ein mit mir gemeinsam eine marxistische Abendschule zu besuchen, (*Allgemeine Heiterkeit*) da wirst du sehen, dass das ein bisschen differenzierter gesehen werden muss. Also ganz so auf den Punkt hast du es nicht gebracht, was Kommunismus bedeutet, aber wie dem auch sei, (*LTabg. Riener: „Kommunismus und Marxismus ist auch schon ein Unterschied, liebe Claudia.“*) Ja, aber die Grundlage des Kommunismus – und jetzt müssen wir aufpassen, dass ich nicht ins Philosophieren komme, liebe Barbara - die Grundlage dafür wäre der Marxismus und zuerst muss man sich über den unterhalten. (*LTabg. Riener: „Das werden wir klären müssen.“*) Wie dem auch sei, das werden wir hier nicht klären können. (*LTabg. Riener: „Ja, ja, alle sind gleich, manche sind gleicher.“*) Aber wie dem auch sei, du hast u.a. festgestellt, dass es ja viele Menschen gibt, die sich selbst nicht als armutsgefährdet bezeichnen. (*LTabg. Riener: „Das ist in der Statistik so.“*) Das ist in der Statistik. Jetzt will ich nicht überheblich wirken, aber ich glaube zu wissen, warum das so ist: Niemand, der zu mir in eine Sprechstunde kommt, gibt mir das Gefühl, dass es ihm taugt, dass er arm ist. Niemand mag gerne irgendwo hingehen und sagen: „Ich bin arm!“ Arm ist leider immer noch irgendwas, wofür man sich schämt. Wenn ich die Wahl habe und irgendwo gefragt werde, wo ich irgendwas „ankreuzln“ muss, wo mir überhaupt nicht damit geholfen ist, wenn ich zugebe arm zu sein, dann schwöre ich dir, von hundert Leuten sagen 99 Personen: „Ich bin nicht arm.“ (*LTabg. Riener: „Das zeigt nur, dass du den Bericht nicht gelesen hast.“*) Das war der interessante Aspekt nämlich, den du angesprochen hast. (*LTabg. Riener: „Da gibt es neue Kriterien.“*) Jedes Mal, wenn ich irgendwo hingehen muss und um eine Unterstützung bitten muss, komme ich in genau diese Situation, dass ich weiß: „Ich kann mir das alleine nicht leisten.“ Da kommt dann auch dieses Versagensgefühl dazu, weißt du? Auch wenn die meisten Leute wissen (*LTabg. Riener: „Als Sozialarbeiterin brauchst du mir das jetzt nicht*

erklären.“) – auch wenn die meisten Leute ... ich möchte jetzt gerne meine Wortmeldung machen, du kannst dich dann ja gerne noch einmal melden, (*LTA*bg. *Riener: Unverständliche Zwischenrufe*) aber ich verstehe dich ja nicht, wenn ich selber rede. Da kommt auch dazu, dass man dann – und das hast du auch richtig erkannt – oft selber gar nicht schuld ist an der Situation. Meistens sind das nämlich ..., oder viele Leute, die zu mir kommen, haben eine wahnsinnig gute Ausbildung. Das sind z.B. AkademikerInnen, und wie du richtig sagst, die haben aber keinen Job. Die befinden sich in den prekären Beschäftigungsverhältnissen, die Kollege Zenz schon angesprochen hat oder Kollegin Krautwaschl. Das kommt ja nicht von ungefähr, das ist ja kein Naturgesetz. Das haben ja Menschen so gemacht, dass die Situation so ist. Wenn ich jetzt in dieser Situation bin, dass ich jedes Mal hingehen muss und sagen muss: „Bitte ich muss ...; bitte ich brauche ...; bitte ich kann nicht allein ...“, dann ist das nicht angenehm und auch das würde die Einführung einer steiermarkweiten Sozialkarte verhindern. Und dass sich das positiv auf die Besitzer und Besitzerinnen auswirkt und auf die Verwaltungsebene, das zeigen inzwischen mehrere positive Beispiele. In Judenburg gibt es eine Initiative, die dieser Sozialcard ähnlich ist, in Mürzzuschlag, in Trofaiach, in Kapfenberg und letztendlich auch in Graz, die werden wahrscheinlich die meisten von Ihnen kennen. Dass sich die Hartnäckigkeit und die Geduld der kommunistischen Partei auszahlt und positiv auf die Menschen auswirkt, denen es eben nicht so gut geht, das zeigen diese eben genannten Beispiel auch. Denn in allen diesen Städten war es immer die KPÖ, die die Initiative gestartet hat, dass letztendlich so eine Art Sozialkarte, oder wie es in Graz heißt „Sozialcard“, eingeführt wurde. Das heißt, es ist schon wichtig, dass wir da beharrlich bleiben und das werden wir auch weiterhin tun. Auch hier, im Steirischen Landesparlament, fordern wir das, seit wir hier vertreten sind, also seit der Periode ab 2005. Bereits im Jahr 2009 haben wir den ersten Antrag dazu gestellt. Damals haben alle im Landtag vertretenen Parteien gesagt: „Das ist eine gute Idee“, und man hat sich verbalisiert, man will sich ernsthaft mit der Materie auseinandersetzen. Die, die damals schon da waren, werden sich erinnern. Zu diesem Zeitpunkt hatte man den damals existierenden Kulturpass „Hunger auf Kunst und Kultur“, den hat der damalige für Kultur zuständige und auch für Soziales zuständige Landesrat Dr. Flecker eingeführt. Den hat man immer wieder als Beispiel lobend erwähnt, den gibt es auch, Gott sei Dank, immer noch. In weiterer Folge sollte überlegt werden, wie man so einen Sozialpass steiermarkweit und organisatorisch auch erheben würde. Dann kam die Landtagswahl 2010 und auch ein neuer Antrag von der KPÖ. Am 11. November 2010 forderten wir neuerlich diese Unterstützung von einkommensschwachen Menschen und da

war es dann, dass dieser Antrag in den Unterausschuss „Mindestsicherung“ verwiesen und dort auch meiner Meinung nach ernsthaft verhandelt wurde – zumindest eine Zeit lang. Sie erinnern sich, die damals zuständige ehemalige Sozialstadträtin Martina Schröck wurde in den Unterausschuss eingeladen, hat damals vom gerade in Entstehung begriffenen Grazer Modell berichtet, das ist ja auch dann kurze Zeit später eingeführt worden. Letztendlich ist man einstimmig zu dem Schluss gekommen, dass man gerne von der Landesregierung eine Stellungnahme hätte, wie man denn diesen steiermarkweiten Sozialpass einführen könnte. Meine Aufzeichnungen zu diesem Thema enden mit einem E-Mail von mir an Klaus Zenz, das war damals der Ausschussvorsitzende, wo ich ihn am 21. November 2012 gebeten habe, nach der Stellungnahme nachzufragen, weil wir dann eben nichts mehr gehört haben und ihn gebeten haben – du wirst das E-Mail nicht aufgehoben haben, ich schon – um einen weiteren Unterausschusstermin. (*LTabg. Zenz: „Ich weiß nicht welches.“*) Leider habe ich damals keine Antwort bekommen, inzwischen, wie wir wissen, gab es noch eine Landtagswahl, und jetzt gibt es wieder einen neuen Antrag der KPÖ. Interessanterweise ist dieser Antrag jetzt im zuständigen Sozialausschuss ohne Kommentar und Diskussion von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt worden. Stellt sich natürlich die Frage, warum. Eine Überlegung ist: Man ist zu dem Schluss gekommen, dass eine Sozialcard nicht gebraucht wird. Das erscheint mir, ehrlich gesagt, ziemlich gewagt – immerhin haben wir in der Steiermark, Frau Landesrätin hat es gerade vorhin gesagt, rund 13 % armutsgefährdete Steirerinnen und Steirer und ich denke, das sollte uns schon zu denken geben. Liebe Barbara Riener, ich schätze dich wirklich in vielen, vielen Dingen. Aber, wenn du dich da herstellst und sagst: „Es ist doch schön, die Armutsgefährdungsschwelle ist gestiegen“, dann finde ich, das ist ziemlich weit an der Realität der Menschen vorbei. Das mag schon sein, dass man sich als Politikerin ... (*LTabg. Riener: „Du hast nicht kapiert, um was es geht, liebe Claudia.“*), nein, ich glaube, ich bin nicht blöd, liebe Barbara. Ich weiß schon, was du meinst. (*LTabg. Riener: „Nein, das glaub ich nicht.“*) Ich will dir nur sagen, dass es den Leuten da draußen, denen es schlecht geht, nicht hilft, wenn du dich hier herstellst und sagst: „Die Armutsgefährdungsschwelle ist gestiegen.“ Davon kann sich niemand ein Stückl mehr kaufen. (*LTabg. Riener: „Das heißt, es sind die Einkommen gestiegen. Das ist die Realität. Die Einkommen sind gestiegen.“*) Davon wird keine einzige Wohnung da draußen billiger und davon wird auch kein Strom billiger, ja. Weil ihr immer so agiert, habt ihr auch solche Wahlergebnisse. Weil ihr so was von den Menschen entfernt seid – aber wirklich. (*LTabg. Riener: „Aber ihr auch. Schaut einmal: Zu zweit seid ihr da, ja.“*) Für eine kommunistische Partei halte ich das in Österreich für

großartig, dass wir zwei Mandate haben, nach so einer Geschichte, die wir da im Mai gehabt haben. Immerhin haben wir nichts verloren, im Gegensatz zu anderen, die hier herinnen sitzen.

Ja, nächster Punkt. Es könnte natürlich sein, dass man sich überlegt hat: „Gut, man braucht diese steiermarkweite Sozialkarte, die ist aber eigentlich schon auf Schiene und deswegen kommt uns der Antrag jetzt ein bisschen ungelegen.“ Das wäre mir die liebste Variante, aber ich glaube, da bin ich einen Deut zu positiv unterwegs, außer, Frau Landesrätin überrascht mich anschließend und erklärt mir, dass das ohnehin alles gemacht wird. Eine andere Überlegung wäre: Vielleicht will man erst über die Einführung einer steiermarkweiten Sozialkarte reden, wenn das Sozialressort alle Leistungen evaluiert hat. Im Moment bekommt nämlich bei vielen sozialen Belangen immer wieder die Antwort: „Wird gerade evaluiert.“ Jetzt habe ich grundsätzlich nichts gegen Evaluierungen, aber ich bin auch ein gebranntes Kind, wenn es um Evaluierung geht. Weil alle Evaluierungen, die ich hier in der letzten Landtagsperiode hier erlebt habe, haben damit geendet, dass unter dem Strich für die Betroffenen weniger herausgekommen ist als vorher. Also da bin ich sehr vorsichtig. Oder – andere Überlegung: Man hofft darauf, dass Städte und Gemeinden sich für die sozial Schwachen zuständig fühlen und immer mehr Kommunen in Eigenregie Sozialkarten einführen. Das wäre auch eine Variante. Wie gesagt, es hat ja niemand etwas dazu von Ihnen im Ausschuss gesagt, deshalb weiß ich nicht, warum Sie das abgelehnt haben.

Jetzt zur FPÖ, die sich ja gerne als soziale Partei bezeichnet und sich für den „Kleinen Mann“ hauptsächlich einsetzt. Ich vermisse Ihre Initiativen. Sie stellen sich zwar da her und ... - eine Anfrage ist noch keine Maßnahme, gell? Also sich hierherzustellen zu der Frau Landesrätin zu sagen: „Was machen Sie eigentlich?“, ist noch nicht das, wo ich mir überlege: „Was will die FPÖ eigentlich, wenn es um Armutsbekämpfung geht?“ Also ich vermisse Ihre Initiativen, ich sehe keine Vorschläge – wie gesagt, gegen eine Sozialkarte, die einkommensschwachen Menschen in der Steiermark helfen würde, stimmen Sie. Ich sehe nur keine Initiativen, ich sehe sogar, Sie arbeiten dagegen – nicht nur hier im Landtag, wo Sie auch gegen die Erhöhung der Wohnbeihilfe gestimmt haben, die ja auch den einkommensschwachen Menschen helfen würde. Sie stimmen hier im Landtag gegen die Einführung einer Sozialkarte und Sie stimmen z. B. im Nationalrat gegen die Erhöhung des Pflegegeldes, gegen ein Paket gegen Lohn- und Sozialdumping. Sie stimmen im Nationalrat gegen die Streichung von Steuerprivilegien für Konzerne und ManagerInnen, Sie stimmen gegen eine Bankenabgabe, Sie stimmen gegen die Steuerhinterzieher und Steuerabkommen in der Schweiz. Sie stimmen

gegen die Senkung der Maklergebühren, Sie stimmen gegen gleichen Lohn für gleiche Arbeit – und das ist nur ein kleiner Auszug meiner Sammlung, die mich immer wieder fasziniert und wo ich mir denke: Wie kann man sich hinstellen und den Leuten erklären, man ist für sie, wenn man gegen diese ganzen Maßnahmen, Anträge und Initiativen stimmt? Aber das machen Sie ja nicht nur im Nationalrat und im Landtag, das machen Sie ja z. B. auch in der Stadt Graz – finde ich besonders spannend. Da gibt es die erwähnte Sozialcard ja schon und interessanterweise haben Sie im November 2013 sich furchtbar darüber echauffiert, dass diese Sozialcard, wo auch die Weihnachtsbeihilfe und der Heizkostenzuschuss beinhaltet sind, dass diese Leistungen Bestandteil der Sozialcard sein können. Das wollten Sie nicht. Sie wollten, dass man sich für den Heizkostenzuschuss und für die Weihnachtsbeihilfe wieder extra anstellt. Interessant, das sind nämlich hauptsächlich Pensionisten und Pensionistinnen, die das beziehen. Also Ihre Art und Weise, wie und was Sie tun und was Sie sagen, ist immer sehr, sehr unterschiedlich. Ihre Sozialpolitik erinnert mich stark an Ihre Integrationspolitik – unter Anführungszeichen - denn da ist es ja auch ganz gleich. Sie schreien immer sehr laut danach, lehnen dann aber jede Maßnahme, die zur Integration beiträgt, ab. Sie schreien überhaupt sehr viel in letzter Zeit, fällt mir auf, was nicht heißt, dass unbedingt nach dem Schreien etwas für die Menschen herauskommt – Verbesserungen. Das gefällt mir, ehrlich gesagt, nicht. Wobei, wenn Sie mich – jetzt ist der Herr Amesbauer leider nicht da; man möge dem Herrn Amesbauer ausrichten, wenn er mich vom RednerInnenpult her anschreit mit „Frau Klubobfrau, geht es noch?“, dann gefällt mir das. Denn dann bin ich mir immer ganz sicher, dass ich irgendwas richtig gemacht habe, wenn mich der Herr Amesbauer beschimpft. Jetzt ist mir schon vollkommen bewusst, dass die Einführung einer Sozialkarte allein natürlich nicht des Rätsels Lösung ist und sämtliche Probleme der Steirer und Steirerinnen lösen wird. Aber, das ist ja mit anderen Leistungen auch so, die wir haben. Auch die Wohnbeihilfe ist nur eine Symptom, aber keine Ursachenbekämpfung und das Grundübel liegt natürlich ganz woanders. Das Grundübel - und das ist heute auch schon in dieser Armutsdebatte gefallen - liegt meiner Meinung nach darin, dass wir in der Steiermark rund 60.000 Menschen haben, die arbeitslos sind. Das heißt, was wir hier in erster Linie brauchen würden, das sind Investitionen, damit Arbeitsplätze geschaffen werden.

Lieber Kollege Zenz, wenn du davon sprichst, dass das alles furchtbar ist, und dass es so viele prekäre Arbeitsverhältnisse gibt, dann kann ich dir nur Recht geben. Nur, dann frage ich dich auch: Wo bitte ist die Sozialdemokratie, deren eigentlicher ursprünglicher Sinn es sein müsste, diese Arbeitsplätze zu schaffen, von denen die Menschen gut leben können. Was habt

ihr getan die letzten Jahre? Nicht nur da im Landtag, sondern auch im Bund? Sich da jetzt herzustellen, zu sagen: „Puh, ist alles so schlimm“, ja das wird nicht reichen. Außerdem, wo bleibt die starke, steirische Arbeitsmarktpolitik, die du da entgegensetzt? Ja, her damit, bitte. Ihr seid in Regierungsverantwortung, ihr habt einen Landeshauptmannstellvertreter da sitzen – ich weiß nicht, wie lange noch, aber die sollten etwas tun. Es reicht eben nicht zu sagen: „Das sind die Fehler.“ Die Fehler haben wir alle schon längst erkannt. Nur diejenigen, die das jetzt in der Hand hätten, müssen auch etwas tun, ja, und diese steirische Arbeitslosigkeit, das ist ja kein Bundeslandphänomen. Das haben wir ja in ganz Österreich. Das heißt, auch eure Bundesregierung ist gefordert. Da muss ich auch die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP ansprechen. Es gibt genug Vorschläge, was man tun könnte. Aber es tut niemand was. Noch einmal zurück zur Sozialdemokratie: Arbeiterkammer, ÖGB – das müsstest gerade du wissen, lieber Klaus - die schreien doch seit Jahren auch sehr laut und meistens kommt unterhalb nichts heraus, da haben sie dann gleich viel gemeinsam wie die liebe FPÖ, nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich nach einem gesetzlich verankerten Mindestlohn, Einführung einer Wertschöpfungsabgabe. Alles Dinge, die keine neuen Erfindungen sind. Ja, warum tut denn keiner etwas? Es liegt doch an euch. Wir haben jetzt diese Dinge alle eingebracht. Jetzt warten wir bei der Wertschöpfungsabgabe auf eine Stellungnahme. Die anderen Anträge liegen alle im Unterausschuss „Arbeitsmarkt“. Ich bin sehr gespannt, ob man da ernsthaft überhaupt darüber redet oder ob man sagt: „Nein, ist eh schön, können wir nur nicht, weil wir sind gebunden in irgendeiner Koalition oder unter irgendeiner EU-Richtlinie“, oder sonst irgendwas. So, wie die Gesellschaft im Moment ist, ist ja kein Naturgesetz, das hat ja auch irgendwer gemacht. Das haben Politiker und Politikerinnen gemacht, deswegen kann man es auch ändern.

Abschließend: Ich bin überzeugt davon, es braucht einen völligen Richtungswechsel, um irgendetwas zu verbessern, es braucht diese Verteilungsgerechtigkeit, liebe Sandra, die du angesprochen hast. Nur glaube ich nicht, dass es unter diesen Bedingungen gehen wird und so lange es notwendig ist, dass Menschen Sozialleistungen brauchen, muss man sie ihnen auch geben. Deswegen wäre es ganz, ganz wichtig als ersten Schritt so eine Karte einzuführen, als Symptombekämpfung, und Sie können sich sicher sein, wir werden da ganz, ganz bestimmt nicht locker lassen. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 15.14 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Zenz.

LTAbg. Zenz – SPÖ (15.14 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben heute das Thema schon gehabt mit Kommunismus und kommunistisch und ich frage mich gerade, denn auf der Universität habe ich das auch gehört, ob das eine marxistische Dialektik ist oder eine kommunistische Dialektik ist. (LTAbg. Dr. Murgg: „Das ist sehr ähnlich!“) Ja, das ist sehr ähnlich, vollkommen richtig. Ich gehe da her und ich stelle eine Frage, ich stelle die Frage an andere, die da hier im Raum sitzen, und dann beantworte ich die Frage mir selber. Ob das jetzt die Dialektik ist, weiß ich nicht. Also, Sie haben da Fragen gestellt, auf die Sie gar keine Antworten von anderen hören wollten, sondern Sie haben ja ... liebe Claudia, du beantwortest deine Frage, die du da stellst; du stellst diese in den ersten fünf Minuten, um dann in den letzten zehn Minuten deine Fragen ohnehin selbst zu beantworten. Das ist eine Dialektik. Ich glaube zwar nicht, dass das die marxistische Dialektik ist, so wie ich es auf der Universität einmal gelernt habe, aber es ist ganz einfach. Ich werfe auf – im Tennis würde man sagen: „Ich werfe den Ball hinauf und dann schlage ich ihn runter“, aber ein Interesse daran, ob jemand in diesem Hohen Haus, die gewählten Funktionärinnen und Funktionäre, die Abgeordneten, dir darauf eine Antwort geben, das ist ja ohnehin nicht deine Intention, weil du hast ja ein Schlusstatement. (LTAbg. Klimt-Weithaler: „Schreib einmal eines, dann schauen wir weiter.“) Ja, genau, das ist das Thema. Da kennen wir uns auch lange genug. Denn eine Antwort darauf erwartest du dir ohnehin nicht, weil du hast deine Position, die bringst du da her – ist ja vollkommen richtig, andere haben ihre anderen Positionen – und so rede ich auch sehr gerne über die Sozialcard. Ich habe übrigens den Antrag, das ist der letzte, den ich gefunden habe, aus dem Jahr 2010 zur Sozialcard. Ich habe keinen 2009-er gefunden. Aber es ist okay, es wird ihn sicher geben, das wird sicher stimmen. Auch damals – damit wir wissen, worüber wir reden - es geht um einen kostenlosen oder stark ermäßigten Eintritt zu öffentlich subventionierten Kultur-, Sport-, Bildungseinrichtungen. Es geht um ermäßigte und kostenlose Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel und es geht um eine unbürokratische Inanspruchnahme öffentlicher Zuschüsse, Beihilfen und staatlichen Transferleistungen. Das ist eigentlich der Antrag, der liegt seit 2010 da und du hast vollkommen Recht, die Historie brauche ich nicht zu behandeln, wir haben das gemeinsam in Unterausschüssen besprochen, etliche Male in vielen Zusammenhängen – und ja, ich bedanke mich bei den Gemeinden, und da gibt es doch einige, die gesagt haben: „Okay, wir können uns in dieser Art und Weise in unserer Gemeinde vorstellen, dass wir sagen: Gut, wir unterstützen Menschen, die“, passt auch gut nach dem

letzten Bericht, „von Armut gefährdet sind, dass wir sie unterstützen und dort hineinbringen.“ Aber wir haben damals schon gesagt, auch in dieser Unterausschusssitzung: Das was die KPÖ hier einfordert, ist, ein Landessystem zu schaffen, dass das Land Steiermark – und es tut mir leid, ich finde das komisch – wieder an das Sozialressort herantritt, dass das Sozialressort jetzt dafür sorgt, dass in Bereichen des Verkehrs, in Bereichen der Bildung, in Bereichen des Sports und in vielen anderen Bereichen jetzt dafür Geld in die Hand genommen wird, sodass man sagt: „Okay, wir übernehmen das, dass Menschen durchaus ...“, und da gebe ich dir Recht, darum bedanke ich mich ja auch ausdrücklich bei diesen Gemeinden - ob sie jetzt Judenburg, Knittelfeld oder auch Graz heißen - die dafür eintreten und sagen: „Okay, wir können uns ein solches System vorstellen.“ Was du aber weißt, ist, dass das Land Steiermark das nicht tun kann. Das Land Steiermark kann nicht sagen: „Okay, wir machen jetzt eine Sozialcard, die wir allen geben“, und wir sagen dann: „Okay, jede Gemeinde kommt jetzt her und sagt: Also bei uns wäre das Schwimmbad frei, bei uns wäre das ...“, das ist keine Vorgehensweise. Das ist ja genau das, was wir in ausführlichen Unterausschussbesprechungen immer wieder thematisiert haben. Danke schön an alle Gemeinden, die sagen, ihre Bürgerinnen und Bürger erfahren diese Begünstigungen, aber eine steirische Sozialcard ist in dieser Hinsicht nicht möglich. Wie soll das auch gehen? Wir müssen da ein breites Spektrum haben, wir müssten dann sagen: „Okay, die eine Gemeinde macht das – hat diese Leistung, die andere Gemeinde hat das nicht.“ Was allerdings gewährleistet ist von dem damaligen Antrag, das sage ich ganz offen mit dazu, diesen – „niederschwellig“ will ich gar nicht sagen – einfachen Zugang zu diesen Leistungen wie Wohnbeihilfe usw., der ist gewährleistet. Dafür steht das Land Steiermark. Diese Dienstleistungen, die wir dem Land Steiermark anbieten, dafür steht das Land Steiermark. Dafür treten wir auch ein und – nun ja – darum auch, damit ich die Antwort darauf gebe, haben wir nicht gesagt, wir machen wieder eine Stellungnahme darauf, denn die Antwort darauf wäre gewesen: „Warum schon wieder eine Stellungnahme?“ Das ist vollkommen berechtigt. Wir brauchen keine Stellungnahme darauf geben. Wir sagen: Nein, in dieser Form ist das nicht möglich, und deshalb auch unsere Ablehnung dieses Antrages. Danke schön.
(Beifall bei der SPÖ – 15.19 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Kolar.

LTabg. Kolar - SPÖ (15.19 Uhr): Danke, Herr Präsident! Liebe Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörer!

Nur ganz kurz aus der Region Murtal, aus der Obersteiermark West, aber doch berühmt steiermarkweit, es gibt nämlich steiermarkweit wirklich nur zwei Gemeinden außerhalb von Graz, die einen sogenannten Aktionspass haben. Das ist die Stadtgemeinde Judenburg und die Stadtgemeinde Knittelfeld. Da möchte ich ein Danke an die KPÖ aussprechen, denn seinerzeit hat Frau Gemeinderätin Erschbaumer hier Druck gemacht auf die Stadtgemeinde Judenburg für diesen Aktivpass und detto in Knittelfeld. (*LTabg. Dr. Murgg: Unverständlicher Zwischenruf*) Macht es euch nachher aus, Herr Abgeordneter Murgg, wie das mit Leoben jetzt funktioniert. In der Stadtgemeinde Knittelfeld haben wir natürlich Frau Stadträtin Renate Pacher, die hier Druck gemacht hat. Wir haben also zwei Gemeinden in der Steiermark, außerhalb von Graz, die einen Aktivpass haben. Dieser Aktivpass schaut so aus, wie Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler bereits beschrieben hat, dass hier die Möglichkeit besteht, eben einmal was Schönes zu unternehmen. Ein Konzert zu besuchen, ein Kindertheater, auch den „Judenburger Sommer“ haben wir z. B. drinnen, das Hallenbad, den Stadtturm, verschiedene touristische Einrichtungen, was auch immer. Sie können das selbstverständlich auf der Homepage der Stadtgemeinde Judenburg nachlesen, auch die Konditionen. Es muss nur einmal dieser Antrag auf einen solchen Aktivpasse gestellt werden, also nicht jedes Mal, wenn da jemand eine Judenburger Sommerveranstaltung besuchen will, muss er zu uns pilgern und seine ganzen Unterlagen bringen. Nein, das ist nicht so. Also es ist ganz unkompliziert zu händeln. Ebenso gibt es eine Weihnachtszuwendung für diese schwach bemittelten Menschen, also auch das haben wir noch und wir haben auch zusätzlich in Judenburg den Vinzmarkt, wir haben auch verschiedene andere Einrichtungen – den Vinzishop, aber auch in der ganzen Region sind hier armutsgefährdete Menschen sehr, sehr gut ausgestattet. Aber – und jetzt, liebe Claudia Klimt-Weithaler, jetzt kommt das Aber - als ich diesen Antrag von dir gelesen habe in der Vorbereitung, habe ich mich natürlich schlau gemacht auf den beiden Ämtern, Stadtgemeinde Judenburg und Stadtgemeinde Knittelfeld: Wie schaut es denn so aus mit der Annahme des Aktivpasses? Das kann ich jetzt im Detail bitte nicht für Knittelfeld sagen, weil da hast du, glaube ich, die besseren Zahlen, aber ich kann dir von Judenburg erzählen, dass dieser Aktivpass wenig bis gar nicht angenommen wird. Die haben den Pass, die brauchen ihn nur dort hinlegen und sagen – weiß jeder bei der Kassa, Judenburger Veranstaltungszentrum, dass die Ermäßigung zu leisten ist. Also ist es jetzt nicht ... ja, man kann argumentieren: Womöglich schämt sich der Betroffene auch,

wissen wir nicht, aber irgendwie muss er sich ausweisen, damit er das bekommt. Jetzt, liebe Claudia, hast du davon gesprochen, du schreckst dich immer vor der Evaluierung, und genau das passiert jetzt in der Stadtgemeinde Judenburg. (*LTAbg. Klimt-Weithaler: Unverständlicher Zwischenruf*) Du hast ja auch Kollegen noch im Gemeinderat, zwei Stück an der Zahl, und ich denke, Frau Abgeordnete Moitzi ist auch bei uns im Gemeinderat Judenburg, also wir werden das gemeinsam evaluieren und anschauen und hinterfragen, wieso und warum so ein Aktivpass wenig bis gar nicht angenommen wird. Das ist die Rückmeldung aus der Stadtgemeinde Judenburg, von Knittelfeld hast du die besseren Zugänge. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ – 15.23 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 790/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Danke. Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 502/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend „Gemeinden stützen – Ausgaben für Sozialhilfeverbände eindämmen“.

Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Peter Tschernko, MSc.

LTAbg. Tschernko, MSc - ÖVP (15.25 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem ich selber 25 Jahre Bürgermeister einer Gemeinde in der Südsteiermark war und auch Mitglied des Sozialverbandes lange Zeit war, ist mir natürlich dieses Problem vollkommen bewusst, dass die Sozialhilfeverbände immer hohe Kosten, Belastungen und Ausgaben hatten und noch immer haben. In dem Antrag der FPÖ vom Kollegen Amesbauer und Kollegen ist ja auch unser Sozialhilfeverband mit dem Vorsitzenden, Bürgermeister

Franz Platzer, einige Male zitiert worden oder zumindest einmal zitiert worden, dass halt die Mindestsicherung schuld sei oder ausschlaggebend sei, dass hier das Budget nicht beschlossen werden kann. Ich möchte nur dazu sagen, dass im Übrigen fünf - mittlerweile vielleicht haben Sie es schon beschlossen - Sozialhilfeverbände die Budgets zum damaligen Zeitpunkt noch nicht beschlossen hatten, aber die Mindestsicherung und die bedarfsorientierte Mindestsicherung nicht der einzige und alleinige Grund ist, nicht zu beschließen oder dass dies eine Kostenerhöhung in dem Ausmaß verursacht hätte oder verursacht hat.

Sie haben in Ihrem Antrag gefordert, ich möchte das kurz abarbeiten in Ihrem Antrag, in den Punkten, dass die Bundesregierung aufgefordert werden soll oder aufgefordert wird, dass die steirischen Gemeinden die durch das Asylchaos verursachten Mehrkosten im Bereich der Sozialhilfe ersetzen. Da kann ich sagen und in der Stellungnahme steht es ohnehin geschrieben und es hängt jetzt schon ein bisschen hintennach, dass ja wir im Bereich der Sozialhilfe umstellen wollen, die Einführung einer Integrationshilfe machen, damit die Asylwerberinnen und Asylwerber in den ersten drei Jahren nach Erhalt ihres Asylbescheides hier die Integrationshilfe bekommen, also zwischenzeitlich die Grundversorgung und auch die Mindestsicherung hier angesiedelt ist. Das ist eine Überbrückungsphase, wir haben das auch im Budget schon diskutiert, schon mehrmals und oft schon diskutiert und ein solcher Antrag ist ein Entschließungsantrag, bereits an den Bund ergangen, dass auch hier nicht zu Lasten unserer Sozialbudgets oder unseres Sozialbudgets unseres Landes oder der Länder gehen soll, sondern dass es hier Ausgleichsfinanzierungsmöglichkeiten geben wird und auch geben soll und außerdem ist das jetzt gerade auch Gegenstand der Finanzausgleichsverhandlungen. Das Gleiche gilt jetzt bei der Umstellung der Mindestsicherung, das Fordern von Sachleistungen und die Deckelung einzusetzen. Ich weiß, diese Forderung gibt es auch in unseren Parteien oder auf Bundesparteebene. Da gibt es auch bereits laufende Verhandlungen oder diese Verhandlungen sind ja bereits im Laufen, werden in diesen Stunden oder in den nächsten Tagen ja auch noch diskutiert und man wird dann sehen, wie man sich hier einigen wird, nach dieser 15a-Vereinbarung, die hier notwendig ist oder diese 15a-Vereinbarung, die hier getroffen werden wird. Dann haben Sie noch gefordert die Aussetzung der 15a-Vereinbarung, dass man die halt überhaupt aussetzt. Das ist auch hier in der Stellungnahme begründet worden, das wissen auch Sie am besten, dass zwar eine Vertragspartei diese Vereinbarung kündigen kann, beenden kann, hat aber natürlich auch Konsequenzen. Sie wissen, dass mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung auch Sozialversicherung oder gesetzliche

Krankenversicherungsbeträge an die Personen gebunden – also Pflichtversicherungen an die Personen gebunden sind, das wird natürlich eine dieser Konsequenzen auch sein.

Abschließend möchte ich noch etwas zu diesen Kostenbelastungen sagen, die die Sozialhilfeverbände in der Steiermark zu tragen haben, dass man das jetzt nicht nur auf die Mindestsicherung abschiebt. Wir wissen, dass im Sozialbudget bei uns rund 400.000 Millionen veranschlagt sind, im Bereich BMS 51,5 Millionen veranschlagt wurden vom Ressort von der Frau Landesrätin für das Jahr 2016 für die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Wie wird das in Zukunft sein? Das werden wir ja im Voranschlag Jahr für Jahr auch sehen, weil es auch davon abhängt, wie viele Asylberechtigte zusätzlich jetzt – es sind ja nicht nur Asylberechtigte zusätzlich noch - und in der Grundversorgung Asylwerberinnen und Asylwerber hier versorgt werden müssen. Aber der Kostenanteil und der größte Kostenanteil - und das möchte ich jetzt noch einmal richtigstellen - liegt in diesem Gesamtkuchen auch in den Sozialhilfeverbänden in der Behindertenhilfe, also im Behindertengesetz, der Kinder- und Jugendhilfe auch mit 70,5 Millionen veranschlagt, in der Pflege insbesondere und da gibt es auch noch Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen mit 17 Millionen bzw. auch die Grundversorgung mit 24 Millionen. Das heißt, ich möchte noch einmal darauf schon Wert legen, dass man das nicht nur der bedarfsorientierten Mindestsicherung, weil wir so viele Asylberechtigte und –werberInnen mehr haben – so viele haben wir ja noch gar nicht, weil die Asylbescheide fehlen - dass man es nur hier auf diesen Punkt reduziert, sondern dass es schon ein Problem ist für die Sozialhilfeverbände in der Steiermark, aber diese Kosten setzen sich, so wie ich es jetzt schon aufgezählt habe, auch anders zusammen. Bitte das zu berücksichtigen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP – 15.30 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Hofer.

LTAbg. Mag. (FH) Hofer - SPÖ (15.31 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Steiermark hat, Gott sei Dank, ein sehr starkes soziales Netz und unser Bundesland zeichnet sich dadurch aus und wird auch immer in diversen Studien z. B. auch beim Armutsbericht hier positiv erwähnt, bzw. diese Entwicklung positiv bestätigt. Für verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker ist es essentiell, Jugend eine Chance zu

geben, aber auch auf ältere Menschen nicht zu vergessen und es ist auch essentiell für Politikerinnen und Politiker, dass zwar Leistungsträger gefordert und gefördert werden, dass aber auch auf jene nicht vergessen wird, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind. In diesem Sinne sind die Leistungen in der Behindertenhilfe, in der Pflege, in der Kinder- und Jugendhilfe, im Bereich Integration und Asyl, sowie die Leistungen in der bedarfsorientierten Mindestsicherung unverzichtbar für ein funktionierendes Sozialsystem. Und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Bereichen, für die ihr Beruf vielmehr Berufung ist, gebührt unsere höchste Wertschätzung für ihre Tätigkeiten. Verantwortungsvolle Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, setzt aber auch Maßnahmen zur Konsolidierung, wenn diese notwendig sind. Auch das hat die Steiermärkische Landesregierung - damals noch unter Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves – getan, auch wenn vieles schmerzhaft war, auch wenn vieles von Protesten begleitet wurde. Auch die jetzige Landesregierung ist sich diesen Herausforderungen durchaus bewusst. Nicht von ungefähr wurde das Modell der Integrationshilfe konzipiert, die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen bei der Mindestsicherung diskutiert und auch eine Arbeitsgruppe eingeführt, die sich mit Konsolidierungsmöglichkeiten auseinandersetzt. Für eines eignet sich, geschätzte Damen und Herren, die Sozialpolitik aber nicht, nämlich für populistische Töne à la FPÖ. Drei Beispiele aus dem Sozialhilfeverband Bruck darf ich bringen, die für die „gespaltene freiheitliche Zunge“ in dieser Thematik sprechen. Auf der einen Seite wird die Regressabschaffung im Pflegebereich gefordert, auf der anderen Seite wird die Kostensteigerung in diesem Bereich kritisiert. Wie es - das ist das zweite Beispiel - bei der Schulsozialarbeit im Sozialhilfeverband Bruck darum gegangen ist, die Kostenverteilung von einem 50-zu-50 auf einen 60-zu-40-Schlüssel zum Wohle der Gemeinde, zum Wohle des Sozialhilfeverbandes zu verändern, hat eine Partei geschlossen in der Verbandsversammlung dagegen gestimmt, das war die Freiheitliche Partei. Auch beim SPÖ-Antrag im Sozialhilfeverband Bruck in der Verbandsversammlung auf Deckelung der Förderung war die FPÖ dagegen. (*LTA*bg. *Amesbauer, BA*: „*Was hat die ÖVP gesagt?*“) Daher kann ich abschließend nur Stefan Petzner zitieren, wenn er meint: „Die Schwäche der Rechtspopulisten liegt in der Sachpolitik. Dort haben sie nichts zu bieten.“ Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.34 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kogler.

LTabg. Kogler - FPÖ (15.35 Uhr): Danke, Herr Präsident, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer, Zuseher hier im Auditorium und via Livestream! Herr Kollege Hofer, auf diese regionalen Gegebenheiten möchte ich gar nicht eingehen, ich glaube das ist wirklich nicht Thema hier im Landtag und es ist auch nicht unser Zugang. Geschätzte Damen und Herren, Kollege Tschernko hat es schon angesprochen: Unbestritten sind die Ausgaben im Sozialhilfeverband derzeit noch nicht der Hauptgrund die Mindestsicherung, obwohl man dazusagen muss, dass das sicher noch verstärkt kommt. Es gibt auch ein Schreiben vom Steiermärkischen Gemeindebund, wo man darauf hinweist. Tatsächlich sind auch Kosten vorhanden oder erhebliche Kosten im Pflegebereich, im Behindertenbereich und in der Jugendwohlfahrt. Geschätzte Damen und Herren, gerade auf den Sozialhilfeverband replizierend auch, es gibt natürlich wirklich sehr große Unstimmigkeiten, sage ich jetzt einmal, über die großen budgetären Belastungen der Gemeinden. Ich weiß es ja selbst - und Kollege Dolesch sitzt ja, glaube ich, im Sozialhilfeverband Hartberg - da gibt es, glaube ich, noch keinen Beschluss über das Budget 2016; vier, fünf okay. Es gibt natürlich wirklich ... das ist eine immense Belastung, diese Mehrausgaben für die Gemeinden, extrem. Was die Gemeinden, glaube ich, auch fürchterlich ärgert, auch teilweise, ist zwar die Finanzierungsverantwortlichkeit oder die Sozialhilfeverbände ärgert das auch, die Finanzierungsverantwortung, aber dass eigentlich keine Gestaltungs- und Verwaltungsaufgaben oder die Gestaltung auch, die liegt eindeutig bei der Bezirksverwaltung und das ist auch ein Thema, glaube ich. Gut, es wurde über die Mindestsicherung in der Stellungnahme auch bekannt gegeben, dass das natürlich auch ein Teil sein wird in den Verhandlungen des Finanzausgleiches. Der findet ja derzeit statt und das ist natürlich ein ganz ein wichtiger Teil für uns auch, für die Steiermark. Der Herr Präsident hat ja das auch schon angesprochen, dass wir uns einsetzen werden. Ich habe da sehr viele Sachen natürlich, die wirklich – oder uns, der Fraktion FPÖ – ein besonderes Anliegen wären. Also ich persönlich, und ich spreche auch für meine Fraktion, halten diesen abgestuften Bevölkerungsschlüssel für nicht mehr zeitgemäß. Der hat seine Berechtigung gehabt in den Nachkriegsjahren, wo wirklich die Städte ja Infrastruktur, Aufbau leisten mussten usw., aber in der Zwischenzeit hat sich natürlich auch in den ländlichen Gemeinden einiges geändert. Wenn ich hier nur denke, was ist dazu gekommen? Natürlich Wasser, Kanal, lange Leitungen, Erhaltung des Straßennetzes usw., und das wäre mir wirklich ein Anliegen. Lambert Schönleitner hat ja das schon besprochen, es liegt wirklich in der Hand eigentlich von SPÖ und ÖVP, auch entsprechende Ergebnisse in den Verhandlungen zu erzielen. Das ist ein

wichtiger Teil natürlich und, wie gesagt, ich verstehe es auch persönlich nicht, warum ein Wiener wesentlich mehr wert sein sollte als ein Steirer. Ich glaube, da müssen wir uns einsetzen, da müssen wir uns wehren, seitens der Steiermark natürlich. Nochmals zu den Sozialhilfeverbänden: Wie schon bereits besprochen, es gibt wirklich Unruhe dort, es belastet die Gemeinden. Zum Finanzausgleich: Ja, der deckt ja, wenn ich da richtig informiert bin, zirka ein Drittel der Einnahmen in den Gemeinden ab, was daraus kommt. Wenn ich richtig informiert bin, macht das ungefähr an Gemeindeanteil – also derzeit sind rund österreichweit praktisch um die 90 Milliarden zu verteilen, rund 12 % - 11,88 % glaube ich - gehen an die Gemeinden und das ist doch ein sehr, sehr wichtiger Teil und dass man dort wirklich auch ..., ich weiß nicht, wie die Position der ÖVP oder vom Gemeindebund ist zu diesem abgestuften Bevölkerungsschlüssel, aber das ist wirklich ein wichtiges Anliegen, dass wir unsere Steiermark in Zukunft und vor allem unsere Gemeinden zukunftsfit halten können. In diesem Sinne danke. *(Beifall bei der FPÖ – 15.40 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 502/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten N1 und N2 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Tagesordnungspunkt

N1. Bericht des Ausschusses für Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 696/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz 2000 geändert wird (StPOG-Novelle 2016).

N2. Bericht des Ausschusses für Bildung über den Selbstständigen Ausschussantrag, Einl.Zahl 697/5, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschulerhaltungsgesetz 2003 geändert wird (StPEG-Novelle 2016).

Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Mag. Dr. Dolesch. Bitte.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch - SPÖ (15.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages Steiermark, geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Die Novelle zum Pflichtschulorganisationsausführungsgesetz 2000 umfasst ja, wie wir auch in den Ausschüssen bzw. Unterausschüssen besprochen haben, Anpassungen, da das Land Steiermark hier ja Ausführungsgesetzgeber ist und insbesondere, wie auch im § 1b geregelt, wo es eben um die Sprachförderkurse geht, sollen eben genau hier ja nicht nur die Sprachkenntnisse entsprechend vermittelt werden, welche die Kinder befähigen dem Unterricht der entsprechenden Schulstufe auch natürlich entsprechend folgen zu können, sondern ich möchte hier auch in diesem Zusammenhang auf die Wichtigkeit hinweisen, dass als Ergänzung zum sogenannten normalen Unterricht, wenn man es so möchte, der ja in der Regel ohnehin durch eine Lehrerin oder einen Lehrer erteilt wird, auch noch zusätzliche Lehrkräfte für die Kinder mit bescheidmäßig festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf, mit fehlender Schulreife oder auch mit nichtdeutscher Muttersprache durch zusätzlich entsprechend ausgebildete Lehrpersonen von der Landesregierung bzw. über den Landesschulrat sozusagen zur Verfügung gestellt bekommen. Und darüber hinaus können natürlich jetzt auch Freizeitpädagoginnen und –pädagogen bzw. Personen mit besonderer Qualifikation – Stichwort: Sport und Bewegung, wenn man es so möchte – und natürlich auch in den Pflichtgegenständen Deutsch, Lebende Fremdsprachen und Mathematik bzw., wenn es wo schulautonome Schwerpunkte gibt, natürlich auch in diesem Bereich entsprechend zusätzlich eingesetzt werden; wie gesagt, in Bezug auf fachqualifiziertes Lehrpersonal. Mit dieser Novelle sind wir dann, wenn man es so möchte, wieder up to date, am letzten Stand der Dinge. Unter Bezug auf das Steiermärkische Pflichtschulerhaltungsgesetz des Jahres 2004, auch hier ist zu sagen: Wie wir wissen, sind die Gemeinden die Erhalterinnen der Pflichtschulen in Bezug jetzt auf Gebäude, auf Betriebs- und Heizkosten, Raumpflege etc. und diese Aufgaben übernehmen die Gemeinden grundsätzlich sehr gerne. Geht es hier doch um die Zukunft unserer Kinder und wenn man so möchte, dann ja auch um unsere eigene

Zukunft. Denn irgendjemand soll uns ja auch eines Tages auf allen Gebieten entsprechend nachfolgen. Darüber hinaus regelt diese Novelle aber nun auch, dass zur Erfüllung der Aufgaben im Freizeiteil nun ebenfalls Personen mit besonderer Qualifikation angestellt werden können, das haben wir auch hier entsprechend im Vorfeld bereits diskutiert und sinngemäß gilt das natürlich auch für den § 33, der den ordentlichen Schulaufwand im Sinne von Kosten oder Kostenaufteilung regelt. Die Novelle trägt auch der langjährigen Praxis, also wenn man so möchte, der gelebten Realität damit Rechnung im Hinblick auf die Schulärztinnen und Schulärzte im Zusammenhang mit der Bewilligung von Bauplänen für die Schulbauten bzw. für die Verwendung von Liegenschaften und Räumen und einiges darüber hinaus natürlich noch mehr. Manches, denke ich, wird in diesem Zusammenhang noch zu diskutieren sein, noch näher zu diskutieren sein. Aber hier bin ich, ehrlich gestanden, sehr zuversichtlich, dass es eine gute, gemeinsame, zukünftige Lösung geben wird. Das haben wir auch hier im Vorfeld schon diskutiert und ich habe im Unterausschuss bzw. Ausschuss hier doch im hohen Ausmaß sozusagen diesen Willen geortet, hier eine konstruktive, gute, gemeinsame Lösung, wie gesagt, zustande zu bringen. In diesem Sinne danke ich herzlichst auch für dieses gute Klima im Vorhinein und bitte um die entsprechende Zustimmung. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.46 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Riener. Bitte.

LTAbg. Riener - ÖVP (15.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, recht herzlichen Dank! Werte Landesrätinnen, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Haus und via Livestream!

Kollege Wolfgang Dolesch hat eigentlich so die Inhalte dieser beiden Novellen des Pflichtschulorganisationsänderungsgesetzes und des Pflichtschulerhaltungsgesetzes schon im Detail erläutert. Mir sind zwei Anmerkungen wichtig. Das eine ist - das geht eigentlich mehr gegen den Bund, muss ich jetzt ehrlich sagen – oder eine Bitte an den Bund: Wir haben bei den Sprachförderkursen eine Rückwirkung mit dem Jahr 2014, weil die Schuljahre 2014/2015 und 2015/2016 drinnen sind, also das heißt, es wäre vielleicht nett, wenn man auf Bundesebene etwas schneller agieren könnte, dann könnten wir auch schneller sein. In diesem Sinne wäre das meines Erachtens schon zielführend auch für die Planung letztendlich für die Schulen.

Das Zweite, bzw. auch für das Ressort Lackner, das Zweite bezüglich des Pflichtschulorganisationsausführungsgesetzes bzw. Pflichtschulerhaltungsgesetzes bedanke ich mich einmal wirklich bei allen im Unterausschuss für die zügige und konstruktive ... für den zügigen und konstruktiven Unterausschuss und vor allem für die gute Ausschussführung, lieber Wolfgang. Es wurden die Probleme sehr wohl angesprochen, die es gibt. Es wurde aber wirklich in einer sehr ruhigen Art und Weise dies diskutiert. Ich weiß jetzt nicht, ob die Kollegen, die dabei waren, das auch bestätigen können. Es wurde ganz klar herausgestrichen, es soll für die Bevölkerung eine einfache Form der Unterstützung sein, es soll für die Schulen eine einfache Form der Unterstützung sein, und letztendlich sitzen beide Landesrätinnen da, die in dem Zusammenhang gefordert sind, und ich komme jetzt auf den Punkt, es geht nämlich um den Schulbesuch für behinderte Kinder. Beim Schulbesuch für behinderte Kinder haben wir im Pflichtschulerhaltungsgesetz drinnen eine Unterstützung im pflegerisch-helferischen Bereich bei Körperbehinderung, d.h. es ist aus den 90-er Jahren, wie uns das Hofrat Eigner erklärt hat, aus dem Jahr 1996, glaube ich, wenn ich das richtig im Kopf habe, noch drinnen. Inzwischen sind wir aber viel weiter auch im Denken, nämlich Behinderung insgesamt, nämlich mit allen Facetten auch zu sehen. Deswegen hat seit vorigem Jahr auch im § 7 des Behindertengesetzes, Steiermärkisches Behindertengesetz, auch im Sinne der Subsidiarität auch die anderen unterstützenden Hilfen, dass das möglich ist, d.h. für die Kinder im Schulbesuch. Allerdings haben wir da jetzt folgende Situation, d.h. auf BH-Ebene müssen sie zwei Bescheide machen, müssen sie zwei Gutachten erstellen und deswegen bin ich froh, dass man da jetzt wirklich weiterdenkt und vielleicht eben schaut, dass man da auf eine Ebene kommt, dass man auch im Sinne, wo wir schon immer wieder auch Beschlüsse hier gefasst haben in Richtung Verwaltungsvereinfachung, nachdenkt, wie man das besser lösen kann.

Dann möchte ich mich ganz und recht herzlich bedanken, dass dem auch mitgegangen worden ist im Sinne von eben gemeinsam weiter nachzudenken, es wurde auch vom Büro bzw. von Frau Landesrätin Mag. Lackner auch avisiert, dass man eine gute Lösung erzielen möchte und deswegen darf ich mich hier an dieser Stelle im Hohen Haus recht herzlich für das bedanken. Denn ich glaube, das wäre einfach im Sinne der Familien, die Kinder mit Behinderung in den Schulen haben. Es wäre aber auch im Sinne von einer effizienten Verwaltung. Recht herzlichen Dank, sehr geehrte Frau Landesrätinnen in dem Sinne, dass man da in weiterer Folge auf eine gute Lösung kommt. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP – 15.50 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 696/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 697/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Bildung über den Antrag, Einl.Zahl 541/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend „Massive Überfinanzierung und politische Projekte der Offenen Jugendarbeit (OJA) einschränken, Verbandliche Jugendarbeit stärken und Ehrenamtliche versichern“.

Ich ersuche um Wortmeldungen.

Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 541/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. (*LTabg. Schwarz: „Wie bitte?“*)

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und der KPÖ angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Umwelt über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 590/1, betreffend Gesetz über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen, die Errichtung, den Betrieb und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken (Steiermärkisches Feuerungsanlagenengesetz 2016 – StFanlG 2016).

Ich ersuche um Wortmeldungen. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Dr. Murgg - KPÖ (15.53 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich darf es kurz machen. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Warum nicht? Weil es in Wahrheit eine gewaltige Schikane für Zehntausende wahrscheinlich Häuslbauerinnen, Häuslbauer und Hausbesitzer und –besitzerinnen von sogenannten Kleinf Feuerungsanlagen in der Steiermark darstellen wird letztlich. Worum geht es? In Wahrheit ist das vom seinerzeitigen Landeshauptmann Mag. Voves im Jahr 2013 verbockt worden. Er hat nämlich damals eine sogenannte §15a-Vereinbarung unterschrieben, am Landtag vorbei, wo wir im Mai 2013, glaube ich, dann diese §15-Vereinbarung gegen die Stimmen der KPÖ mit großer Mehrheit angenommen haben und jetzt beschließen wir das darauf fußende Gesetz, vermutlich wieder mit großer Mehrheit gegen die Stimmen, also sicher gegen die Stimmen der KPÖ. Es ist so: Der damalige Landeshauptmann Mag. Voves hat zum Unterschied von Kärnten, Tirol – nicht Tirol - Wien und Niederösterreich auf sämtliche Ausnahmeregelungen verzichtet. Naja, du schüttelst den Kopf, Kollege Gangl, es ist schon so. Vor allem dieser Absatz unter Artikel 6, wo nämlich drinnen ist, dass man auch ordnungsgemäß in den Verkehr gebrachte Kleinf Feuerungsanlagen zu überprüfen hat, das müssen wir durch diesen Blankoscheck des seinerzeitigen Landeshauptmannes schlucken. Da hat nämlich beispielsweise Kärnten damals sich eine Ausnahme erbeten; Wien und Niederösterreich auch in anderen Punkten, aber wichtig ist dieser Punkt 6. Es ist nämlich jetzt tatsächlich so, dass jeder, der vor fünf, zehn Jahren, wann auch immer, sich eine Ölheizung, eine Pelletsheizung oder was weiß ich welche Heizanlage sich eingebaut hat, diese überprüfen lassen muss. Im Übrigen habt ihr auch diese Ausnahme für die ganz Kleinen und 4kW legalisiert, die sind auch draußen, müssen auch überprüft werden. Das wird natürlich erbringen, dass viele, die seinerzeit noch vom - zuständig war damals vor einigen Jahren Wegscheider für das Ressort - die, die damals eine Pelletsanlage gekauft haben, haben sogar von ihm ein Schreiben bekommen; ich weiß das, weil ich damals selber eine bei mir machen habe lassen, da habe ich

ein Handshake sozusagen über das Papier bekommen „Gratulation für die Umweltverträglichkeit“. Ich muss das jetzt auch überprüfen lassen und ich habe mich auch schon bei meinem Rauchfangkehrer ein bisschen kündigt gemacht, ich werde beispielsweise in den Kamin einen Filter einbauen müssen. Ich habe damals ohnehin ein Rohr einziehen müssen, denn das hätte sonst mit dieser Pelletsgeschichte gar nicht funktioniert. Jetzt sage ich: Gut, das wird nicht die Welt kosten, aber viele werden sich anschauen. Die haben vielleicht fünf Jahre vorher sich eine Ölheizung machen lassen, die werden das alles herausreißen lassen müssen und das wird sehr viel Geld kosten. In Kärnten gibt es Untersuchungen, oder die Landesregierung in Kärnten hat sich das ein bisschen angeschaut, deswegen habe ich auch gefragt im Unterausschuss: „Gibt es da Vergleichszahlen der Steiermark?“ Da hat es von den zuständigen Beamtinnen und Beamten geheißen: „Nein, wissen wir nicht.“ Aber Kärnten hat gesagt, es werden 40 bis 50 % der Haushalte treffen, die da entweder sanieren müssen oder überhaupt eine neue Anlage sich anschaffen müssen. Jetzt sage ich: Wenn da etwas Neues gekauft wird, hat man natürlich die strengsten Vorschriften, die jetzt am Markt sind, einzuhalten. Da sind wir ohnehin d'accord. Ich glaube aber, es kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein, dass man Familien und Menschen, die vor fünf oder zehn Jahren dies nach bestem Wissen und Gewissen sich gekauft haben, was damals Stand der Technik war, heute um teures Geld sanieren müssen oder, was noch schlimmer ist, überhaupt sich eine neue Anlage – und das kostet nicht wenig Geld – anschaffen müssen. Deswegen werden wir heute dagegen stimmen. Wie gesagt, wenn der Landtag sich heute dagegen aussprechen würde mehrheitlich, würden wir wahrscheinlich in der EU ein Verfahren am Hals haben. Verbockt hat es - ich sage es noch einmal - damals Landeshauptmann Mag. Voves, der am Landtag vorbei diese §15a-Vereinbarung unterschrieben hat. Da sinniert er jetzt über die Todprogrammierung, ich meine, da hat er in vielem Recht, aber das sind diese kleinen Punkte, wo er nicht dazu sagt, dass er natürlich bei der Todprogrammierung der Sozialdemokratie in vielen Punkten mitbeteiligt war. Das ist nur ein Beispiel, also wo es viele kleine Haushalte wieder treffen wird und wo ... wie bitte? (*LTA*bg. *Lercher: Unverständlicher Zwischenruf*) Gut! Die Claudia hat heute ohnehin schon etwas dazu gesagt, tu einmal die Geschichte Österreichs rekapitulieren lassen. Wenn man sich das einmal im deutschsprachigen Raum anschaut, dann muss ich sagen, wir sind froh, dass wir als kommunistische Partei gegen den schweren Gegenwind also einmal vier Mandate gehabt haben und jetzt die zwei Mandate haben. Vielleicht haben wir wieder einmal drei oder vielleicht auch vier. Aber ich sage nur: Er hat schon Recht, der gute Franz Voves, auf Tod programmiert. Aber man muss dazusagen, er

war an der Programmierung teilweise beteiligt und das ist auch ein Beispiel, damit höre ich auf, was wieder viele einfache Menschen trifft, die dann zum Handkuss kommen, obwohl sie eigentlich nichts dafür können. Wir werden jedenfalls dagegen stimmen. *(Beifall bei der KPÖ – 15.59 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 590/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Das ist die Annahme gegen die Stimmen der KPÖ.

Wie angekündigt, kommen wir nun um 16.00 Uhr zur Behandlung der **Dringlichen Anfragen**. Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhanges der Dringlichen Anfrage der FPÖ an Herrn Landesrat Dr. Christian Buchmann und der Grünen an Herrn Landesrat Johann Seitinger betreffend TTIP, werden diese im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz in einer gemeinsamen Wechselrede behandelt werden.

Am Donnerstag, dem 28. April 2016 wurde um 09.49 Uhr von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Christian Buchmann betreffend „TTIP verhindern – steirische Unternehmen entlasten“ eingebracht.

Ich erteile dem Abgeordneten Dipl.-Ing. Deutschmann das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann - FPÖ (16.01 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Meine Dringliche Anfrage, wie die Frau Präsidentin das bereits eingangs richtig erwähnt hat, richtet sich an das Regierungsmitglied Herrn Landesrat Dr. Buchmann – Betreff: TTIP verhindern, steirische Unternehmen entlasten. Es gibt ja zwei Themen heute, in erster Linie die unternehmerische Seite und in zweiter Linie die Landwirtschaft, die dann von den Grünen eingebracht wird. Nachdem dieses angeführte Thema aktuell ist und in den Medien in den

letzten Tagen und Wochen herumgeistert, darf ich in meiner Begründung, die ich relativ kurz halten werde, um in die Diskussion dann einzusteigen, meine Dringliche Anfrage mit ein paar Eckpfeilern untermauern.

Wie allgemein bekannt sein dürfte, finden zu diesem Thema seit Juli 2013 Verhandlungen zwischen der USA und der EU statt und nunmehr - 26.04.2013 - hat die 13. Runde zu diesem Thema stattgefunden. Die USA drängt nun massiv auf einen positiven Abschluss dieser Verhandlungen, um mit ihrer deutschen Kanzlerin, mit dem Gegenpart – wenn ich so sagen darf – Angela Merkel, eine willfährige Unterstützerin zu haben. Obama, der Präsident, will offensichtlich dieses Abkommen noch innerhalb seiner Amtszeit zum positiven Abschluss bringen. Dass als Begründung diese Eile zum Wohle der Europäischen Wirtschaft kolportiert wird, klingt etwas eigenartig, denn beiden ist wohl bekannt, dass die ungeteilte Unterstützung dieses Programmes aus Europa mit Sicherheit nicht kommen wird. Unabhängig von der Skepsis in anderen EU-Staaten haben wir in Österreich – und darum geht es jetzt – ein klares Bild zum Thema TTIP. Demzufolge berichtet der Kurier z. B. vom 22.02.2016, dass laut einer Umfrage 70 % der Österreicher gegen dieses Transatlantische Freihandelsabkommen sind. Einige Gründe hierfür sind nach genauer Betrachtung rasch gefunden, denn egal, wo Sie recherchieren, diese angeführten Themen sind in Wahrheit, so ferne man über diese Geheimverhandlungen Bescheid weiß, die Eckpfeiler dieser Problematik. Erstens die Enthüllung der 240 Seiten langen Geheimverhandlungsschriften, veröffentlicht durch Greenpeace, haben wir den Medien entnommen; Zweitens die gedachten Planspiele der Österreichischen Judikatur durch Internationale Schiedsgerichte zu unterlaufen; Drittens das Aushöhlen heimischer Umwelt und Konsumentenschutzstandards; Viertens die US-Blockade der EU für Exporterleichterungen für die europäische Automobilindustrie, sollte die EU nicht mehr US-Agrarprodukte abnehmen – als das „Junc-Team“ in dem Bereich. Kein Abgehen der USA von bye-American, das Vorsorgeprinzip der EU, das wir haben, wobei nur Produkte erlaubt sind, die nachweislich für Mensch und Umwelt unschädlich sind, hin zum amerikanischen Risikoprinzip, Beispiel: hormonbehandeltes Fleisch, Chlorhühner, genmanipulierte Lebensmittel und vieles mehr. Grundsätzlich kann man erahnen, dass TTIP sowohl wirtschaftlich als auch arbeitsmarkttechnisch überwiegend Nachteile vor allem für unseren kleinen Standort Österreich bringen wird. Besonders betroffen wäre – no na – die steirische und heimische Landwirtschaft, die Lebensmittelbranche, welche ohnehin - das haben wir heute schon gehört, auch das Beispiel Russlandsanktionen etc. - arg in Bedrängnis gekommen sind. Die besagten Wirtschaftszweige müssten Einbußen aus einer Berechnung

von mehr als 100 Millionen Euro in Kauf nehmen, außerdem würden langfristig ca. 4.700 Jobs betroffen sein – auch keine rosige Aussicht in Zeiten wie diesen. Dass die Position der Bundes- und Landeswirtschaftsverantwortlichen in der ÖVP sich generell für das Zustandekommen des Paktes aussprechen ist eine Seite, aber man muss auch erwähnen, dass es auch Versuche gibt, auch von unserem Landesrat Dr. Buchmann, ein verbessertes TTIP zu erreichen, das ja sehr zu begrüßen ist, und das muss man auch hier im Rahmen der Dringlichen ansprechen. Das Ansinnen ehrt die Befürworter, muss ich hier anmerken, nun muss aber davon ausgegangen werden, dass alle diese Kompromisse, die scheinbaren Kompromisse und Zugeständnisse, aus der Vergangenheit bis dato leider Gottes nie so eingetroffen sind. Die Steiermark wird aufgrund ihrer Lage und Struktur, ich glaube, der Verlierer in diesem Spiel sein. Studien besagen bereits, dass unsere heimische Landwirtschaft - ich habe es schon erwähnt - und die Klein- und Mittelbetriebe in unserem Bundesland die Verlierer von TTIP sind. Das, geschätzte Damen und Herren, wird ja wohl hier im Landtag niemand haben wollen. Es wird im Sinne der heimischen Wirtschaft wichtig und zielführender sein Entlastungspakete zu schnüren, vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe, um spürbare Entlastungen zu erreichen, die die Hauptlast immerhin, die KMU's, mit den Einnahmen für den Staat tragen, vor allem bei den Zahlen, die wir in letzter Zeit haben, wobei unsere steirische Wirtschaft leider „hintennach stolpert“. Wir leben leider in einer überbürokratisierten Welt mit hohen Lohnnebenkosten, zu hohen Steuersätzen, alles schon erwähnt, osteuropäischem Lohndumping, steigende Sozialversicherungsbeiträge. Die Rahmenbedingungen, geschätzte Damen und Herren, für diesen Arbeitsplatz stimmen schon lange nicht mehr. Es muss sich endlich wieder auszahlen, Arbeitskräfte einzustellen und vor allem - und zu dem Punkt komme ich dann noch - unsere Jugend weiterzubringen, nämlich Lehrlinge auszubilden und das über unsere heimischen Klein- und Mittelbetriebe und Firmen etc.. Unsere Arbeitslosenzahl ist zu hoch, das haben wir heute auch schon gehört – das werden wir heute noch einmal hören, es gibt noch einen Punkt, in dem wir darüber sprechen werden – und die Ausbildungsstätten, geschätzte Damen und Herren, sind zu wenig und zu gering. Wenn man z.B. betrachtet, dass im März die Steiermark 399 gemeldete offene Lehrstellen angab und denen 906 Lehrstellensuchende gegenüberstanden und wir eine Jugendarbeitslosigkeit von 11,8 % haben, dann müssten wir hier schon zur Tatsache überschreiten und sehen, dass hier schon mehr Feuer am Dach ist und dass es hier schon fünf Minuten nach zwölf ist. Wenn man die Entwicklung dieser Problematik betrachtet, geschätzte Damen und Herren, nämlich im Jahre 2010: 2010 haben 6.227 Betriebe 19.298 Lehrlinge

ausgebildet; vier Jahre später, 2014, waren es nur noch 5.457 Betriebe mit 16.737 Lehrlingen; das ist ein Rückgang von ca. 13 %, geschätzte Damen und Herren, in vier Jahren. Ich glaube, das ist ein Alarmzeichen, da muss irgendwas passieren. (*Beifall bei der FPÖ*) Das hängt natürlich in weiterer Folge mit der gesamten Wirtschaftssituation zusammen. Auch wenn der VOEST-General Eder in der Kleinen Zeitung in diesem Interview sehr wohl die Befürwortung, klarerweise, aus der Industrie und aus den Konzernen für diese Verhandlungen das Signal gibt, sagt aber doch, dass das nur zu Stande kommen sollte, wenn beide Seiten, die hier verhandeln, sich hier in diesem Vertrag wiederfinden. Das wird das Problem sein, ob wir nicht hier auf europäischer Ebene über den Tisch gezogen werden. Wir brauchen hier klare Lösungen, welche wir hier teilweise schon angeboten haben oder aufgeführt werden. Hier gilt es jetzt der stagnierenden heimischen Wirtschaft entgegenzuwirken, gerade in diesem Fall mit Bedacht, vor allem im Hinblick auf die Landwirtschaft und die heimische Wirtschaft, auf die KMU's vor allem, entgegenzuwirken, damit wir hier nicht konkurrenzunfähig von anderen geschluckt werden, geschätzte Damen und Herren.

Ich darf dir, Herr Landesrat, nun meine 29 Fragen stellen und ersuche um Beantwortung:

1. Stehen Sie dem Transatlantischen Freihandelsabkommen, kurz: TTIP, nach wie vor positiv gegenüber?
2. Falls nein, warum nicht mehr?
3. Falls ja, wie lässt sich Ihre Zustimmung angesichts der Studien des „Instituts für Höhere Studien“ und der „Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung“ begründen?
4. Welche konkreten Nach- und Vorteile durch TTIP haben Sie für die steirische Landwirtschaft und Lebensmittelbranche festgestellt?
5. Werden Sie auf europäischer Ebene die Bedenken, die ein Großteil der steirischen Bevölkerung bezüglich TTIP hat, entsprechend artikulieren?
6. Falls nein, warum nicht?
7. Falls ja, wie stellen sich Ihre diesbezüglichen Pläne im Detail dar?
8. Werden Sie sich vor einer Ratifizierung von TTIP in Österreich für eine Befragung der Österreicher – wie sie etwa der freiheitliche Bundespräsidentenskandidat Norbert Hofer fordert – einsetzen?
9. Falls nein, warum nicht?

10. Falls ja, werden Sie auf europäischer Ebene die Durchführung eines Referendums in Österreich über die Ratifizierung von TTIP ankündigen?
11. Wann rechnen Sie mit einem Abschluss der Verhandlungen zu TTIP bzw. ist Ihnen ein konkreter Zeitpunkt bereits bekannt?
12. Welche konkreten Entlastungsmaßnahmen für die steirischen Klein- und Mittelbetriebe sind derzeit seitens der Landesregierung in Planung?
13. Werden Sie sich auf Bundesebene für eine Reduzierung der Bürokratie, der Lohnnebenkosten sowie der Sozialversicherungsbeiträge für Unternehmer einsetzen?
14. Falls nein, warum nicht?
15. Falls ja, wie stellen sich Ihre Pläne in diesem Bereich konkret dar?
16. Werden Sie sich auf europäischer Ebene für ein intensiveres Vorgehen gegen osteuropäisches Lohndumping einsetzen?
17. Falls nein, warum nicht?
18. Falls ja, wie stellen sich Ihre Pläne in diesem Bereich konkret dar?
19. Werden Sie sich für die erneute Einsetzung von Arbeitsmarktschutzbestimmungen gegen Arbeitnehmer aus Osteuropa einsetzen?
20. Falls nein, warum nicht?
21. Falls ja, wie stellen sich Ihre Pläne in diesem Bereich konkret dar?
22. Werden Sie sich auf europäischer Ebene für die Beendigung der Russland-Sanktionen einsetzen?
23. Falls nein, warum nicht?
24. Falls ja, wie stellen sich Ihre Pläne in diesem Bereich konkret dar?
25. Werden Sie sich angesichts des massiven Lehrstellenrückgangs in den letzten Jahren für eine Überarbeitung der Lehrstellenförderung einsetzen?
26. Falls nein, warum nicht?
27. Falls ja, wie stellen sich Ihre Pläne in diesem Bereich konkret dar und werden Sie Ressort übergreifend aktiv werden?
28. Falls ja, befürworten Sie die Einrichtung eines überparteilichen Lehrlingsbeauftragten bzw. einen „Blum-Bonus-Neu“?
29. Falls nein, warum nicht?

Geschätzter Herr Landesrat, ich bitte dich um deine Antwort. *(Beifall bei der FPÖ – 16.12 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Bevor ich jetzt dem zuständigen Herrn Landesrat das Wort erteile, darf ich die katholisch österreichische Mittelschulmannschaft Normannia Graz unter der Leitung von Gernot Peter bei uns im Landtag begrüßen. Herzlich willkommen. (*Allgemeiner Beifall*)

Nun bitte ich den zuständigen Herrn Landesrat, Dr. Christian Buchmann, um Beantwortung.

Landesrat Dr. Buchmann - ÖVP (16.12 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung und des Landtages, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann sehr dankbar für diese Dringliche Anfrage, weil es mir die Möglichkeit gibt, zum aktuellen, in Rede stehenden Verhandlungsstand eines allfälligen Transatlantischen Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika aus meiner Sicht einige offene Fragestellungen zu beleuchten und vielleicht für Sie auch ins „rechte“ Licht zu rücken. (*Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ*) Ich möchte einbegleitend zu meiner Anfragebeantwortung auch auf mein Selbstverständnis als Wirtschaftslandesrat hinweisen. Ich sehe es als meine Aufgabe an, die steirischen Betriebe entlang aller Größenordnungen – ob das große Unternehmungen, mittelgroße oder auch kleinere oder auch Ein-Personen-Unternehmungen sind – dabei zu unterstützen, wenn sie mit neuen Produkten, mit neuen Dienstleistungen, mit Services, mit neuen Technologien ihre Produkte und Dienstleistungen national und international absetzen, damit Wertschöpfung generieren, damit Arbeitsplätze absichern, wenn es geht, neue Arbeitsplätze schaffen und damit Einkommen in die Region bringen. Beim Stichwort „Einkommen in die Region bringen“ geht es natürlich auch um eine Wohlstandsmehrung der Gesellschaft insgesamt. Das sehe ich als Aufgabe einer Wirtschafts- und Sozialpolitik in diesem Lande und unter diesem einbegleitenden Grundbekenntnis und meinem Selbstverständnis bitte ich Sie, auch einige der Beantwortungen entsprechend zu sehen. Sie wissen, wir haben das vielfach hier im Hohen Haus debattiert, dass die Steiermark ein Exportbundesland ist, Sie wissen, dass jeder zweite Arbeitsplatz in der Steiermark direkt vom Erfolg unserer Unternehmungen im Ausland abhängig ist, und damit meine ich nicht nur das europäische Ausland, sondern damit meine ich auch andere Kontinente und insbesondere den amerikanischen Kontinent. Daher bin ich grundsätzlich für Maßnahmen, die den Außenhandel fördern und damit für Wertschöpfung und zusätzliche Arbeitsplätze sorgen.

Lassen Sie mich einige Zahlen zu den Vereinigten Staaten nennen. Die USA sind für die Steiermark nach Deutschland der zweitwichtigste Exportmarkt mit einem Exportvolumen von rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2014, das sind in etwa 7,7 % des gesamten steirischen Exports. Hauptexportprodukte sind Fahrzeuge, Eisen- und Stahlprodukte, sowie elektronische und elektrotechnische Produkte. Von 2013 auf 2014 - das sind die aktuell verfügbaren Zahlen - stieg das gesamte Exportvolumen der Steiermark um 1,8 %; die Exporte der Steiermark, und das ist bemerkenswert, jedoch in die Vereinigten Staaten von Amerika sind im selben Zeitraum um 9,2 % gestiegen. Diese Daten verdeutlichen: Die USA sind ein Wachstumsmarkt für steirische Exporte und daher sehr wichtig. Deshalb stehe ich Maßnahmen, die dies unterstützen und erleichtern können, grundsätzlich positiv gegenüber. Alles andere wäre aus meiner Sicht im Sinne der Steirerinnen und Steirer aus den dargelegten Gründen – Wohlstandsmehrung als Überbegriff – unverantwortlich. Ich verweise auch darauf, dass die USA vor wenigen Monaten ein Freihandelsabkommen mit elf Staaten des Pazifikraumes abgeschlossen hat, darunter Japan, Australien und Mexiko – das sogenannte TPP-Abkommen, also das Transpazifische-Partnerschaftsabkommen. Dieser Wirtschaftsraum umfasst 40 % der Weltwirtschaft und ein Drittel des weltweiten Handels. Nicht nur die Steiermark braucht Außenhandel, sondern die ganze EU braucht Außenhandel und angesichts von TPP ist es umso wichtiger, dass die Europäische Union selbst in der Lage ist, in einem eigenen Abkommen mit den USA Standards zu setzen und nicht von außen zusieht, wie dies in anderen Regionen geschieht. Ich halte es daher für grundsätzlich positiv, wenn die Europäische Union und die USA als jene Teile der Welt, die rechtsstaatliche Systeme aufweisen, Meinungs- und Pressefreiheit teilen, Arbeitnehmer- und Konsumentenschutzrechte achten und soziale und ökologische Implikationen bedenken, die künftigen Spielregeln für Welthandel und Warenverkehr gemeinsam verhandeln und schlussendlich definieren. Grundsätze des freien Warenverkehrs sollten weltweit in diesem gemeinsamen Wertegerüst aus meiner Sicht definiert sein. Im Übrigen möchte ich auch darauf hinweisen, dass die jüngsten Beschlüsse der Österreichischen Bundesregierung, des Österreichischen Nationalrates, des Landtages Steiermark und des Ausschusses der Regionen in Brüssel in diese Richtung gehen. Die Bundesregierung hat sich erst vergangene Woche dafür ausgesprochen, die Verhandlungen mit den USA zügig fortzuführen. Der Nationalrat hat sich klar gegen eine Absenkung der europäischen Standards bei Gesundheit, Sicherheit, Konsumenten-, Arbeits- und Umweltschutz ausgesprochen und - wie Sie wissen, weil Sie es selbst beschlossen haben - der Landtag Steiermark hat sich bereits am 25.11.2014 diesem

Beschluss vollinhaltlich – ich betone: vollinhaltlich – angeschlossen. Auch im Ausschuss der Regionen, wo ich die Freude habe, die Steiermark vertreten zu dürfen, haben wir eine Stellungnahme an die EU-Kommission verabschiedet, in der die Einhaltung der hohen EU-Schutzstandards und die Wahrung der Kompetenzen der lokalen, regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften gefordert werden. Ich darf Sie davon in Kenntnis setzen, dass die heute und morgen stattfindende Landeshauptleutekonferenz in Salzburg sich ebenfalls mit dem Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen auseinandersetzen wird und dass es eine Beschlussempfehlung gibt. Ich gehe davon aus, dass die von den Landesamtsdirektoren gut vorbereitet ist und daher von den Landeshauptleuten auch so beschlossen werden wird, die in dieselbe Richtung geht und die bisherigen Beschlüsse sogar noch vertieft, weil es auch CETA beinhaltet.

Ich möchte betonen, dass ich mich an diese Beschlüsse der Österreichischen Bundesregierung, des Parlaments, aber auch des Landtages und des Ausschusses der Regionen vollinhaltlich gebunden fühle und sie widerspiegeln auch meine persönliche Meinung. Ich habe in meiner europäischen Funktion auch die Möglichkeit gehabt, wiederholt den Leseraum in Brüssel zu betreten – zu TTIP – und daher in den Protokollen über Verhandlungsgegenstände nachzulesen. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass in diesen Protokollen, soweit sie mir zugänglich waren, Verhandlungspositionen sowohl der amerikanischen Seite wie auch der europäischen Seite nachzulesen sind; allerdings keine Verhandlungsergebnisse. Daher, worüber wir reden, sind publik gewordene – aus meiner Sicht spät publik gewordene, ich hätte mir mehr Transparenz gewünscht, ich werde dann noch einmal darauf eingehen – Verhandlungspositionen, aber keine Verhandlungsergebnisse. Wenn man sich diese Papiere ansieht, dann steht im englischen Text, und diese Verhandlungspositionen liegen nur auf Englisch vor, dass further exchanges will be needed, sprich: weitere Verhandlungen sind erforderlich. Das hat bis dato in 13 Verhandlungsrunden stattgefunden, eine vierzehnte soll noch vor dem Sommer entsprechend stattfinden. Ich werbe daher, bevor ich auf die Fragen im Einzelnen eingehe, für eine gewisse Gelassenheit in diesem Zusammenhang, was das Transatlantische Handelsabkommen betrifft, und ich möchte nur noch einmal erinnern – und der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Deutschmann hat es auch richtig angesprochen –, dass in Wahrheit ein Prinzipienkonflikt zwischen dem Kontinent Europa und, wenn man so will, den Vereinigten Staaten von Amerika vorliegt, weil es auf der einen Seite im Kontinentaleuropa so etwas wie das Vorsorgeprinzip gibt, was im Englischen mit der Formulierung „better safe

than sorry“ ausgedrückt wird, also lieber auf der sicheren Seite und die Schutzvorschriften zuerst, bevor man hinterher dann quasi die Schäden bearbeiten muss – im Gegensatz zum Risikoprinzip der anglikanischen und amerikanischen Seite, die in diesem Risikoprinzip davon ausgehen, dass „innocent until proven guilty“ – also so lange unschuldig, so lange nicht das Gegenteil bewiesen ist – vorherrscht. Das sind zwei sehr, sehr unterschiedliche Prinzipien, die in diesen Verhandlungen angewandt werden und das ist auch der Grund, weshalb es hier Zielkonflikte natürlich in diesen Verhandlungen gibt. Das ist auch der Grund, weshalb es aus meiner Sicht bis dato nur Verhandlungspositionen und keine Verhandlungsergebnisse gibt.

Ich komme nun zur Beantwortung der gestellten Fragen im Detail.

Ad 1: Ich stehe aus den genannten Gründen Verhandlungen, ja – Verhandlungen – zu einem Transatlantischen Freihandelsabkommen grundsätzlich positiv gegenüber; ich stehe den Verhandlungen positiv gegenüber, aber ich stehe nicht irgendeinem Verhandlungsstand positiv gegenüber. Darauf lege ich größten Wert. Verhandeln muss man immer, verhandeln muss man bis zum Ende, und wenn ein Ende daliegt, dann ist es die Pflicht auch der Politik und politischen Entscheidungsträger, ein Verhandlungsergebnis zu bewerten und entsprechende Entscheidungen abzuleiten. Ob am Ende dieser Verhandlungen ich einem solchen Verhandlungsergebnis meine Zustimmung erteilen könnte, entzieht sich zum heutigen Zeitpunkt meiner Kenntnis, weil einfach kein Endpapier vorliegt und in einer seriösen Politik, glaube ich, muss man ein Gesamtergebnis bewerten und nicht irgendwelche Zwischenstände von Verhandlungspapieren.

Die Europäische Union veröffentlicht, wie Sie wissen, ihre Verhandlungspositionen jeweils nach den Verhandlungsrunden, es ist also auch nach der 13. Runde eine solche Veröffentlichung erfolgt. Eine Maßnahme, die als Antwort auf die berechtigte Kritik der europäischen Öffentlichkeit an der intransparenten Vorgangsweise getroffen wurde. Die Vereinigten Staaten von Amerika tun dies nicht – ich sage: leider nicht – und die USA können auch von der EU nicht dazu gezwungen werden. Einzelne Dokumente aus den USA wurden kürzlich – es wurde angesprochen – im Internet veröffentlicht. Diese Dokumente sind allesamt hochinteressant und zeigen in vielen Punkten, wie weit die Standpunkte der Europäischen Union und der USA auseinanderliegen. Also das ist nicht so, dass es da irgendwo einen Geheimabschluss gegeben hätte, sondern es zeigt aus meiner Sicht, dass es sehr, sehr unterschiedliche Positionen in noch sehr, sehr vielen Kapiteln, die es zu verhandeln gibt, gibt. Es gilt ja der Grundsatz für das Gesamtpapier, dass es erst, wenn es einen

Endbericht gibt, dieser Endbericht berichtet wird. Detailabschlüsse oder Detailvereinbarungen gelten als nicht abgeschlossen.

Ich komme damit zur Frage 2: Ich verweise auf die Beantwortung zu Frage eins.

Ad 3: Ich verweise auf die Beantwortung zu Frage eins und möchte ergänzen: Klar ist, dass ein Freihandelsabkommen grundsätzlich Exporte in beide Richtungen erleichtern soll, also eine Chance und ein Risiko gleichzeitig ist. Dieser Umstand ist nicht neu, ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an den EU-Beitritt. Wie die Zahlen belegen, insbesondere die Exportzahlen in der Steiermark, hat die Steiermark die Chancen durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union genutzt. Man stelle sich vor, wegen der damit natürlich auch verbundenen Risiken des Beitrittes, hätte sich die Steiermark einem verstärkten Außenhandel verschlossen. Ich möchte nicht wissen, wo die Steiermark heute wirtschaftlich stehen würde, wären wir nicht als Teil Österreichs Mitglied dieser Europäischen Union geworden. Ich glaube, wir haben unsere Chancen gut genutzt. Und ich bin es im wirtschaftlichen Prozess gewohnt, dass wir auch im Wirtschaftsressort so agieren, wie es verantwortungsbewusste Unternehmerpersönlichkeiten in ihren Unternehmungen tun, nämlich im Regelfall dann auch eine swot-analyse anstellen, wo sie über strengths weaknesses opportunities and threats nachdenken – also über Chancen und Risiken entsprechend auch Vor- und Nachteile abwägen – und dann, nach dieser Güterabwägung, entsprechende Entscheidungen treffen. Sie kennen mein Credo im Europaressort des Landes, dass wir so transparent agieren wollen wie der Beipacktext eines Medikamentes, dass wir über erwünschte und unerwünschte Nebenwirkungen transparent informieren. Das haben wir insbesondere auch im Kapitel zu TTIP seit Beginn der Diskussionen hier im Landtag so gehalten. Es ist erwähnt worden vom Antragsteller, dass es entsprechende Studien von IHS und der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung gibt. Diese Untersuchungen sind aus meiner Sicht ernst zu nehmen. Sie verweist auch angesichts des noch nicht vorliegenden Verhandlungsergebnisses allerdings auf mögliche negative Effekte auf die Bereiche Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass ein Freihandelsabkommen dennoch aller Voraussicht nach gesamtwirtschaftlich betrachtet ein Gewinn für Österreich wäre. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf weitere Studien, die freilich mit den gleichen Unsicherheiten belegt sind. Wir kennen den Verhandlungsendstand nicht, daher sind die Szenarien, die in diesen Studien angesprochen werden, die belegen, dass es möglicherweise auch sehr positive Ergebnisse gibt. Eine Studie des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes etwa kommt zum Ergebnis, dass je nach

Ausgestaltung des Abkommens von 2.800 bis 44.800 neue Arbeitsplätze in einem Zeitraum von zehn bis 20 Jahren sowie eine Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 1,75 bis 2,7 % in Österreich – also nicht für die Steiermark, in Österreich – durch TTIP entstehen könnten.

Ad 4: Sie gestatten, dass ich diese Frage uminterpretiere, da sie wörtlich genommen für mich keinen Sinn ergibt. Da es TTIP noch nicht gibt und insbesondere noch kein Verhandlungsergebnis zum Thema Landwirtschaft und Lebensmittelbranche vorliegt, wäre es verwunderlich, bereits konkrete Nach- oder Vorteile festgestellt zu haben. Ich verstehe die Frage daher so, ob aus meiner Sicht Vor- oder Nachteile zu erwarten sind. Die bereits genannten gemeinsamen Studien des Institutes für Höhere Studien und der österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung gehen der Frage möglicher Folgen für diese Bereiche intensiv nach und beweist für mich, dass dies ein Thema und ein Bereich von TTIP ist, in dem es besonders wichtig ist, konsequent zu verhandeln. In der zweiten Antragstellung der Grünen an Herrn Kollegen Seitinger wird diese Fragestellung noch detaillierter diskutiert. Ich verstehe viele der Sorgen, die es in diesem Bereich gibt, und daher sage ich: Solange es nicht ein gemeinsames Endergebnis gibt, ist auch eine positive Gesamtbehandlung von TTIP zum heutigen Stand nicht möglich. Ich kann Ihnen nicht sagen, was bei den Verhandlungen zu dieser Thematik am Ende des Tages im Abkommen stehen wird, aber aus meiner Sicht sind das Themen, die zu wichtig sind, um sie leichtfertig als Teil einer Verhandlungsmasse zu verstehen. Das sind besonders sensible Themen, die die Menschen interessieren und ich glaube, wir sind uns im Landtag Steiermark einig, dass saubere, sichere und gesunde Lebensmittel essentiell für die Bevölkerung in unserem Bundesland sind und damit für uns in der Wertepyramide ganz oben stehen.

Zu den Fragen 5, 6 und 7: Ich bin seit über einem Jahr Vorsitzender der Fachkommission für Wirtschaftspolitik im EU-Ausschuss der Regionen und habe unmittelbar nach meiner Wahl der zuständigen Kommissarin, Cécilia Malmström, im Plenum des Ausschusses der Regionen deutlich gesagt, dass ein Abkommen aus Sicht der Europäischen Regionen nur dann akzeptabel ist, wenn sichergestellt ist, dass die Europäischen Standards in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit, Konsumenten-, Arbeits- und Umweltschutz nicht gesenkt werden, was auch den Beschlüssen des Parlaments und des Landtages entspricht, dass europäisches Recht nicht unterlaufen wird, was auch Beschlussgrundlage ist, und die verfassungsrechtlichen Kompetenzen von Gesetzgebern in Europa nicht eingeschränkt werden. Diese Haltung vertrete ich seitdem konsequent auf europäischer Ebene im Ausschuss der Regionen, in zahlreichen bilateralen Gesprächen auch mit Vertretern des Europäischen

Parlaments und der Kommission und glaube, dass diese Position sich auch im Verhandlungsmandat der Europäischen Union wiederfindet, das von allen EU-Staaten einstimmig beschlossen wurde.

Zu Frage 8: Zu dieser Frage ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die Entscheidung über die Zuständigkeit zu Abschluss und Ratifizierung eines Freihandelsabkommens eine Rechtsfrage ist, die erst bei Vorliegen des Endtextes tatsächlich beurteilt werden kann. Ich erinnere Sie daran, dass es einen Endtext für TTIP gibt und trotzdem sind die Rechtsfragen noch nicht letztlich geklärt, ob es ein Abkommen ist, das die Europäische Union allein oder ob es ein gemischtes Abkommen ist, das von den einzelnen nationalen Parlamenten zu ratifizieren wäre, ist. Wenn das Abkommen auch Gegenstände erfasst, für welche die Europäische Union weder eine nach innen noch eine nach außen gerichtete handelspolitische Kompetenz hat, gilt das Abkommen als sogenanntes gemischtes Abkommen und ist von der EU und allen Mitgliedsstaaten – ich betone: Von allen 28 Mitgliedsstaaten – zu unterzeichnen und zu ratifizieren, andernfalls ist ausschließlich die Europäische Union zuständig. Unter der Annahme, dass das Transatlantische Handelsabkommen ein gemischtes Abkommen sein wird, wofür nach dem derzeitigen Informationsstand vieles spricht, möchte ich darauf hinweisen, dass den Rahmen meines Handelns die Österreichische Verfassung darstellt. Unbestritten stellt ein Freihandelsabkommen, wie es TTIP allem Anschein nach sein wird, keine Gesamtänderung der Bundesverfassung dar, welches eine Volksabstimmung gem. Artikel 44 Abs. 3 Bundesverfassungsgesetz obligatorisch machen würde. In Frage kommen daher das Instrument der fakultativen Volksabstimmung gem. Artikel 43 BVG sowie das der Volksbefragung gemäß Artikel 49 BVG. Beide Instrumente wurden bislang aus guten Gründen mit Zurückhaltung genützt, je einmal zur Atomenergie – heute schon Gegenstand einer Beratung gewesen - und zur Wehrpflicht im Jahr 2013. Die Österreichische Bundesverfassung geht vom Grundsatz der repräsentativen Demokratie aus und setzt hier auch durch die Wahl die politische Verantwortung an. Dies macht Sinn gerade bei fachlich komplexen Themen. Ich weise in diesem Zusammenhang etwa darauf hin, dass Österreich in den letzten Jahren mehr als 60 Freihandelsabkommen abgeschlossen hat, erst seit 2009 ist dies eine Zuständigkeit der Europäischen Union und aus guten Gründen fühlt sich der Nationalrat bislang immer selbst befähigt, über deren Abschluss zu entscheiden. Um Missverständnisse zu vermeiden: Für den Fall, dass die Bundesregierung oder der Nationalrat die Abhaltung einer Volksabstimmung oder einer Volksbefragung beschließt - und nur diese beiden sind verfassungsrechtlich dazu befugt - werde ich mich selbstverständlich an der

öffentlichen Diskussion darüber, ob TTIP mehr Vorteile oder mehr Nachteile mit sich bringt, aktiv beteiligen. Ich bin aber, und betone das gerade vor dem Landtag Steiermark, der Ansicht, dass unsere verfassungsrechtlich vorgesehenen Prozesse der repräsentativen Demokratie sich gerade in diesen komplexen rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen gut bewährt haben.

Ad 9: Ich verweise auf die Beantwortung zu Frage 8.

Ad 10: Wie bereits ausgeführt kommt die Entscheidung über eine Volksabstimmung oder über eine Volksbefragung dem Nationalrat oder der Bundesregierung zu. Sie werden in weiterer Folge vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung angeordnet. Insofern erübrigt sich die Frage, ob ich als Mitglied einer Landesregierung auf europäischer Ebene die Durchführung eines Referendums ankündige.

Ad 11: Ein konkreter Zeitpunkt des Abschlusses der Verhandlungen zu TTIP ist mir nicht bekannt. Zu Ende der 13. Verhandlungsrunde, und das ist aktuell die letzte Verhandlungsrunde am 29.04.2016 gewesen, wurde seitens der Europäischen Kommission in einem Statement die Einschätzung abgegeben, dass die Verhandlungen noch 2016 abgeschlossen werden könnten. Dies allerdings nur, wenn das Verhandlungsergebnis aus Sicht der Europäischen Union stimmig ist. Ich persönlich bezweifle, dass dieser Zeitplan eingehalten werden kann, weil sie auch wissen, dass die amerikanische Seite im heurigen Jahr Präsidentschaftswahlen hat und ich gehe davon aus, dass ein Endpapier nicht vor der amerikanischen Präsidentschaftswahl vorliegen wird. Weshalb dieser Zeitplan aus meiner subjektiven Sicht so nicht haltbar sein wird.

Ad 12: Im Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP für die 17. Gesetzgebungsperiode 2015 bis 2020 des Landtages Steiermark, sind zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes, für die Steiermark und die steirischen Klein- und Mittelbetriebe vorgesehen. Konkret wurde u.a. die Arbeitsgruppe Deregulierung eingerichtet, die Vorschläge für Deregulierungs- und Bürokratieabbaumaßnahmen und zur Eindämmung der Gesetzesflut erstellt. Bereits bei der Erarbeitung von Rechtsvorschriften wird darauf Bedacht genommen, dass ein einfacherer Vollzug gewährleistet werden kann. Seitens des Wirtschaftsressorts des Landes muss ich darauf hinweisen, dass Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie verfassungsrechtliche Materien darstellen, für die dem Bund die Gesetzgebungskompetenz zukommt. Somit handelt es sich bei den meisten Vorschriften, mit denen Unternehmen konfrontiert sind, um Bundesvorschriften. Jedes Gesetz ist vor seiner Erlassung einem sogenannten Begutachtungsverfahren zu unterziehen, indem vor allem die

Interessenvertretungen ihre Bedenken vorbringen und Einfluss auf für sie nachteilige Bestimmungen nehmen können. Für Landesgesetze, deren Evaluierung nun unter der Federführung des Verfassungsdienstes vorgenommen werden kann, finden zweimal jährlich Besprechungen zwischen der Landesamtsdirektion unter Einbeziehung der betroffenen Abteilungen, der fachlich betroffenen Abteilungen und der Wirtschaftskammer Steiermark statt, indem konkrete Probleme der Landesgesetzgebung, aber auch jene der Vollziehung besprochen werden, um Lösungen auch für Unternehmen zu finden. Im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsressorts wurde das Tanzschulgesetz bereits vereinfacht und beim Lichtspielgesetz laufen derzeit weitere Bemühungen einer wesentlichen Verfahrensvereinfachung. Hinzuweisen ist auf den Landtagsbeschluss Nr. 70 vom 07. Juli 2015, mit dem die Anwendung des Bestbieterprinzips beschlossen wurde. Demnach ist bei Auftragsvergaben durch das Land bzw. durch landesnahe Gesellschaften, wie z.B. die steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft in meinem Wirkungsbereich, das Bestbieterprinzip unter Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien anzuwenden. Hier wurde insbesondere den Wünschen von Klein- und Mittelbetrieben und der Sozialpartner Rechnung getragen, um den Qualitätswettbewerb, also den Wettbewerb unter Befähigten, weiter zu fördern, Lohn- und Sozialdumping hintanzuhalten und durch die Berücksichtigung heimischer Unternehmen bestehende Arbeitsplätze zu sichern und nach Möglichkeit auch neue zu schaffen.

Zusammenfassend möchte ich daher nochmals festhalten, dass der Großteil der Gesetze im Bereich Gewerbe und Industrie ... (*Mikrofontausch*) Bitte, das ist eine Premiere als Alleinunterhalter, ich setze nunmehr fort und hoffe, es grummelt nicht mehr und werde versuchen mit dem Handmikrofon die Fragen entsprechend qualitativ zu lösen. Wie angesprochen, für die meisten Materiengesetze ist der Bund im Bereich von Gewerbe und Industrie zuständig. Im direkten Wirkungsbereich des Wirtschaftsressorts des Landes versuchen wir nach bestem Wissen und Gewissen unsere Maßnahmen einzuleiten und überbordende Bürokratie hintanzuhalten. Sie kennen persönlich mein Credo, nämlich dass sich der Landtag eher selbst als Gesetznehmer denn als Gesetzgeber verstehen sollte, ich glaube, das ist ein guter Ansatz. Ich bin persönlich kann einem anglikanischen Gesetzgebungsprinzip einiges abgewinnen. Das ist heute ein spannender Vortrag, ich habe andauernd irgendwelche Souffleure, aber ich fühle mich eigentlich befähigt, das noch selbst zu beantworten. Ich persönlich bin ja durchaus ein Fan der Sunset-Legislation, wo man zumindest nach einer gewissen Laufzeit von Gesetzen entweder eine Automatik ablehnt, dass

sie weiterlaufen, oder zumindest einmal nach einer gewissen Laufzeit von Gesetzen hinterfragt, ob sie so tatsächlich noch in Kraft sein müssen.

Zu den Fragen 13, 14 und 15: Im Rahmen der jährlich stattfindenden Wirtschaftsreferentenkonferenzen findet ein reger Informationsaustausch zwischen den Wirtschaftslandesräten der Bundesländer mit dem Wirtschaftsminister statt. Die dabei gefassten Beschlüsse werden an die Bundesregierung bzw. an die fachlich zuständigen Ressortminister herangetragen. In der Wirtschaftsreferentenkonferenz vom 07. und 08. April dieses Jahres in Innsbruck konnten mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner wesentliche Erleichterungen bei Genehmigungsverfahren für Unternehmen vereinbart werden. Zum Beispiel Betriebsanlagen mit geringem Gefährdungspotential sollen künftig rascher genehmigt werden, indem das Verfahren straffer geführt wird und es zu Vereinfachungen bei den Projektunterlagen kommen wird. Bei kleinen Betriebsanlagen soll die im Vorjahr beschlossene Freistellung von der gewerberechtlichen Genehmigungspflicht flächenmäßig ausgebaut werden. Künftig werden diesen Vorteil kleine Einzelhandelsbetriebe bis zu 400 m² Betriebsfläche nutzen können, bisher lag die Grenze bei 200 m². Es ist weiters geplant, dass Bezirkshauptmannschaften bei Betriebsgenehmigungsverfahren künftig noch stärker als One-Stop-Shop eingesetzt werden. Bisher mussten sich Unternehmen für die Genehmigung an die Bau-, Wasser-, Naturschutz- und Gewerbebehörde wenden. Diese Verfahrenskonzentration wird Unternehmern, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern eine spürbare Entlastung bringen. Im Zusammenhang mit einer Senkung der Lohnnebenkosten laufen seit Jahren Bemühungen der Sozialpartner und Interessenvertretungen. Seitens des Bundes wurde im November 2015 vom Nationalrat eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten beschlossen. Ich hätte mir immer noch ein bisschen mehr vorstellen können, aber wir müssen auch sehen, dass auch das Bundesbudget angespannt ist. Für die heimischen Unternehmen bedeutet das jedenfalls eine finanzielle Entlastung bei den Arbeitskosten. Konkret werden die Arbeitgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds 2017 um 0,4 Prozentpunkte und 2018 um 0,2 Prozentpunkte auf letztlich 3,9 % der Bruttolohn- und Gehaltssumme gesenkt. Mit 01. Jänner 2016 ist bereits der Beitrag zum Insolvenzentgeltsicherungsfonds um 0,1 Prozentpunkte auf 0,35 % gesunken. Die Lohnnebenkostensenkung um insgesamt 0,7 Prozentpunkte ist ein wichtiges Signal für die Entlastung der heimischen Unternehmen und ein bedeutender Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich. Die Wirtschaftskammer Österreich geht dabei von einer Senkung der Lohnnebenkosten für die heimischen Unternehmen bis 2018 von fast einer

Milliarde Euro aus, dadurch sollten bis zu 14.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Zur Frage einer Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge muss festgestellt werden, dass die Pflichtversicherung nach dem gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, GSVG, ausschließlich in der Kompetenz des Bundes, nämlich des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz liegt und von der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft administriert wird. In diesem Zusammenhang darf ich darauf verweisen, dass die soziale Absicherung von Selbstständigen in Österreich umfassend ausgebaut worden ist. So wurde beispielsweise das Krankengeld für Selbstständige eingeführt, das Wochengeld verdoppelt, eine freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige geschaffen und die Möglichkeit, Ansprüche auf Arbeitslosengeld aus vorheriger unselbstständiger Tätigkeit mitzunehmen. Mit der Selbstständigenvorsorge wurde eine Zusatzpension eingeführt. Der Ausbau der sozialen Sicherheit ging mit finanziellen Entlastungen der Beitragszahler einher. Beispielsweise wurde der Krankenversicherungsbeitragssatz auf das Niveau der Beschäftigten gesenkt, die Mindestbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung halbiert, die Beiträge der Zusatzkrankenversicherung stark reduziert, der Selbstbehalt bei Erreichen von Gesundheitszielen halbiert und eine rasche, unbürokratische Hilfe bei der Beitragszahlung in Notfällen geschaffen. Mit 01. Jänner 2016, also mit Beginn dieses Jahres, haben gering verdienende Selbstständige statt wie bisher 55,39 Euro nur noch knapp über 30 Euro monatlich an Krankenversicherungsbeiträgen zu leisten. Damit wird die Mindestbeitragsgrundlage zur Krankenversicherung für Selbstständige auf das Niveau der Geringfügigkeitsgrenze bei Arbeitnehmern gesenkt, von 724,02 Euro auf 405,98 Euro. Dadurch konnte die Ungleichbehandlung zwischen unselbstständig Beschäftigten und Selbstständigen bei der Zahlung der Mindestbeiträge abgeschafft werden, womit auch Selbstständige mit geringen Einkünften entlastet werden. Die Wirtschaftskammer Steiermark beziffert die Ersparnisse für den einzelnen Selbstständigen mit jährlich bis zu 290 Euro. Insgesamt bedeutet dies eine jährliche Entlastung für Österreichs Selbstständige von in etwa 40 Millionen Euro. Insbesondere für Ein-Personen-Unternehmungen und Kleinunternehmen wurde in den letzten Jahren die Absicherung bei krankheits- und unfallbedingten Ausfällen verbessert, neben der Möglichkeit des Abschlusses einer Zusatzversicherung in der Krankenversicherung stehen ohne zusätzliche Beitragsleistung die Betriebshilfe, die im Übrigen sehr gut angenommen wird, die Unterstützungsleistung bei lang andauernder

Krankheit, die Überbrückungshilfe und Leistungen aus dem Unterstützungsfonds zur Verfügung.

Zu den Fragen 16, 17 und 18: Ich gehe davon aus, dass mit dieser Frage die Konstellation von Entsendungen im Sinne der EU-Entsenderichtlinie gemeint ist. Dazu hat die Europäische Kommission im März dieses Jahres einen Vorschlag vorgestellt, der die Entsenderichtlinie aus dem Jahr 1996 überarbeiten soll. Dies ist insbesondere auf Druck von Mitgliedsstaaten wie Österreich, Frankreich, Belgien oder Deutschland erfolgt, wo zahlreiche entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig sind. Die meisten Menschen, die kurzzeitig für eine ausländische Firma in Österreich arbeiten, kamen aus Slowenien, nämlich 30 % und Deutschland, 27 %. Andere wichtige Herkunftsländer sind Ungarn, die Slowakei, Polen und Italien. Die im März vorgeschlagenen Änderungen der Entsenderichtlinie sehen eine Nachschärfung vor. Der Vorschlag geht dahin, dass künftig von Firmen ins Ausland entsandte Arbeitnehmer gleich viel verdienen wie lokale Arbeitnehmer. Bisher galten für Arbeitnehmer nur Mindestlohnsätze, entsandte Beschäftigte hatten keinen Anspruch auf Prämien oder Zulagen. Weiters will die Kommission die Länder dazu verpflichten, also die Nationalstaaten, die Entsenderichtlinie auf alle Branchen auszuweiten. Derzeit gilt das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nur für das Baugewerbe und die Mitgliedsstaaten können selbst entscheiden, ob sie allgemein verbindliche Kollektivverträge auf entsandte Arbeitnehmer in anderen Sektoren anwenden wollen. Es bleibt also den Staaten überlassen, ob sie die Kollektivverträge für verbindlich erklären oder nicht. In Österreich und neun anderen Nationalstaaten sind die Kollektivverträge hier bereits in sämtlichen Branchen für entsandte Arbeitnehmer verpflichtend. Die Entsenderichtlinie trägt daher wesentlich dazu bei, Lohn- und Sozialdumping zu bekämpfen. Die nun beginnenden Verhandlungen zur Änderung der Entsenderichtlinie sind aus meiner Sicht wichtig, um den zitierten Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umzusetzen. Dies geht allerdings nur mit einem geeigneten Vollzug der europäischen und österreichischen Regelungen. Ich bin der Überzeugung, dass wir derzeit viel zu wenig aus den bestehenden Regelungen herausholen. Bevor es um Abschottung geht, die nicht zuletzt der heimischen Wirtschaft schaden würde, muss das Hauptaugenmerk darauf liegen, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen. Ziel – und zwar gemeinsames Ziel – muss es sein, einen fairen Wettbewerb unter Befähigten möglich zu machen. Im Land Steiermark ist laut Geschäftsein- und -verteilung der Steiermärkischen Landesregierung Frau Landesrätin Mag Doris Kampus für Arbeitsrecht zuständig. Die Bestimmungen zur Bekämpfung von Lohndumping finden sich in Österreich im Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz.

Dieses Gesetz soll novelliert werden und wurde kürzlich einer Begutachtung unterzogen. In einer Stellungnahme an die federführende Abteilung 11, Soziales, Arbeit und Integration, wurde vom Wirtschaftsressort die Einhaltung von fairen Wettbewerbsbedingungen und die Reduktion des bürokratischen Aufwandes für Unternehmen gefordert, um die Interessen der österreichischen, insbesondere der steirischen Unternehmen und damit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu wahren.

Zu den Fragen 19, 20 und 21: Die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist in den EU-Verträgen festgeschrieben. Um diese zu ändern, müssten alle 28 EU-Mitgliedsstaaten zustimmen. Dies erscheint derzeit äußerst unrealistisch. Bei der Debatte um die Abschottung von Arbeitsmärkten wird gerne übersehen, dass gerade die Steiermark als exportorientiertes Bundesland von den Vorteilen – ich habe das eingangs erwähnt –, die mit der Öffnung des Arbeitsmarktes einhergegangen sind, profitiert. Im Jahr 2015 entfielen in der Steiermark 12,3 % der Beschäftigungsverhältnisse, das sind rund 59.000, auf Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft. Damit lag die Steiermark weit unter dem Österreichdurchschnitt von 17,8 %, den höchsten Ausländeranteil bezüglich der unselbstständig Beschäftigten verzeichnen dabei die Bundesländer Wien, 24,7 %, und Vorarlberg, 23 %; den geringsten die Steiermark und unser Nachbarbundesland Kärnten mit jeweils 12 %. Diese Beschäftigten bezahlen Steuern und Sozialabgaben in Österreich, einige Branchen benötigen dringend ausländische Arbeitskräfte. Allerdings braucht es deutlich mehr Kontrolle im Vollzug der Bereiche Entsendung bzw. Überlassung von Arbeitskräften nach Österreich. Zur Zuständigkeit in arbeitsrechtlichen Fragen verweise ich auf die Beantwortung zu den Fragen 16 bis 18.

Zu den Fragen 22, 23 und 24: Bekanntermaßen nimmt Österreich bei den EU-Sanktionen gegen Russland eine moderate Position ein. Auch ich bin der Meinung, dass erstens der Dialog nicht enden darf. Wenn es sogar mit Ländern wie dem Iran nach vielen Jahren von Wirtschaftssanktionen wieder gelungen ist eine gemeinsame Grundlage für wirtschaftliche Kooperationen zu finden, dann bin ich davon überzeugt, dass uns das auch mit Russland gelingen muss und gelingen wird. Zweitens ist aber auch klar, dass Österreich keinen Alleingang innerhalb der Europäischen Union machen wird. Es muss allerdings in der Diskussion innerhalb der Europäischen Union deutlich gemacht werden, dass die Sanktionen bisher politisch nichts gebracht haben und wirtschaftlich für beide Seiten nachteilig waren. Die zukünftige Vorgangsweise bei den Sanktionsmaßnahmen ist dann an die weitere Entwicklung in der Region geknüpft und wird in der Europäischen Union laufend neu

bewertet. Im März 2015 hat der Europäische Rat die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Mitgliedsstaaten die Dauer der Wirtschaftssanktionen von der vollständigen Umsetzung des Abkommens von Minsk vom Februar 2015 abhängig gemacht. Diese gelten nun bis zum 31. Juli 2016, dann wird eine Neubewertung der Umsetzung dieses Abkommens durchgeführt. Die Beschlüsse darüber, ob diese bis 31. Juli 2016 verlängerten Wirtschaftssanktionen gegen Russland fortgeführt werden, liegen beim Europäischen Rat. Dieser befindet darüber, ob die Fortschritte im Minsker Prozess aus Sicht der EU ausreichend sind, um die bestehenden Sanktionen aufzuheben. Dementsprechend geht es darum, die allgemein als nicht zufriedenstellend zu bezeichnende Entwicklung des Minsker Prozesses zu verbessern. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass bilaterale Handels- und Wirtschaftsfragen im Rahmen der österreich-russisch gemischten Kommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit erörtert werden. Hier wurde jüngst im Februar 2016 durch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner die Ausweitung der russisch-österreichischen Modernisierungspartnerschaft auf insgesamt 26 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 4 Milliarden Euro vereinbart. Was ich konkret zur Unterstützung der steirischen Wirtschaft, die unter diesen Sanktionen zu leiden hat, tun kann und auch in den letzten Monaten laufend getan habe, ist, meine Kontakte und Funktion als Vorsitzender der Fachkommission für Wirtschaftspolitik im Ausschuss der Regionen zu nützen, um in vielen bilateralen Gesprächen den tatsächlichen und konkreten Schaden zu Lasten der heimischen Wirtschaft so gering wie möglich zu halten.

Zu den Fragen 25. bis 29:

Wie ich schon in der Landtagssitzung am 19. Mai 2015 ausgeführt habe, es sind die AMS-Zahlen zum Lehrstellenmarkt Ende April nicht wirklich aussagekräftig, weil sich der Lehrstellenmarkt erst im Sommer nachhaltig bewegt. Die Ausbildungsbetriebe nehmen neue Lehrlinge auf, vor allem in den Monaten Juli, August und September. Wenn man die Lehrlingsdaten Ende April 2016 heranzieht, in denen alle gemeldeten offenen Lehrstellen und Lehrstellensuchende enthalten sind, und nicht nur die sofort verfügbaren, ergibt sich sogar ein rechnerischer Lehrstellenüberhang von 549 Lehrstellen, nämlich 2.327 offene Lehrstellen, denen 1.778 Lehrstellensuchende gegenüberstehen. In dieser Zahl sind die vielen offenen Lehrstellen von Betrieben, die das AMS bei der Vermittlung nicht einschalten, weil sie das nicht benötigen und ihre Lehrstellen leicht selbst besetzen können, gar nicht enthalten. Von einem massiven Lehrstellenrückgang kann daher aus meiner Sicht nicht gesprochen werden. Faktum ist, dass die Anzahl der Lehrlinge weiterhin abnimmt, diese Tatsache ist durch die

stark rückläufige Demografie, die zunehmende Konkurrenz durch den rein schulischen Bildungsweg sowie die weitere sinkende Einstiegsqualifikation der Jugendlichen bei gleichzeitigem Steigen der beruflichen Anforderungen bedingt. Ein direkter Zusammenhang mit der Lehrstellenförderung ist nicht erkennbar. Derzeit ist der Unterausschuss „Lehre“ eingerichtet, der sich genau mit diesen Fragen beschäftigt. Dem Ergebnis dieses Unterausschusses möchte ich nicht vorgreifen. Ich darf in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass auf Landesebene mit unseren Programmen, wie dem Ausbildungsverbund Metall, mit dem Förderungsprogramm Profi-Lehre, mit Take Tech, wo wir junge Menschen in die Betriebe bringen und durch Netzwerke in weiterer Folge auch in Beschäftigungsverhältnisse überführen können, oder durch die BerufsfindungsbegleiterInnen, schon sehr viel gelungen ist. Ich darf außerdem daran erinnern, dass der ursprüngliche Blum-Bonus durch das derzeitige System der Bundeslehrstellenförderung abgelöst wurde. Dieses Fördersystem ist sehr ausdifferenziert und sieht mehr als 15 verschiedene Förderkategorien vor. Dieses bundesweite Fördersystem wurde durch das österreichische Institut für Bildungsforschung und das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft gerade umfangreich evaluiert. Die Untersuchungen, Ergebnisse und Empfehlungen wurden vergangene Woche im Wirtschaftsministerium vorgestellt. Mögliche Änderungen der bestehenden Förderrichtlinien werden nach meinen Informationen von den beteiligten Ministerien und Sozialpartnern in den nächsten Wochen und Monaten diskutiert. Ich möchte diesem Prozess ebenfalls nicht vorgreifen und würde es für sinnvoll halten, die Überlegungen des ehemaligen Regierungsbeauftragten Egon Blum zu einem neuen Bonus in diese Diskussion einfließen zu lassen. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, dass der ursprüngliche Blum-Bonus mit einer Hochkonjunkturphase zusammengefallen ist und auch die für den Lehrstellenmarkt relevante Demografie sich damals noch sehr positiv entwickelt hat. Zur Einführung eines überparteilichen Lehrlingsbeauftragten darf ich festhalten, dass Lehrstellen und Arbeitsplätze nur durch unsere Unternehmerinnen und Unternehmer geschaffen werden können und nicht durch einen zusätzlichen Beauftragten. Das habe ich aber in Anfragebeantwortungen bereits mehrfach erläutert. Liebe Damen und Herren des Landtages und lieber Regierungskollege Hans Seitinger, meine sehr geehrten Damen und Herren, das war eine längere Anfragebeantwortung. Ich weiß, dass das strapazierend ist, ich wollte aber diese Anfrage, diese Dringliche Anfrage, sehr, sehr ernst nehmen und sie auch sehr ernst beantworten. Sie sehen, dass wir uns im Wirtschaftsressort, sofern wir rechtliche Möglichkeiten haben, aber insbesondere dann auch in den europäischen Kontakten, sehr bemühen, beste

Rahmenbedingungen für die steirischen Unternehmen zu schaffen, damit sie entsprechend unserem, glaube ich, gemeinsamen Ziel, Arbeitsplätze in der Steiermark absichern können, und wenn es geht, neue Arbeitsplätze schaffen können und damit Wertschöpfung ins Land bringen, aber damit auch eine Wohlstandsmehrung erzielen, was in letzter Konsequenz, glaube ich, auch Aufgabe einer verantwortungsbewussten Landespolitik ist. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.56 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: So, jetzt ersuche ich um kurze Rückmeldung: Ist das Mikro in Ordnung? Okay, weil von hier war das nicht zu vernehmen, dass man unten nichts hört.

Wir kommen damit zum Einbringen der zweiten Dringlichen Anfrage. Sie wurde am Montag, dem 02. Mai 2016 um 22.02 Uhr von Abgeordneten der Grünen an Herrn Landesrat Seitinger eingebracht, betreffend „Schutz der steirischen Landwirtschaft vor dem Hintergrund der aktuellen TTIP-Enthüllungen“. Ich erteile dem Herrn Klubobmann Lambert Schönleitner das Wort zur Begründung und weise auch dich auf die Redezeitbegrenzung für die Begründung von 20 Minuten hin.

LTabg. Schönleitner – Grüne (16.57 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Herr Landesrat hat es gesagt, es ist anstrengend, so eine lange Beantwortung, aber es waren 29 Fragen, ich glaube, wir sollten uns gemeinsam schon einmal darüber unterhalten, wie weit wir Dringliche fassen, denn der letzte Teil der Beantwortung war ganz viel Lehrlingsausbildung, auch ein wichtiges Thema, aber mit TTIP und da möchte ich nunmehr kurz – ich probiere es kompakt zu machen – zurückkommen, hat das eigentlich nur mehr indirekt zu tun gehabt. Ich verstehe aber, Sie haben es beantworten müssen, aber ich glaube, die eigentliche Frage, die am Tisch liegt, ich möchte nicht mehr die ganzen Dinge wiederholen, die gesagt wurden, ist, wann kommt der Punkt, und das sage ich jetzt speziell nach Ihren Ausführungen, Herr Landesrat Buchmann, wann die Landesregierung sagt oder die Bundesregierung: „Wir stehen von diesem Verhandlungstisch auf, die Europäische Union, weil gewisse Dinge nicht erfüllt sind.“ Sie sagen immer nur, wir reden weiter, weil es ist wichtig und das ist gut. Ich bin völlig bei Ihnen, und ich möchte das auch vorweg schicken und das ist auch für uns Grüne klar, das Handelsabkommen oder auch globalisierte Abkommen natürlich einen Sinn haben können, ganz sicher, wenn es um Arbeitsplatzsicherheit geht, auch wenn es um Standards geht, in bestimmten Bereichen, wenn

es um technische Dinge geht, die wichtig sind, zum Beispiel für die Automobilindustrie, dann macht das Sinn. Aber was völlig ausgeblendet wurde in der Debatte - und auf das möchte ich noch einmal zurückkommen - das ist ja, dass Ihr uns eigentlich jetzt seit Monaten, ja nahezu seit 2013, glaube ich, laufen diese Verhandlungen, erzählt ihr: „Alles ist paletti, alles quasi geht in die richtige Richtung und es ist noch nicht abgeschlossen, aber grundsätzlich verhandeln wir weiter“, und in Wirklichkeit - das ist ja der Grund, warum wir die Dringliche Anfrage eingebracht haben, und das ist jetzt ausgeblendet gewesen - waren es genau die Dokumente von Greenpeace, die veröffentlicht wurden, die uns eigentlich genau das Gegenteil belegen, von dem was ihr uns dauernd sagt's. Nämlich Ihr sagt's dauernd: „Es wird eh besser, wir bringen eh unsere Vorschläge ein, und es entwickelt sich alles in die richtige Richtung“, und die Kommission und das Europäische Parlament usw. alles würde den Prozess in die richtige Richtung lenken, und in Wirklichkeit schaut es aber anders aus. Das ist ja das Problem. Ja, du schüttelst den Kopf (*LTA*bg. Mag. Pichler-Jessenko: „Nur bei der Industrie, in den technischen Produkten, hast du jetzt auch gesagt, in der Landwirtschaft nicht, bitte!“) Es ist so, es ist aber wichtig, ein paar Dinge vorweg, bevor man in so einen Prozess geht, sicherzustellen, und wenn ich dem Herrn Landesrat jetzt zugehört habe, hat er ja nicht einmal sagen können, ob das ein gemischtes Abkommen ist oder nicht. Offenbar ist das noch nicht klar, und wenn ich aber so verhandle, auf so einer Basis, dass ich noch nicht einmal während des Prozesses weiß, ob es am Ende die Nationalstaaten sind oder die europäische Ebene ist, die entscheidet, dann stimmt wahrscheinlich etwas nicht in der Vorbereitung dieser Gespräche. Und das ist ja das, warum so viele Menschen – es sind schon wesentlich mehr als 70 %, wie wir wissen, die gegen diese Verhandlungen sind - warum es eine derart große Skepsis eigentlich gibt. Aus unserer Sicht wäre es höchst erforderlich und notwendig zu sagen: Wenn es darum geht, für unsere Märkte, für unseren wirtschaftlichen Bereich, auch für unsere Arbeitsplätze etwas weiter zu bringen, dann müssen ein paar Dinge sicher gestellt sein. Und ich formuliere es bewusst ganz einfach, das gibt es ja sogar in manchen gesetzlichen Grundlagen auf europäischer Ebene – im Naturschutz ist es zum Beispiel so – so etwas wie ein Verschlechterungsverbot festzulegen. Ja, es ist ja völlig klar, das habt Ihr ja jetzt auch so gesagt, das würde so sein, als wäre es euch wichtig, dass Standards nicht nach unten gehen. Jetzt sind aber diese Greenpeace Papiere am Tisch und was sehen wir? Im Gegenzug (*LTA*bg. MMag. Eibinger-Miedl: „Das ist ja kein Ergebnis!“) bei Verhandlungen mit dem Automobilindustriebereich war es so, dass natürlich (*LTA*bg. Riener: „Das ist ja die Ausgangssituation!“) die europäische Ebene unter Druck kommt und offenbar auch nachgibt,

spricht, es hat nicht gestimmt, was die Kommissarin Malmström hier behübscht hat, dass es schlechter wird in der Verhandlungsposition für uns und dass es eigentlich ein stückweises Nachgeben gibt. Und das ist es, was die Menschen aufregt. Das ist das Erste, das eigentlich gesagt wird: „Es geht eh in die richtige Richtung!“ Ihr habt aber nie den Mut oder das Rückgrat, um von diesem Verhandlungstisch - und da wende ich mich jetzt auch an dich, geschätzter Herr Agrarlandesrat, weil die Landwirtschaft trifft es ja zweifellos am stärksten - einmal aufzustehen. Man kann einfach unter bestimmten Bedingungen nicht mehr weiter verhandeln. Das ist so ein Punkt. Es muss zum Beispiel vom Tisch sein, ein weiterer wichtiger Punkt, diese Sache mit den privaten Schiedsgerichten. Das muss man vorweg formulieren, das ist ganz wichtig. Das muss vom Tisch, sonst wird nicht verhandelt, ja. Da kann man nicht weiter verhandeln, wenn das immer noch so im Raum steht oder sogar noch stärker wird. Regulatorische Kooperation war ein Stichwort. Heute schon erklärt, wo es quasi darum geht, dass man schon vorweg auf die Gesetzgebungen Einfluss nimmt und sagt: „Na ja, das lassen wir uns eigentlich gar nicht bieten“, oder das soll für uns völlig unmöglich sein. Das muss natürlich vom Tisch. Der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, hin zu deregulieren, hin zu privatisieren, das muss vom Tisch, das wünscht sich die Bevölkerung, in vielen Ländern Europas, nicht nur bei uns. Es ist speziell in Deutschland der Widerstand groß, es ist bei uns der Widerstand groß, auch in Luxemburg. Das sind die Kernländer. Aber in vielen Bereichen wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger, dass diese Dinge wegkommen. Und der wichtigste Bereich sind natürlich die gesunden Lebensmittel. Wir haben uns eigentlich jahrelang bemüht und vieles ist auch gelungen in diesem Bereich, zu sagen: Wir können auf den europäischen Märkten nur bestehen, wenn wir die Qualitäten sichern und nicht in Richtung Quantität gehen. Und darum ist natürlich der Aufschrei groß, wenn wir jetzt einen neuen Markt bespielen – in der Landwirtschaft ist es ja nicht so, wie es bei anderen wirtschaftlichen Bereichen ist, dass die USA ein ganz wichtiger Partner wäre, das ist eher ein kleiner Partner in diesem Bereich, da ist die Angst natürlich zu Recht groß – dass alles das, was wir über Jahre aufgebaut haben, in Wirklichkeit mit dieser Entscheidung für CETA und TTIP – CETA ist ja schon weiter, das ist ja quasi die Proberakete auch für die TTIP, wie es in Wirklichkeit dann ausschaut – dass wir letztendlich durch Zugeständnisse in diesem Bereich, diese wertvollen Dinge, die wir alle gemeinsam weitergebracht haben, letztendlich über Bord werfen, und das verstehen die Menschen nicht. Jetzt haben wir wieder eine Enthüllung gehabt, jetzt sind wieder Dokumente am Tisch, aber was sagt die Bundesregierung? Rupprechter ist zwar entsetzt, grundsätzlich Kritik, aber wir verhandeln weiter. Und wir

glauben, es wäre wichtig, bevor man überhaupt andenken kann, mit den USA in derartige Verhandlungen zu gehen, ein paar Dinge festzulegen, und das waren die Dinge, die ich gesagt habe. Die Transparenz ist auch so etwas. Europa ist total wichtig, und ich glaube, das europäische Projekt ist durch nichts zu ersetzen. Es war ja auch die Idee, der europäischen Integration oder ein wesentlicher Teilbereich, zu sagen: Wenn wir nicht nur in den Nationalstaaten denken, sondern gemeinsam in Europa denken, dann gelingen uns auch Qualitäten – seien es soziale Standards, sei es Produktqualität, seien es Umweltstandards – im Vergleich zu asiatischen Märkten, aber auch vor den amerikanischen Märkten zu schützen. Das war auch eine Idee. Das haben wir seinerzeit gesagt, ich glaube im Übrigen, dass man den EU-Beitritt nicht mit diesem Abkommen jetzt direkt vergleichen kann, so wie Sie das gemacht haben, aber das war die Idee, zu sagen: „Wir werden größer, damit wir auch Standards sichern können.“ Darum ist natürlich die Verunsicherung groß und völlig verständlich, wenn jetzt hergegangen wird und Stück für Stück sichtbar wird, dass all das, was mühevoll und nicht leicht aufgebaut wurde, über Bord geworfen wird. Und gerade aus dem Bereich der Landwirtschaft würde ich mir erwarten, dass es jetzt einmal heißt: „Stopp, wir wollen diese Verhandlungen unterbrechen, solange diese fünf Säulen nicht sichergestellt sind. Das sind die Schiedsgerichte, das ist die regulatorische Kooperation, das sind die öffentlichen Dienstleistungen, es sind die Standards bei Lebensmitteln und im Tierschutz, im Umweltbereich und auch natürlich die Transparenz, solange verhandeln wir nicht weiter.“ Und da würde ich mir heute erwarten - und jetzt ist die Debatte ja ein bisserl abgeglitten, in einen anderen Bereich hinein - dass wir heute vielleicht Antworten bekommen von der Landesregierung: Was wird wirklich getan? Gibt es jetzt einmal dieses Zurückgehen, Aufstehen vom Verhandlungstisch und zu sagen, diese Dinge müssen sicher gestellt sein oder gibt es das nicht? Ich glaube, das sind die Dinge, die die Menschen auch interessieren und das europäische Projekt wird nur gelingen, es wird nur dann gelingen – bin ich fest überzeugt – wenn wir es schaffen, die Bürger auch demokratisch und transparent einzubinden. Es passiert eigentlich dauernd das Gegenteil. Die Kommission macht irgendetwas, da gibt es irgendwelche Leseräume und die Dinge, die eigentlich versprochen wurden, werden nicht sichergestellt. Aus unserer Sicht ist es natürlich klar, es werden die nationalen Parlamente sein, die das letzte Wort haben sollen. Ich nehme an, dass die Parlamente hoffentlich nicht 80 % der Bevölkerung ignorieren werden, davon gehe ich aus, speziell im gegenwärtigen Zustand auch unserer Bundesregierung, ganz offen ausgesprochen, und das letztendlich am Ende dieses Mitnehmens hinein in die Demokratie auf europäischer Ebene das Wichtigste ist,

um das europäische Projekt zu festigen. Wenn es ein Verschlechterungsverbot gibt, wenn wir es schaffen, festzulegen, dass Standards nicht gesenkt werden, wenn es eine Transparenz gibt, über diese Verhandlungen, wenn es am Ende so ist, dass es der Autoindustrie nützt – volle Grüne Unterstützung – dass wir zum Beispiel im E-Mobilbereich sagen: „Ja selbstverständlich ist es geseheit, dass man die Ladestationen in Amerika und bei uns oder in anderen Bereichen deckungsgleich machen, um hier quasi auch einen wirtschaftlichen Vorteil zu haben“, auch im Bereich der Umwelt etwas weiterzubringen, da wird ja niemand von uns nein sagen, aber das Problem ist, dass das Begehren der USA hier ganz ein anderes ist. Darum glaube ich, wäre es wichtig, hier endlich den Schlusstrich zu ziehen, nicht unter diesen Bedingungen weiter zu verhandeln und letztendlich auch hinter unseren Bäuerinnen und Bauern zu stehen, hinter unseren Betrieb zu stehen und die große Kritik der Bevölkerung, die es gibt, hier ernst zu nehmen. Denn wenn wir das nicht tun, dann wird am Ende das europäische Projekt natürlich weiter leiden, wie es derzeit in vielen Bereichen leidet, in dem der Bevölkerung immer signalisiert wird: Ja wir tun schon, wir machen schon, aber in Wirklichkeit ist die Einbindung, die Breite, die Qualität, die wir letztendlich versprochen haben, in keiner Weise hergestellt. Aus diesem Grund darf ich jetzt die Fragen an dich richten, Herr Landesrat Seitinger, in Bezug auf die Landwirtschaft. Wir haben nicht 29 Fragen, wir haben sechs Fragen. Ich wünsche mir natürlich klare Antworten, sie müssen nicht ganz so ausführlich sein, wie die vom Landesrat Buchmann, aber wichtig wäre mir zu sagen, (LTAbg. Karl Lackner: „Immer heißt es: Zu wenig Auskunft!“) wie stehst du persönlich, wie stehst du persönlich zu TTIP? Man kann es ganz einfach beantworten: Bist du für einen Abbruch der Verhandlungen? Das will ich jetzt wissen, das wollen die Grünen wissen. Bist du dafür einen Neustart zu machen oder bist du auch der Meinung, dass diese Verhandlungen auf der sehr, sehr problematischen Ebene, wie sie jetzt geführt werden, auch in Zukunft weitergehen sollen?

Ich darf nun meine Fragen verlesen.

1. Welche Auswirkungen würde das CETA-Abkommen auf die steirische Landwirtschaft haben?
2. Werden Sie auf den Wirtschaftsminister einwirken, damit er einer vorläufigen Anwendung des CETA-Abkommens ohne Einbindung des Nationalrates nicht zustimmt und das CETA-Abkommen in der vorliegenden Form ablehnt und nicht unterzeichnet?
3. Welche Auswirkungen würde das TTIP-Abkommen vor dem Hintergrund der aktuellen Enthüllungen auf die steirische Landwirtschaft haben?

4. Können Sie ausschließen, dass es durch CETA und TTIP zu einem Bauernsterben und Qualitätsverfall landwirtschaftlicher Produkte kommen wird?
5. Sind Sie als Agrarlandesrat dafür, dass die CETA- und TTIP-Verhandlungen vor dem Hintergrund der aktuellen Enthüllungen gestoppt werden?
6. Wenn ja, werden Sie die Bundesregierung auffordern, dass diese die TTIP-Verhandlungen auf europäischer Ebene abbricht?

Ich ersuche um Beantwortung der Fragen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 17.09 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ja, dann erteile ich dem Landesrat Johann Seitinger das Wort zur Beantwortung der Dringlichen. Bitte Hans.

Landesrat Seitinger - ÖVP: *(17.09 Uhr):* Danke, geschätzte Frau Präsidentin, lieber Herr Landesrat, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten und auch Damen und Herren in den Zuschauerreihen und die via Livestream verbunden sind!

Bevor ich zur Beantwortung dieser sechs Fragen komme, lieber Herr Kollege Schönleitner, und danke auch für die Fragen, möchte ich vielleicht noch die eine oder andere Vorbemerkung zum Thema CETA und TTIP hier anfügen. Ich bin schon relativ lange im internationalen Handelsgeschäft, auch in meiner Vorposition, sozusagen als Geschäftsführer habe ich auch Unternehmen geleitet, die mit anderen Ländern viel geschäftlichen Kontakt hatten und so bin ich mit diesen Handelsverträgen schon sehr, sehr lange vertraut. Auch vor der EU gab es schon viele Liberalisierungen, die uns gepasst oder auch nicht gepasst haben und geordnete Vertragseinheiten, die uns nicht gepasst und auch gepasst haben. Je nachdem aus welchem Standpunkt heraus, man eben die Sache betrachtet. Das ist nun mal so, aber eines ist einmal sicherlich klar: Es hat bisher kein einziges Handelsabkommen, das ich in meiner Zeit sozusagen hier beobachten durfte, gegeben, dass so intensiv, so emotionell und so kontroversiell diskutiert wurde, wie diese Abkommen CETA und TTIP. Das ist sicherlich klar, und zwar nicht nur in Wirtschaftskreisen diskutiert wurde, sondern ebenso breit in der Gesellschaft. Und hier sieht man, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn Emotionen regieren, dann hat es die Politik immer besonders schwer. Das ist einmal so und genau, das sollte man auch wissen, und das stelle ich gleich vorweg, und das hat auch Christian Buchmann sehr deutlich gesagt, dass gerade dann, wenn also hier die Sensibilität ganz fett und dick geschrieben ist, und die Emotionen eben regieren, dass man hier ein besonderes Maß an Transparenz und Öffentlichkeit leben soll bei den Verhandlungen, das

leider hier in dieser Gesamtsicht nicht passiert ist. Fakt ist aber und das sollte uns schon klar sein, dass der internationale Freihandel eine immer größer werdende Stellung einnimmt, die Globalisierung eine immer größere werdende Stellung einnimmt und die Schaffung von Freihandelszonen und die Abschaffung von Handelshemmnissen natürlich immer bedeutender werden. Das ist überhaupt keine Frage und grundsätzlich sollten auch Verhandlungen - Österreich führt im internationalen Kontext - jetzt nicht negativ gesehen werden, zumal - und das hat auch Christian Buchmann sehr deutlich heraus gearbeitet - wir ja eine Exportnation sind, die jeden zweiten Arbeitsplatz mit dem Exportprodukt auch begründet. Einseitig kann man Handelsbeziehungen sehr selten sehen, das weiß ich auch aus der Praxis, das ist meistens eher ein kurzfristiges Geschäft aber niemals ein langfristiges Geschäft. Auch beim TTIP - und das sehe ich durchaus so - gibt es sicherlich viele Ansätze, die für die Industrie, auch für große Teile des gewerblichen Lebens, der gewerblichen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sind, und die durchaus auch wesentliche Erleichterungen bringen können. Also das sehe ich durchaus im Positiven. Aus dem Blickwinkel der Landwirtschaft jedoch, meine sehr geschätzten Damen und Herren, und auch aus der Lebensmittelwirtschaft heraus in der veredelten Form, Stichwort: Vorsorgeprinzip, Risikoprinzip, die zwei Teile haben wir heute schon gehört, jedoch ist diese Bewertung, insbesondere für die kleinstrukturierten und benachteiligten Gebiete und Betriebe sehr, sehr differenziert zu sehen und auch zu betrachten. Ich war selbst eine Zeitlang in Kalifornien und ich kann Ihnen sagen, wenn eine Harris Ranch zum Beispiel, die also hier Rindfleisch produziert, mit etwa 100.000 Rindern, ein Angebot schafft und europäische oder globale Märkte bedient, dann werden die natürlich einen anderen Preis für die Produkte machen können, als ein steirischer Bergbauer, der im Schnitt mit 30, 40 Rindern hier seinen Betrieb führt. Das gilt auch für Milchproduktionsstätten. Wenn man 3.000, 4.000, 5.000 Kühe im Stall hat - und das ist also in Amerika keine Seltenheit - kann man Milch mit einem Erzeugerpreis, der etwa ein Viertel von dem ist, das ein Bergbauer von uns braucht, produzieren, und das wissen wir auch, und das spüren wir ja auch jetzt schon im berühmten Freihandel sozusagen, den wir in Europa haben, ja nicht auf unseren Willen hin, sondern gegen unseren Willen hin, als auch die Quote der Milch zum Beispiel, aufgelassen wurde. Von den wirtschaftlichen Vorteilen, die in Großstallungen sozusagen erwirtschaftet werden, im Geflügelbereich, im Schweinebereich will ich gar nicht sprechen, da lachen die Amerikaner nur, wenn man mit ihnen spricht und ihnen sagt, dass ein steirischer Bauer, wenn er einen Hühnerstall bauen will, mit 40.000 Hühner zum Beispiel, vier Jahre auf einen Bescheid warten muss, bis er den bekommt. Das sind also Größenordnungen in Amerika, die

eher so in die Hobbylandwirtschaft geraten, das muss man sehr klar und deutlich auch dazu sagen. Mittlerweile melden sich natürlich auch zunehmend mehr Konsumenten und Bürger zu TTIP zu Wort, die einfach auch sagen: „Mir ist es nicht egal, wie es der österreichischen und der steirischen Landwirtschaft geht, es ist auch ein Teil meiner Lebensqualität!“. Und auch diese kritischen Stimmen vermerken wir zunehmend natürlich mehr, und daher habe ich auch gesagt, die Diskussionen in gesellschaftlichen Kreisen sind so intensiv, wie nie zuvor. Das ist nun einmal ein Faktum und das muss man durchaus voranstellen, dass die steirische Landwirtschaft im internationalen Kontext ganz sicher sehr, sehr hohe Standards hat – im tierischen Bereich, in der pflanzlichen Produktion – die wir erfüllen müssen, um den gesetzlichen Dingen zu entsprechen, und diese Standards werden selbst oft in EU-Ländern bei Gott nicht erreicht und schon gar nicht in Kanada, in Amerika oder in anderen Drittstaaten. Das ist durchaus klar zu sagen. Ich sage nur zum Beispiel, die Besatzdichte bei Geflügel, da dürfen wir in Österreich 30 Kilogramm pro Quadratmeter produzieren, in Deutschland sind es 39 Kilogramm, im gesamten europäischen Feld übrigens, also in den übrigen Ländern sind es 42 Kilogramm. Das ist zum Beispiel ein Produktionsvorteil, den man so nennen kann - klammert man jetzt einmal den Tierschutz aus - von 30 %. Das muss man nur wissen. Und im Regal liegen aber beide Produkte sozusagen nebeneinander. Diese Höchststandards, meine Damen und Herren, das waren keine Erfindungen der bäuerlichen Interessensvertreter, sondern das waren politische Forderungen der Gesellschaft, die aus dem Druck heraus, des Konsumentenschutzes, des Tierschutzes, des Umweltschutzes und des Naturschutzes, so vieler Schutzmechanismen entstanden sind. Und diese scharfen und harten Standards sind nicht generell schlecht, ich will die gar nicht immer ins Negative reden, sie können auch durchaus ein Vorteil sein, vorausgesetzt allerdings, dass dieselben, die diese Standards hier eingefordert haben, in den Landesparlamenten, in den Bundesparlamenten dann auch letztlich das in ihrem Kaufverhalten wiederum abbilden, und meine Damen und Herren, das ist leider - und das weiß man als gelernter Österreicher - „nix so fix“ oder „nicht so fix“, wie wir uns das hin und wieder wünschen täten. Da schaut halt nicht jeder mehr ins Einkaufswagerl hinein, wenn er nach Hause fährt, aber zuvor hat er das natürlich sehr deutlich und lautstark oft angekündigt, in seiner Funktion als Abgeordneter oder als anderweitiger NGO-Beteiligter. Wäre das so, hätten wir einen Bio-Anteil von 70 % und mehr und ja, da würden wir uns alle natürlich sehr, sehr freuen, wenn das immer eins zu eins auch so stimmen würde. Ja, es kommt auch noch dazu und damit möchte ich den allgemeinen Teil schon im Wesentlichen schließen, dass auch selbst die Europäische Union - also da darf man nicht immer mit einem

Finger auf andere Nationen oder Kontinente zeigen - auch nicht immer in der Lage ist, ihre eigenen Hausaufgaben zu machen und die entsprechenden Wettbewerbsbedingungen auch wirklich so einzuhalten und einhalten zu können, wie wir es uns vorstellen und wie wir es auch vereinbart haben, Stichwort: Käfigeier – möchte darüber gar nicht näher referieren. Nach wie vor kommen aus Polen Käfigeiprodukte in großen Mengen. Stichwort: Arbeitsverhältnisse in deutschen Schlachthöfen - dort arbeiten nach wie vor polnische, rumänische, bulgarische Hilfskräfte um 3,50 Euro, während die gleichen Kräfte bei uns 30 Euro, 40 Euro kosten, und diesen Wettbewerbsvorteil müssen wir dann auch im Regal zur Kenntnis nehmen. Meine Damen und Herren, da denke ich mir oft: Wenn wir das schon nicht regulieren können, ja wie sollen wir denn dann noch größere Abkommen regulieren können? Also wir haben auch entsprechende Hausaufgaben, die wir selbst zu erledigen haben und Hausaufgaben, die wir nicht immer endlos hinausschieben sollten. Um all diese Wettbewerbsunterschiede auch abbilden zu können, braucht man natürlich auch einen sehr, sehr guten Überblick in der Landwirtschaft, glauben Sie mir das. Das ist nicht immer so einfach, Produkte und Produkte zu vergleichen, aber in den Statistiken bilden sich diese großen Wettbewerbsunterschiede schon ab. Nämlich in einer Statistik, die wir alle nicht sehen wollen: Das ist die Statistik der zugesperrten Bauernhöfe. Und das muss ich als Bauernvertreter hier einmal sehr, sehr deutlich sagen, weil sehr oft, wie gesagt, nur die eine Seite hier betrachtet wird, und das auch einmal klar gesagt: Wettbewerbsunterschiede und Wettbewerbsverzerrungen gehen immer zu Lasten natürlich auf die Kleinen und auf die Benachteiligten. Und vielleicht noch einen Satz zu dem berühmten „Chlorhendl“, was heute angesprochen wurde, eine kurze Replik. Ich habe gerade vor kurzem ein Gespräch geführt mit einem der vier Hendlschlächtereien und Veredelungsbetrieben in Österreich, nämlich der Firma Titz, und auch mit einigen Geflügelbauern, die dabei waren, und die Firma Titz hat mir berichtet – das ist ein Unternehmen mit 250 Mitarbeitern, ist nur eines von vielen Unternehmen, die mit mir in der letzten Zeit Gespräche geführt haben - die gesagt haben: „Wir sehen hier in der Zukunft ein Problem“, ja, und da geht es nicht um 20, 30 Arbeitsplätze, da geht es um insgesamt 2.000 bis 4.000 Arbeitsplätze, die nur in diesen wenigen Betrieben sozusagen hier ihre Existenz befristen, „wenn wir hier keine Zukunft finden, wenn wir die Produkte nicht mehr bekommen, die wir brauchen.“ Und die Firma Titz hat mir ganz klar und deutlich gesagt: „Ich kann die größte Gastro-Firma, als den größten Gastro-Versorger Pfeiffer mit heimischen Geflügel nicht mehr beliefern, weil ich einfach die Geflügel nicht habe, weil ich die Hendl nicht habe.“ Und kein Bauer stellt sich mehr hin und prozessiert heute drei

Jahre, vier Jahre, fünf Jahre, mit Beträgen und Bescheiden und Gutachten in sechsstelliger Höhe, die er bringen muss, bis er einmal einen Stall bauen kann. Meine lieben Freunde, das ist mindestens so ein großer Schaden, der hier entsteht, wie so manche Abkommen, vor denen wir uns letztlich auch fürchten. Das sollten wir auch einmal sehr deutlich angesprochen haben und da sehe ich eher das Problem, dass wir irgendwann einmal die „asiatischen Turbohendl“ bei uns bekommen und weniger die „amerikanischen Chlorhendl“, die sind ja noch ein Leckerbissen dagegen, weil wenn man die am Griller rauf gibt und 200 Grad einschaltet, kann man sie sogar essen. Also ich würde da schon auch ein bisschen einmal einmahnen, das gehört auch hier in dieses Haus herein, dass wir auch wieder Investitionen zulassen in der Landwirtschaft, die notwendig sind, um den heimischen Wertschöpfungsanteil auch entsprechend abzusichern. Meine Damen und Herren, damit es auch klar und deutlich gesagt wird, was das Abkommen CETA und TTIP angeht, erwarte ich selbstverständlich auch von den bundespolitischen Interessensvertretern und den verschiedenen Parteien von unseren Verantwortungsträgern, dass wir darauf vertrauen können, dass unsere kleinbäuerliche Landwirtschaft und unsere kleinbäuerlichen Betriebe nicht auf den Altar eines großen Freihandelsabkommens geopfert werden. Das ist für mich schon eine Grundsatzfrage. Und ich sage Ihnen, selbstverständlich in dieser entscheidenden Frage, ich bin auch neugierig, weil ja beide – soweit ich es im Kopf habe – Präsidentschaftskandidaten, die jetzt für die Stichwahl noch übrig geblieben sind, auch gesagt haben, sie sind massiv gegen CETA und TTIP oder primär gegen TTIP, wie sie sich nach der Wahl dann verhalten werden. Aber grundsätzlich möchte ich dazu schon eines noch sagen und meine Damen und Herren, nicht böse sein, wir müssen es einfach differenziert sehen, der Industriebetrieb, viele Gewerbebetriebe, die wichtige und große wirtschaftliche Kontakte zu Amerika haben, brauchen mit Sicherheit ein entsprechendes Abkommen. In der Landwirtschaft schaut das anders aus, und ich möchte das jetzt auch in der Beantwortung dieser Fragen etwas deutlicher behandeln.

Zu den Fragen:

1. Frage: Welche Auswirkungen würde das CETA-Abkommen auf die steirische Landwirtschaft haben?

CETA wurde ab 2009 verhandelt und letztlich im September 2014 zum Verhandlungsabschluss veröffentlicht. Dieses Abkommen bedarf - und das hat Christian Buchmann schon gesagt - noch einer Legitimation und einer Ratifizierung des kanadischen Parlaments und auch des europäischen Parlamentes, sowie des Rates. Derzeit liegt aber auch auf EU-Ebene noch ungeklärt vor, ob es eben ein gemischtes Abkommen ist oder nicht. Und

wie wir schon gehört haben, bedeutet ein gemischtes Abkommen eben auch, dass alle 28 EU Staaten eine gesonderte Zustimmung geben müssen. Beidseitig wurde ja sowohl auf europäischer Ebene wie auch auf nationaler Ebene hier ein Rechtsgutachten eingefordert, um eben hier auch eine klare Expertise zu haben, ob es nun ein gemischtes Abkommen ist oder eben nicht. Was die direkten Auswirkungen auf die steirische Landwirtschaft betrifft, die eben angesprochen wurden, so ist über mehrere Jahre es sicherlich schwer prognostizierbar, ob die niedergeschriebenen Handelsmengen agrarischer Produkte die Preisbildung weiter unter Druck setzen. Betrachtet man jedoch einzelne Teile der Agrarkapitel, dann sind sehr wohl negative Auswirkungen zu erwarten. So sind die Mengenprofile zum Beispiel bei Importen von Schweinefleisch und Rindfleisch, also 75.000 Tonnen Schweinefleisch, 50.000 Tonnen Rindfleisch festgeschrieben, das ist also in etwa beim Schweinefleisch die gesamte steirische Jahresproduktionsmenge. Nachdem derzeit auf der europäischen Ebene ein ordentliches Überangebot im Bereich der Schweineproduktion gegeben ist und das auch der Grund der Tiefpreise ist, kann natürlich schon jeder weitere Prozentpunkt, der hier noch zu einer entsprechenden Überfüllung des Marktes führt, Öl im Fegefeuer der Schweinebauern sein. Das muss man schon sehr klar sagen. Der Schweinepreis liegt derzeit bei 1,23 Euro, das ist eine Schande, dieser Preis. Jeder Bauer verdient pro Stück Schwein, das er fünf Monate mindestens füttert, 15 Euro, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Im europäischen Kontext allerdings muss man diese Importmengen von 75.000 Tonnen und 50.000 Tonnen, wie sie eben im CETA-Abkommen niedergeschrieben sind, allerdings relativieren. Denn der europäische Schweinemarkt liegt bei 22 Millionen Tonnen und 7,3 Millionen Tonnen Rindfleisch. Nicht absehbar sind jedoch die Auswirkungen - und das möchte ich sehr klar auch hier sagen - bei Convenience Produkten, bei Fleischfertigprodukten, bei Würsten, Schinken, und sonstigen Veredelungsprodukten, bei denen durchaus zu erwarten ist, dass ein gewisser Wertschöpfungsabfluss gegeben ist, eben durch den günstigen Einstandspreis hier oder günstigeren Einstandspreis, der über die Großproduktionen eben herrscht, in Amerika bzw. in Kanada. Es ist auch sicherlich so, ja das kann man durchaus so stehen lassen, dass es auch so etwas wie eine Präcedenzwirkung für das TTIP gibt, wenn man also das CETA jetzt so gesamt betrachtet, auch sieht, aber ich würde es durchaus differenzieren. Es sind schon zwei verschiedene Paar Schuhe.

Zur Frage 2. Werden Sie auf den Wirtschaftsminister einwirken, dass er das CETA-Abkommen also nicht unterzeichnet?

Kurz gesagt, soweit mir bekannt ist, liegt derzeit dem EU-Rat kein Vorschlag der EU-Kommission vor, einer vorläufigen Anwendung des CETA-Abkommens zuzustimmen. Auch die rechtliche Klärung, ob das - das habe ich schon gesagt - ein gemischtes Abkommen ist oder nicht, ist noch nicht erfolgt. Aber dazu möchte ich schon eines sagen: Der Landwirtschaftsminister Rupprechter hat dem Wirtschaftsminister Mitterlehner bereits seine Bedenken sehr, sehr klar und deutlich auch mitgeteilt, die wir auch als Agrarlandesräte zum Abkommen und im Besonderen zum vorläufigen Abkommen oder zur vorläufigen Anwendung des CETA-Abkommens vorgetragen haben, und das hat er mir auch sehr klar und deutlich gesagt, gerade in der sensibilisierten Zeit jetzt rund um die europäischen Schweinebörsen. Wir beschäftigen uns übrigens mit dem Thema CETA und TTIP auch in der Agrarlandesleutekonferenz sehr, sehr lange schon. Schließlich geht es ja hier nicht nur um den Verbraucherschutz, sondern im Besonderen bei uns, immer auch um den Produzentenschutz.

Zur Frage 3. Welche Auswirkungen würde TTIP haben vor dem Hintergrund der aktuellen Enthüllungen auf die steirische Landwirtschaft haben?

Wie ich schon eingangs erwähnt habe, leben wir in der Steiermark höchste landwirtschaftliche Standards, von der Produktion bis hin zur Vermarktung. Das geht also vom Tierschutz, bis zum Pflanzenschutz, von den geschützten Marken bis hin zu strengsten Veredelungsvorgaben in allen Teilen der Lebensmittelwirtschaft. Denken wir nur an die Gentechnik, denken wir bei uns an das Antibiotikaverbot, an geografisch geschützte Angaben, Kernöl, Kren, viele davon gibt es, an die Fruchtfolgevorgaben, die wir auch haben in unserer Landwirtschaft, die viele andere nicht haben, an das ökologische Programm für umweltgerechte Landwirtschaft, das wir hier in einem sehr hohen Maß leben und vieles, vieles mehr. Und da stellt sich letztlich dann schon die Frage: Wie sollen wir diesen Wettbewerb sozusagen in der Kleinstruktur aufnehmen? Wie können wir dem standhalten? Wenn diese Standards auf der anderen Seite des Ozeans nicht in dieser Form gelebt werden und die Produkte auch auf Kosten der Nachhaltigkeit und im Vorteil der Größe, unsere Märkte in gewissem Maße überschwemmen oder zumindest überdecken? Eines ist sicherlich klar, das möchte ich deutlich hier sagen: In der Differenzierung, noch einmal klar in der Differenzierung, aus diesen Gesichtspunkten heraus, bin ich sicherlich da auch nicht bereit, meine Bauern auf dem Präsentierteller großer Agrarindustrien zu servieren. Das muss ich sehr deutlich hier sagen und noch einmal, der größte Fehler bzw. die größte Gefahr liegt in den anonymen Produkten, weil eben heute niemand mehr fragt in Großküchen: Woher kommt das

Schnitzel? Woher kommt das Kotelett? Woher kommt das Fleisch in der Wurst? Woher kommt das Fleisch im Schinken? Woher kommen die Eier in den verschiedenen Teigwaren etc. etc.? Mittelfristig kann daher durchaus ein gewisses Absenken der Erzeugerpreise stattfinden und schließlich auch der Standards stattfinden, die wir im harten Wettbewerb mit Sicherheit, wenn wir dem ausgesetzt sind, erfahren werden. Und das kann den Bauern sicher nicht recht sein und sicherlich auch nicht den Konsumenten.

Zu Punkt 4. Können Sie ausschließen, dass es durch CETA und TTIP zu einem Bauernsterben und Qualitätsverfall landwirtschaftlicher Produkte kommen wird?

Das kann ich nicht nur nicht ausschließen, ich habe das schon gesagt, ich befürchte es. Es ist also begründbar, weil eben die unterschiedlichen Größen unserer landwirtschaftlichen Strukturen da sind, und im Übrigen, das ist schon angesprochen worden, ist es auch aus der IHS-Studie, die kürzlich präsentiert wurde, sehr klar herauszulesen. Und daher meine Damen und Herren, und ich spreche hier vom agrarischen Teil dieses gesamten Abkommens, und dieses gesamten Prozedere, hat auch der Agrarkommissar Phil Hogan gesagt, bezogen auf die Agrarpolitik und auf den Teil und die sozusagen Thematik aus agrarischer Sicht: TTIP ist ein totes Pferd, das man eigentlich nicht mehr satteln muss. Auch unser Bundesminister hat gesagt, auch aus dem gleichen agrarischen Gesichtspunkt heraus: „Besser kein agrarischer Deal im TTIP als ein schlechter Deal!“ Ich kann mich dem sicherlich anschließen, da ist durchaus alles gesagt, aber daher noch einmal: Es braucht eine sehr klare Differenzierung zwischen den verschiedenen Interessen, die hier mit diesem gemeinsamen Abkommen diskutiert und verhandelt werden.

Zum Punkt 5. Sind Sie als Agrarlandesrat dafür, dass die CETA- und TTIP-Verhandlungen vor dem Hintergrund der aktuellen Enthüllungen gestoppt werden?

Es ist unumstritten, und das wiederhole ich jetzt noch einmal, dass die Industrie und große Teile der Wirtschaft beide Abkommen für sehr wichtig und wirtschaftsfördernd bewerten, dem möchte ich auch nicht widersprechen. Diese sollen durchaus hart bis zum Endpunkt dieser Verhandlungen, die Interessen der europäischen und selbstverständlich auch der österreichischen und steirischen Wirtschaft hier weiter verhandeln, aus dem Gesichtspunkt der Landwirtschaft jedoch, meine Damen und Herren, sehe ich das allerdings sicher nicht so. Daher wird es wohl sinnvoll sein, die Verträge differenziert zu betrachten und den Sektor Landwirtschaft aus diesem Abkommen herauszulösen. Da stehen mittlerweile, wie gesagt, vom EU Kommissar an auch sehr, sehr viele Länder dahinter, hier gibt es einen Spießpunkt, wo wir eben nicht entsprechend weiterkommen können. Wie es aus einem alten Spruch ja

heißt: Ein gutes Geschäft braucht immer zwei, und wenn einer davon nicht kann in einer Sache, oder nicht will oder ein Teil nicht verhandelbar ist, muss man eben auch eine entsprechende Flexibilität haben, ein Kapitel herauszulösen oder es völlig anders zu betrachten. Das sollten auch die Amerikaner so akzeptieren, wenn sie wollen, dass ein Abkommen zustande kommt. Und das wollen ja nicht nur die Amerikaner, sondern auch große Teile der Europäer. Also Differenzierung ist hier mein Zugang und ich glaube, das wäre auch der richtige Weg.

Zum 6. Punkt, des Abbrechens der Verhandlungen: Das habe ich mit der Frage 5. bereits beantwortet.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, nochmals, es ist eine hoch emotionell geführte Diskussion rund um beide Abkommen, und ich glaube, wichtig ist es schon, dass wir hier auch ein großes Maß an Vertrauen hineingeben, an Öffentlichkeitsarbeit hineingeben, an Transparenz hineingeben, und eine Vielzahl noch an Diskussion führen, um hier die Standpunkte der verschiedenen Seiten auch entsprechend darlegen zu können. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.35 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich eröffne nun gemeinsame Wechselrede zu diesen beiden Dringlichen Anfragen, und weise auf den § 68 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder und die Hauptrednerinnen und –redner nicht länger als 20 Minuten und Debattenredner und –rednerinnen nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen. Die erste Wortmeldung ist von Hannes Amesbauer von der FPÖ.

LTAbg. Amesbauer, BA - FPÖ (17.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Herren Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Wichtiges Thema, das diese beiden Dringlichen heute zum Inhalt haben, das TTIP, das ja in aller Munde ist, und auch auf größte Ablehnung und größte Kritik in Österreich aber auch in anderen europäischen Ländern stößt. Es gibt Medienkampagnen, es gibt Bürgerinitiativen und auch verschiedenste Politiker, verschiedenste Couleurs sprechen sich dagegen aus, auch Minister mittlerweile treten in der Kronen Zeitung der Kampagne gegen TTIP bei. Scheinbar gibt es wirklich eine große Ablehnung, was mich aber verwundert hat, waren schon die Ausführungen des Landesrates Buchmann, wo ich – und ich glaube, ich bin nicht der Einzige – schon herausgehört habe, dass Sie ein klarer Befürworter von TTIP sind, Sie haben ja auch wortwörtlich gesagt: „Sie sehen das grundsätzlich positiv“, was ich nicht ganz verstehe. Ich

werde jetzt (*Landesrat Dr. Buchmann*: „*Die Verhandlungen!*“) ... ja, die Verhandlungen, ja, ich werde jetzt einen Entschließungsantrag des Freiheitlichen Landtagsklubs einbringen, der wie folgt lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten,

1. sich gegen eine Ratifizierung des Freihandelsabkommens „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (kurz: CETA) in Österreich auszusprechen und
2. sich auf europäischer Ebene
 - a. gegen eine vorzeitige Anwendung von Teilen von CETA einzusetzen sowie
 - b. einen sofortigen Stopp der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (kurz: TTIP) einzufordern.

Wenn man jetzt dieses TTIP und auch das CETA ablehnt, bin ich der Annahme, müsste man eigentlich diesem Antrag eigentlich zustimmen. Jetzt haben SPÖ und ÖVP ihrerseits einen eigenen unselbständigen Entschließungsantrag eingebracht, in dem einige Dinge drinnen stehen, die sich ja auf dem ersten Blick grundvernünftig anhören, ja, aber des „Pudels Kern“, die Ablehnung dieses Abkommens, und wir wissen ja nicht im Detail was drinnen steht, weil wir wissen ja auch, dass das alles hinter verschlossenen Türen stattfindet, EU-Mandatare, EU-Mandatare auch nur einzeln eintreten dürfen, keine Kopien machen dürfen, das Handy nicht mitnehmen dürfen und auch ein Sicherheitsmann dabei ist. Ja, also diese Intransparenz ist ein Wahnsinn, wir können nur jenen danken, die Einsicht haben und das auch öffentlich ins Internet stellen und wir können da durchaus auch Greenpeace danken, dass wir da mehr Einblick haben, aber was mir fehlt, ist die Ablehnung. Also es ist bezeichnend, wenn einzelne Landespolitiker, aber auch Bundespolitiker, auch Regierungsmitglieder sich medial gegen TTIP aussprechen, ja, und das unbestritten ist, über alle Parteigrenzen hinweg, dass es zu zahlreichen Verschlechterungen kommt, im Bereich der Arbeitnehmerrechte, im Bereich der Gesundheitsstandards, der Umweltstandards und dergleichen und vor allem diese unfassbaren Schiedsgerichte, die parlamentarische Gesetzgebungsprozesse aushebeln sollen. Jetzt haben Sie diesen Entschließungsantrag eingebracht, und da steht aber nichts von einer Ablehnung. Also Sie sprechen sich zwar gegen die Verschlechterung dieser Standards aus, die ja allgemein schon bekannt sind und die fundamental und untrennbar Bestandteil dieser Verhandlungen jetzt sind. (*LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl*: „*Wir fordern sie, aber wir*

sprechen uns auch dagegen aus.“) Sie sprechen sich für Transparenz aus, obwohl Sie wissen, dass es diese Transparenz nicht gibt und nicht geben wird, weil natürlich beide Verhandlungspartner das nicht auf den Tisch legen werden, so wie Sie sich das vorstellen, und die Einschränkungen der demokratischen und nationalstaatlichen Mitbestimmung. Wir sprechen uns auch gegen all diese Punkte aus, konsequenterweise und glaubhaft kann man das aber nur machen, wenn man die TTIP-Verhandlungen beendet, das ad acta legt, vielleicht einen kompletten Neustart macht, aber jetzt ist aus diesen TTIP-Verhandlungen aus österreichischer Sicht auf jeden Fall sofort auszusteigen und das abzurechnen, meine Damen und Herren. Und da fehlt mir das klare Bekenntnis. Ich denke, die SPÖ hat sich da schon von der ÖVP wieder einmal unter Druck setzen lassen, denn am 02. Mai hat die SPÖ Steiermark auf ihrer offiziellen Facebook Seite gepostet zu einem Artikel im Standard, wo drinnen steht, dass die USA eben Druck auf die EU ausüben, und sie schreiben: „Die neuesten Erkenntnisse bestätigen uns nur noch mehr“, und posten hier groß: „Stoppt TTIP“ und freuen sich über viele Likes. *(Beifall bei der FPÖ)* Also Sie posten: „Stoppt TTIP“, verweigern aber heute die Zustimmung zu Anträgen, von verschiedenen Fraktionen, aus den Verhandlungen auszusteigen, die Verhandlungen abzurechnen, also TTIP zu stoppen, und bringen da ihrerseits irgend einen „Wischi-Waschi-Antrag“ ein. Das ist unglaublich, meine Damen und Herren. Das nimmt Ihnen ja niemand ab. *(Beifall bei der FPÖ)* Zu TTIP selbst haben die Vorredner schon viel gesagt, der Kollege Deutschmann und auch von den Grünen ist da viel gekommen. Ich bin interessiert, wie die Debatte verlaufen wird, ich bin interessiert, wie sich vor allem die SPÖ verhält, weil sie posten einerseits „Stoppt TTIP“, stellen das in die Öffentlichkeit, präsentieren sich hiermit vorgeblich als Kämpfer gegen TTIP, aber stimmen aber einem Antrag, das abzulehnen, nicht zu. Also mich würde interessieren, und ich glaube, die Bürger würde es auch interessieren, was Sie unter „Stoppt TTIP“ jetzt genau verstehen, und wenn Sie es ehrlich meinen, meine Damen und Herren von der SPÖ, dann stimmen Sie heute unserem Antrag zu, dann stimmen Sie auch den Anträgen der Grünen zu, selbstverständlich, aber verschonen Sie uns bitte mit diesem gemeinsamen Antrag von der SPÖ, weil das ist ja nicht glaubwürdig. Sie führen ja damit die Leute hinters Licht und führen damit Ihre eigene Position, wo wir uns ja nicht sicher sind, ob das tatsächlich Ihre Position ist, als selbst ad absurdum, ja. Also wir Freiheitliche sagen ganz klar zum Schutz der österreichischen Arbeitnehmer, zum Schutz unserer hohen sozialen Gesundheits-, Lebensmittelstandards und vor allem zum Schutze der Rechtsstaatlichkeit im Bereich der

Schiedsgerichte jetzt: Lehnen wir dieses TTIP klar und entschieden ab! Und ich erwarte mir das auch von den Abgeordneten dieses Hauses. *(Beifall bei der FPÖ – 17.43 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ans Pult kommt jetzt Sabine Jungwirth von den Grünen.

LTAbg. Ing. Jungwirth - Grüne (17.43 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Landesräte!

Mir geht's ja ein bisserl ähnlich, wie Ihnen, Herr Kollege Amesbauer, wobei mich zusätzlich noch interessieren würde, wo die Abgeordneten der SPÖ alle sind? Weil man hat ein bisserl den Eindruck, also ob da wieder einmal einige wieder nicht teilnehmen wollen. *(LTAbg. Schwarz: „Ah geh, Frau Kollegin, schauen Sie einmal bei Ihnen!“)* Ja, es sieht schon so aus. Ja, gerne, unsere sind da. *(LTAbg. Schwarz: „Ja, zwei!“)* Wir sind drei, insgesamt, mit mir sind alle da. *(LTAbg. Schwarz: „Was kann ich dafür, dass Sie so wenige sind.“)* Von der SPÖ ist nicht einmal die Hälfte anwesend. Das find ich schon ein bisserl eigenartig. Zumal es ja offensichtlich so ist, dass ihre Partei im Internet im Web anders auftritt, als es dann der Entschließungsantrag tatsächlich hergibt. Mir geht es nämlich auch so, dass ich das ein bisserl unglaublich finde, was wir da vorgelegt bekommen haben, aber ... *(LTAbg. Schwarz: „Sie brauchen eh nicht zustimmen!“)* aber - wir werden eh nicht zustimmen - aber ich werde es dann schon noch erklären.

Vorweg einmal zu den Aussagen, die von den beiden Landesräten gekommen sind. Herr Landesrat Buchmann, ich bin schon auch der Meinung, dass Maßnahmen, die den internationalen Handel vereinfachen, grundsätzlich positiv sind. Man muss sich allerdings gleichzeitig auch fragen: Was macht Sinn global zu handeln und was macht Sinn, regional zu wirtschaften oder regional Wirtschaft halt zu betreiben? Also bei technischen Produkten und dergleichen ist es sicherlich sinnvoll, dass man schaut, dass man das über den Erdball drüber vereinheitlicht, da sind wir voll dabei, dass es Sinn macht, technische Normen zu vereinheitlichen. Bei Zöllen, na gut, da kommt es schon wieder darauf an: Was möchte man damit regulieren und was nicht? Also da kann es durchaus sinnvoll sein, Schutzbestimmungen zu haben, aber das ist ja gar nicht einmal so das Thema, bei diesen Verhandlungen, denn die sind ja sowieso weitestgehend schon abgebaut zwischen der Europäischen Union und den USA und Kanada. Also das ist ja nicht so sehr mehr die Problematik, um die es geht. Auch künftige Spielregel gemeinsam zu verhandeln – ja was sonst – alleine kann man eh nicht mit sich verhandeln, also das ist für mich eine „No-Na-Aussage“. Ein Satz noch zu dem was Sie

gesagt haben, dass die Bundesregierung letzte Woche beschlossen hat, die Verhandlungen zügig fortzuführen, ja, also in etwa so, würde ich sagen, also es ist schon eine skeptische Haltung aufgrund der Veröffentlichungen signalisiert worden, aber es stimmt, dass man eben weiterverhandeln will. Also das war schon ein deutliches Signal, und das finde ich insofern schon ein wenig eigenartig, als dass hier halt auch offensichtlich zweigleisig gefahren wird, denn, in der Landwirtschaft, das haben wir wahr genommen, der Minister Rupprechter, der ist eben durchaus deutlich skeptischer, als ein paar andere Regierungsmitglieder. Und ich tue mir halt schwer, gelassen zu sein. Ja, ich bin ja prinzipiell auch jemand, der ehe dafür plädieren würde, die Dinge einmal mit Ruhe anzugehen und sich die Dinge genau anzuschauen, es ist mit Sicherheit Grünes Programm, genau hinzuschauen, bevor man vielleicht irgendwo hysterisch herumspringt. Aber in dem Fall ist es halt so, dass Gelassenheit auch bestimmte Dinge voraussetzt, nämlich die, dass man auch informiert wird, ausreichend informiert wird, um gelassen sein zu können. Jetzt ist es aber genau bei diesen Verhandlungen nicht so. Also die Intransparenz, die in diesen Verhandlungen vorherrscht und jetzt auch noch die Darstellungen, die sich ergeben, aus dem was von Greenpeace veröffentlicht worden ist, nämlich, dass sich genau das bewahrheitet hat, was im Vorfeld immer von denen die argwöhnisch hingeschaut haben, vermutet wurde, das kann bei mir keine Gelassenheit erzeugen. Denn wenn Sie mich fragen, dann hat die Kommissarin Malmström halt eigentlich die ganze Zeit nicht sehr nahe an den Tatsachen berichtet, um es gelinde auszudrücken, also mir würden auch deftigere Ausdrucksweisen dafür einfallen, aber das finde ich im Haus nicht angemessen, das zu tun. Aber grundsätzlich wurde immer so getan, als ob ja alles eh im Sinne der europäischen Bürgerinnen und Bürger sich entwickeln würde – Beispiel Schiedsgerichte, wo so getan wurde, als ob es jetzt einen anderen Verhandlungsvorschlag gibt und man sich da ja anscheinend näher kommt, und jetzt hören wir und sehen wir aufgrund der vorgelegten Dokumente, das dem gar nicht so ist. Also, wie soll man hier Glauben schenken, dass im Sinne der europäischen BürgerInnen und dem was hier offensichtlich von Seiten der Bevölkerung gewünscht wird, verhandelt wird. Es schaut eben einfach nicht so aus, und dann tue ich mir schwer, gelassen zu sein, es ist einfach so.

Zur Landwirtschaft auch noch ein paar Anmerkungen. Also ich finde ja, dass das durchaus Sinn insgesamt ergeben hat, was du gesagt hast, Hans, nämlich, dass man die Landwirtschaft herausnehmen sollte aufgrund dessen was du gesagt hast, denn der Wettbewerbsdruck ist tatsächlich ein Problem. Ein bisschen zwiespältig bist du schon immer in deinen Aussagen, weil auf der einen Seite erklärst du uns wie problematisch es ist, unter welchen Bedingungen

hier die landwirtschaftlichen Verfahren kämpfen müssen, gleichzeitig kämpfst du aber auch wieder für die kleinbäuerlichen Strukturen. Das ist ein bisserl ein Widerspruch, ja was jetzt? Große Betriebe oder kleine Betriebe? Naja ... (*Landesrat Seitinger: „Was ist ein großer Betrieb? 100 Hühner?“*) ... großer Betrieb ist natürlich ein Unterschied, ob ich es jetzt auf Österreich bezogen betrachte oder auf die Europäische Union, ja, ist mir auch klar. Weil in Deutschland, in Holland sind dort andere Betriebsgrößen üblich, auch in Frankreich, als bei uns, das ist mir schon klar. Ich kann auch innerhalb der Europäischen Union vieles nicht gut heißen, wie sich Landwirtschaft hier darstellt, weil Großschweineeställe auf Schiffen - ich meine Entschuldigung, das hat wirklich gar nichts mehr zu tun mit dem, was Landwirtschaft ist. Das ist eine Massenfleischproduktion in wirklich grauslichen Dimensionen, wo man sich wirklich fragen muss: Wer soll denn das bitte noch essen? Und dann muss man sich erst recht fragen: Wer will das, was da von den USA zu uns herüber kommen soll? Also mit Sicherheit nicht. Und eines noch gleich vorweg, falls es irgendwer vorhat, zu bringen: Ich war auf der Wirtschaftskammer bei einer Informationsveranstaltung - unter Anführungszeichen - zum Thema TTIP, ich glaube, vor drei Wochen war es, (*Präsidentin Dr. Vollath: Entschuldigung Frau Abgeordnete, es herrscht große Unruhe im Saal. Ich bitte um Respekt für die sprechende Abgeordnete. Danke!“*) (*LTabg. Schwarz: „Jetzt ist die Hälfte der grünen Abgeordneten auch weg!“*) und da ging es ... da hinten sitzt sie, sie ist da. (*LTabg. Krautwaschl: „Hallo, ich bin da!“*) und (*LTabg. Schwarz: „Also zu unserer Fraktion übergelaufen.“*) Und da ging es darum, dass das mit den Chlorhühnern ja gar nicht so schrecklich ist, weil die werden ja nur – nur - desinfiziert, damit die Menschen nicht erkranken. Bei uns ist das eben nicht zulässig und deswegen hat bei uns das Hühnerfleisch so oft Salmonellen und irgendein Bakterium, dessen Namen ich leider vergessen habe, aber du wirst es sicher wissen, ist für mich also jetzt vom Fachausdruck her nicht das Allerwichtigste, aber jedenfalls wurde das als Argument ins Treffen geführt, dass das mit den Chlorhühnern ja nicht so schrecklich sei. Jetzt muss ich ganz ehrlich sagen, Entschuldigung, auch verkehrt, weil wenn die Tiere nicht so dicht gehalten werden würden, müssten wir sie nicht so heftig erstens mit Medikamenten behandeln und zweitens hätten sie nicht so viele Krankheitserreger. So einfach ist die Sache. Also eine natürlichere landwirtschaftlichere Produktion hätte eben genau nicht diese Problemstellungen, mit denen wir hier befasst sind. So ist es. Also ich habe keine Lust, ehrlich gesagt, Chlorhuhn mit Salmonellen zu tauschen oder umgekehrt, beides ist abzulehnen, wenn die Produktion solche Dinge erforderlich macht. Gut, aber wie gesagt, ich finde es sehr positiv, dass du das so siehst, dass man die landwirtschaftliche Produktion oder überhaupt die Landwirtschaft als

Sektor von den Verhandlungen herausnehmen sollte. Ich frage mich halt dann nur: Wie ist es jetzt mit den anderen Bereichen? Also irgendwie denke ich mir, wenn man anfängt was herauszunehmen, dann fängt sich das auflösen an und wo führt das dann hin? Ich kann nämlich prinzipiell sowieso nicht nachvollziehen, wie dieses ganze Abkommen jemals noch irgendwie zu einem sinnvollen Ganzen werden soll, wenn man ebenso agiert, oder man auf der anderen Seite hört, wie eben von den USA verstärkt Druck gemacht wird.

Aber im Detail jetzt noch zu ein paar anderen Dingen, denn es geht ja um zwei Abkommen genau genommen, und das eine ist eben CETA, wie schon gesagt worden ist, schon relativ weit ausverhandelt ist, das wäre schon fast so irgendwie hintenrum „durchgeflutscht“, also wenn nicht im Zusammenhang mit TTIP der Aufschrei der Bevölkerung so groß gewesen wäre, wäre CETA wahrscheinlich relativ unbemerkt über die Bühne gegangen und wäre wahrscheinlich dann auch eine gute Rutsche gewesen, um TTIP auch durchzubringen. Die Diskussionen, ob es jetzt ein gemischtes Abkommen ist oder nicht, ja die laufen, aber grundsätzlich sehen wir das schon so, dass es eines wäre. Und damit stellt sich natürlich eben auch die Frage, ob es tatsächlich sein kann, dass dann ein vorläufiges Inkrafttreten dieses Abkommens in irgendeiner Form, dass diesem vorläufigen Inkrafttreten zugestimmt werden kann, wenn hier so große Skepsis von der Bevölkerung ist. Also ich sehe das nicht. Ich finde schon, dass auch ein Bundesminister Mitterlehner - oder derzeit ja quasi Kanzler Mitterlehner - angehalten wäre, hier entsprechend vorsichtig zu sein, und ein vorläufiges Inkrafttreten nicht zustandekommen zu lassen. Die Problemstellungen sind sehr, sehr ähnlich in Teilen der Abkommen. Also, es geht im Endeffekt eigentlich um sehr ähnliche Fragestellungen, die auch vom Lambert Schönleitner schon angesprochen worden sind, das wiederhole ich jetzt an dieser Stelle nicht noch einmal, aber der Punkt ist, der zusätzliche Punkt ist halt schon, dass viele US-Konzerne in Kanada auch Betriebe haben und Niederlassungen haben, und damit halt natürlich auch ein zusätzliches Hintertürl aufgemacht wird, dass selbst wenn TTIP nicht zustande kommt, über CETA diese Konzerne erst wieder in die Europäische Union ihre Produkte einschleusen könnten und somit sind die beiden Abkommen natürlich eng miteinander verwoben.

Ich bringe jetzt in dem Zusammenhang einmal meinen ersten Entschließungsantrag ein, nämlich zu CETA, der lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. auf den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft einzuwirken, dass er einer vorläufigen Anwendung des CETA-Abkommens ohne Einbindung der nationalen Parlamente nicht zustimmt und das CETA-Abkommen in der vorliegenden Form ablehnt und nicht unterzeichnet,
2. sich in Gesprächen mit den österreichischen EU-Abgeordneten und der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sie in jeder weiteren Abstimmung über die geplanten Freihandelsabkommen in der vorliegenden Form dagegen stimmen, und
3. sich für eine vollständige Offenlegung der Verhandlungsprotokolle zu den Freihandelsabkommen einzusetzen.

So und der zweite Teil ist nun eben TTIP, das eben wie gesagt, durch die eben veröffentlichten Dokumente noch fragwürdiger geworden ist. Das was sich hier abzeichnet, ist jedenfalls keine sehr positive Perspektive, sondern wirkt eher so, als ob die Europäische Union oder die Kommission, die ja hier verhandelt, mit dem Mandat, in Wahrheit nicht wirklich weiterkommt, und die Interessen der europäischen BürgerInnen gegenüber den USA anscheinend nicht durchsetzt, (*LTA*bg. *MMag. Eibinger-Miedl*: „*Das wissen wir noch nicht!*“) und dann muss man sich halt schon fragen: Was heißt das? Kann man dann weitermachen oder nicht? Nun es sind jetzt 13 Verhandlungsrunden gelaufen, ja. Ich denke mir halt, wenn man 13 Mal (*LTA*bg. *Karl Lackner*: „*Gutes Zeichen!*“) miteinander verhandelt hat, (*LTA*bg. *MMag. Eibinger-Miedl*: „*Das sind viele Kapitel!*“) - das ist schon richtig, auch wenn es viele Kapitel sind, aber trotzdem - jetzt wird jahrelang verhandelt, es sind 13 Runden gelaufen, es schaut nicht so aus, als ob was weiter geht. Also was soll das Ganze? Das frage ich mich halt schon, und ich meine das Thema Transparenz ist halt schon ein massives, gerade in diesem Zusammenhang. Das kritisiert ihr auch, ja, auf der anderen Seite ist es genau euer Minister, der diesen Leseraum in seinem Ministerium drinnen hat, ich weiß schon, dass nicht alleine er die Regeln gemacht hat, wie dort Einsicht genommen werden kann, aber ich kann mich doch bitte auf die Füße stellen und sagen: „Liebe Leute, meine Leute werden dem nie zustimmen, wenn wir da nicht mehr Transparenz walten lassen!“ Es ist halt einfach so, dass unter den Bedingungen ein echtes Einsichtnehmen nicht möglich ist, weil erstens einmal die Zeiträume dermaßen klein sind, wo das möglich ist, die Art und Weise, wie das gestaltet wird, eine Zumutung ist, für Abgeordnete. Und der Maulkorb, der einem noch dazu auferlegt wird, wenn man da drinnen war, also das macht das Ganze ja überhaupt absurd. Weil, wenn ich reingehe und gleichzeitig unterschreiben muss, dass ich über das was ich da drinnen

gelesen habe, nicht rede oder nicht reden darf, ja, wozu ist denn das dann überhaupt gut? Wer soll den Transparenz herstellen, außer diejenigen, die drinnen waren und gelesen haben? Also so etwas ist für mich wirklich eine vollkommene sinnlose Scheinaktivität. Das bringt so nichts und da muss man was tun, weil sonst kann das Ganze nie zu einem Ende kommen. In dem Zusammenhang auch noch eine Anmerkung zum Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP. Also mir geht es ja da gleich, dass ich, wenn ich jetzt nur den Antragstext allein lesen würde, sagen täte: „Ja eh, das ist alles soweit okay“, aber wenn man die Begründung liest, dann wird man halt schon ein bisschen skeptisch und kritischer, wenn man da darauf schaut, weil da ist die Rede von den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, die eben befürchten, dass Aufweichungen der heimischen sozialen Umwelt- und Lebensmittelstandards und im Konsumentenschutz passieren, die mangelnde Transparenz wird erwähnt, und die Schiedsgerichte sind erwähnt. Aber es ist eben so, dass nicht darauf eingegangen wird, was eben in diesen TTIP Leaks-Dokumenten nun offensichtlich geworden ist. Und eines sag ich schon: Also für mich wäre eine Kommissarin Malmström, wäre sie eine österreichische Ministerin, rücktrittsreif, nachdem was sie hier jetzt dargelegt hat. (*LTAbg. Schwarz: „Was hat das mit unserem Antrag zu tun?“*) Wenn jemand der Bevölkerung derartige Falschinformationen gibt, das hat was damit zu tun, dass Sie hier so zu tun, dass Sie hier (*LTAbg. Schwarz: „Sie haben Sie zum Rücktritt aufgefordert!“*) so tun, als ob Sie sich darum kümmern, um diese Anliegen der Bevölkerung. Aber in der Begründung wird deutlich, dass es jedenfalls ganz sicher nicht darum geht, die Verhandlungen zu stoppen und das ist auch die Linie von Malmström. Weil Malmström sagt auch, die ganze Zeit: „Wir verbessern, wir verbessern, wir verbessern“, aber nichts ist passiert und jetzt verhandelt sie auch wieder weiter. Und da frage ich mich schon, wem soll man hier Glauben schenken? Ja, und insofern werden wir diesem Antrag nicht zustimmen können, (*LTAbg. Schwarz: „Das verstehe ich nicht!“*) im Gegensatz dazu, der FPÖ Antrag, der natürlich genau das fordert, was wir auch fordern würden, nämlich die Verhandlungen zu stoppen. Denn es macht so keinen Sinn, und wenn du, Hans, sagst, in der Landwirtschaft, da würdest du empfehlen, dass man dieses Pferd nicht mehr weiter reitet, (*Landesrat Seitinger: „Ja!“*) die Weisheit der Dakota-Indianer, die lautet ja eigentlich so: „Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab!“ So lautet sie genau genommen. (*Beifall bei den Grünen*) Das Problem ist halt nur, die Regierung reitet immer noch weiter, und das müssen wir beenden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen – 17.59 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Christian Cramer von der FPÖ.

LTAbg. Cramer- FPÖ (17.59 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Landesräte, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Hohes Haus, liebe Zuhörer!

Gerade TTIP ist etwas, was mich deswegen so beschäftigt, weil es mein erster Entschließungsantrag war hier im Haus, den ich einbringen durfte und der ging so aus wie erwartet, er wurde abgelehnt. Es möge sich dieses Haus nicht gegen TTIP aussprechen, es zeigt sich auch jetzt so eine Haltung, wo ich während der ganzen Vorträge, die wirklich profunde und gut gemacht wurden, von unseren Landesräten, wo man schon wirklich Fachwissen, Kompetenz und vor allem Routine erkennen kann, vorgetragen und ich stehe jetzt da und während der ganzen Vorträge ist mir eines eingefallen, Faust von Goethe: „Da steh' ich nun ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor!“ Weil letztendlich als das was wir jetzt besprochen haben, das haben wir vor einem Jahr auch schon gewusst. Der Herr Kollege Lackner hat da so lieb gesagt, das hast mich fast belustigt: „Beschließen wir es einmal, dann können wir eh lesen, dann sehen wir eh, was drinnen steht.“ So ungefähr wird es auch werden. Das Vergleichen mit Faust hat auch deswegen etwas, weil dieses Abkommen TTIP, die Europäer, vor allem die europäische Industrie irrsinnig reizt. Die wollen unbedingt diesen großen Markt Amerika beliefern und naja, ein paar Bauern werden da halt schon über die Klinge springen müssen. Mein Gott, sind eh täglich drei Bauernhöfe in Österreich, da können wir ruhig noch ein paar andere schließen, Hauptsache wir bringen unseren Stahl, unsere Autos und unsere Technologie nach Amerika, ein großer Markt. (LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko. „Tun wir jetzt Gruppen ausspielen?“) Um von Glaubwürdigkeit zu sprechen, ich habe heute Vormittag vom Russland-Embargo gesprochen und da wurde ich von dir, lieber Landesrat, belehrt, dass das eh nichts gebracht hätte, wenn man dafür gestimmt hat. Solche populistischen Anträge, die lehnen wir ab, weil sie ja nicht durchsetzbar sind. Im gleichen Zug wurde hier im Haus über das Weltklima gesprochen. Hat keiner irgendwie nur die Miene darüber verzogen. Umgekehrt frage ich mich: Wie ist das denn möglich, wenn das ein Blödsinn wäre, darüber solche Entschließungsanträge einzubringen? Wieso bringt dann gerade ausgerechnet der Kammerpräsident Titschenbacher eine Resolution ein, in der Vollversammlung, wo ich glaube, er hat das Protokoll von unserem Sonderlandtag in der Hand gehabt? Weil da ist ein Antrag nach dem anderen von uns drauf. (Beifall bei der FPÖ) Es ist halt schon schwierig, wenn eine Hälfte der Seele „ja“ meint und die andere Hälfte „nein“ meint. „Werde ich zum Augenblicke sagen: Verweile doch! Du bist so schön!“

(Allgemeine Heiterkeit) (Landesrat Dr. Buchmann: „Ich werde dich als Kultursprecher vorschlagen!“) Es ist ... ja, sollte man ja auch einmal was machen, das was lockerer wird. Das Abkommen hat einen ganz großen Haken, weil es ist in solchem Maße intransparent und so gefasst, dass ... kein Mensch würde eine Kuh so kaufen, wenn man sie in einen dunklen Keller jemanden preis gibt und man darf nicht darüber sprechen, wie sie ausgeschaut hat, man soll sie am besten gleich dort „fressen“. *(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ)* Als solches über TTIP in dieser Form, wie sie jetzt in der Verhandlung steht, weiterzusprechen, ist meiner Meinung nach aus dem Grund schon müßig, weil die Verhandlungsmethoden in keiner Weise seriös sind, die Resultate in keiner Weise transparent sind und eigentlich es ja überhaupt keine Resultate noch gibt. Es gibt nur Ansätze, die hat es vor einem Jahr auch schon gegeben. Es wird solange Ansätze geben, bis es plötzlich einen unterschriebenen Vertrag gibt, und dann werden wir schon sehen, was wir haben. Ich würde sagen, das Klügste ist, wir verabschieden uns von dem Ganzen. „Zieh diesen Geist von seinem Urquell ab, und magst du es, kannst du ihn erhaschen, so gönne ich dir Triumph aus voller Brust, doch steh beschämt, wenn du bekennen musst: Ein guter Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewusst.“ Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 18.04 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Albert Royer, ebenfalls FPÖ.

LTAbg. Royer – FPÖ *(18.05 Uhr):* Frau Präsidentin, werte Mitglieder der gut gefüllten Regierungsbank, liebe Kollegen und Kolleginnen aus dem Landtag, liebe Zuhörer, liebe Zuhörerinnen!

Ich möchte mich jetzt auch noch einmal als Agrarsprecher zu Wort melden. Es ist jetzt allerdings ungleich schwieriger geworden für mich, weil der Kollege Christian Cramer hätte jetzt so schöne Schlussworte für die Sitzung gehabt, und jetzt geht es trotzdem weiter. Aber ich werde es probieren. Es ist natürlich ein ernstes Thema das Ganze, und ich habe auch zunehmend das Gefühl, es gibt eine unheilige Allianz von der Frau Kommissarin Malmström, von der Angela Merkel und vom Barack Obama. Ich wünsche mir wirklich für unsere Bäuerinnen und Bauern, dass sich die drei Personen nicht durchsetzen mögen und dass die Vernunft siegen möge. Ich habe auch einige Zitate gefunden, zu diesem ganzen Thema, fachlich ist eh schon sehr viel gesagt worden. Weil der Kollege Hofer heute schon den Petzner zitiert hat, also vom Petzner habe ich natürlich nichts gefunden. Aber zum Beispiel der Kollege Hollande aus Frankreich, der Präsident sagt, sein Land werde niemals

akzeptieren, dass zentrale Prinzipien für die Landwirtschaft und die Kultur in Frage gestellt werden. Er ist deklariertes TTIP-Gegner, zumindest seit neuerem. Das beste Zitat möchte ich sagen - das trifft die Sache ziemlich im Kern und am Punkt - hat die Fernsehköchin Sarah Wiener gemacht. Die Sarah Wiener hat gesagt: „Es kann nicht sein, dass wir für ein paar Erleichterungen in der Automobilindustrie unsere wichtigste Lebensgrundlage, unsere Ernährung verschachern.“ Finde ich sehr gut, die hat es wirklich auf den Punkt gebracht. Der Chef von Spar Österreich, der Gerhard Drexel, hat gesagt: „Wir haben viele Informationen, die sind haarsträubend; die Lobbyisten in den USA und in Brüssel“, sagt er, also beidseitig, „denen geht es nur um knallharte Geschäftemacherei, im Bereich Agrochemie, Fastfood und Gentechnik. Die Europäer sind hier viel zu gutgläubig“, sagt der Sparchef Drexel. Der Landwirtschaftskammerpräsident von Vorarlberg, Moosbrugger, sagt: „Nachdem nicht klargestellt ist, dass unsere landwirtschaftlichen Forderungen berücksichtigt werden, ist die Agrar- und Lebensmittelwirtschaft von diesem Abkommen heraus zu nehmen.“ Und dann sagt er weiters: „Wir lassen und die regionale, bäuerliche Landwirtschaft nicht durch den amerikanischen Liberalisierungswahn kaputt machen“, hat er vollkommen Recht. Es ist halt immer wieder das gleiche Match zwischen Bauernbund und Wirtschaftsbund, (*Landesrat Dr. Buchmann*: „Hättest gern!“) und wir haben die leise Vermutung, dass der Bauernbund leider wieder einmal nicht siegen wird. Was mir persönlich sehr leid tut.

Zum Landesrat Buchmann möchte ich auch noch was sagen. Weil Sie gesagt haben, Ihre Ausführungen, die Russlandsanktionen, Österreich vertritt da eine sehr moderate Position. Das klingt ein bisschen so, wie ein „bissl schwanger“. Moderate Position, die steirische Landwirtschaft hat einen Schaden - das hat der Hans Seitinger uns schon einmal beantwortet da in diesem Haus - von 53 Millionen Euro im Jahr, und das alles nur, weil ein paar russisch stämmige Bevölkerungsteile auf der Krim, also der Großteil von denen, zu Russland wollten. Ja, was können wir da dafür? Was können die steirischen Bauern dafür, dass die Russen auf der Krim zu Russland wollten? Das ist doch völlig absurd, das ganze Theater. (*Beifall bei der FPÖ*) Dann möchte ich noch ganz kurz darauf eingehen, wen es wirklich treffen würde. Wir haben heute Vormittag schon gehört, dass alle Sparten in der Landwirtschaft momentan sehr schwer angeschlagen sind, von den Obstbauern, Schweinebauern, Weinbauern, Milchbauern sowieso in nächster Zeit auch, da kommt sehr großes Ungemach auf uns zu, weil die Preise auch ins Bodenlose fallen, mitunter auch verursacht durch die Russlandsanktionen. Sehr gefährdet aus meiner Sicht - und das tut mir persönlich sehr, sehr leid - das sind die Bergbauern. Wir haben in der Steiermark ungefähr 11.000 Bergbauernbetriebe, davon haben

wir 3.000 Betriebe in der Zone drei und fast 1.000 Betrieb in der Zone vier. Also das sind wirklich fleißige Leute, die sehr viel noch händisch arbeiten und in einer Steillage wirtschaften mit sehr wenig Einkommen, wo ich garantiere, dass keiner der hier herinnen sitzt, mit ihnen tauschen würde. Und die sind genau durch solche Abkommen sicher gefährdet und die Stückzahlen in Amerika, weil es da geheiß hat, da sind 100.000 Viecher, auf einem Betrieb, ja, soll so sein, stört mich so weit nicht, das Problem ist ja ganz ein anderes. Wir müssen uns sowieso über Nischen, über Qualität absetzen, nur da dürfen wir bei solchen Abkommen nicht unterwandert werden. Und das Problem in Amerika sind nicht die Stückzahlen, sondern es ist der Hormoneinsatz. Es ist der Hormoneinsatz in der Fleischwirtschaft, in der Milchwirtschaft, wo die Tiere kaputt gespritzt werden, damit sie noch mehr Leistung bringen. Das ist in Europa verboten, das haben wir nicht. Und wir wollen auch, dass das so bleibt. Wir wollen unsere Standards halten. *(Beifall bei der FPÖ)* Und wie gesagt, alles in allem, es ist eh schon viel gesagt worden, aber ich wünsche mir wirklich, dass sich die unheilige Allianz - Malmström, Merkel und Obama - nicht durchsetzen wird. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 18.10 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Anton Gangl.

LTAbg. Gangl – ÖVP (18.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Landesregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuhörer!

Wir führen wieder eine Gott sei Dank emotionale Debatte zum Thema TTIP und viele Argumente sind schon angesprochen worden und ich möchte vielleicht grundsätzlich sagen, die Diskussion ist deshalb so emotional, weil unterschiedlichste Systeme aufeinanderprallen. Ich möchte ein System ansprechen, das heute noch nicht angesprochen worden ist, das ist das politische System und wir wissen, dass in Amerika Wahlkämpfe ganz einfach öffentlich finanziert werden und dass es Interessensgruppen gibt, die Gelder aufbringen, und den jeweiligen Kandidaten, bei den Bemühungen Präsident zu werden, zu unterstützen, natürlich hat der Präsident dann die Aufgabe, diesen Unterstützern auch in seiner politischen Arbeit dementsprechend Rechnung zu tragen. Das ist ein anders System, als wir das in Europa kennen. Das möchte ich voraus schicken. Ich möchte auch voraus schicken, dass wir auf der europäischen Ebene, wenn es um Produktion und Produktionsprodukte geht, eher darum geht,

dass man nicht erst beweisen muss, ob etwas gut ist, sondern dass ist hier genau umgekehrt. Das heißt, hier hat der Konsument, die Gesellschaft, größere Rechte.

Der Investorenschutz ist angesprochen worden. Auch hier unterscheiden wir uns zum Teil gegenüber Amerika, obwohl auch Europa mit Drittstaaten durchaus Abkommen im Bereich des Investorenschutzes hat. Investorenschutz bedeutet aber auch, ein Festschreiben von Standards, denn jede Verschlechterung würde ja dazu führen, dass sozusagen der Investor auch dementsprechende Geldmittel verlangen kann, und es ist auch kein Geheimnis, Amerika ist ganz einfach ein Land, mit anderen Dimensionen und Größen und das bedeutet ganz einfach, dass - unter Anführungszeichen - das Große eher mehr gesehen und gefördert wird als das Kleine. Aber nichts desto trotz - und das ist heute hier angesprochen worden - gibt es wesentliche europäische Interessen, die dafür sprechen, dass es Handelsabkommen gibt mit Amerika, die Industrie verlangt das zurecht, weil es ganz einfach notwendig ist, ein global agierendes Unternehmen sozusagen auch wettbewerbsfähig zu halten. Und wenn wir die grundlegende Idee des Freihandelsabkommens durchlesen, dann steht hier, dass es durch den Abbau von Handelshemmnissen zu einer effizienten internationalen Arbeitsteilung kommen soll. Jedes Land produziert die Güter, für die es beispielsweise auf Grundlage natürlicher Faktoren oder verfügbarer Arbeitskräfte und deren Ausbildung, Standortvorteile hat. Die so produzierten Güter sollen dann möglichst ungehindert international gehandelt werden können, um die Effizienzvorteile nicht wieder zunichte zu machen. Und da glaube ich, liegt der Punkt der Verunsicherung drinnen. Denn es ist nicht eindeutig formuliert, was man unter Effizienzvorteile genau versteht, ob es Lohnkosten sind, ob es Standards sind, Umweltstandards, Sozialstandards, ob es Lebensmittelsicherheit oder andere Sicherheiten sind. Das ist in der öffentlichen Diskussion viel zu wenig angesprochen worden und das Problem ist, dass dieses Gefühl der Geheimhaltung, das in der Bevölkerung da ist, genau diese Ängste und diese Emotionen verstärkt, dadurch haben wir so eine emotional geführte Diskussion, die aus meiner Sicht nicht richtig ist. Weil wenn die Befürworter nicht auf die, die vielleicht dieses Handelsabkommen wirklich brauchen - und da sind sich in diesem Hause viele einig - nicht eingehen, und genauso die Kehrseite, für die, die es brauchen, auf die Probleme und auf die Befürchtungen der sogenannten Gegner nicht eingehen, dann können wir keine offene politische Diskussion führen. Ich möchte auch sagen, ich bin auf deren Seite, wo ich sage, für die Landwirtschaft ist das ein sehr problematisches Thema. Wenn wir uns anschauen, dass bei gleicher Fläche, ca. 750.000 US-Farmer ca. 15 Millionen europäische Landwirten gegenüberstehen, dann sieht man hier einfach die unterschiedlichen Strukturen,

und damit auch verbunden, die unterschiedlichen politischen Aufgaben, wenn es um Landwirtschaft geht. Und ich glaube nicht, dass es klug war, diese Themen so intensiv miteinander zu vermischen und versuchen, so irgendwie mit- und abzuhandeln. Ich glaube, es braucht Vertrauen in diese Basis, Vertrauen in die politischen Prozesses aber auch Vertrauen, wenn es darum geht, die Ergebnisse zu kommentieren. Ich bin auch überzeugt, dass wir auch in Europa viele Aufgaben noch machen können. Es wird in diesem Hause oft angesprochen, unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen, die brauchen wir für Großbetriebe, aber auch für kleinere Unternehmen. Wie oft diskutieren wir, wie schwer es möglich ist, einen mittelständischen Gewerbebetrieb zu erweitern, wie schwer es möglich ist, dass dort wo Industriegebiet, die Firmen sich vergrößern wollen, das nicht möglich ist. Weil wir ganz einfach auch selber Rahmenbedingungen uns auferlegt haben, den Wirtschaftenden auferlegt haben, die meist schon zur Behinderung führen und nicht dazu dienen, Betriebe entwickeln zu können. Ich denke, das ist mindestens ein viel, viel größerer Faktor, als wir vielleicht mit einem Freihandelsabkommen zuwege bringen. Wobei ich noch einmal sage: Ich bekenne mich dazu, dass es in einigen Bereichen sehr sinnvoll ist, dieses Handelsabkommen anzustreben, aber nicht für die Landwirtschaft. Und daher möchte ich genau das, was auch Landesrat Seitinger angesprochen hat - und mittlerweile sagen das auch wesentliche Industriekapitäne der Wirtschaft - ob es nicht sinnvoll wäre, das differenzierter zu sehen, ob es nicht sinnvoll wäre, gewisse Dinge, die Handelshemmnisse darstellen, einfach umzusetzen und das andere aufzulassen oder noch Zeit zu geben. Ich glaube, wir brauchen hier eine neue Kultur des Vertrauens, eine Kultur des Aufeinander-Zugehens und des genauen Abwägens, was Sinn macht und was nicht Sinn macht. Und da sind wir alle im gleichen Boot, denn auch auf der amerikanischen Seite gibt es große Teile der Bevölkerung, die ebenso nicht einverstanden ist, was in den Verhandlungen sozusagen bis jetzt an das Licht der Öffentlichkeit gekommen ist. Daher bin ich überzeugt, es geht nur darum, Vertrauen zu schaffen, es geht darum, die Punkte, die Ängste erzeugen, konkret abzuhandeln und wenn es nicht gelingt, das im Sinne des Schutzes der jeweiligen Produktionsgruppen auf beiden Seiten des Teiches zu schützen, dann muss man ganz einfach Teilbereiche herausnehmen und nur mit jenen einen Vertrag machen, wo es auch wirtschaftlich sinnvoll und notwendig ist und im Sinne der Unternehmerinnen und Unternehmer aber auch im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten. Danke. *(Beifall bei der ÖVP – 18.18 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt Weithaler. Bitteschön Frau Klubobfrau.

LTabg. Klimt-Weithaler - KPÖ (18.19 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Ich erlaube mir jetzt vorab auch noch ins gleiche Horn zu stoßen, wie der Lambert Schönleitner und allgemein zur Dringlichen Anfrage was zu sagen. Ich glaube, es macht Sinn, wenn man sich künftig überlegt, wie viele Fragen man bei einer Dringlichen Anfrage wirklich stellt, denn gefühlte 11 Millionen dauern dann halt auch lang in der Beantwortung und ich glaube, die eigentliche Debatte geht damit ein bisschen unter, wenn man so ewig lang darauf warten muss, bis man sozusagen auch in die Debatte einsteigen kann. Jetzt, ich werde versuchen alles wegzulassen, was schon gesagt wurde, damit ich es nicht noch mehr in die Länge ziehe.

Ganz kurz zur Darstellung: Was sagen die Befürworter der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaften? Ich habe es auch vernommen, vor allem auch in der Wortmeldung vom Herrn Landesrat Buchmann. Es geht darum, dass uns gesagt wird, wir brauchen das für das Wirtschaftswachstum. Es geht darum, dass uns gesagt wird, wir brauchen das, weil Unmengen an Arbeitsplätzen geschaffen werden. Jetzt wissen wir aber mittlerweile, wenn man sich kritisch mit TTIP, TISA und CETA auseinandersetzt, dass es zu einer endgültigen - und das glaube ich wirklich - zu einer endgültigen Aushebelung jeglicher Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards unter demokratischer Einflussnahme auf Banken und Konzernen kommen würde und ich glaube auch, dass wir der Abschaffung des Rechtsstaates sehr nahe rücken würden. Warum? Diese Schiedsgerichte, die kommen sollen, die bedeuten im Grunde ja nichts anderes, als dass die Staaten zu Milliardenstrafen herangezogen und verurteilt werden könnten, wenn sie nicht nach der Pfeife der Konzerne tanzen, Punkt. Mehr ist dazu nicht zu sagen. Die US-amerikanische Handelsrechtsexpertin - also ganz sicher keine Kommunisten - Lori Wallach, hat TTIP als Folgendes bezeichnet, sie sagt dazu: „Es ist die große Unterwerfung der Teilnehmerstaaten unter die Interessen von Großkonzernen“ und bezeichnet TTIP weiter als „Staatsstreich in Zeitlupe“. Was meint sie damit? Ich gehe davon aus, dass sie meint, dass durch die Angleichung der Sozial- und Umweltstandards von EU und USA, die sozialen Rechte, das öffentliche Eigentum, Umweltauflagen, VerbraucherInnen- und Datenschutz, demokratische Kontrolle und ArbeitnehmerInnenrechte zunichte gemacht werden, nichts weiter. Vermutlich würde auch - davon bin ich auch überzeugt - dieses

Freihandelsabkommen Arbeitsplätze vernichten, und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. Wenn nämlich billig produzierte Produkte aus den USA eingeführt werden würden, wo wir wissen, dass Unternehmen dort in der Regel höchstens freiwillig Pensions- und Gesundheitsbeiträge leisten, dann wird das auch den Druck auf die Löhne und Gehälter in Europa weiter erhöhen. Profitieren würden vermutlich große Konzerne, alle anderen - und das sind sehr, sehr viele - werden verlieren. An der Stelle, jetzt ist er leider nicht mehr da, erinnere ich mich sehr gerne, an eine glühende Brandrede, die der Herr Landesrat Leichtfried gehalten hat, und zwar bei einer der Aktionen gegen TTIP, gegen die Freihandelsabkommen am Hauptplatz. Und er hat genau diese Punkte angesprochen und er hat genau darauf hingewiesen, und ich habe ihm dort wirklich kräftigst applaudiert, weil ich auch davon überzeugt bin, dass das ganz genau in diese Richtung gehen wird. Und es ist auch bezeichnend, dass diese Verhandlungen eben nicht transparent und öffentlich geführt werden, sondern unter verschlossenen Türen. Mir hat das Beispiel mit der Kuh im dunklen Keller, was der Herr Kollege Cramer gebracht hat, sehr gut gefallen. Im Grunde ist es nichts anderes. Und man kann davon ausgehen, dass keine Regierung, die wiedergewählt werden möchte, einem solchen Abkommen zustimmen würde, und das ist mit ein Grund, warum dieser Vertrag unter höchster Geheimhaltung ausverhandelt wird. Die Mitgliedsstaaten sollen stillschweigend zustimmen und dann wird das so als legitim vorgetäuscht. Aber trotzdem - und das haben wir in den letzten Wochen und Monaten auch immer wieder erlebt - dringen immer wieder Informationen von diesen Verhandlungen nach außen und da wird immer deutlicher, dass die Gegnerinnen und Gegner eben nicht dramatisieren und übertreiben, wie ihnen so oft vorgeworfen wird. Ich bin der Meinung, es steht tatsächlich sehr, sehr viel auf dem Spiel und auch in Österreich würde vermutlich kein Stein auf dem anderen bleiben, wenn sich die neoliberalen Freihandels-Hardliner durchsetzen und das ist zu befürchten. Im Grunde ist es genau diese Politik, die den Menschen ja in den letzten Jahrzehnten immer wieder aufgezwungen wurde, die diese soziale Ungleichheit, die inzwischen immer größer angewachsen ist, sowohl bei uns in Europa, als auch in den USA, ja vorbereitet hat, dafür ist ja der Boden geebnet worden, dass diese Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinander geht. Und genau diese Politik wird ja zunehmend von immer mehr Menschen in Frage gestellt, und deshalb verstehe ich auch nicht, dass sie immer wieder so alternativlos dargestellt wird. Ich bin der Überzeugung und auch meine Fraktion selbstverständlich: Wir brauchen weder TTIP noch TISA noch CETA! Und jetzt muss ich noch einmal nachfragen, weil ich bin mir nicht sicher, ob ich das richtig verstanden habe, Herr Landesrat Buchmann,

haben Sie wirklich gesagt, Sie empfehlen dem Landtag, er soll sich als mehr als Gesetznehmer als Gesetzgeber betrachten? (*Landesrat Dr. Buchmann: „Ja!“*) Also das halte ich schon für äußerst keck, muss ich sagen, wenn man hier in diesem Haus in einer Landtagssitzung von einem Landesregierungsmitglied das gesagt bekommt. Das halte ich für äußerst keck. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Bürokratisch halt. Bürokratie!“*) Es dürfte Ihnen entgangen sein, Herr Landesrat, dass der Landtag gewählt wurde von der steirischen Bevölkerung und diese hier in diesem Haus vertritt und bitte ... (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Man kann ja auch sinnlose Gesetze korrigieren!“*) na bitte, jetzt werden wir nicht kleinlich, es ist äußerst keck, wenn man von der Regierungsbank als Abgeordnete gesagt kriegt hier in diesem Haus, und dann sollte man sich einmal seine Rolle als Abgeordnete überlegen, liebe Frau Pichler-Jessenko, auch wenn deine Fraktion jene ist, die in der Regierung sitzt, wir haben ja immer noch ein freies Mandat. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Ja!“*) Und der Landtag besteht aus denen, die von der steirischen Bevölkerung gewählt wurden, und dann lasse ich mir nicht von einem Landesregierungsmitglied sagen, wir sollen uns doch eher als gesetznehmende Kraft verstehen, also noch einmal und wie gesagt, (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Das hast du falsch verstanden!“*) da sollte man sich die Rolle als Abgeordnete schon überdenken. (*Beifall bei der FPÖ*) Der Landtag vertritt die steirische Bevölkerung hier, und ich glaube, dass er zu so einem wichtigen Thema nicht schweigen darf, auch wenn er nicht imstande ist, hier irgendetwas zu lösen oder etwas zu bestimmen. Das ist schon klar. Aber hier still zu sein und zu tun als würde uns das nichts angehen, also das darf auf keinen Fall sein. Ich glaube, dass es nicht einmal reicht, dass man zu TTIP nur nein sagt, sondern ich glaube, dass man sich generell von dieser Art der Politik abwenden muss. Unsere Löhne, unsere arbeitsrechtlichen Bestimmungen, unsere betrieblichen Mitwirkungsrechte, unser Recht auf Urlaub, das sind keine Handelshemmnisse, das sind teuer erkämpfte Rechte, die wir nicht auf dem Altar des Freihandels opfern dürfen. Ich glaube, in diesem Sinne hat auch der Herr Landesrat Leichtfried damals gesprochen. Öffentliche Dienstleistungen wie Verkehr, Gesundheit, soziale Dienste und Wasserversorgung sind keine Spielbälle für Großkonzerne, sondern das Recht aller Menschen, und strenge Zulassungsverfahren für Lebensmittel und eine strengere Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Waren sind ebenfalls keine Handelshemmnisse, sondern wichtige Rechte zum Schutz unserer Gesundheit. Jetzt frage ich Sie, Kollege Gangl, der ist auch nicht... ah doch, der sitzt dort hinten: Welcher dieser Teile wäre denn jetzt ein Teilbereich, dem man zustimmen muss? Was darf man denn von dem alles in den Wind blasen? (*LTabg. Karl Lackner: „Freihandelsabkommen!“*) Es

wurde nur festgestellt, vom Kollegen Gangl: „Naja eigentlich ist eh alles super, aber die Landwirtschaft darf man nicht angreifen.“ Bin ich ganz bei dir. Aber ich finde, dass man auch alle anderen Dinge nicht angreifen darf, und darum wehren sich auch so viele Menschen dagegen. (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Das ist deine Meinung, nicht unsere!“*) Es ist ja nicht so, dass ein paar ... naja, aber man sollte vielleicht auch darüber nachdenken, was es bedeutet, wenn in ganz Europa Hunderttausende auf die Straßen gehen und gegen diese Freihandelsabkommen demonstrieren. Das sind sicher nicht alles Kommunisten und Kommunistinnen, aber die sagen auch, dass das ein Blödsinn ist, oder dass sie das nicht haben wollen. Und es geht schließlich und endlich darum, dass man auch die Meinung des Volkes - denn wir wissen, wir vertreten sie ja hier, auch wenn der Herr Landesrat Buchmann das ein bisserl anders sieht - (*Unruhe und unverständliche Zwischenrufe von ÖVP-Abgeordneten*) vertreten sollen und das heißt, wir sollen sie auch ernst nehmen in ihrer Meinung. Deshalb denke ich mir, sollte man die politisch Verantwortlichen durchaus wissen lassen, dass man eben diese TTIP-Verhandlungen beenden will, und zwar auf der Stelle, und da brauchen wir auch keinen Entschließungsantrag, den die SPÖ und die ÖVP jetzt zusammen formulieren, der in Wahrheit eh nur ein so ein Antrag ist, wo man sagt: „Naja eigentlich wollen wir eh auf das Rücksicht nehmen, was die Menschen sagen, aber weiterverhandeln tun wir ganz sicher“, und man lässt sich ganz bestimmt eine Hintertür offen. Also wir werden diesem Antrag selbstverständlich auch nicht unsere Zustimmung geben. Es wird auch in Graz wieder einen Aktionstag geben, und zwar am Samstag, dem 04. Juni, kann man sich treffen, mit anderen um 14.30 Uhr am Mariahilferplatz. Vielleicht schaut ja der eine oder die andere von der ÖVP einmal vorbei und überzeugt sich, wie viele Menschen es auch hier in Graz gibt, die sagen: „Das wollen wir nicht haben und wir wehren uns dagegen!“ Ich hoffe, dass es dazu niemals kommen wird und selbstverständlich werden wir allen anderen Entschließungsanträgen, die für einen Abbruch der Verhandlungen sind, unsere Zustimmung geben. Danke schön. (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 18.30 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Bernadette Kerschler. Bitte schön.

LTabg. Mag. Kerschler – SPÖ (18.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! In aller Sachlichkeit, ja, und auch welchen Entschließungsantrag wir brauchen, den wir noch gar nicht eingebracht haben, werden wir nach einer demokratischen Abstimmung sehen. Freier Handel ist für uns in der Sozialdemokratie sehr wichtig. Ein wichtiger Bestandteil der Marktwirtschaft. Die Wirtschaft braucht Impulse, gerade jetzt. Die Arbeitslosenzahlen und Wirtschaftsdaten sind ja nicht besonders gut. Österreich ist ein Exportland, das haben wir auch schon in der Anfragebeantwortung mehrfach gehört. Wir können davon ausgehen, dass sich die Wirtschaftsdaten ein bisschen erholen werden, wir hoffen das zumindest, besonders für die Steiermark, mit Anfang des kommenden Jahres, mit der Automobilbranche und mit den Zulieferbetrieben. Also wir sehen hier ein bisschen positiv in die Zukunft. Ich will hier aber die faktischen Daten nicht beschönigen. Zurück zum Freihandel. Die Bürgerinnen und Bürger, die Konsumentinnen und Konsumenten sind besorgt. Das nehmen wir sehr ernst, auch wir sind besorgt, das zu Recht. Die Standards in Österreich sind sehr hoch und das ist gut so. Die Rahmenbedingungen und Standards sind wirklich hoch im internationalen Vergleich. Wo anders spricht man von einer Klimawandelanpassungsstrategie? Im KonsumentInnenschutz, im Umweltbereich, im Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzbereich, im Sozialbereich, auch wenn wir hier zu Lande oft Kritik hören, unsere Standards sind im internationalen Vergleich sehr, sehr gut. Und diese Standards dürfen durch internationale Freihandelsabkommen auf keinen Fall gefährdet werden. Dazu stehen wir, dafür tritt die steirische und österreichische Sozialdemokratie ein. Hier müssen die Bedenken aller Gruppen in Österreich wahrgenommen und ernst genommen werden. Auch unsere Lebensmittelstandards, und wir haben es auch schon öfter gehört, besonders im Bereich Landwirtschaft, Genussladen Österreich, werden hier gehalten und sollen in Zukunft auch ausgebaut werden. Aber gerade damit dies möglich ist, ist - und davon bin ich überzeugt - in allen Bereichen ein aktives Mitwirken an den Verhandlungen notwendig. Auch dafür stehen wir ein. Für uns ist es ein wichtiger Bestandteil, dass wir in den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen von privaten ISDS-Regelungen weiter Abstand nehmen. Für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten soll zuerst der innerstaatliche Rechtsweg genutzt werden und falls dies nicht möglich ist, soll man über die Errichtung eines internationalen Handelsgerichtshofes nachdenken, natürlich hier unter Einhaltung der rechtsstaatlichen Anforderungen und aller unserer demokratischen Prinzipien und Kontrollmechanismen. Wenn ein TTIP-Abkommen, dann ein gemischtes Abkommen.

Ich möchte folgenden gemeinsamen Entschließungsantrag mit der Österreichischen Volkspartei einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, sich

1. gegen jede Art von Verschlechterung heimischer Standards in den Bereichen ArbeitnehmerInnenrechte, Daseinsvorsorge, Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards, KonsumentInnenschutz und Landwirtschaft durch Freihandelsabkommen auszusprechen und
2. auf europäischer Ebene für transparente Verhandlungen bei Freihandelsabkommen und BürgerInneninformation einzusetzen und gegen private ISDS-Regelungen aufzutreten sowie
3. sich gegen die Einschränkung der demokratischen, nationalstaatlichen Mitbestimmung und die Beeinflussung parlamentarischer Gesetzgebungsprozesse auszusprechen.

Abschließend möchte auch ich noch was zur Transparenz der Verhandlungen sagen. Natürlich können wir das nicht gut heißen und stehen wir dafür nicht ein. Aber der sofortige Abbruch und Ausstieg aus allem kann jetzt auch nicht der richtige Schritt sein. In diesem Sinne unbedingt Einhaltung der Standards, besonders im Bereich KonsumentInnenschutz, ArbeitnehmerInnenschutz und Landwirtschaft auch im Sinne unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft und kein „davonschwindeln“ von uns, also unbedingte Einhaltung der Standards und der Rechtsstaatlichkeit. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.36 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste noch einmal zu Wort gemeldet Sabine Jungwirth. Bitte schön Frau Kollegin.

LTAbg. Ing. Jungwirth - Grüne *(18.36 Uhr)*: Danke, Frau Präsidentin!

Ich habe nur in der Hitze der Weisheiten der Dakota-Indianer meinen Entschließungsantrag vergessen einzubringen und hole das jetzt nach. Und zwar den Antrag zu TTIP, der lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, die TTIP-Verhandlungen auf europäischer Ebene abzubereiten.

Ich ersuche um Annahme. *(18.37 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet, die Frau Klubobfrau Barbara Eibinger-Miedl. Bitte schön.

LTabg. MMag. Eibinger-Miedl - ÖVP (18.37 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat Seitinger - er ist noch hier - geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Wenn man das Wort TTIP erwähnt, dann ist das für die meisten in der Bevölkerung und auch offensichtlich heute hier im Haus ein rotes Tuch, und das meine ich jetzt bitte nicht parteipolitisch, sondern ein rotes Tuch deswegen, weil in der öffentlichen Meinung eine sehr einseitige und extrem negative Stimmungsmache passiert bei diesem Thema. Ich verhehle nicht, dass auch die Europäische Union hier einen Anteil dazu trägt, dass dies so gekommen ist, weil gerade zu Beginn die Verhandlungen sehr intransparent gelaufen sind und weil versäumt wurde, hier auch entsprechend zu informieren und einzubinden. Das muss man schon auch sagen. Das Ergebnis ist, was wir jetzt vorliegen haben, dass das Thema TTIP sehr, sehr negativ behaftet ist, aber ich denke, es ist gerade Aufgabe von Abgeordneten, sich so eines Themas auch sachlich zu nähern, und genauer hinzuschauen, worum es hier eigentlich geht. Ich möchte jetzt auch in meinem Redebeitrag hier ein Schäufelr dazu beitragen. Grundsätzlich - und das wurde von Landesrat Buchmann sehr schön ausgeführt - ist Freihandel, ist Außenhandel etwas sehr Positives. Unser Wohlstand der letzten Jahre und Jahrzehnte baut auf diesen Freihandel auf, und gerade die Steiermark ist ein wichtiges Exportland, wo sechs von zehn Euro bitte mit dem Export verdient werden, wo wir ein Land sind, das stolz sein kann, auf seinen Automobilcluster, und ich habe mich sehr gefreut, dass das auch beispielsweise von den Grünen anerkannt wird, dass in diesen Bereichen eine einheitliche Normierung beispielsweise zwischen USA und Europa sehr, sehr sinnvoll wäre und helfen würde. Ich darf hier auch erwähnen, wenn die Industrie immer wieder erwähnt wird: Wir haben bitte in der Steiermark insgesamt 110.000 Arbeitsplätze in der Industrie, wenn man die Zuliefererfirmen dazu nimmt, dann sind wir indirekt bei 290.000 Arbeitsplätzen. Das heißt, man muss das Thema wirklich ernsthaft und sachlich anschauen und kann das nicht so populistisch wegwischen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und wenn immer wieder gesagt wird: „Das nützt nur den Konzernen, das nützt nur der Industrie“, dann ist das entschieden zurückzuweisen. Ich darf hier auch eine Zahl nennen. Von den Unternehmen in Europa, die in die USA exportieren, wissen Sie, wie groß der Anteil an Klein- und Mittelbetrieben ist? Ich habe es selber kaum geglaubt. Der Anteil an KMU, die exportieren, ist sage und schreibe 86 %. Und gerade diese 86 % der exportierenden Unternehmen würden profitieren, weil die Industrie, eine VOEST, oder andere Unternehmen, die können sich in den USA direkt ein Werk hinstellen, die können unterschiedlich

produzieren, die haben die Power dazu, aber die Klein- und Mittelbetriebe, die brauchen hier einheitliche Standards und die bräuchten hier unsere Unterstützung. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) So viel zum positiven Bereich. Ich möchte aber auch jetzt anmerken, dass es selbstverständlich für uns hier rote Linien gibt, die auch wir nicht bereit wären, zu überschreiten. Und ich sagte „wären“, weil darauf möchte ich schon einmal hinweisen: TTIP gibt es noch nicht. Es gibt einen Verhandlungsstand, es gibt Ergebnisse, Zwischenergebnisse von Verhandlungsrunden, und im Laufe dieser Verhandlungen gibt es sehr klare Positionen, die wir auch nicht verlassen werden. Und die Frau Kollegin Kerschler hat sie heute auch noch einmal eingebracht, in einem Entschließungsantrag. Da geht es uns ganz klar um die Standards im Lebensmittelbereich, im Gesundheitsbereich, im Konsumentenschutz, wo wir sicher nicht heruntersteigen werden. Da geht es um die Themen im Bereich des Investitionsschutzes und da geht es uns um mehr Transparenz und Bürgerinformation. Es ist ja schon einiges geschehen und wir haben ja auch hier im Haus schon einige Anträge zu dem Thema gestellt, zu mehr Transparenz. Es gibt mittlerweile die Einsichtsmöglichkeiten in Brüssel, Wirtschaftslandesrat Christian Buchmann hat davon berichtet, er war selbst dort. Es gibt die Einsichtsmöglichkeiten in Wien und es gibt die Veröffentlichungen im Internet nach jeder Verhandlungsrunde. Das sind positive Schritte und wir werden weiter drauf bleiben, dass diese Transparenz erhöht wird, weil ich denke, dass man so die Akzeptanz der Bevölkerung steigern wird und auch nur so dann zu einer versachlichten Diskussion wird kommen können. Aber zurückkommend jetzt zum Verhandlungsstand. TTIP wird in 24 Kapiteln verhandelt – 24 Kapitel, und man wird am Ende sehen, welche Ergebnisse, in welchem Kapitel zustande gekommen sind. Am Ende der Verhandlungen werden wir diese Ergebnisse zu beurteilen haben. Jetzt die Verhandlungen abubrechen, das wäre aus unserer Sicht aber ein völlig falsches Signal, aus den Gründen, die ich gerade in Richtung auf steirischer Industrie und steirischer KMU gebracht habe, die ganz dringend ein positives Klima brauchen, die ganz dringend eine Aufbruchsstimmung bräuchten, denn das wäre ein richtiges Signal. Und da bin ich beim Kollegen Deutschmann, der das angesprochen hat. Ein richtiges Signal ist jedenfalls, wenn wir uns um ein wirtschafts- und investitionsfreundliches Klima bemühen, in der Steiermark und in Österreich. Da sind wir dran, Maßnahmen zu setzen - Wirtschaftslandesrat und Europalandesrat Christian Buchmann hat sie schon ausgeführt - und da ist ein großer Teil davon, Bürokratie abzubauen und Deregulierung voranzutreiben. Da möchte ich jetzt etwas aufklären, ich glaube, die Kollegin Klimt-Weithaler hat da etwas vielleicht falsch verstanden oder falsch in den Hals bekommen. Der Herr Landesrat

Buchmann hat etwas zitiert, was wir uns insgesamt als Fraktion vorgenommen haben. Wir haben uns als Fraktion vorgenommen, in vielen Bereichen Gesetznehmer und nicht Gesetzgeber zu sein, und das ist so zu verstehen, dass wir beispielsweise bei Regelungen Vereinfachungen haben wollen, für die Bürgerinnen und Bürger. Das ist so zu verstehen, dass wir etwa - und Sie können sich sicher alle erinnern - ein Rechtsbereinigungsgesetz bereits auch im letzten Jahr gemacht haben, wo wir 15 % aller Landesgesetze außer Kraft gesetzt haben, mit großer Mehrheit im Haus, weil sie schlicht weg nicht mehr Stand der Dinge waren, weil sie schlicht weg nicht mehr gebraucht wurden. Und da damals, bei diesem Rechtsbereinigungsgesetz, waren wir wortwörtlich Gesetznehmer und nicht Gesetzgeber. Und so war das nach bestem Wissen und Gewissen auch gemeint, und ich hoffe, dass ich das hier jetzt auch aufklären konnte.

Also, insgesamt diese Verhandlungen zu TTIP, hart fortführen, hart verhandeln, dann beurteilen, wie der Verhandlungsstand ausschaut, gewisse rote Linien natürlich nicht überschreiten und insgesamt steht ein Schlagwort drüber: Substanz und nicht Geschwindigkeit, ist das Thema. Das ist auch die oberste Prämisse, der Verhandlungsmaxime der Europäischen Union. Und wenn, dann kann es nur ein qualitätsvolles Abkommen sein, ein faires Abkommen und ein Abkommen, was auf Augenhöhe zustande gekommen ist. Allem anderen wird sicher nicht zugestimmt werden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ob das am Ende des Tages so aussieht, das werden wir meiner Meinung nach erst in einigen Jahren beurteilen können. Zum Verhandlungsabbruch, der immer wieder gefordert wird, sei eben auch gesagt: „Nur wer mitredet, nur wer weiterverhandelt, wird auch zukünftige Standards mitbestimmen können.“ *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.45 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP mit der Einl.Zahl 857/3 betreffend „Keine Verschlechterungen heimischer Standards durch TTIP und CETA“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 857/2 betreffend „Sofortiger Stopp der TTIP-Verhandlungen – Keine Ratifizierung von CETA“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und Grünen keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 871/2 betreffend „Abbruch der TTIP-Verhandlungen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen keine Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 871/3 betreffend „Keine vorläufige Anwendung des CETA-Abkommens“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet. Ich fahre nunmehr mit den Beratungen zu Tagesordnungspunkt 10 fort.

10. Bericht des Ausschusses für Umwelt über den Antrag, Einl.Zahl 501/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Generelles Verbot des Schächtens im Sinne eines ernstgemeinten Tierschutzes.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Helga Kügerl. Bitte schön Frau Kollegin.

LTAbg. Kügerl – FPÖ (18.47 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Herren der Landesregierung, liebe Kollegen, liebe Besucher hier im Auditorium und via Live-Übertragung!

Wie es bereits aus der Stellungnahme zu unserem Antrag betreffend „Generelles Verbot des Schächtens im Sinne eines ernstgemeinten Tierschutzes“ zu entnehmen ist, herrscht

zweifelsohne ein Spannungsverhältnis zwischen der rituellen Schlachtung von Tieren und dem Tierschutz. Eigentlich sollte unsere Gesellschaft die positiven Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in punkto Tierschutz schützen und weiter ausbauen. Leider ist in der Stellungnahme genau das Gegenteil zu lesen. Unter dem Deckmantel der „freien Religionsausübung“ ermöglichen sie die grausame Schlachtung von Tieren. Im letzten Absatz Ihrer Stellungnahme heißt es: „Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gewährleistung der verfassungsrechtlich verankerten Freiheit der Religionsausübung die Notwendigkeit mit sich bringt, das rituelle Schlachten von Tieren zu gestatten, da diese Art der Religionsausübung mit der öffentlichen Ordnung und mit den guten Sitten in keinem Widerspruch steht.“ Für mich ist sehr wohl ein Widerspruch und stellt einen riesigen Schritt zu Lasten des Tierschutzes da. *(Beifall bei der FPÖ)* Schächten ist keine freie Religionsausübung, sondern Tierquälerei. Aufgrund meines jahrelangen Aufenthaltes im Irak, wo ich auch das Schächten miterlebt habe, kann ich aus tiefster Überzeugung sagen, dass diese Praxis bei uns keinen Platz haben darf. *(Beifall bei der FPÖ)* Vielleicht hätte sich das Ergebnis der Stellungnahme geändert, wenn Sie sich genauer mit dem Schächten befasst hätten, und diesem grausamen Ritual auch einmal beigewohnt hätten. Heute muss man nicht mehr in ein muslimisches Land reisen, um sich über das Schächten zu informieren. Gibt man auf YouTube das Schlagwort „Schächten“ ein, kann man genügend grauenvolle Videos darüber ansehen. Rinder, die mit durchtrennter Kehle noch brüllen, dabei in einer Art Sarkophag fixiert sind, und, und, und. Es ist zu grausam, um mehreres aufzuzählen. Wissenschaftler sind zum Erkenntnis gekommen, dass durch das Schächten keine völlige Ausblutung erreicht wird und 20 bis 25 % der Gesamtmenge im Körper verbleibt, unabhängig davon, ob betäubt oder unbetäubt geschächtet wurde. Deshalb machen wir es wie in der Schweiz, Polen, Schweden, Norwegen, Island, Liechtenstein, Holland, und nunmehr auch Dänemark nach, und sprechen uns für ein generelles Schächtungsverbot im Sinne eines ernstgemeinten Tierschutzes aus. *(Beifall bei der FPÖ)* Denn auch hier gilt: Wir sollten endlich im 21. Jahrhundert angekommen sein. Ich danke. *(Beifall bei der FPÖ – 18.51 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 501/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat gegen die Stimmen der FPÖ die Zustimmung gefunden.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 768/1, betreffend Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2016/2) betreffend der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich; Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen in den Ländern Niederösterreich und Steiermark; Stiftung Österreichisches Freilichtmuseum; EFRE-Einzelentscheidungen; Leistungserbringung ausgewählter Krankenanstalten im Land Steiermark; Abfallwirtschaftsverband Weiz.

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann. Bitte schön Herr Kollege.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann - FPÖ (18.53 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Rechnungshofbericht zum EFRE – Fonds für regionale Entwicklung, zeigt hier ein paar Dinge auf, kurz, damit wir wissen, das Ziel: Die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Kollisionen der EU, und zwar durch Abbau von Ungleichheiten zwischen den einzelnen Regionen, so steht es geschrieben. Kurz einmal in Erklärung, was soll dieser EFRE finanzieren? Erstens einmal, direkte Hilfen bei Investition des Unternehmens, haben wir heute schon gehört, Infrastrukturen, insbesondere im Zusammenhang mit Forschung in Innovation, Telekommunikation, Umwelt, Energie und Transport, Finanzierungsinstrumente zur Unterstützung der regionalen und lokalen Entwicklung zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen, technische Hilfsmaßnahmen. Jene Projekte, die zusätzlich kofinanziert werden, konzentrieren sich in erster Linie auf die Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, so wie der Erhaltung oder Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze, in spezifischen Bereichen, regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, europäische territoriale Zusammenarbeit. So zum Förderungsgerippe des EFRE. Das Ziel, der Überprüfung durch den Rechnungshof und insbesondere die Beurteilung, welche

strategischen Überlegungen der Länder zur Vergabe der einzelnen Förderungen im Wege von Einzelentscheidungen, so wie es im Text schon heißt, führten. Ferner die Kontrolle, ob und vor allem in welcher Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der Programmperiode 2007 bis 2013 gelebt wurde. Nun ist aufgrund des Aufbaues von unterschiedlichen nationalen und europäischen Richtlinien, Rechtsgrundlagen, eine hohe Komplexität gegeben, zugegebenermaßen. Dieser Umstand hat dann dazu geführt, dass das Land Steiermark nicht das gesamte Fördervolumen abholen konnte, getreu dem Motto: Es ist alles so kompliziert! Diese Sache zum Bürokratieabbau und die Möglichkeit, diese Dinge auch abzurufen, mit den hoch komplizierten bürokratischen Verhältnissen in Verbindung national und in der Europäischen Union, dürfte offensichtlich das Problem darstellen. Also kann man mit Fug und Recht behaupten, dass es sich bei den EFRE Fördermitteln um hochkomplexe, intransparente und kompliziert abzuholende Gelder handelt, weil sonst würde das nicht passiert sein. Da wird offensichtlich mit der Gießkanne gearbeitet, oder zu Lasten des Landes mit Ignoranz gelebt. Aus diesem Grunde listet der Rechnungshof berechtigterweise folgende Risiken auf: Erstens intransparent hinsichtlich der Entscheidungsgrundlagen, intransparent hinsichtlich der Nachvollziehbarkeit und potentielle Interessenskonflikte, da die Fördernehmer überwiegend auch öffentliche Stellen waren und geringe Anreizwirkung der Förderung, die zu einem Mitnahmeeffekt führen konnten. Also, selbst wenn die Richtlinien basierten Einzelentscheidungen einen höheren Transparenzgrad aufweisen, wie geschrieben wird, lässt sich nicht erkennen laut diesem Bericht, ob eine Entscheidung richtlinienpassiert getroffen wurde oder nicht. Es schaut aus, wie ein Verschleierungswerk der Sonderklasse. Geschätzte Damen und Herren, wir haben in der Steiermark - und das wissen wir - eine komplexe Behördenstruktur, mit zehn verantwortlichen Förderstellen, was dem Grunde nach schon untragbar scheint, um eine Struktur, die Sie hier selbst geschaffen haben, so in den Fällen des Förderungseinholens zu blockieren, die selbst schon zum Nachdenken anregt. Diese Entflechtung muss sofort greifen, damit diese Dinge, die hier im Rechnungshof angeführt sind, nicht passieren kann. Also hat die EU im Prüfungszeitraum 7 bis 13 schon erwähnt, 201 Milliarden Euro grundsätzlich vorgesehen. Das Regionalprogramm für die Steiermark war immerhin mit 155 Millionen dotiert, der Bewilligungsgrad allerdings lag bei 74 %. Das heißt im Klartext, dass hier jene möglichen Förderungen nicht ausgeschöpft werden konnten, aus welchen Gründen auch immer – angeblich aufgrund der Bürokratie und dem schwierigen Zugang zu den Geldern. Die EU setzt aufgrund der Mängel des Verwaltungs- und Kontrollsystems ihre Zwischenzahlungen von rund 31 Millionen Euro für

die Steiermark für den Zeitraum von drei Jahren aus. Conclusio: Diese Millionen für die steirische Wirtschaft verfallen aufgrund der Überbürokratie, wie schon erwähnt, und dem mangelnden Willen - mangelnden Willen - mit schlankeren Strukturen, effizienter wirtschaften zu wollen. Und geschätzte Damen und Herren, im Vorfeld haben wir über das schon gesprochen und auch hier, Entschlackung, Bürokratieabbau etc. Beim Budget haben wir ohnehin eine angespannte Situation – 33 Millionen Euro für Projekte, die hier gefördert werden könnten, sind nicht angekommen. Die Wirtschaft ist ... da gibt es widersprüchliche Aussagen, Teile sagen, die Steiermark hinkt hinten nach, andere meinen wieder, es geht uns gut, Arbeitslosigkeit steigt, dieses Faktum wissen wir alle, da widerspricht niemand. Die Lehrlingsausbildungsplätze, haben wir heute schon gehört, sind der falsche Zeitpunkt, um sinken oder nicht sinken, darzulegen, auch darüber könnten wir länger diskutieren. Der Förderdschungel floriert, das ist unbestritten. Geschätzte Damen und Herren, dieser Rechnungshofbericht zeigt in einer eindrucksvollen Weise, dass wir hier gerade im Bereich der Förderungen, wenn wir schon aus der EU Gelder zu bekommen haben, einfach im Land hier wahrscheinlich überlegen werden müssen, wie man hier effizienter zu diesen Prozessen vordringt und wenn das woanders liegen sollte, nämlich nicht im Land Steiermark, sondern in der Europäischen Union, dann sind wir hier aufgerufen, diese Missstände auf der einen Seite aufzuzeigen, um diesen Negativbericht durch den Rechnungshof in Zukunft nicht wieder hier am Tisch haben zu müssen, und dass das Geld, nämlich hier diese rund 30 Millionen Euro, in die heimische Wirtschaft fließen kann, denn die braucht es. Danke. Glück auf. *(Beifall bei der FPÖ – 18.59 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erwin Dirnberger. Bitteschön Herr Kollege.

LTabg. Dirnberger - ÖVP (18.59 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren!

Die Thematiken, die der Rechnungshofbericht umfasst, hat die Frau Präsidentin in der Einleitung zum Tagesordnungspunkt angesprochen. Ich darf mich da im Wesentlichen auf den Bereich Finanzen, Zahlungsströme, Ertragsanteile, Zuweisung, BZ und dergleichen, was wir unter anderem im Tagesordnungspunkt 1 schon behandelt haben, noch einmal hier zu Wort melden. Gewisse Vergleiche wurden angestellt zwischen Steiermark und

Niederösterreich und dergleichen, sehr interessant und ist für uns eine Bestätigung natürlich, dass auch der Rechnungshof hier in diesem Bericht feststellt, dass man darüber nachdenken sollte über eine aufgabenorientierte Zuweisung der Ertragsanteile, dass der abgestufte Bevölkerungsschlüssel - was unter anderem heute schon angesprochen worden ist - evaluiert zu werden, die Fixschlüsselzuteilung höchstwahrscheinlich nicht mehr zeitgemäß ist und natürlich auch die BZ-Mittel wünschenswert wären, die Zuteilung, wenn sie über alle Bundesländer einheitlich erfolgen sollte. Ich habe mich früher beim Tagesordnungspunkt 7 nicht zu Wort gemeldet, darf aber, glaube ich, feststellen - Kollege Tschernko, Hofer und Kogler haben sich da ja zu Wort gemeldet - dass das sehr, sehr sachlich abgehandelt worden ist, und es ist unbestritten, dass die Ausgaben im gesamten Sozialbereich sich wesentlich gesteigert haben. Ich kann das nur aus meiner eigenen Gemeinde feststellen. Der Hebesatz zum Beispiel von 2003 bis 2016 hat sich von 13,8 auf 23,8 gesteigert. In unserem Sozialhilfeverband und ganz konkret: Die Einnahmen sind in zehn Jahren um 44 % gestiegen und die Ausgaben in diesem Bereich um 115 %. Jetzt wissen wir alle, dass der wesentliche Treiber die Pflege ist, es gibt auch natürlich die Behindertenhilfe, die Jugendwohlfahrt, dann haben wir den ganzen Bereich was Mindestsicherung betrifft und Asyl ist noch gar nicht eingepreist, das wird auch kommen. Faktum ist, dass wir die gleichen Sozialleistungen über das ganze Bundesgebiet in etwa haben und wenn wir uns treffen auf Wiener Ebene mit den Kollegen aus anderen Bundesländern, gibt es dort genauso die Diskussion, dass die Sozialkosten explodieren und dergleichen. Aber man muss wissen, dass wir in der Steiermark eine dementsprechende geringere Finanzmasse zur Verfügung haben. Und das habe ich beim Tagesordnungspunkt schon sehr deutlich angesprochen, und dass hier die Schere immer weiter auseinander klafft. Jetzt gibt es natürlich hin und wieder auch diesen Ansatz, damit man den Gemeinden halt quasi ein Zuckerl gibt, dass man eventuell den Verteilungsschlüssel verändert von 60/40 auf 70/30, klingt toll, ist aber, wenn man praktisch hinschaut, auch aus Landessicht natürlich nicht durchführbar. Man muss auch fairerweise hier erwähnen, dass die steirischen Gemeinden die einzigen sind in unserem Bundesgebiet, die bei der Spitalsfinanzierung nicht mitzahlen müssen. Würde das der Fall sein, mit 60/40, wären da 220 Millionen Euro, die wiederum die Gemeinden aufbringen müssten. Wenn man im Gegenzug die Landesumlage, die in etwa um die 80 bis 90 Millionen Euro beträgt, abzieht, bleiben trotzdem netto noch um die 140 Millionen Euro zusätzlich. Ist von den Gemeinden nicht zu berappen, bedeutet aber, dass die ganze Last hier das Land trägt. Und so sieht man ganz deutlich, dass wir in einem Boot sitzen. Und da gilt es natürlich, die ganze

Kraftanstrengung in Richtung Finanzausgleichsverhandlungen hier hineinzulegen, und ich darf hier vielleicht auf die einzelnen Punkte, die der Rechnungshof auch angesprochen hat, bezüglich Aufgabenorientierung, kurz eingehen. Das klingt sehr toll, wenn man von Aufgabenorientierung spricht. Hier bedarf es aber einer ganz klaren Feststellung: Was ist wirklich Aufgabe einer Gemeinde und wie soll die finanziert werden? Also die Definition ist schon eine Riesenherausforderung und bedarf natürlich einer gewissen Zeit. Bis das wirklich konkret über die Bühne gehen sollte, vergehen da sicher zwei bis drei Jahre. Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel ist immer ein Wunsch natürlich aller kleineren Gemeinden, das der abgeschafft wird, ist über die Jahre hindurch in der Vergangenheit sehr abgeflacht worden, aber es gibt ihn nach wie vor. Wobei man auch hier betonen muss, dass es zentralörtliche Aufgaben gibt, die zweifellos höhere Kosten auch verursachen. Und die ganz große Frage ist die Verteilung der Fixschlüssel. Hier wissen wir, dass vom Gesamtkuchen, der den Gemeinden zur Verfügung steht, 24,25 % verteilt werden. Ich habe es schon erwähnt, dass wir da wesentliche Unterschiede haben. Die Stadt Wien bekommt bei ihrem 20 %igen Bevölkerungsanteil 30 % aus diesem Fixschlüsseltopf und die westlichen Bundesländer, wie Vorarlberg, Tirol, Salzburg auch wesentlich mehr, wie der Bevölkerungsanteil ist, und für die Steiermark werden nur 9 % ausbezahlt bei einem Bevölkerungsanteil von 14 %. Das heißt, betrachtet man das jetzt aber weitergehend - und wir haben uns sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt - schaut man wirklich in die Tiefe der Ertragsanteile der Länder, Ertragsanteile für die Gemeinde, dazu die direkten Gemeindeeinnahmen in Form von Kommunalsteuer, in Form von Grundsteuer und Grunderwerbsteuer, die ja auch zu 96 % den Gemeinden zur Verfügung stehen und betrachtet man den Gesamtkuchen in einem Bundesland, und vergleicht man dann dieses, da kommen enorme Unterschiede zu Tage. Und das bedeutet, dass die Steiermark im Vergleich zu Wien - Wien ist ja auch Bundesland und Stadt, also Gemeinde - über 500 Euro oder Einwohner und Jahr, weniger in der Steiermark zur Verfügung stehen. Und das Gleiche spielt sich in ähnlicher Form in Richtung Vorarlberg ab, dort sind es 400 Euro, in Richtung Salzburg um die 400 Euro und Richtung Tirol fast 400 Euro. Da sieht man dann schon, dass es wesentlich leichter ist, auch diese Sozialausgaben zu berappen, eine freie Finanzspritze zu haben, damit man dann auch dementsprechende Förderungen ausschütten kann. Und man sieht es ja auch bei den westlichen Bundesländern, die ein Vielfaches in Wirtschaftsförderung investieren, in Kulturförderung und dergleichen und dadurch natürlich auch wieder ein verstärkter Rückfluss von Kommunalsteuer und so weiter zu verzeichnen ist. Das heißt, hier kann der Ansatz nur lauten, und das klingt ja sehr gut und sehr toll: Jeder Bürger soll gleich

viel wert sein. Da haben wir uns auf österreichischer Gemeindebundebene auch immer drauf verständigt. Wenn man dann in die Tiefe geht und das auch einfordert, dann ist die Solidarität nicht mehr gegeben. Das heißt, die Schere darf nicht weiter auseinander gehen. Hier ist der Rechnungshofbericht eine Unterstützung, den können wir auch dementsprechend zitieren. Natürlich sind in erster Linie die Maßnahmen wichtig - und die sind heute schon angesprochen worden, die hört man jetzt auch immer wieder - dass es eine Wirtschaftsbelebung unbedingt geben muss, um Arbeitsplätze zu sichern, zu schaffen, damit mehr Steuereinnahmen wieder in den Topf hinein kommen, die dann verteilt werden können. Unabhängig davon, ist es natürlich eine Notwendigkeit, bei unseren Sozialausgaben auch auf die Treffsicherheit zu achten und natürlich auch die dementsprechende Kontrolle. Das zentrale Thema ist dann, wenn der Steuertopf gefüllt ist, dass es eine gerechte, möglichst gerechte Verteilung, in Richtung jeder Bürger ist gleich viel wert, aus dem Finanzausgleichstopf in Zukunft gibt. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 19.07 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 768/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 07. Juni 2016 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem, elektronischem Weg eingeladen. Versuchen Sie, zuerst die positiven Seiten der Dinge zu sehen. Bleiben Sie gesund! Die Sitzung ist beendet.

Ende der Sitzung: 19.08 Uhr.